



# SICHER. UND MORGEN?

## SICHERHEITSPOLITISCHE JAHRESVORSCHAU 2015

DIREKTION FÜR SICHERHEITSPOLITIK





DIE INHALTE DER EINZELNEN BEITRÄGE GEBEN DIE PERSÖNLICHE EINSCHÄTZUNG DER EXPERTEN WIEDER UND ENTSPRECHEN NICHT NOTWENDIGERWEISE DEN POSITIONEN DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR LANDESVERTEIDIGUNG UND SPORT (BMLVS).

DIE IN DIESEM SAMMELBAND GESETZTEN MÄNNLICHEN FORMEN BEZIEHEN GEGEBENENFALLS DIE WEIBLICHEN PERSONEN MIT EIN. AUF KONSEQUENTE DOPPELBEZEICHNUNG WURDE ZUR TEXTVERDICHUNG UND VERBESSERUNG DER LESBARKEIT VERZICHTET.



#### **IMPRESSUM**

MEDIENINHABER, HERAUSGEBER UND HERSTELLER:

Republik Österreich/Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport

PROJEKTL EITUNG: Bgdr Dr. Johann Frank

REDAKTION: Büro für Sicherheitspolitik; Lukas Bittner, BA, Dr. Wolfgang Braumandl-Dujardin, Obst Mag. Karl Fitsch, ObstdG MMag. Thomas Fronek, Dr. Gustav Gressel, Bgdr Mag. Gustav Gustenau, Mag. Constantin Lager, Christopher Lehner, BA, Hptm Martin Leithner, BA, Dr. Rudolf Logothetti, Dr. Wolfgang Manzl, Mag. Walter Matyas, Obst Hermann Meyer, MA, MA, MSD, Melissa Mujanayi, MA, Obst Dr. Bernhard Richter, Mag. Ruth Trujillano Egoavil-Hamidi, Obst Mag. Stefan Ulmer, Mag. Astrid Zahel

ÜBERSETZUNG: Sprachinstitut des Bundesheeres und Büro für Sicherheitspolitik

ALLE: Rossauer Lände 1, 1090 Wien

LAYOUT UND SATZ: GPK Advertising, 1040 Wien, Gußhausstraße 14/2

FOTOS: BMLVS, iStockphoto, Shutterstock

HERSTELLUNG: HDruckZ

Wien, Dezember 2014

# INHALT

## GLOBALES UMFELD 2015

- 7 Weltweite Trends 2015 – Ein Schritt zurück vom Abgrund?
- 10 Sicherheitspolitische Vorausschau für die USA 2015
- 13 Welthandels-, Wirtschafts- und Konjunkturentwicklung
- 17 Die Dynamik der globalen Finanzsysteme
- 20 Entwicklung der Energie- und Rohstoffversorgung
- 23 Konfliktherde der Welt: Kann die Welt friedlicher werden?
- 26 Die Atomgespräche mit dem Iran
- 30 Strategische Gesundheitsbedrohungen für die EU und Österreich im Jahr 2015
- 33 Strategische ökologische und technische Risiken
- 36 Bedrohte Völker
- 39 Bevölkerungsentwicklung und Migration
- 42 Internationale Konflikte und gesellschaftliche Sicherheit


## INTERNATIONALE SICHERHEITSARCHITEKTUR 2015

- 46 2015: zukünftige Entwicklungen in der Rüstungstechnologie
- 49 Entwicklungen in den Vereinten Nationen in Bezug auf Friedenserhaltende Operationen
- 52 Die NATO 2015
- 55 OSZE Sicherheitsherausforderungen 2015
- 58 Die Afrikanische Union im Jahr 2015

## EUROSTRATEGISCHES UMFELD 2015

- 62 EU-Krisenmanagement im Lichte neuer Herausforderungen
- 65 Politischer Islamismus
- 68 Islamischer Staat 2015 – Expansion oder Ende?
- 71 Der Ukraine-Konflikt. Auf der Suche nach einer strategischen Linie und nach diplomatischen Alternativen

# INHALT

<b>75</b>	Russland 2015
<b>78</b>	Beziehungen zwischen Russland und Europa: Ausblick 2015
<b>81</b>	Der europäische Osten
<b>84</b>	Entwicklungsperspektiven am Westbalkan 2015
<b>87</b>	Die Türkei und die sicherheitspolitische Landschaft 2015
<b>90</b>	Türkische Außen- und Sicherheitspolitik 2015
<b>92</b>	Entwicklung in Nordafrika. Quo vadis Libya?
<b>95</b>	Entwicklung in Sahel-Afrika
<b>98</b>	Auf dünnem Eis im Nahen Osten
<b>101</b>	Israel und Palästina 2015
	<b>EUROPÄISCHE SICHERHEITSPOLITIK 2015</b>
<b>105</b>	Ein Neustart für Europa!
<b>108</b>	Trends und Ereignisse im Jahr 2015 und die Antwort der EU
<b>111</b>	Europäische Verteidigung in der GSVP
<b>114</b>	Europas Sehnsucht nach einer sicherheitsstrategischen Perspektive
<b>117</b>	Noch immer in der Defensive: Die Militärische Verflechtung Europas 2015
<b>121</b>	Europäische Rüstungsindustrie
<b>124</b>	Trends in der europäischen Streitkräfteentwicklung
<b>127</b>	Status und Trends der Verteidigungsbudgets in der Europäischen Union
<b>131</b>	Entwicklung regionaler Militärkooperationen
<b>134</b>	Transatlantische Beziehungen
<b>137</b>	Deutsche Sicherheitspolitik 2015
<b>140</b>	Deutschland 2015
<b>143</b>	Großbritannien 2015
<b>147</b>	Frankreich 2015
<b>150</b>	Italien 2015

**153** Griechenland 2015

**156** Ungarn 2015

**159** Bulgarien 2015

**162** Rumänien 2015

**165** Finnland 2015

**169** Schweden 2015

**172** Polen 2015

## **SICHERHEITSLAGE ÖSTERREICHS 2015**

**177** Das Diktat der leeren Kassen

**180** Wirtschaftliche Entwicklung Österreichs

**183** Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft in Europa –  
Folgen für Österreich

**186** Streitkräfteentwicklung in Österreich 2015

**189** Internationales Krisenmanagement 2015

**192** Cyber Defence 2015 – eine nationale Herausforderung  
höchster Priorität

**195** Cyber Defence: Die Herausforderungen in der fünften Dimension

**198** Cyber Security

**201** Österreich und der Transnationale Terrorismus

**204** X-Events und Österreich

## **TRENDSZENARIO 2015 FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK**

**209** Trendszenario 2015 für die österreichische Sicherheits-  
und Verteidigungspolitik

## **ÖSTERREICHISCHES BUNDESHEER DER ZUKUNFT**

**226** Ein österreichisches Bundesheer mit Zukunft?



## VORWORT

Diese sicherheitspolitische Jahresvorschau kann natürlich keine exakte Vorhersage konkreter Ereignisse darstellen, die im Jahr 2015 auf die europäische und österreichische Sicherheitspolitik zukommen werden. Der vorliegende strategische Ausblick soll vielmehr Trends im für Österreich relevanten Umfeld aufzeigen und so frühzeitig für kommende Entwicklungen sensibilisieren.

Die Direktion für Sicherheitspolitik wendet sich mit dieser Analyse direkt an politische Entscheidungsträger, Diplomaten und Fachleute sowie an Journalisten und die interessierte Öffentlichkeit. Damit soll zur Weiterentwicklung des sicherheitspolitischen Bewusstseins und zu einer verbesserten und tieferen Einsicht in die Notwendigkeiten militärischer Sicherheitsvorsorge beigetragen werden.

Internationale, österreichische und ressorteigene Experten analysieren die in den nächsten 12 bis 18 Monaten erwartbaren Entwicklungen internationaler Institutionen, wichtiger Regionen und Staaten sowie konkreter Konflikte.

Mit einem neuen redaktionellen Konzept bilden wir deren Expertise in Gestalt sorgfältig aufeinander abgestimmter und leserfreundlich strukturierter Einzelbeiträge in konzentrierter und prägnanter Form ab. Die Inhalte der einzelnen Beiträge geben die persönliche Einschätzung der Experten wieder und entsprechen nicht notwendigerweise den Positionen des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport (BMLVS).

In einer abschließenden Zusammenfassung werden die Analysen der Experten in das System der strategischen Vorausschau des BMLVS eingebettet und zu einem Trendszenario 2015 für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik verdichtet. Die wesentliche Erkenntnis aus dem Trendszenario 2015 ist eine mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartbare Verschlechterung der Sicherheitslage: Die sicherheitspolitischen Risiken und Bedrohungen für die EU und Österreich nehmen zu; die Handlungsfähigkeit wesentlicher Akteure wie jene der EU oder auch einzelner wichtiger Staaten – insbesondere im Bereich der relevanten militärischen Fähigkeiten – ist erheblich eingeschränkt. Generell zeigt sich, dass das europäische strategische Denken wieder stärker von Fragen der Geopolitik und der militärischen Verteidigung bestimmt ist.

BRIGADIER DR. JOHANN FRANK  
Leiter der Direktion  
für Sicherheitspolitik im BMLVS



Eine weitere interessante Erkenntnis aus den Trendanalysen der letzten Jahre ist, dass sich in Österreich Analysen sicherheitspolitisch-militärischer Experten als realistischer herausgestellt haben als zivilgesellschaftliche Prognosen. So haben im Jahr 2012 zivile Experten und Meinungsträger die Umfeldentwicklung eindeutig positiver eingeschätzt als militärische und sicherheitspolitische Fachleute. Während die erste Gruppe in einer fokusgruppenunterstützten Befragung von einem Szenario weitergehender Stabilität auf Basis eines effektiven Multilateralismus ausgegangen ist, hat das militärische Team ein konfliktäres sicherheitspolitisches Umfeld mit eingeschränkter Handlungsfähigkeit internationaler Organisationen prognostiziert. Die Differenz zwischen Erwartungsraum und tatsächlich eingetretenen Entwicklungen war bei der sicherheitspolitisch-militärischen Expertengruppe deutlich geringer. Eine wesentliche Konsequenz ist, dass der Austausch zwischen zivilen und militärischen Experten weiter intensiviert werden muss.

Die Schlussfolgerungen aus den Analysen für die Notwendigkeiten der österreichischen Verteidigungspolitik 2015 sind offenkundig: Das strategische Umfeld ist so konflikthaft und instabil, und zwar mit anhaltend negativen Entwicklungstendenzen, wie es seit den Zerfallskriegen am Balkan in den 1990er Jahren nicht mehr der Fall war. Die Sicherheitspolitik Europas und Österreichs ist daher gefordert wie schon lange nicht mehr. Konfliktszenarien, die weit über die Kapazitäten von Polizei und anderen Blaulichtorganisationen hinausgehen, sind wieder denkbar geworden. Sicherheit ist im Jahr 2015 weniger selbstverständlich als je zuvor in der jüngeren Vergangenheit. Daher muss auch in die militärische Landesverteidigung wieder verstärkt investiert werden. Diese Folgerung entspricht auch der Erwartungshaltung breiter Teile der österreichischen Bevölkerung.

Mit der *Österreichischen Sicherheitsstrategie* und der *Teilstrategie Verteidigungspolitik* wurden auf Basis breiter politischer Mehrheiten in Parlament und Regierung die konzeptionellen Grundlagen für eine zeitgemäße Neuausrichtung des Bundesheers geschaffen. Jetzt braucht es eine verantwortungsvolle Politik, die auch die notwendigen Mittel zu Umsetzung der Konzepte bereitstellt.

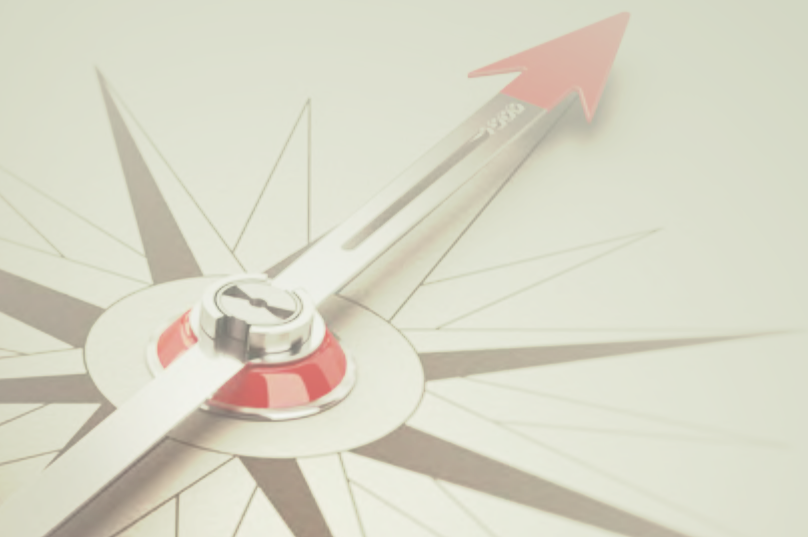
Heute ist Österreich sicher. So soll es auch morgen sein.



# Globales Umfeld 2015

*Der Österreichischen Sicherheitsstrategie ist zu entnehmen, dass die sicherheitspolitische Situation in Europa durch neue Herausforderungen, Risiken und Bedrohungen bestimmt wird. Diese sind komplexer, stärker miteinander vernetzt und weniger vorhersehbar als bisher. Sie betreffen die innere und äußere Sicherheit. Im Zeitalter der Globalisierung können dabei regionale Ereignisse globale Auswirkungen haben.*

*(Vgl. Österreichische Sicherheitsstrategie, S.14)*





# WELTWEITE TRENDS 2015 – EIN SCHRITT ZURÜCK VOM ABGRUND?

*Mathew Burrows*

**Zweihundert Jahre nach dem Wiener Kongress, der Europa einen langen Frieden beschert und politische Grundlagen einer multilateralen Staatenordnung geschaffen hatte, könnte das Jubiläumsjahr 2015 ein Wendepunkt hin zu verstärkter Kooperation sein, oder nur eine Pause auf dem Weg weiterer Fragmentierung und verstärkter Konflikte, besonders im Mittleren Osten.**

Seit einigen Jahren scheint es mehr und mehr, als ob wir uns in Richtung einer Welt verstärkter Multipolarität zu bewegen, mit abnehmender multilateraler Kooperation. Das Jahr 2015 wird mit größter Wahrscheinlichkeit diese Tendenz nicht vollständig umkehren. Es gibt

jedoch Zeichen, die zur Hoffnung Anlass geben, dass die Abwärtsbewegung in der internationalen Kooperation verringert werden könnte. Fortschritte bei zwei transpazifischen (TPP) und transatlantischen (TTIP) Handelsabkommen sind mehr als wahrscheinlich, und beide Abkommen würden dabei helfen, die regionale Sicherheit Asiens und der transatlantischen Region zu stärken. Das Abkommen, das kürzlich von den USA und China geschlossen wurde und die Spannungen bezüglich des Ausstoßes von Kohlendioxid verringerte, könnte die Bewegung bringen, die ein erfolgreicher Gipfel zum Thema Klimawandel in Paris nächstes Jahr benötigt. Im Mittleren Osten könnte ein erfolgreicher Abschluss eines Atomabkommens mit

dem Iran die politischen Spannungen abbauen, wenn nicht sogar entschärfen. Ein Scheitern einer oder aller dieser Versuche hätte den gegenteiligen Effekt.

Langsames europäisches Wachstum verstärkt die Gefahr einer ausgedehnten europäischen Krise in einer Zeit wachsenden öffentlichen Misstrauens gegenüber nationalen und europäischen Institutionen. Der russische Präsident Wladimir Putin wird mit größter Wahrscheinlichkeit eine vollständige Invasion der Ukraine vermeiden, jedoch werden die Beziehungen Moskaus zum Westen in absehbarer Zeit nicht besser werden. Putins Beliebtheit in Russland nimmt gerade ab, es sieht jedoch nicht danach aus, dass er sein Amt verlieren wird, auch wenn die Unzufriedenheit der Eliten zunimmt.

## Mittlerer Osten

Der Mittlere Osten befindet sich an einem historischen Scheideweg, da sich dort Staaten und Grenzen, die nach dem Ersten Weltkrieg gegründet bzw. gezogen wurden, gerade auflösen. Ein Atomabkommen wird nicht die vollständige Lösung sein, solange der Iran nicht auf wirtschaftliche Entwicklung setzt, die wiederum ein Ende der Sanktionen und westliche Hilfe für den darniederliegenden Energiesektor voraussetzt. Es muss nicht erwähnt werden, dass der Iran eine viel konstruktivere Außenpolitik machen muss, wenn das Land großzügige amerikanische bzw. westliche Hilfe will. Ohne Atomabkommen, aber auch bei weiteren Verschiebungen eines Abschlusses, werden die Spannungen wieder zunehmen, da mit einem republikanisch dominierten US-Kongress eine Verstärkung der Sanktionen droht.

Die Bedrohung durch die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) wird mit wachsendem internationalem und äußerem Widerstand abnehmen. Syrien und der Irak bleiben jedoch gespalten und ein sicherer Hafen für terroristische Gruppierungen, und sie haben somit geringe Chancen, jemals wieder starke Staaten zu werden. Die autoritäre Herrschaft des ägyptischen Generals Abdel Fattah al-Sisi wird zusehends hinterfragt werden, wenn es seinem Regime nicht gelingt, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit zu lösen. Die Golfstaaten werden niedrige Ölpreise – noch – aushalten können, ihre Stabilität wird jedoch gefährdet sein, sollten die niedrigen Preise zur Normalität werden.

Die Entwicklungsstaaten kämpfen noch immer damit, die hohen Wachstumsraten des letzten Jahrzehnts zu erreichen. China wird noch immer Nummer 1 sein, mit 6–7 % Wachstum, weniger jedoch als die 10 % vor noch ein paar Jahren. Von den anderen BRICS-Staaten hat Indien unter Premierminister Narendra Modi wahrscheinlich die besten Chancen, höheres Wachstum zu erzielen, Brasilien und Südafrika werden niedriges Wachstum erleben, Russland eine Rezession. Die hohen Erwartungen durch eine wachsende Mittelschicht werden einen Dämpfer bekommen. Wie im Westen wird der Populismus auch in den Entwicklungsländern Einzug halten. Die Spannungen im Ostchinesischen Meer könnten verringert werden, wenn chinesische und japanische Führer ihre vertrauensbildenden Maßnahmen fortsetzen. Asiatische Führer sind jedoch mit einer Welle des Nationalismus konfrontiert. Ein TTP-Abkommen, das China, Indonesien und andere Staaten in einer pana-

siatischen Freihandelszone einbindet, könnte die Basis für verstärkte regionale Kooperation sein und so langsam Spannungen abbauen, die mit Chinas Aufstieg und dem amerikanischen Durchhaltevermögen zusammenhängen. Umgekehrt würde ein auf die Eindämmung Chinas ausgerichtetes transpazifisches Handelsabkommen entzweierend wirken und zu einer Eskalation der Spannungen führen.

Die transatlantischen Beziehungen könnten dank TTIP ebenfalls vertieft werden, sollte aber eine der beiden Seiten – die USA bzw. Europa – einen Rückzieher machen, wird sich der Abstand zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken vergrößern und die USA würden ihr Hauptaugenmerk auf die wachsende wirtschaftliche und politische Macht Asiens richten.

Sollte das zunehmend erlahmende öffentliche Interesse an Amerikas weltweiten Pflichten den Präsidentschaftswahlkampf dominieren, würde dies bedeuten, dass die USA zu einem der größten sicherheitspolitischen Risikofaktoren werden. Die wirtschaftliche Erholung Amerikas schlug sich nicht in höheren Gehältern für die Mittelschicht nieder, was auf die öffentliche Stimmung drückt und die Radikalen in beiden Parteien stärkt.

Eine zunehmend ungeordnete Welt ist ideal für „Joker“ aller Art. Im Falle eines „heißen“ russisch-ukrainischen Konflikts wäre es für die USA und ihre Alliierten schwer, die Ukrainer nicht zu bewaffnen bzw. sie nicht zu unterstützen. Auf diesem Weg würden die USA, Russland und Europa in einen neuen Kalten Krieg hineingezogen werden. Eine Parlamentswahl im Vereinigten

Königreich, die den Startschuss für Großbritanniens Abschied von der EU gibt, könnte auf dem Kontinent einen Anti-EU-Mitläufereffekt auslösen. Eine fehlende Vereinbarung mit dem Iran könnte einen israelischen oder sogar US-amerikanischen Militärschlag auslösen – wenn nicht sogar einen verheerenden atomaren Rüstungswettlauf in der Region.

## KERNPUNKTE

- **2015 könnte ein Wendejahr zur wieder verstärkten Kooperation oder bloß eine strategische Pause auf dem Weg zu weiterer Fragmentierung und Verschärfung geopolitischer und wirtschaftlicher Konflikte sein.**
- **Langsames europäisches Wachstum verstärkt die Gefahr einer ausgedehnten europäischen Krise in einer Zeit wachsenden öffentlichen Misstrauens gegenüber nationalen und europäischen Institutionen.**
- **Der russische Präsident Putin wird mit größter Wahrscheinlichkeit eine vollständige Invasion der Ukraine vermeiden, jedoch werden die Beziehungen Moskaus zum Westen in absehbarer Zeit nicht besser werden.**
- **Der Mittlere Osten befindet sich an einem historischen Scheideweg, da sich Staaten und Grenzen, die nach dem Ersten Weltkrieg gegründet bzw. gezogen wurden, gerade auflösen.**
- **Die USA sind vielleicht einer der größten Risikofaktoren, sollte das zunehmend erlahmende öffentliche Interesse an Amerikas weltweiten Pflichten den Präsidentschaftswahlkampf dominieren.**



# SICHERHEITSPOLITISCHE VORAUSSCHAU FÜR DIE USA 2015

*Daniel S. Hamilton*

**Die geänderten politischen Rahmenbedingungen in den USA sowie die vielfältigen weltweiten sicherheitspolitischen Herausforderungen werden zu einem nachhaltigen US-Engagement in Europa, zu einer verstärkten Reaktion auf die russische Aggression, zu verschärften Beschlüssen hinsichtlich der Reformunterstützungen in der Ukraine, zur Beschäftigung mit der Bedrohung durch den „Islamischen Staat“, zu einem neuerlichen Engagement in Afghanistan und im Irak und zu einer schärferen Gangart in den Atomverhandlungen mit dem Iran führen.**

Die aktuelle innenpolitische Situation in den USA, mit einer „geteilten“ Regierungsführung, bildet den bestimmenden Handlungsrahmen für die 2015 bevorstehenden sicherheitspolitischen Entscheidungen. Vor allem die neuen Machtverhältnisse zwischen dem US-Präsidenten und dem Kongress werden die Außen- und Sicherheitspolitik bestimmen. Die USA sehen sich mit einer Reihe von Sicherheitsherausforderungen in Europa und im Nahen/Mittleren Osten konfrontiert. US-Präsident Obama hat versucht zwei der längsten Kriege in der US-Geschichte zu beenden. Trotzdem werden die US-Streitkräfte in

Afghanistan und im Irak engagiert bleiben müssen. Washington muss sich aber auch mit vier weiteren Konflikten, die ziemlich sicher über das Jahr 2015 bzw. teilweise über die 2017 endende Präsidentschaft Obamas hinaus andauern werden, auseinandersetzen.

Im Kosovo bleiben die USA mit 716 von 4.646 Soldaten der größte KFOR-Truppensteller (15%), werden aber gleichzeitig ihre europäischen Partner zu mehr Beteiligung auffordern, um auch auf der politischen Seite eine Lösung des Konfliktes zu erzielen.

Als Reaktion auf die Ukraine-Krise wird es zu einer Stärkung und Aufrechterhaltung der US-Truppenpräsenz in Zentral- und Osteuropa, sowie in den baltischen Staaten kommen, wobei auf das gesamte Einsatzspektrum der Streitkräfte zu Land, zur See und zur Luft zurückgegriffen wird. Der US-Kongress wird die „European Reassurance Initiative“ (ERI) von Obama (Umfang rund 1 Mrd US-Dollar) 2015 bewilligen, um die Verteidigungsfähigkeiten von Partnerländern zu verbessern.

Die USA werden ihre militärischen Assistenzleistungen für die Ukraine ausweiten und mit der ERI verbinden. Die USA werden damit weit mehr als die bereits zugesagten 45 Mio. US-Dollar Unterstützung leisten. Dabei könnte die USA auch ihre heutige Politik der Unterstützung mit nicht-lethalen Rüstungsgütern für die ukrainischen Streitkräfte revidieren und lethale Waffensysteme zur Verfügung stellen. Insgesamt soll die Ukraine mit Hilfe der USA ihre Interoperabilität mit westlichen Streitkräften verbessern. Washington wird der EU gegenüber fortgesetzt

auf die Verhängung umfassender Sanktionen gegen Russland mit Mitte 2015 bestehen.

Um den NATO-Richtwert von 2% BIP für die Verteidigungsbudgets zu erreichen werden die USA den politischen Druck auf die auf europäischen Partner erhöhen. Dies gilt auch für die Implementierung der mit den Allianzpartnern und weiteren 24 Staaten beim NATO-Gipfel in Wales vereinbarten „Interoperability Platform“.

Die Krisen im Mittleren Osten werden die USA in unterschiedlicher Form herausfordern.

Für die NATO-Mission Resolute Support in Afghanistan hat Präsident Obama die Reduzierung von derzeit 9.800 US-Soldaten auf 4.900 Soldaten bis Dezember 2015 angekündigt. Die Vorgabe soll eingehalten werden, trotz der Tatsache, dass die afghanischen Streitkräfte noch nicht in der Lage sind für Sicherheit zu sorgen. Präsident Obama hat bereits eingestanden, dass seine ursprünglichen strategischen Vorgaben nicht eingehalten werden können. Daher könnten bis zu 15.000 US-Soldaten zusätzlich für offensive Luftkampfführung und Operationen 2015 zur Verfügung stehen. Es könnten aber sogar noch mehr Truppen benötigt werden.

Die militärischen Erfolge des ISIL (Islamischer Staat im Irak und in der Levante, oder Terrormiliz „Islamischer Staat“ IS) haben den US-Präsidenten zu einer erneuten Luftoffensive über dem Irak und erstmals auch zu Luftschlägen in Syrien gezwungen. Auch die Entsendung von weiteren Bodentruppen wird wahrscheinlicher. Die USA werden ihre Anstrengungen im Bereich Training und Unterstützung verstärken. Einige US-Solda-

ten werden wohl auch direkt an den Kampfhandlungen gegen die ISIL teilnehmen müssen. Die USA werden wohl oder übel in den syrischen Bürgerkrieg hineingezogen. Rebellengruppen, die von den USA trainiert wurden, mussten herbe Rückschläge durch die Al-Nusra Front hinnehmen. Die US-Luftwaffe wird auch weiterhin in Syrien Luftschläge durchführen. Es ist auch möglich, dass die Türkei den USA die Nutzung der Luftwaffenbasis Incirlik erlauben, und zwar im Gegenzug für eine Flugverbotszone entlang der türkisch-syrischen Grenze östlich von Aleppo.

Größerer Terroranschläge im Mittleren Osten haben seit 2002 um das fünfzehnfache zugenommen; seit 2010 haben sie sich verdreifacht. Anstrengungen zur Zerschlagung von ISIL werden auch nach der US-Präsidentschaft von Obama fortzuführen sein. Die Anti-ISIL-Koalition hat wider Erwarten keine gemeinsame Stra-

ategie zur Bekämpfung von islamischen Extremismus entwickeln können. Dadurch konnte bislang auch der Zustrom von ausländischen Dschihadisten sowie deren Rückkehr nach Europa nicht verhindert werden. Washington wird aber den Druck auf Europa für mehr Unterstützung im Kampf gegen ISIL erhöhen.

Die Schwächung von terroristischen Gruppierungen wird international angestrebt. Europa und die USA werden in absehbarer Zeit auch im Jemen verstärkt eingreifen müssen, um das Entstehen eines weiteren potentiellen „islamischen Staates“ zu verhindern. Islamischer Extremismus im Jemen richtet sich gegen die aktuellen westlichen Bemühungen, welche die Entstehung von dschihadistischen Gruppierungen zu unterbinden versuchen. Aktuell regieren schiitische Houthis-Rebellen die jemenitische Hauptstadt. Vor dem Hintergrund der zentralen Bedeutung der arabischen Halbinsel für die Öl- und Gasindustrie liegt ein stabiler Jemen im gemeinsamen euro-atlantischen Interesse.

## KERNPUNKTE

- Die USA werden sich wahrscheinlich verstärkt auf Europa ausrichten, um auf die russische Aggression zu reagieren. Washington könnte 2015 die ukrainischen Streitkräfte auch mit lethalen Rüstungsgütern beliefern.
- Das Bekenntnis zum Nordatlantischen Verteidigungsbündnis soll durch US-Truppen-dislozierungen militärisch untermauert werden, woraus vor allem die baltischen Länder gestärkt hervorgehen sollen.
- Der Kampf gegen ISIS wird auch 2015 und darüber hinaus ein umfassendes militärisches Vorgehen erfordern. Der Irak und Syrien werden noch länger mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen konfrontiert sein. Die USA werden ihre Bemühungen zur Bekämpfung von ISIL im Rahmen einer internationalen Koalition von Partnern verstärken.
- Die Bemühungen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus sollen ausgeweitet werden.
- Die europäischen Partnerländer sollen verstärkt in die Pflicht genommen werden.



# WELTHANDELS-, WIRTSCHAFTS- UND KONJUNKTURENTWICKLUNG

*Ulrich Schuh*

**Welthandel und Weltwirtschaft werden sich im Jahr 2015 nur gedämpft entwickeln. Dem stabilen Wachstum in USA und China stehen insbesondere die eingetrübten Konjunkturaussichten im Euroraum, in Russland und Brasilien gegenüber. Zudem bestehen beträchtliche Konjunkturrisiken durch Finanzmarktinstabilität und Energiepreisentwicklung.**

Die schwache Entwicklung der Weltwirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2014 ist vor dem Hintergrund anhaltender globaler Ungleichgewichte und krisenhafter Symptome einzuschätzen. Die Staatsverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts beträgt derzeit im Euroraum 95 %, in den USA 105 % und in Japan gar 245 %. Die Zentralbanken in den USA, im Euroraum und in Japan verfolgen einen aggress-

siven expansiven Kurs, dennoch befinden sich die Inflationsraten auf sehr niedrigem Niveau, wobei insbesondere in einzelnen Staaten des Euroraums sogar deflationäre Tendenzen auftreten. Die Defizite der Staatshaushalte weisen in den drei genannten Regionen unhaltbar hohe Werte auf. Das Leistungsbilanzdefizit der USA hat sich in den letzten Jahren etwas rückgebildet, es liegt aber immer noch bei etwa 2,5 % des Bruttoinlandsprodukts.

Die aktuellen Prognosen für die globale Konjunkturentwicklung des Jahres 2015 (Europäische Kommission, Gemeinschaftsdiagnose für Deutschland, Internationaler Währungsfonds) stellen vor diesem Hintergrund bestenfalls einen verhaltenen Wirtschaftsaufschwung in Aussicht.

## **USA**

Für die USA wird gegenwärtig von einer Fortsetzung der bestehenden stabilen Wachstumsdynamik ausgegangen. Die günstige Arbeitsmarktentwicklung unterstützt die Ausweitung des privaten Konsums, der Unternehmenssektor profitiert von der günstigen Entwicklung der relativen Energiekosten. Allerdings wird die Geldpolitik in den USA ihren expansiven Kurs schrittweise zurücknehmen (müssen) und von dieser Seite etwas dämpfend auf die Konjunkturentwicklung einwirken.

## **China**

Für die Wirtschaft Chinas gehen die vorliegenden Prognosen davon aus, dass die hohen Wachstumsraten im Jahr 2015 beibehalten werden kön-

nen. Es mehren sich jedoch die Anzeichen, die auf eine Verlangsamung zumindest in der mittleren Frist hindeuten. Insbesondere der Immobilienmarkt Chinas weist eine hohe preisliche Volatilität auf, die zu einer Beeinträchtigung der Konjunktur beitragen könnte.

## **Indien**

Auch für Indien wird vom International Monetary Fund (IMF) gegenwärtig eine Fortsetzung des kräftigen Wirtschaftswachstums im Jahr 2014 vorhergesagt. Die erwartete schwache globale Konjunktur könnte hier allerdings dämpfend wirken.

## **Russland und Brasilien**

In Russland und Brasilien ist jeweils mit einer Stagnation der Wirtschaftsleistung zu rechnen. Russland leidet sowohl unter den Folgen der Sanktionen im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise als auch unter dem spürbaren Rückgang der Energiepreise, die zu einer substantiellen Minderung der Exporterlöse führen. Insbesondere der kräftige Rückgang des Erdölpreises stellt für die russische Wirtschaft eine massive Bedrohung dar, weil die Energieexporte die Haupteinnahmequelle der Außenwirtschaft darstellen. In Brasilien leidet die Volkswirtschaft unter einer chronischen Verschleppung notwendiger Strukturreformen, die privaten Konsum und Investitionsbereitschaft hemmen.

## **Japan**

Japan wird im Jahr 2015 den aggressiven wirtschaftspolitischen Kurs fortführen, der über expan-

sive Geldpolitik und fiskalpolitische Maßnahmen darauf abzielt, die Inflation anzuheizen und über eine bewusste Abwertung der Währung an internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen. Dennoch wird das Wirtschaftswachstum in Japan im Jahr 2015 kaum wesentlich über dem bescheidenen Wert des Jahres 2014 zu liegen kommen.

## **Aussichten für Europa**

Die mäßigen Wachstumsperspektiven der Weltwirtschaft sind in beträchtlichem Umfang der anhaltenden Konjunkturschwäche der Mitgliedstaaten der Europäischen Union geschuldet. Entgegen geäußerten Hoffnungen ist ein Konjunkturaufschwung derzeit nicht in Sicht. Die sehr gedämpfte wirtschaftliche Dynamik ist der fehlenden Zuversicht von Unternehmen und Konsumenten geschuldet. Die überwiegende Mehrheit der Mitgliedstaaten ist weit von der notwendigen Konsolidierung der Staatshaushalte entfernt, was das Vertrauen der Wirtschaftsakteure untergräbt. Gleichzeitig erschwert jedoch die mangelnde Wirtschaftskraft die Sanierung der Staatshaushalte. Da erhebliche wirtschaftliche Ungleichgewichte innerhalb der Europäischen Union bestehen, können makroökonomische Politiken nur ungenügend gegensteuern.

Für das Jahr 2015 ist in der Europäischen Union ein bescheidenes Wirtschaftswachstum zu erwarten, wobei die negativen Risiken eindeutig überwiegen. Dank erfolgreicher Struktur-reformen wird der Anstieg der Arbeitslosigkeit begrenzt bleiben, aber dennoch schmerzhaft sein. Aufgrund sinkender Energiekosten zeichnet sich im Jahr 2015 eine Phase stagnierender bzw. sinkender Preise im Euroraum ab. Bei

sinkendem Preisniveau verschärft sich die Last hoher Verschuldung von privaten und öffentlichen Haushalten, weil die expansive Geldpolitik an ihre Grenzen stößt. In der Europäischen Union wurde das Erreichen der mittelfristigen Zielvorgaben für die nationalen Staatshaushalte für das Jahr 2016 in Aussicht gestellt. Sollte im Laufe des Jahres 2015 die Unmöglichkeit der Zielerreichung sichtbar werden, könnte dies das Vertrauen der wirtschaftlichen Akteure weiter untergraben und die wirtschaftliche Schwächephase vertieft werden.

Das Expansionstempo des Welthandels hat sich seit der Finanzkrise merklich verlangsamt. Das Verhältnis von Handelsvolumen zu regionaler Wertschöpfung hat sich verringert. Dies spiegelt eine verstärkte Orientierung der Weltwirtschaft auf die jeweilige regionale Binnenkonjunktur wider. Die Phase der rasanten Re-Globalisierung, die Mitte der 1970er Jahre begonnen hatte, dürfte somit zu Ende gegangen sein. Insbesondere für exportorientierte Staaten stellt diese Entwicklung eine Herausforderung dar. Im Rahmen der Verhandlung eines Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) versuchen EU, European Free Trade Association (EFTA), EU-Beitrittskandidaten, USA und North American Free Trade Agreement (NAFTA) bestehende Handelsbarrieren abzubauen und den Warenaustausch innerhalb dieser Regionen zu intensivieren. Ein Abschluss der Verhandlungen ist jedoch in absehbarer Zeit nicht in Aussicht.

## **Konjunkturrisiken**

Die negativen Konjunkturrisiken für die Weltwirtschaft sind im Jahr 2015 erheblich. Auf-

grund der expansiven Geldpolitik in allen bedeutenden Weltregionen ist die Gefahr eines neuerlichen Aufflammens der Finanzkrise gegeben. Hohe Kursgewinn-Verhältnisse auf den Aktienmärkten und die Entwicklung von Immobilienpreisen (etwa in China) weisen auf Ungleichgewichte auf den Finanzmärkten hin. Die gesamtwirtschaftlichen Verschuldungsquoten sind nach der Finanzkrise weiter angestiegen. Verlieren Investoren das Vertrauen, könnte eine fundamentale Kurskorrektur bei Vermögenswerten den Finanzsektor weltweit erneut destabilisieren. Ergebnisse der jüngsten Stresstests für den Bankensektor in Europa unterstreichen, dass der Finanzsektor weiterhin höchst verwundbar ist. Die Verwundbarkeit der Volkswirtschaften im Falle einer neuerlichen Finanzkrise hat auf globaler Ebene deutlich zugenommen. Die hohen Verschuldungsquoten der öffentlichen Haus-

halte schränken die Handlungsfähigkeit nationaler Regierungen ein, ebenso ist der Handlungsspielraum der Notenbanken mittlerweile stark eingengt. Im Unterschied zum Jahr 2008 sind gegenwärtig auch Schwellenländer wie China, Brasilien oder die Türkei von Verwerfungen auf den Finanzmärkten unmittelbar bedroht. Die Folgen einer tiefen Finanzkrise wären vor diesem Hintergrund vermutlich weit aus gravierender und dauerhafter als nach der Lehman-Brothers-Insolvenz.

Die schwache globale Konjunktur in Verbindung mit technologischen Entwicklungen (Fracking in den USA) hat zu einem kräftigen Verfall bei den Energiepreisen geführt. Dies wird im Jahr 2015 einerseits zu tendenziell deflationären Entwicklungen insbesondere im Euroraum und auch in Japan führen. Andererseits werden resultierende Einnahmenausfälle bei energieexportierenden Ländern zu einem Nachfragerückgang führen, der einen zusätzlich dämpfenden Impuls auf die Weltkonjunktur ausüben könnte.

## KERNPUNKTE

- Die Staatsverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts beträgt derzeit im Euroraum 95 %, in den USA 105 % und in Japan gar 245 %.
- Für die USA wird gegenwärtig von einer Fortsetzung der bestehenden stabilen Wachstumsdynamik ausgegangen.
- Für die Wirtschaft Chinas gehen die vorliegenden Prognosen davon aus, dass die hohen Wachstumsraten im Jahr 2015 beibehalten werden können. Es mehren sich jedoch die Anzeichen, die auf eine Verlangsamung zumindest in der mittleren Frist hindeuten.
- Die mäßigen Wachstumsperspektiven der Weltwirtschaft sind in beträchtlichem Umfang der anhaltenden Konjunkturschwäche der Mitgliedstaaten der Europäischen Union geschuldet. Entgegen geäußerten Hoffnungen ist ein Konjunkturaufschwung derzeit nicht in Sicht.



# DIE DYNAMIK DER GLOBALEN FINANZSYSTEME

*Michael Drexler*

**Wenngleich gestärkt durch eine Vielzahl von Reformen seit 2008, ist das globale Finanzsystem immer noch sehr komplex und inhärent verwundbar. 2015 werden sowohl die globale Geldpolitik und Regulierung als auch das regionale Wirtschaftswachstum starken Einfluss haben. Politische Unsicherheit und Cyber-Risiko markieren mögliche „tail risks“ für das System.**

Viele Reformen haben seit der Krise das globale Finanzsystem gestärkt. Insbesondere die

Kapitalisierung von Banken ist erheblich verbessert, und ein wesentlicher Teil der bilateralen Finanzmärkte in Derivaten operiert jetzt über zentrale Börsen. Andererseits haben die Kapitalisierungsregeln viele Banken dazu getrieben, Staatsanleihen gegenüber Geschäftskrediten in ihrer Bilanz zu bevorzugen, was vor allem in Europa eine Kreditklemme für kleine und mittelständische Unternehmen erzeugt hat. Dies hat drei Folgen: Erstens erschwert die Kapitalknappheit eine Expansion der europäischen Wirtschaft, zweitens verlagert sich ein Teil der

Kreditverleihung außerhalb des regulierten Bankwesens (zum „shadow banking“) und drittens erhöht sich die Korrelation zwischen fiskaler (In-)Stabilität und der (In-)Solvenz des Bankwesens.

Dieser Trend wird 2015 durch einen Wechsel in der Geldpolitik kompliziert. Bisher verfolgten die drei größten Finanzmärkte der Welt (USA, Europa, Japan) eine einheitliche Niedrigzins-Politik mit „quantitative easing“. 2015 werden nun die USA (und möglicherweise das Vereinigte Königreich) ihre Leitzinsen anheben, was die relative Attraktivität des Dollars (und möglicherweise des britischen Pfunds) erhöhen wird.

Kapital wird vermehrt in diese Wirtschaften fließen, bis eine relative Abwertung des Euros die Kapitalflüsse stabilisiert. Ein niedrigerer Euro bringt positive Effekte für die Exportwirtschaft, ist aber negativ für den Kauf dollar-basierter globaler Güter (insbesondere solche, die an den Ölpreis gebunden sind). Die Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft werden differenziert sein. Mit einer für Investoren attraktiveren US-Wirtschaft und Geldpolitik wird die Dynamik der Eurozone weiter in den Vordergrund treten.

### **Aspekte von besonderer Relevanz**

Zwei Aspekte werden 2015 von besonderer Relevanz sein: Erstens die ökonomischen Spannungen zwischen der Peripherie und den Kernstaaten, insbesondere Deutschland. Zweitens die Prognosen für eine notwendigerweise erhöhte Produktivität der europäischen Wirtschaft. Verknüpft werden diese Punkte in der Diskussion über erhöhte

Investitionen in Infrastruktur. Dies ist ein weltweites Phänomen (geschätzt fehlen jedes Jahr bis zu 1,5 Trillionen US-Dollar zur Bedarfsdeckung für adäquate Infrastruktur) und wird 2015 besonders wichtig für Europa sein. Wesentliche Regulierungen (Solwency II, Basel III) werden möglicherweise weitere Anpassungen in diesem Sinn enthalten.

Die Geldpolitik seit der Finanzkrise hat die globale Geldmenge dramatisch erhöht, mit der Konsequenz, dass in einigen Bereichen Kapital im Überschuss vorhanden ist. Dies ist sowohl in vielen traditionellen wirtschaftlichen und finanziellen Modellen nicht adäquat reflektiert als auch eine Ursache für erhöhte Bewertungen in einigen Märkten (z.B. Immobilien, eventuell auch Aktien).

### **Chinas Wirtschaftsrolle**

Die chinesische Wirtschaft wird aufgrund ihrer Relevanz für globale Wachstumsprognosen eine besondere Rolle spielen (Chinas Beitrag zum globalen Wirtschaftswachstum ist mehr als der doppelte der USA und nahezu der zehnfache der Eurozone). Ein leicht niedrigeres Wachstum ist wahrscheinlich und eine Korrektur des Immobilienmarktes möglich. China ist fiskal stabil genug, sodass beides keine krisenhaften Folgen haben sollte. Ein stark reduziertes Wachstum würde allerdings die globalen Konjunkturerwartungen senken und die US-Aktienmärkte zu einer Korrektur zwingen. Eine solche ist ohnehin überfällig, wenn es nach der Statistik geht (die letzte Korrektur über 10 % war im Mai 2012, gegenüber einem historischen Durchschnitt von 14 bis 18 Monaten).

In den letzten Jahrzehnten war eine geopolitische „pax americana“ die prognostische Basis, und zumindest auf Makro-Ebene wurde damit die Mehrzahl der Risiken als ökonomisch angenommen. 2014 hat sich dies drastisch verändert, und große Staaten sind im klaren strategischen Wettbewerb – sowohl das Verhalten Russlands ist hierfür ein Beispiel, als auch Chinas Ansprüche in Asien. Dies hat Einflüsse auf das Finanzsystem. Erstens durch die erhöhte Relevanz politischer Risiken und zweitens durch das Aufstellen von Barrieren für Kapital oder wirtschaftliche Aktivität, wo dies im politischen Wettbewerb opportun scheint. Erhöhte Volatilität und Unsicherheit sind klare Konsequenzen.

## **Gefahren der Vernetzung**

Schließlich hat die Vernetzung und Automatisierung des globalen Finanzsystems dazu geführt, dass eine Verwundbarkeit gegenüber Cyber-Attacken besteht. Der Wunsch nach erhöhter Transparenz und Datenaustausch in Steuersachen verstärkt diesen Trend.

Die „security breaches“ einiger US-Banken 2014 geben eine Vorschau auf 2015. Aufgrund der gelegentlichen Verwicklung von Staaten und quasistaatlichen Organisationen ist eine Lösung dieser Problematik nicht einfach. Dennoch scheint ein katastrophales „meltdown risk“ durch eine vertrauenszerstörende Cyber-Attacke auf das Finanzsystem unwahrscheinlich.

## **KERNPUNKTE**

- **2015 ist von einem Trendwechsel in der Geldpolitik – von einer Niedrigzins-Politik hin zu einer Leitzinsanhebung – geprägt.**
- **In Bezug auf die Dynamik der Eurozone sind die ökonomischen Spannungen zwischen der Peripherie und den Kernstaaten besonders relevant.**
- **Seit der Finanzkrise hat sich die globale Geldmenge dramatisch erhöht, was zu einem Kapitalüberschuss geführt hat, der in vielen traditionellen wirtschaftlichen und finanziellen Modellen nicht adäquat reflektiert und Ursache für erhöhte Bewertungen in einigen Märkten ist.**
- **China ist fiskal stabil genug, und die chinesische Wirtschaft wird aufgrund ihrer Relevanz für globale Wachstumsprognosen eine besondere Rolle spielen.**
- **Die letzten Jahrzehnte sind auch wirtschaftlich von der geopolitischen „Pax americana“ geprägt gewesen. Dies hat sich ab 2014 drastisch geändert, und große Staaten sind wieder im klaren strategischem Wettbewerb.**
- **Die Vernetzung und Automatisierung des globalen Finanzsystems hat dazu geführt, dass eine Verwundbarkeit gegenüber Cyber-Attacken besteht. Ein daraus resultierender meltdown ist jedoch unwahrscheinlich.**



# ENTWICKLUNG DER ENERGIE- UND ROHSTOFF-VERSORGUNG

*Katrin Brugger*

**Eine funktionierende Versorgung mit energetischen und nichtenergetischen mineralischen Rohstoffen ist für eine moderne Volkswirtschaft unabdingbar. Die Nutzung der Erdkruste zur Entnahme von definitiv nicht erneuerbaren Mineralrohstoffen war zu jeder Zeit von überragender Bedeutung für das Wohlergehen der Menschheit.**

Die Natur, konkret die durch Mineralrohstoffgewinnung verfügbare Erdkruste, wird auf unabsehbare Zeit die Grundlage der Güterversorgung

und wohl auch der Energieversorgung bleiben. Die Versorgung mit Baurohstoffen erfolgt weltweit auf regionaler Ebene und darf daher bei den folgenden Betrachtungen außen vor bleiben. Im Vergleich zu China, USA und Russland ist die Europäische Union bei der Versorgung mit existenziell wichtigen mineralischen Rohstoffen deutlich stärker vom globalen Handel abhängig, sodass sich der Bedarf eines Managements der Abhängigkeiten ergibt. China, USA und Russland produzieren etwa 47 % der Welthandels-Mineralrohstoffe, die Staaten der EU jedoch lediglich 5,5 %. Daraus resultieren im Nachfra-

gewettbewerb strategische Risiken nicht nur für die Versorgung Europas, sondern auch für die zukünftige industrielle Entwicklung, die sich in einer ökonomisch unabdingbaren Phase einer Re-Industrialisierung befindet.

## **Mengenverteilung**

Mengenmäßig ist die Weltbergbauproduktion durch die Energierohstoffe dominiert. Nach Kontinenten differenziert ist Asien sowohl mengenmäßig (deutlich mehr als die Hälfte) als auch von den Zuwachsraten (mehr als verdoppelt) klar dominierend. Europa schrumpft tatsächlich nicht so dramatisch, wie es die „gefühlte Schrumpfung“ erwarten ließe. Europa verliert aber insgesamt an Anteilen. Der Anteil Nordamerikas bleibt stabil. Afrika spielt entgegen der landläufigen Ansichten vom „ausgebeuteten Kontinent“ nur eine untergeordnete Rolle und liefert nur einen geringen Beitrag zur globalen Rohstoffversorgung, der Beitrag Afrikas ist sogar kleiner als der Europas.

Das weitere Schicksal der afrikanischen Potenziale ist von globalem Interesse. Ein Blick auf den Weltbergbau und die hohe Konzentration der Produktion erweckt das Interesse an angemessenen Lösungen für die gegebene Situation. Einerseits wird zur Anschauung der Konzentration der Herfindahl-Hirschmann-Index (HHI) herangezogen, andererseits wird gezeigt, wie hoch der Anteil von drei Ländern an der Weltproduktion ist. Die Konzentration der Produktion auf die „besten“ Standorte birgt Eigenarten in sich.

Es zeigt sich, dass von 63 im Jahr 2012 weltweit produzierten mineralischen Rohstoffen

- bei 36 Rohstoffen davon der HHI-Wert über 2000 liegt, also ein konzentrierter Markt vorliegt.
- Darüber hinaus betrachtet kommen bei 50 von 63 Rohstoffen mehr als 50 % der Weltproduktion aus nur mehr drei Ländern.
- Innerhalb dieser 50 Rohstoffe kommt es bei 28 davon dazu, dass mehr als 75 % der Weltproduktion aus nur mehr drei Ländern stammen!

Neben der Marktkonzentration der Länder sind Konzentrationen bei den produzierenden Unternehmen zu beobachten, die Realitäten der Rohstoffmärkte sind jedenfalls globaler Natur. Diese Umstände können strategisch höchste Bedeutung erlangen; der Aufrechterhaltung eines freien Handels kommt daher höchste Priorität zu.

Die Zahlen sprechen für sich, die Europäische Union ist weitgehend auf Importe von Energierohstoffen (etwa in der Dimension von 500 Mrd. €) und Materialrohstoffen (etwa in der Dimension von 200 Mrd. €) angewiesen. Von der Europäischen Kommission wurde in Abhängigkeit von Versorgungsrisiko und wirtschaftlicher Bedeutung eine Liste der kritischen mineralischen Rohstoffe – 20 Rohstoffe (2014) – erstellt. Die Europäische Union befindet sich in einer Situation umfangreicher Abhängigkeiten.

## **Europäische Bedürfnisse**

Die globale Verteilung der Mineralrohstoffvorkommen ist geologisch bedingt. Diese ungleiche Verteilung zeigt den Eigenversorgungsüberlegen von vorne herein ihre natürlichen Grenzen auf. Es ergeben sich Abhängigkeiten zwischen

den Konsumentenländern (Interesse an Versorgungssicherheit) und Produzentenländern (Interesse an Nachfragesicherheit). Jedenfalls ergibt sich für die Europäische Union ein erheblicher Bedarf nach

- einer fairen Versorgung mit Rohstoffen von den globalen Märkten,
- einer nachhaltigen Versorgung mit Rohstoffen aus eigener Produktion
- und Anstrengungen in Richtung Materialeffizienz und Substitution von bestimmten Rohstoffen.

Grundsätzlich ist die Versorgungslage so, dass sie für rohstoffstrategische Maßnahmen, die zu Irritationen führen können, mehr als reichlich Raum bietet. In Summe ergibt sich für die Europäische Union daher die Notwendigkeit eines aufmerksamen Managements der Abhängigkeiten, das auch rasche und flexible Reaktionen zulässt.

Für 2015 wird bei rationalem Verhalten der Akteure nicht von tiefgreifenden Irritationen ausgegangen, die Anwesenheit von diplomatischen Aktivitäten auf dem Rohstoffsektor (Erdgas) wird jedoch als negatives Indiz gesehen, grundsätzlich sollten funktionierende Märkte ohne Politik und Diplomatie auskommen.

## KERNPUNKTE

- **China, USA und Russland produzieren etwa 47 % der Welthandels-Mineralrohstoffe, die EU jedoch nur 5,5 %.**
- **Der Beitrag Afrikas zur globalen Rohstoffversorgung ist kleiner als der Europas.**
- **Die Europäische Union befindet sich in einer Situation umfangreicher Abhängigkeiten.**
- **Die EU ist weitgehend auf Importe von Energie- und Materialrohstoffen angewiesen.**



# KONFLIKTHERDE DER WELT: KANN DIE WELT FRIEDLICHER WERDEN?

*Frank Pfetsch*

**Die unübersichtlich gewordene Welt zeigt Trends zum globalen Regionalismus und zur Unregierbarkeit von Nationalstaaten. Russlands Putin und das Verhältnis EU-Russland bleiben auch für 2015 auf der internationalen Agenda. Innerhalb der unterschiedlichen Perzeptionen und Politikmuster werden à la longue die wirtschaftlichen Gegebenheiten mit westlichen Vorteilen bestimmend sein.**

Seit dem Ende des Kalten Krieges können fünf wichtige Veränderungen im Konfliktgeschehen registriert werden:

1. Nach dem Ende Ost-West-Konflikts bestimmen heute global Regionalmächte das Weltgeschehen und national sind religiöse, ethnische

oder kulturelle Zusammengehörigkeiten der Kitt, der viele „Gläubige“ zusammenhält. Solche Identifikationsmuster werden in weiten Teilen der Welt instrumentalisiert für ideologische und machtpolitische Zwecke.

2. Europa hat sich mittels eines neuartigen Regionalmusters mit heute 28 Staaten unterschiedlicher Größe, deren Gewicht durch ein ausgeklügeltes System ausbalanciert wird, in der Europäischen Union zusammengeschlossen; in anderen Teilen der Welt haben ähnliche aber dennoch unterschiedliche regionale Zusammenschlüsse in Südamerika (MERCOSUR), Asien (ASEAN), Südasien (SARC), Amerika (OAS), Europa (OSZE) etc. stattgefunden. Neben der UN sind die G8/7 und G20 wichtige globale Akteure.

3. Staaten sind nicht mehr die alleinigen Akteure; in vielen Ländern der Welt haben die Staaten das Monopol der Gewaltsamkeit verloren, es gibt zahlreiche gescheiterte, Failed States, in denen private oder/und soziale Akteure das Handeln mitbestimmen wie in Syrien, Libyen, in der Ukraine, im Irak etc., und in denen Krieg eine alltägliche Erscheinung ist. Terroristische, zum Teil transnational operierende Rebellen-Gruppen wie z.B. die Organisation Islamischer Staat, Al Qaida, Al Shabaab, Boko Haram bzw. Befreiungsgruppierungen wie in Mali, in Nepal, im Sudan und anderswo diktieren das Geschehen.

4. Unser Heidelberger, jährlich veröffentlichtes „Konfliktbarometer“ lässt den empirischen Befund erkennen, dass erstens im Konfliktgeschehen innerstaatliche Konflikte dominant geworden sind – und dies nicht nur in der islamisch geprägten Welt, sondern auch in Westeuropa (Katalonien, Korsika, Schottland, Baskenland etc.) und zweitens gewaltsame zwischenstaatliche Kriege seit Jahrzehnten kaum mehr beobachtet werden.

5. Die Gefahr gewaltsamer Konfrontationen geht heute überwiegend von autokratisch zentralistisch organisierten Staaten aus; die Neigung besteht in diesen Staaten, dass versucht wird sich in Konflikten gewaltsam mit Machtpolitik durchzusetzen; demokratische organisierte Gemeinwesen sind empirisch nachweislich in der Regel friedlicher, zumal im Verhältnis zueinander.

Weltweite Gefahren sind aber dennoch zumindest potentiell zu erkennen: Weitergabe von

Nuklearpotential, Rivalitäten zwischen alten und neu aufsteigenden Mächten, Wettbewerb über ökonomische Ressourcen, Gefahren des Klimawandels, religiöser Fanatismus mit politisch aggressiver Expansion, Territorial-Streitigkeiten z.B. im Südchinesischen Meer; es ist zu befürchten, dass der aus der muslimischen Welt stammende religiöse Terrorismus in einen Flächenbrand übergehen kann.

Das Konfliktpanorama in Europa wird bestimmt von dem Verhältnis zwischen Russland und Europa. Von dem gemeinsamen Haus Europa Gorbatschows ist nicht mehr die Rede. Der russische Präsident Putin bestimmt weitgehend die Agenda und er muss als listenreiche schillernde Persönlichkeit wahrgenommen werden. Mit raffinierter politischer Lüge/Strategie versucht er seine Ziele zu erreichen, nämlich die Rückeroberung verlorener geostrategischer Einflussphären unter anderem durch Destabilisierung schwacher Staaten mit russischen Minderheiten.

Demokratische Ordnungsmuster werden von machtpolitisch territorial bestimmten Handlungsmustern herausgefordert. Die Sichtweisen sind unterschiedlich: Der „Westen“ hat osteuropäische Staaten nach der Implosion der Sowjetunion wunschgemäß in seine Systeme aufgenommen (NATO, EU) und versucht es mit Verhandlungspolitik und ökonomischen Sanktionen, er sieht sich im Einklang mit dem Völkerrecht. Russland unter Putin versucht es mit Machtpolitik, militärischer Gewalt bzw. Gewaltdrohung und sieht sich (subjektiv) bedroht durch die Ausweitung des NATO-Bündnisses nach Osten, in die ehemals sowjetischen Gebiete hinein. In der Wahrnehmung des Westens stellt das

Verteidigungsbündnis NATO keine Aggression dar, zumal dessen Erweiterung von den osteuropäischen Staaten gewollt und damit legitimiert wurde; in Putins Augen stellt jedoch die Ausweitung der NATO eine Bedrohung der eigens beanspruchten Einflussphäre dar. Die russisch sprechenden Minoritäten in den ehemaligen Sowjetrepubliken, die bisher friedlich mit der jeweiligen Mehrheitsbevölkerung gelebt haben, können und werden instrumentalisiert für russische Macht- und Einflusspolitik. Die Einverleibung der Krim sei nicht völkerrechtswidrig. Erinnerungen an Hitlers Einmarsch in die Tschechoslowakei werden wieder wach. Perzeption steht gegen Realität.

Dieses Muster wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch in das Jahr 2015 fortsetzen, so dass unter Putin mit einer Änderung nicht zu rechnen ist. Westliche Verhandlungs- und Sanktionsstrategie steht gegen machtpolitisch territoriale autokratische Politik. Die Presseberichterstattung in Europa ist von diesem Konflikt geprägt und bestimmt die Schlagzeilen. Weltweit kann aber insgesamt mit einem Abwärtstrend gewalttätiger Konfrontationen gerechnet werden. In seinem Buch "Winning the War on War" resümiert Joshua S. Goldstein: Wir konstatieren den „Rückgang bewaffneter militärischer Konflikte weltweit, wir haben nukleare Kriege vermieden, haben einen Weltkrieg hinter uns gelassen, gewalttätige zwischenstaatliche Konflikte beinahe ausgerottet und Bürgerkriege auf weniger Länder beschränkt mit weniger Zerstörungen.“

Zwei Tendenzen scheinen mir die Welt etwas friedlicher machen zu können: es ist einmal der Zusammenschluss zu regionalen Organisationen,

der zu Verhandlungslösungen zwingt und zur Abnahme zwischenstaatlicher Konflikte geführt hat; und zum anderen ist es die tendenziell friedlicher werdende Welt durch die Zunahme an demokratischen Staaten (Demokratiefriede). Nicht unbedingt ist die Welt friedlicher geworden, aber im Vergleich zu früheren Perioden hat die militärische Gewaltsamkeit abgenommen. A la longue, vermute ich, werden die ökonomischen Entwicklungen über die Kräfteverhältnisse entscheiden, und da hat der Westen gegenüber dem russischen Oligarchie- und Kleptokratiensystem allemal die Nase vorn.

## KERNPUNKTE

- **Nach dem Ende Ost-West-Konflikts bestimmen heute global Regionalmächte das Weltgeschehen.**
- **Staaten sind nicht mehr die alleinigen Akteure; in vielen Ländern der Welt haben die Staaten das Monopol der Gewaltsamkeit verloren.**
- **Innerstaatliche Konflikte sind im Konfliktgeschehen dominant geworden.**
- **Die Gefahr gewaltsamer Konfrontationen geht heute überwiegend von autokratisch zentralistisch organisierten Staaten aus.**
- **Das Konfliktpanorama in Europa wird bestimmt von dem Verhältnis zwischen Russland und Europa.**
- **Nicht unbedingt ist die Welt friedlicher geworden, aber im Vergleich zu früheren Perioden hat die militärische Gewaltsamkeit abgenommen.**



# DIE ATOMGESPRÄCHE MIT DEM IRAN

Ellie Geranmayeh

**Ein Abkommen mit dem Iran in der Atomfrage könnte zwar unerwünschte Gegenreaktionen instabiler regionaler Nachbarn auslösen, es würde aber auf jeden Fall den Atomwaffensperrvertrag und die Rolle der IAEA stärken und sich positiv auf die globale Sicherheitslage auswirken.**

Die Atomgespräche mit dem Iran sind in ihre bis dato wichtigste Phase eingetreten. Der Einfluss dieser Gespräche auf den Atomwaffensperrvertrag hängt mit ihrer Entwicklung im kommenden Jahr zusammen: gibt es ein Abkommen, sind die Gespräche ein Misserfolg oder wird die fortwährende Verlängerung der Verhandlungen hin-

ter verschiedenen Formulierungen verschleiert. Die Gespräche wurden kürzlich bis Juni 2015 verlängert. Sollte es keine klare Entscheidung vor der Überprüfungskonferenz 2015 geben, werden die derzeitigen Atomverhandlungen keinen großen Einfluss auf den Inhalt und Ablauf dieser im Frühling 2015 angesetzten Veranstaltung haben. Ein derartiges Szenario hätte aber massiven Einfluss auf die Nichtverbreitung.

Der Iran und die EU3+3 (Deutschland, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Russland, China und die USA) konnten bis zum 24. November 2014 kein umfassendes Nuklearabkommen entsprechend dem gemeinsamen Aktions-

plan (gemA) des Vorjahres abschließen. Obwohl die Verlängerung – mit Blick auf ein mögliches Abkommen – nicht ideal ist, sollte sie dennoch nicht als Niederlage für die Nichtverbreitung gesehen werden.

Die selbstauferlegte Frist wurde verlängert, da es Fortschritte bei bis zu diesem Zeitpunkt als unüberbrückbar geltenden entscheidenden Fragen gab. Die Gespräche wurden für eine kurze Phase intensiver Verhandlungen bis März 2015 mit dem Ziel verlängert, eine politische Vereinbarung zu erreichen, welche die Vorgaben für eine umfassende Lösung bis Ende Juni schafft. Die verhandelnden Staaten werden versuchen, einen Durchbruch bei zwei Schlüsselbereichen zu erzielen, nämlich der Definition des genauen Umfangs der „praktischen Bedürfnisse“ des Iran bezüglich der Anreicherung, wie es das gemA unterstreicht, und in welcher Reihenfolge nach einer endgültigen Lösung die Sanktionen aufgehoben werden.

## **Überprüfungskonferenz 2015**

Bis zur Überprüfungskonferenz im Frühjahr 2015 wird es höchstwahrscheinlich keine Entscheidung geben. Es ist wahrscheinlicher, dass die Atomgespräche entweder als Teil des gemA oder eines politischen Rahmenabkommens weitergeführt werden. Unter diesen Bedingungen haben die Atomgespräche weder großen Einfluss auf den Ablauf der Überprüfungskonferenz, noch auf ihren Schwerpunkt, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Mittleren Osten. Wenn vor der Überprüfungskonferenz eine endgültige Lösung auf dem Tisch liegt, werden die EU3+3 diese Plattform nützen, um ihre Lösung

als eine Erfolgsgeschichte in Sachen Nichtverbreitung zu verkaufen. Von den regionalen Akteuren ist jedoch eine sofortige Gegenreaktion zu erwarten. Saudi-Arabien und andere Golfstaaten wie die Vereinigten Arabischen Emirate werden ihr großes Unbehagen angesichts einer Einigung mit dem Iran äußern. Sie könnten die Überprüfungskonferenz dazu nützen, ihre tiefe Besorgnis über ein - ihrer Meinung nach - unzumutbares Abkommen auszudrücken, welches das Recht auf Anreicherung gemäß dem Atomwaffensperrvertrag garantiert.

Die Konferenz könnte so unbeabsichtigt zu einer Bühne für dieser Länder werden, bei der sie darlegen, warum sie Möglichkeiten zur nationalen Anreicherung prüfen sollten, und damit drohen, die sogenannte „123-Vereinbarung“ mit den USA bezüglich nuklearer Kooperation zu beenden. Eine Einigung mit dem Iran wird mit großer Wahrscheinlichkeit Israel noch weiter davon abbringen, die Möglichkeit eines atomwaffenfreien Mittleren Ostens zu diskutieren.

Wenn es zu einer endgültigen Einigung kommt, werden die Blockfreien die Überprüfungskonferenz nützen, um ihrer Erwartung Ausdruck zu verleihen, dass die an diesem Handel mit dem Iran beteiligten ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates denselben Einsatz zeigen und gleich viele Mittel in die Hand nehmen, wenn es darum geht, ihre angeblichen Ziele im Mittleren Osten und in Fragen der Abrüstung zu erreichen.

## **Szenario: Kein Abkommen**

Der derzeitige diplomatische Prozess mit dem Iran wird mit großer Wahrscheinlichkeit nicht in

den nächsten sieben Monaten scheitern. Sollten aber vor oder nach einer erneuerten gemA-Frist die Parteien zu der Überzeugung gelangen, dass sie zu weit auseinander liegen um eine Einigung erzielen zu können, ist es möglich, dass sie vom Verhandlungstisch aufstehen.

Dies beinhaltet für beide Seiten ein großes Eskalationsrisiko, das folgendermaßen enden könnte:

- verstärkte US/EU-Sanktionen gegenüber dem Iran,
- verstärkte israelischen Drohungen mit präventiven Schlägen gegen iranische Atomanlagen sowie der Einsatz von Maßnahmen aus dem rechtsfreien Raum, um die Entwicklung des iranischen Nuklearprogramms zu beeinflussen,
- feindliche Reaktion des Iran in Form eines Rückzugs aus dem Atomwaffensperrvertrag nach dem Vorbild Nordkoreas, verstärkte Anreicherungskapazität auf 20 % und Zugangsverbot für die Internationale Atomenergieorganisation (IAEA).

Zwischen den USA und dem Iran gibt es jetzt noch ein Verhandlungsfenster. Ein Scheitern eines Abkommens in diesem Rahmen würde jedoch die Chancen einer umfassenden Lösung unter einem zukünftigen US-Präsidenten massiv reduzieren. Diese Ergebnisse hätten unzweifelhaft einen negativen Einfluss auf die Glaubwürdigkeit des Atomwaffensperrvertrages, wie auch auf die Pläne für einen atomwaffenfreien Mittleren Osten.

## **„Atomwaffensperrvertrag-Plus“**

Die EU3+3 suchen derzeit ein Ziel für ein endgültiges Atomabkommen mit dem Iran, das sein Nuklearprogramm durch weitreichende Inspektionen und Verifikationsmaßnahmen auch jenseits des Geltungsbereichs des Atomwaffensperrvertrags einschränkt. Gemäß des gemA und als Teil jedes Abkommens wird der Iran mit größter Wahrscheinlichkeit den freiwilligen Verpflichtungen des NPT Safeguards Agreement Subsidiary Arrangement Code 3.1 und des Safeguards Agreement Additional Protocol zustimmen müssen.

Die Einhaltung dieser Verpflichtungen würde internationale Inspektionsmaßnahmen für Mitglieder des Atomwaffensperrvertrags erschöpfen. Offenbar wird vom Iran als Teil eines Abkommens erwartet, dass er Inspektionen durch die IAEA auch jenseits des durch den Atomwaffensperrvertrag festgelegten Rahmens akzeptieren muss, um Rückfragen bezüglich militärischer Möglichkeiten seines Atomprogramms beantworten zu können. Dies wird als Teil einer Konstruktion des geregelten Zutritts abgewickelt, die erweiterte Inspektionen des iranischen Atomprogramms jenseits des Atomwaffensperrvertrags für eine bestimmte Dauer erlaubt.

Diese Maßnahmen des „Atomwaffensperrvertrag-Plus“ sollen helfen, die Bedenken der EU3+3 (und insbesondere der USA und Frankreichs) bezüglich militärischer Möglichkeiten abzubauen, und dem Iran die Möglichkeit nehmen, sich „herauszuwinden“ und sich nuklear zu bewaffnen. Obwohl dieser Rahmen einen der gordischen Knoten in den Verhandlungen zer-

schlagen könnte, wäre er auch ein Präzedenzfall für den westlichen Dialog mit anderen Mitgliedsstaaten des Atomwaffensperrvertrags (besonders des Mittleren Ostens), die nationale Atomanreicherung erwägen. Sollten andere Länder der Region derartige Optionen erwägen, wird der Iran mit großer Wahrscheinlichkeit darauf bestehen, dass seine Nachbarn denselben hohen, internationale Normen überschreitenden, Standards unterworfen sind.

Obwohl ein Abkommen mit dem Iran das Risiko einer Gegenreaktion instabiler regionaler Nachbarn in sich birgt, bestehen keine Zweifel, dass eine umfassende Lösung mit dem Iran den Atomwaffensperrvertrag und die Rolle der IAEA stärken und sich positiv auf die globale Sicherheitslage auswirken würde. Überdies würde sich zeigen, dass die Diplomatie beim Streben nach Nichtverbreitung Spannungen innerhalb der internationalen Gemeinschaft verringern kann.

## KERNPUNKTE

- Die Atomgespräche mit dem Iran sind in ihre bis dato wichtigste Phase eingetreten.
- Bis zur Überprüfungskonferenz im Frühjahr 2015 wird es höchstwahrscheinlich keine Entscheidung geben. Es ist wahrscheinlicher, dass die Atomgespräche weitergeführt werden.
- Ein Abkommen mit dem Iran birgt das Risiko einer Gegenreaktion instabiler regionaler Nachbarn, die auch eine Atomanreicherung erwägen.
- Eine umfassende Lösung mit dem Iran würde aber den Atomwaffensperrvertrag und die Rolle der IAEA stärken, sich dadurch positiv auf die globale Sicherheitslage auswirken und zeigen, dass Diplomatie Spannungen in der internationalen Gemeinschaft verringern kann.



# STRATEGISCHE GESUNDHEITSBEDROHUNGEN FÜR DIE EU UND ÖSTERREICH IM JAHR 2015

Michael Edelstein – David Heymann

Bei der Bewertung strategischer Gesundheitsrisiken in der EU kann für den Zeitraum 2015 angenommen werden, dass antimikrobielle Resistenzen in der EU weiterhin eine große Bedrohung sein werden, aus dem Mittleren Osten eingeschleppte MERS-CoV-Infektionen auftreten könnten, bei Influenza eher mit einem saisonalen Ausbruch als einer Pandemie zu rechnen sein und die Verbreitung der H5N8-Vogelgrippe 2015 bei geringem Risiko einer Übertragung auf den Menschen andauern wird. Das Risiko des Ausbruchs von durch Nahrungsmittel übertragenen Krankheiten und neu auftretenden unbestimmte Infektionskrankheiten ist

schwer einzuschätzen. Der Ebola-Ausbruch in Westafrika wird 2015 andauern, eine Übertragung durch medizinisches Personal nach Europa bleibt ein Risiko.

## **Antimikrobielle Resistenzen und durch Krankenhauskeime verursachte Infektionen**

Bakterielle Resistenzen gegen Antibiotika (und verstärkt auch gegen Reserveantibiotika) werden 2015 weiterhin eine Bedrohung der öffentlichen Gesundheit in der EU darstellen, wo Resistenzen zunehmen/sich stabilisieren werden. Behandlungsresistenzen geben besonders bei

durch Krankenhauskeime ausgelöste Infektionen zu Besorgnis Anlass. Obwohl der Antibiotikaverbrauch und das Auftreten von Resistenzen in Österreich niedriger sind als im EU-Durchschnitt, könnte 2015 ein Keim auftreten, der gegen alle Antibiotika resistent ist und nach Österreich importiert werden könnte.

## **Ebola**

Der Ebola-Ausbruch hat – mit Stand 1. Dezember 2014 – 16 000 Menschen betroffen und fast 7000 das Leben gekostet. Im Laufe des Jahres 2015 könnte es zu einer Verlangsamung bzw. Stabilisierung der Zahl neuer Infektionen kommen. Da die EU weiterhin medizinisches Personal in die betroffenen Gebiete schickt, könnten Fälle importiert werden. Obwohl dieses Szenario bei Ländern wahrscheinlicher ist, die eine größere Zahl medizinischen Personals entsenden, könnte Ebola dennoch auch in Österreich auftreten.

## **MERS-CoV**

Der MERS Coronavirus ist eine Infektion, die das erste Mal 2012 im Mittleren Osten auftrat. Mit Stand 29. November 2014 gab es 947 Infizierte, von denen 382 (40 %) verstarben. Die Entwicklung dieser Krankheit ist nicht klar, da die Infektion noch nicht vollständig erforscht ist, jedoch ist die nosokomiale Infektion ein Hauptüberträger. Alle Fälle kamen aus dem Mittleren Osten oder hatten Kontakt zu Personen aus dem Mittleren Osten. Aus dieser Region importierte Infektionen könnten 2015 in der EU auftreten. Mit Stand Dezember 2014 gab es einen importierten Fall in Österreich, weitere Fälle könnten folgen. Eine Änderung der Übertragungsmus-

ter zu einer Übertragung über die Luft könnte zu einer Situation ähnlich des SARS-Ausbruchs im Jahre 2003 führen, jedoch ist ein derartiges Szenario unwahrscheinlich.

## **Influenza**

Die saisonale Grippe wird 2015 in der EU auftreten und hauptsächlich ältere und gefährdete Personengruppen betreffen (chronisch Kranke, Immungeschwächte, Schwangere). Der Hauptstamm wechselt jedes Jahr, was es schwer vorhersehbar macht, welcher Virus den saisonalen Ausbruch auslösen wird. Die Influenzapandemie 2009/10 verursachte den Tod von bis zu 400.000 Personen, davon 40 in Österreich. Die EU, mit mehreren wichtigen Verkehrsknotenpunkten, wird von einer weiteren Influenzapandemie stark betroffen sein. Obwohl eine weitere Pandemie 2015 eintreten könnte, finden solche Ereignisse nur alle paar Jahrzehnte statt.

## **Durch Nahrungsmittel übertragene Krankheiten**

Im Jahr 2012 wurden über 5000 derartige Fälle von der EU gemeldet, ähnlich der vorhergehenden Jahre. Die Rate in Österreich ist ähnlich dem europäischen Durchschnitt, und es gab in Österreich keinen derartigen Fall seit 2012. Ausbrüche treten selten und unvorhersehbar auf. 2011 kostete ein E.Coli-Ausbruch bei Kohlsprossen in Deutschland 53 Menschen das Leben (4000 in mindestens 12 EU-Ländern, einschließlich Österreich, waren betroffen); der Schaden für die europäische Wirtschaft lag bei 800 Mio. Euro. Ein derartiger Ausbruch könnte 2015 wieder eintreten.

## Neu auftretende Infektionskrankheiten

In den vergangenen Jahrzehnten nahm die Anzahl neu auftretender Infektionskrankheiten zu. Derartige Entwicklungen sind natürlich unvorhersehbar und schließen den SARS-Ausbruch 2003 ein, HIV/AIDS in den frühen Achtzigern oder Ebola in Westafrika 2014. Obwohl die EU kein Hotspot für solche Krankheiten ist, erhöht ihre Rolle als Verkehrsknotenpunkt zusammen mit der Geschwindigkeit und Quantität des internationalen Reiseverkehrs das Risiko einer Einschleppung nach Europa. Obwohl Art, Gefährlichkeit und die Auswirkung schwer zu quantifizieren sind, könnte eine derartige Infektion 2015 auftreten.

### Vogelgrippe

Im November 2014 meldete Deutschland einen Ausbruch des hochansteckenden Vogelgrippevirus A(H5N8) bei Truthähnen, das auch auf Wildvögel übergriff. Das Virus wurde auch in Vogelschwärmen im Vereinigten Königreich und den Niederlanden entdeckt. Es ist unklar, wie dieses Virus nach Europa kam, jedoch könnte es 2015 wieder ausbrechen.

Die Gefahr einer Übertragung auf den Menschen ist gering, doch Menschen mit direktem Kontakt zu Vögeln bzw. Vogelkörpern könnten einem Infektionsrisiko ausgesetzt sein. Bei Menschen könnten bis zu 60 % der Infizierten sterben. Die wirtschaftliche Gefahr ist groß: Seit 2003 hat ein verwandtes Virus, H5N1, zur Notchlachtung von 400 Millionen Geflügel geführt und die Weltwirtschaft 20 Mrd. US-Dollar

gekostet. Da der A(H5N8)-Virus derzeit in der EU in Umlauf ist, könnte dies auch der österreichischen Wirtschaft schaden.

### KERNPUNKTE

- Antimikrobielle Resistenzen werden in der EU weiterhin eine große Bedrohung für die öffentliche Gesundheit sein und sich sogar verstärken.
- Der Ebola-Ausbruch in Westafrika wird 2015 andauern, obwohl er sich verlangsamen bzw. stabilisieren könnte. Mit Ebola infiziertes medizinisches Personal könnte 2015 nach Europa zurückkehren.
- Aus dem Mittleren Osten eingeschleppte MERS-CoV-Infektionen könnten 2015 in der EU auftreten.
- Die Influenza wird sowohl die EU als auch Österreich betreffen, obwohl 2015 eher mit einem saisonalen Ausbruch als mit einer Pandemie zu rechnen ist.
- Ein großräumiger Ausbruch von durch Nahrungsmittel übertragene Krankheiten mit hoher Sterblichkeit und erheblichen wirtschaftlichen Folgen kann nicht vorhergesagt werden, 2015 aber eintreten.
- Eine neu auftretende, unbestimmte Infektionskrankheit könnte die EU 2015 treffen. Das Risiko ist schwer einzuschätzen, da dieses Ereignis unvorhersehbar ist.
- Die Verbreitung der H5N8-Vogelgrippe wird 2015 andauern. Das Risiko einer Übertragung auf den Menschen ist niedrig, es könnte aber eine erhebliche Auswirkung auf die Wirtschaft der EU haben.



# STRATEGISCHE ÖKOLOGISCHE UND TECHNISCHE RISIKEN

*Wolfgang Liebert*

**Aus der Vielfalt strategisch bedeutsamer ökologischer und technischer Risiken werden einige wenige fokussiert: Kernwaffen, Verbreitung kernwaffenrelevanter Technologie, Kerntechnologieunfälle, Pandemie-Risiko, Klimawandel und seine Folgen, erhöhter Druck auf die Energie(technologie)politik.**

Grundsätzlich ist die Explosion einer Kernwaffe, ob nun in einem regionalen Konfliktszenario, durch einen Unfall oder „aus Versehen“, nicht gänzlich auszuschließen. Insbesondere die

humanitären Folgen wären dramatisch, die global-politischen kaum vorhersehbar. Im Mai 2015 steht die Überprüfungskonferenz für den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) an. Es besteht das Risiko, dass diese Konferenz ohne konsensuales Abschlussdokument endet, da zu zumindest zwei wesentlichen Versprechungen der Vorgängerkonferenz (2010) keine substantiellen Ergebnisse erbracht wurden. Dies betrifft die Organisation einer internationalen Konferenz und entsprechender Aktivitäten mit dem Ziel einer massenvernichtungswaffenfreien Zone

im Nahen und Mittleren Osten sowie entschiedene Schritte in Richtung der Eliminierung aller Kernwaffen. Ein Scheitern der Konferenz ist somit nicht auszuschließen. Es wäre somit möglich, dass dies die Wirksamkeit und sogar die Existenz des NVV insgesamt in Frage stellt und damit die Kernwaffenproblematik weit virulenter macht.

Im Juli 2015 läuft das im November 2014 verlängerte Verhandlungsmandat zwischen den P5 und Deutschland mit dem Iran über das dortige Nuklearprogramm aus. Ein Kernpunkt ist die Nutzung bzw. Weiterentwicklung der Urananreicherungs-technologie mit Gasultrazentrifugen, die alle Kernwaffenstaaten sowie eine Reihe weiterer Staaten beherrschen und nutzen.

Ein weitgehender Technologieverzicht seitens des Iran erscheint unwahrscheinlich. Ein Scheitern der Verhandlungen kann ein gewaltförmiges Vorgehen gegen das iranische Programm zur Folge haben, dessen weitere Folgen im regionalen und globalen Kontext erheblich sein können. Andererseits könnte ein weit reichendes Zugeständnis an den Iran von Ländern, die die Technologie bereits beherrschen, oder von weiteren Ländern als Signal interpretiert werden, dass der Zugang zu dieser besonders proliferationsförderlichen Technologie als weltweit akzeptiert gilt und latente Kernwaffenprogramme damit geschaffen oder aufrecht erhalten werden können. Dies kann die Kernwaffenproliferation befördern oder Maßnahmen der „Counter-Proliferation“ von Seiten militärisch hoch gerüsteter Staaten provozieren.

In Zeiten von Vogelgrippe und Ebola-Ausbruch in Westafrika ist die Gefahr einer human wirk-

samen Pandemie aufgrund viraler Krankheitserreger nicht gänzlich auszuschließen. Falls es soweit kommen sollte, könnten in der globalisierten Welt auch Europa und Österreich in schwer eindämmbarer Weise betroffen werden. Vorbeugende Maßnahmen sind daher essentiell. Angesichts rasanter Fortschritte in den manipulativen Möglichkeiten der biomedizinischen und biotechnologischen Forschung sei darauf hingewiesen, dass eine Pandemie durch Unfall, Versehen, ungewollte Forschungsergebnisse, durch unreflektierten forschenden Ehrgeiz oder aufgrund von Biowaffenentwicklung zwar sehr unwahrscheinlich, aber praktisch nicht auszuschließen ist. Biosafety-Maßnahmen allein werden nicht ausreichen, dieses Risiko ausreichend zu minimieren.

Ein großer Unfall im Bereich der Kernkraftnutzung mit größeren oder sehr großen Schadenswirkungen ist insbesondere im Zusammenhang mit der generell steigenden Terrorismusbedrohung zu beurteilen. Je nach Unfallhergang, meteorologischen Bedingungen, Bevölkerungsdichte der betroffenen Region, etc. sind erhebliche Auswirkungen zu befürchten, die, je nach konkreter Entwicklung und Abstand zum Unfallort, mit Maßnahmen des Bevölkerungsschutzes nicht in geeigneter Weise aufgefangen werden könnten. Europa oder auch Österreich könnten gegebenenfalls betroffen sein. Dies könnte längerfristige Folgen haben und auch – zumindest regional – die Ernährungssicherheit betreffen.

Am global wirksamen, anthropogen beeinflussten Klimawandel besteht kein ernsthafter Zweifel mehr. Ein weiterer Temperaturanstieg und

eine saisonale Veränderung der Niederschlagsmengen in Österreich sind zu erwarten. Wenn dadurch bedingt extreme Wetterereignisse und – perioden in Frequenz und Stärke zunehmen, sind erhöhte Schäden durch wetterbedingte Ereignisse zu erwarten (Rutschungen, Muren, Hochwasser, etc.). Nicht nur direkte, auch ökonomisch wirksame Schäden können durch den Klimawandel bedingt bzw. erhöht werden, sondern auch indirekte Wirkungen auf die Wasserversorgung in österreichischen Regionen und die Energieversorgung sind mittelfristig möglich. Letzteres unter anderem bedingt durch den hohen Anteil an Wasserkraft in Österreich, der klimapolitisch wünschenswert ist. Konkrete Auswirkungen des Klimawandels für das Jahr 2015 sind allerdings nicht prognostizierbar.

Die zunehmenden Spannungen zwischen Russland und der Europäischen Union sowie den USA könnten möglicherweise Einfluss auf die europäische Versorgung mit Gasimporten haben. Vorhandene große Lagerbestände minimieren Risiken für die Versorgungssicherheit zumindest für das kommende Jahr, aber grundsätzliche Alternativen zu russischen Gasimporten, die in Erwägung gezogen werden könnten, stehen – insbesondere für einige Nachbarländer Österreichs – nicht, nicht mehr oder noch nicht zur Verfügung. Stichworte wie Flüssiggasimporte aus anderen Weltregionen, „South-Stream“, Fracking, forcierte Maßnahmen zur Energiewende oder Wiederhinwendung zur Kernenergie machen deutlich, wie sich der Druck auf energiepolitische Weichenstellungen erhöht – mitsamt des Risikos von kurzsichtigen technologiepolitischen Fehlentscheidungen.

## KERNPUNKTE

- Es besteht das Risiko, dass die Überprüfungskonferenz für den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) im Mai 2015 ohne konsensuales Abschlussdokument endet.
- In Bezug auf die Atomverhandlungen mit dem Iran scheint ein weitgehender Technologieverzicht seitens des Iran unwahrscheinlich.
- Die Gefahr einer human wirksamen Pandemie aufgrund viraler Krankheitserreger ist nicht gänzlich auszuschließen.
- Ein weiterer durch den Klimawandel bedingter Temperaturanstieg und eine saisonale Veränderung der Niederschlagsmengen in Österreich sind zu erwarten.
- Die zunehmenden Spannungen zwischen Russland und der Europäischen Union sowie den USA könnten möglicherweise Einfluss auf die europäische Versorgung mit Gasimporten haben.



# BEDROHTE VÖLKER

Sarah Reinke

**Ethnische oder religiöse Minderheiten werden in den großen aktuellen Kriegen und Konflikten Opfer systematischer Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Weltweit schwelen Krisen jenseits der öffentlichen Wahrnehmung. Auch 2015 werden dort Menschenrechtsverletzungen gegen Minderheitenangehörige eintreten.**

Nach der Annexion der Krim durch die Russische Föderation sind die Krimtataren, die mit 300.000 Personen rund 15% der dortigen Gesamtbevölkerung stellen, starken Repressionen ausgesetzt: Ihr Selbstvertretungsorgan, der

Medschlis, wird 2015 weitgehend handlungsunfähig sein. Hausdurchsuchungen, Razzien gegen Moscheen und Medressen werden eintreten, genauso wie weitere Fälle von „Verschwindenlassen“ und Inhaftierungen. Es wird eintreten, dass die Krimtataren, die einen toleranten und friedlichen Islam praktizieren, als „Extremisten“ diffamiert und verfolgt werden. Das kann zu vermehrten Konflikten unter der muslimischen Bevölkerung Russlands führen und zu einer zunehmenden Fluchtbewegung von der Krim. Die Sanktionen der EU gegen Russland werden auch 2015 Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft und das politische Klima innerhalb der EU haben.

## **Vermehrte Flüchtlingszuströme**

Ein vermehrter Zustrom von Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak nach Österreich und ins gesamte EU-Gebiet wird 2015 eintreten, da Minderheitenangehörige wie Jesiden, Mandäer, Assyrer, Chaldäer, Aramäer und andere weiter unter gezielter Verfolgung leiden und daher ihre Heimat verlassen werden. Es werden weitere Menschenrechtsverletzungen an Angehörigen der Minderheiten wie gezielte Vertreibungen, Massaker, Vergewaltigungen und Verletzungen der Religionsfreiheit wie Zerstörung von Kirchen, Friedhöfen und erzwungene Konvertierungen zum Islam eintreten.

## **Nigeria**

Vor dem Terror Boko Harams und dem Gegenterror staatlicher Sicherheitskräfte und paramilitärischer Milizen sind in Nigeria mehr als 800.000 Menschen geflüchtet. 650.000 von ihnen sind Binnenflüchtlinge. Es ist absehbar, dass die Zahl der Flüchtlinge auch im Jahr 2015 zunimmt, da die Sicherheitslage sich nicht verbessern wird. Die im Februar 2015 stattfindenden Wahlen von Präsident, Gouverneuren, Parlamenten auf staatlicher und regionaler Ebene werden aufgrund der Rivalität zwischen den beiden großen Parteien, regionaler und religiöser Spaltung wahrscheinlich von Gewalt begleitet werden.

## **Eritrea**

Die Diktatur Isais Afewerki hat mehr als 300.000 der fünf Millionen Einwohner Eritreas in die Flucht getrieben. Es besteht unbegrenzte Wehrpflicht, Zwangsrekrutierungen und

Folter sind an der Tagesordnung. Zurzeit fliehen jeden Monat durchschnittlich 1.900 Eritreer nach Äthiopien. Jede Woche kommen mehrere Dutzend eritreische Flüchtlinge bei dem Versuch um, über das Mittelmeer nach Europa zu fliehen. Es wird eintreten, dass der Strom der Flüchtlinge aus Eritrea auch in die EU andauert.

## **Sudan**

Im Sudan blockiert die Regierung unter dem vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Völkermordes, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit einem Haftbefehl gesuchten Diktator Al-Bashir, seit mehr als drei Jahren die humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung in den Konfliktregionen Süd-Kordofan und Blauer Nil. Nach Angaben von Hilfswerken ist dort ein Großteil der Zivilbevölkerung auf der Flucht und kann sich nicht selbst versorgen. Mindestens 670.000 Menschen der Nuba-Minderheit in Süd-Kordofan und 380.000 Menschen in der Region Blauer Nil sind auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Kämpfer greifen oft zivile Ziele an. In der westsudanesischen Provinz Darfur mussten seit Januar rund 400.000 Menschen vor Kämpfen zwischen Rebellen und der Armee fliehen. Immer noch müssen 2,3 Millionen Binnenflüchtlinge in über 100 Camps ausharren.

Seit Beginn des Völkermordes an den Minderheiten der Fur, Zaghawa und Massaleet in Darfur im Jahr 2003 kamen dort mindestens 400.000 Menschen ums Leben. Ein Ende von Flucht, Krieg und Gewalt im Sudan wird 2015 nicht eintreten. Elf Monate nach Beginn des Bürgerkrieges sind mehr als 1,8 Millionen

Südsudanesen auf der Flucht, rund vier Millionen benötigen dringend humanitäre Hilfe. Der Bürgerkrieg war ausgebrochen, nachdem südsudanesischen Sicherheitskräfte nach einem angeblichen Staatsstreich des ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar am 15. Dezember 2013 gezielt gegen Angehörige des Volkes der Nuer vorgingen. Mindestens 20.000 Südsudanesen wurden getötet. Obwohl Kiir und Machar Anfang November 2014 zum dritten Mal Waffenstillstand schlossen, wird die Waffenruhe ständig verletzt. Selbst wenn die beiden Konfliktparteien bis Ende 2014 ein Abkommen zu einer gemeinsamen Regierungsführung unterzeichnen, wird eine Beruhigung 2015 nicht eintreten.

## **Mali**

Die Lage in Mali ist unsicher: Attacken auf französische Soldaten und UN-Friedenstruppen sowie die Entführung von Kindern durch Al-Kaida-nahe Islamisten im Norden des Landes zeigen das. Im November begann in Algier die dritte Runde von Friedensverhandlungen zwischen der malischen Regierung und den Tuareg-Rebellen, die eine größere Eigenständigkeit und gleichzeitige Unterstützung durch die Regierung fordern. Ein Ende des Konflikts wird 2015 nicht eintreten, da die Regierung nicht bereit ist, Nord-Mali Autonomie zu gewähren. Die Ursachen des Konflikts bleiben unbearbeitet.

### **KERNPUNKTE**

- Eine Diffamierung und Verfolgung der Krimtartaren wird eintreten, was zu vermehrten Konflikten unter der muslimischen Bevölkerung Russlands und zu einer zunehmenden Fluchtbewegung von der Krim führen kann.
- Ein vermehrter Zustrom von Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak in das gesamte EU-Gebiet und nach Österreich wird 2015 eintreten.
- Auch die Zahl der Flüchtlinge aus Nigeria und Eritrea wird im Jahr 2015 zunehmen.
- Ein Ende von Flucht, Krieg und Gewalt im Sudan wird 2015 nicht eintreten.
- Eine Beruhigung des Bürgerkrieges im Südsudan wird 2015 ebenfalls nicht eintreten.
- Ein Ende des Konflikts in Mali wird 2015 nicht eintreten, und die Ursachen des Konflikts bleiben unbearbeitet.



# BEVÖLKERUNGS- ENTWICKLUNG UND MIGRATION

*Meinhard Miegel*

**Kein anderer Faktor bestimmt auf absehbare Zeit die Bevölkerungsentwicklung in Mitteleuropa ähnlich stark wie großräumige Wanderungsbewegungen. Migration ist zu einem beherrschenden Thema der Demographie geworden.**

Lange Zeit galt die zahlenmäßige Entwicklung einer Bevölkerung als recht gut vorhersehbar. Die Grundannahmen waren im Vergleich zu

anderen Zukunftstrends überschaubar. Die heute Geborenen würden in drei Jahrzehnten dreißig sein und dann zumeist wiederum Kinder haben und die heute 40-Jährigen würden als 70-Jährige im Rentenalter stehen. Hinzu kamen Vorausberechnungen zur künftigen Lebenserwartung und Einschätzungen bezüglich des künftigen Geburtenverhaltens. Die größten Unsicherheiten waren Wanderungsbewegungen, für die es jedoch oft langjährige Erfahrungswerte gab, und

die Möglichkeit desaströser Naturkatastrophen oder Seuchen, die allerdings in Regionen wie Europa, namentlich Mitteleuropa, vernachlässigbar erschienen. Alles in allem war das ein Fundament, von dem aus man glaubte, recht zuverlässige Vorhersagen machen zu können.

### **Vorsichtige Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung**

Dieses Fundament hat seit einiger Zeit beträchtlich an Belastbarkeit eingebüßt. So erwarteten die Experten noch vor fünf Jahren, dass Österreich um 2020 mit einer Einwohnerzahl von dann 8,5 Millionen seinen Bevölkerungszenit erreicht haben werde und von da an ein substantieller Bevölkerungsrückgang zu erwarten sei. Davon ist jetzt keine Rede mehr. Vielmehr soll nach neuesten Erkenntnissen die Einwohnerzahl auch in der Zeit danach noch weiter zunehmen und bis 2050 auf Werte zwischen 8,8 und 9,4 Millionen steigen. Was aber kommt dann? Die Demographen sind vorsichtig geworden. Nicht ohne Grund.

### **Menschheit in Bewegung**

Von den Säulen der Bevölkerungsentwicklung ist nämlich eine ganz wesentliche ins Wanken geraten: die Migration. In den Ländern Mitteleuropas spielte sie – anders als das Geburtenverhalten und die Entwicklung der Lebenserwartung – in neuerer Zeit eine vermeintlich nachrangige Rolle. Doch mittlerweile wird deutlich, dass kein anderer demographischer Einflussfaktor für die europäische Bevölkerungsentwicklung ähnlich bedeutsam ist wie sie. Die Menschheit hat sich in Bewegung gesetzt. Noch nie seit dem Ende des

Zweiten Weltkriegs befanden sich so viele – teils freiwillig, teils unfreiwillig – auf Wanderschaft und kaum eine Weltregion ist von ihr unberührt geblieben.

Das heißt nicht, dass es bislang bereits in größerem Umfang zu wirklich transkontinentalen Wanderungen gekommen ist, wie sie beispielsweise für das 19. und frühe 20. Jahrhundert prägend waren und bis heute für die klassischen Migrationsländer prägend sind. Zumindest in Europa ist der größte Teil der Zu- und Abwanderer noch immer ethnisch und kulturell eng miteinander verwandt, auch wenn der Anteil an Nicht-Europäern allmählich zunimmt. So kamen von den rund 55.000 Menschen, um die die Bevölkerungszahl Österreichs 2013 zunahm, lediglich zehn Prozent aus außereuropäischen Gebieten, vor allem Afghanistan, Iran und Syrien. Alle anderen stammten aus der mehr oder minder unmittelbaren Nachbarschaft wie Ungarn, Rumänien, der Schweiz oder Deutschland. Und was für Österreich gilt, gilt zumindest tendenziell auch für die anderen Länder Europas.

### **Wie geht es weiter**

Doch wie geht es weiter? Die Beantwortung dieser Frage erfordert einen Blick auf die Gründe für Migration. Kaum ein Mensch verlässt den ihm angestammten Raum aus einer Laune heraus, und nur wenige treibt Abenteuerlust. Den meisten geht es um die Verbesserung existenzieller Bedingungen, wozu keineswegs nur materielle Güter, sondern ebenso Sicherheit von Leib und Leben, aber auch individuelle Freiheitsrechte zählen.

Vor diesem Hintergrund dürften die gegenwärtig noch recht lebhaften binneneuropäischen Wanderungsbewegungen im Laufe der Zeit schwächer werden. Denn Europa ist zum größten Teil zu einem Kontinent der Freiheit geworden, und eines seiner erklärten Ziele ist die Annäherung seiner materiellen Lebensbedingungen. Hinzu kommt: Nirgendwo wird es auf diesem Kontinent in der vorhersehbaren Zukunft zu Problemen von Überbevölkerung kommen. Das Gegenteil ist wahrscheinlicher. Die meisten europäischen Völker nehmen an Zahl ab.

Ganz anders sieht es in weiten Teilen der übrigen Welt aus. Die Bevölkerungen insbesondere Afrikas und Südasiens wachsen auf Jahrzehnte hinaus dermaßen stark, dass ihre Wirtschaftspo-

tentiale und Infrastrukturen hiermit schwerlich Schritt halten dürften. Deshalb finden schon jetzt erste Anlandeversuche in Europa statt, und viele weitere werden folgen. Muss das, sollte das die Europäer beunruhigen? Die Demographen sind da ganz pragmatisch: Am Ende dieses Jahrhunderts, so ihre Vorhersage, wird jeder vierte Europäer dunkelhäutig oder mandeläugig sein. Bevölkerungsentwicklung und Migration wären damit unentwirrbar miteinander verbunden, als sie es bislang schon waren. Und wahrscheinlich ist dies auch der Weg, der die derzeit in Europa ansässigen Völker vor Vergreisung und Dahinschwinden bewahrt.

## KERNPUNKTE

- Kein anderer demographischer Einflussfaktor für die europäische Bevölkerungsentwicklung ist ähnlich bedeutsam wie Migration.
- Noch nie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs befanden sich so viele auf Wanderschaft, und kaum eine Weltregion ist von ihr unberührt geblieben.
- Es kamen von den rund 55.000, um die die Bevölkerungszahl Österreichs 2013 zunahm, lediglich zehn Prozent aus außereuropäischen Gebieten.
- Die gegenwärtig noch recht lebhaften binneneuropäischen Wanderungsbewegungen dürften im Laufe der Zeit schwächer werden, und nirgendwo auf dem Kontinent dürfte es in vorhersehbarer Zukunft zu Überbevölkerung kommen.
- Die Bevölkerungen insbesondere Afrikas und Südasiens wachsen auf Jahrzehnte hinaus dermaßen stark, dass ihre Wirtschaftspotentiale und Infrastrukturen hiermit schwerlich Schritt halten dürften.
- Am Ende dieses Jahrhunderts wird, laut Demographen, jeder vierte Europäer dunkelhäutig der mandeläugig sein.



© Eugenio Marongiu

# INTERNATIONALE KONFLIKTE UND GESELLSCHAFTLICHE SICHERHEIT

ZUM ZUSAMMENHANG ÄUSSERER UND  
INNERER SICHERHEITSRISIKEN

*Christopher Daase*

**Konflikte in der einen Region haben Konsequenzen für die Stabilität anderer Regionen. Ein umfassender Sicherheitsbegriff muss diesem Umstand Rechnung tragen und von komplexen Interdependenzbeziehungen, in denen die Sicherheit von Staaten, Gesellschaften und Individuen gleichermaßen geschützt werden muss, ausgehen. Direkte und indirekte Beeinträchtigungen der verschiedenen Sicherheitsdimensionen sind, wenngleich im europäischen Kontext unwahrscheinlich, durchaus möglich.**

Niemand wird bezweifeln, dass die Welt in den letzten Jahrzehnten kleiner geworden ist. Ökonomische Entwicklungen an einem Ende der Welt haben Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben am anderen Ende der Welt. Konflikte in der einen Region haben Konsequenzen für die Stabilität anderer Regionen. Die Globalisierung hat die politischen und sozialen Beziehungen so verstärkt, dass die Staaten und die Gesellschaften zunehmend voneinander abhängig werden. Diesem Umstand trägt der erweiterte Sicherheitsbegriff Rechnung. Er geht nicht mehr von

unabhängigen Einzelstaaten aus, die nur ihre nationale Sicherheit verteidigen, sondern von komplexen Interdependenzbeziehungen, in denen die Sicherheit von Staaten, Gesellschaften und Individuen gleichermaßen geschützt werden muss. Damit wird es möglich, neue Sicherheitsgefährdungen zu thematisieren oder alte Gefahren unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit zu diskutieren wie etwa die Auswirkungen von Boykotten für die wirtschaftliche Sicherheit von Staaten oder die Konsequenzen von Interventionen auf die Sicherheit der Bevölkerungen.

Allerdings fällt es schwer, die Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Sicherheitsfeldern genau zu bestimmen und Prioritäten für die nationale und internationale Sicherheitspolitik zu entwickeln. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Wirkung internationaler Konflikte auf die innere Sicherheit komplex und nur schwer vorhersagbar ist. Ungewissheit herrscht (1) über die Entwicklung des internationalen Konfliktumfeldes und (2) über die Wahrscheinlichkeit (a) direkter Beeinträchtigung innerer Sicherheit durch Zunahme von organisierter Kriminalität und Terrorismus oder (b) indirekter Beeinträchtigung gesellschaftlicher Sicherheit durch Verlust sozialer Kohäsion oder sozialer Sicherheit.

Internationale Konflikte können die innere Sicherheit von Staaten direkt beeinträchtigen, wenn Konflikte überspringen und sich verfeindete Gruppen in einem Drittland bekämpfen, wenn dieses Land oder Bürger dieses Landes zu Feinden erklärt und angegriffen werden oder wenn durch regionale Instabilität das Land zum Schauplatz organisierter Kriminalität wird. Das Überspringen von Konflikten ist allerdings bei

relativ stabilen Staaten unwahrscheinlich, und auch die Beeinträchtigung der Sicherheitslage durch Terrorismus und organisierte Kriminalität ist im europäischen Kontext bislang nicht so ausgeprägt, dass man von einer Destabilisierung des Staates oder einer systematischen Verunsicherung der Gesellschaft sprechen könnte.

Auch die indirekte Beeinträchtigung gesellschaftlicher Sicherheit durch internationale Konflikte trifft vor allem solche Staaten, die bereits durch ethnische oder andere Konflikt geschwächt und in ihrer Regierungsfähigkeit stark eingeschränkt sind. In solchen Fällen können massive Flüchtlingsströme existierende Konflikte verschärfen und zum Zerfall eines Staates führen. Migration kann darüber hinaus Staaten vor so große finanzielle Probleme stellen, dass sie die menschliche Sicherheit von Flüchtlingen nicht gewährleisten können. Im europäischen Kontext ist das nicht zu erwarten, wenn auch die Situation in Süditalien zeitweise danach aussah. Zwar führt auch in Europa die wachsende Zahl von Migranten und Asylsuchenden zu einer Belastung der sozialen Sicherungssysteme, aber ihr Zusammenbruch ist nicht zu befürchten.

Weder die direkte noch die indirekte Wirkung internationaler Konflikte ist gegenwärtig so stark, dass in der näheren Zukunft von einer gravierenden Beeinträchtigung gesellschaftlicher Sicherheit im Sinne eines Verlustes sozialer Kohäsion oder sozialer Wohlfahrt ausgegangen werden müsste. Auch die Entwicklung des internationalen Konfliktgeschehens lässt – bei aller Unvorhersagbarkeit – eine Verschärfung der Situation nicht wahrscheinlich erscheinen. Denn entgegen der medial verbreiteten Meinung, dass

sich die Sicherheitslage ständig verschlechtere, haben die internationalen Konflikte kontinuierlich abgenommen. Das gilt insbesondere für die Zahl der zwischenstaatlichen Kriege, die seit langem rückläufig ist. Das gilt auch für Bürgerkriege, deren Zahl nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes drastisch sank und zuletzt wieder etwas anstieg. Allerdings bleiben die internationalisierten Konflikte ein Problem. Dies sind innerstaatliche Konflikte unter Beteiligung externer Akteure wie in Afghanistan oder im Irak. Internationalisierte Konflikte haben in der Regel höhere Opferzahlen und eine längere Dauer als andere Konflikte. Zwar hat es seit dem Zweiten Weltkrieg keine Periode gegeben, in der so viele internationalisierte Konflikte stattfanden wie gegenwärtig, doch ist die Gesamtzahl an internationalen Konflikten rückläufig.

Es ist deshalb sehr unwahrscheinlich, dass internationale Konflikte sich derart auf die europäischen Staaten auswirken werden, dass diese in ihrer inneren Sicherheit oder ihrer Fähigkeit, soziale Sicherheit zu gewährleisten, beeinträchtigt werden. Nicht auszuschließen ist allerdings, dass unter dem Eindruck verstärkter Flüchtlingsströme die sozialen Auswirkungen dramatisiert und von politischen Gruppierungen genutzt werden, durch populistische Maßnahmen – sei es zur Erhöhung der nationalen Sicherheit oder zum Schutz der sozialen Sicherheit – eine stärkere Abschottung gegen externe Migration und eine Einschränkung des Asylrechts zu fordern. Ob allerdings die Verweigerung menschlicher Sicherheit, nämlich der Garantie von Freiheit vor Not und Freiheit vor Furcht, langfristig die eigene nationale und soziale Sicherheit stärkt, ist fraglich. Zu interdependent ist die globalisierte

Welt, als dass eine Abschottung gegen internationale Konflikte und ihre Begleiterscheinungen so einfach möglich wäre.

## KERNPUNKTE

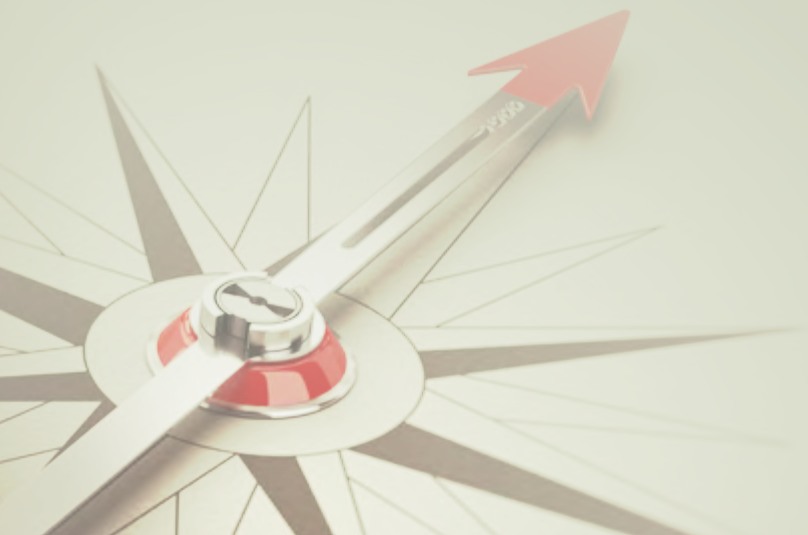
- **Konflikte in der einen Region haben Konsequenzen für die Stabilität anderer Regionen. Die Globalisierung hat die politischen und sozialen Beziehungen so verstärkt, dass die Staaten und die Gesellschaften zunehmend voneinander abhängig werden.**
- **Ein umfassender Sicherheitsbegriff muss diesem Umstand Rechnung tragen.**
- **Die Sicherheit von Staaten, Gesellschaften und Individuen muss gleichermaßen geschützt werden.**
- **Es ist sehr unwahrscheinlich, dass internationale Konflikte sich derart auf die europäischen Staaten auswirken werden, dass diese in ihrer inneren Sicherheit oder ihrer Fähigkeit, soziale Sicherheit zu gewährleisten, beeinträchtigt werden.**
- **Es ist nicht auszuschließen, dass unter dem Eindruck verstärkter Flüchtlingsströme deren soziale Auswirkungen dramatisiert und von politischen Gruppierungen genutzt werden.**



# INTERNATIONALE SICHERHEITS- ARCHITEKTUR 2015

*In der Teilstrategie Verteidigungspolitik wird festgehalten, dass solange wesentliche internationale Institutionen und Organisationen wie VN, EU, OSZE und NATO ihre Handlungsfähigkeit bewahren, auch die erwartbaren Risikoszenarien beherrschbar sind. Das BMLVS wird dabei zur Wahrung der eigenen Interessen und nach Maßgabe der eigenen Möglichkeiten die entsprechenden internationalen sicherheitspolitischen Prozesse mitgestalten und ein klar erkennbares sicherheitspolitisches Profil entwickeln.*

*(Vgl. Teilstrategie Verteidigungspolitik, S.13)*





# 2015: ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNGEN IN DER RÜSTUNGSTECHNOLOGIE

*Aude Fleurant – Siemon Wezeman*

**In der Militärtechnologie werden 2015 mehrere Entwicklungen bedeutend bleiben. Sie werden in diesem Text auf zwei unterschiedliche Arten beschrieben, um ein ausgewogenes Bild der kurzfristigen Entwicklungen zu zeichnen: erstens exogene Treiber, zweitens spezifische Waffen, deren Entwicklung und Einsatz 2015 zentral bleiben werden.**

Die langfristigen Folgen der Wirtschaftskrise des Jahres 2008 für die öffentlichen Finanzen wie auch das Ende der Einsätze im Irak und in Afghanistan bedeuten eine bescheidene Reduk-

tion der Gesamtverteidigungsausgaben Westeuropas und der USA. Dort schrumpfen auch die Verkaufszahlen der größten und weltweit technologisch fortschrittlichsten Rüstungskonzerne. Im Gegensatz dazu gibt es in anderen Regionen signifikante Zuwächse bei den Militärausgaben. Dieser Trend spiegelt sich in ehrgeizigen Beschaffungsprogrammen wider, die oft mit Gegengeschäften zur Unterstützung der Entwicklung heimischer Rüstungskapazitäten einhergehen.

Etablierte Lieferanten (z. B. Länder Westeuropas, die USA, Russland) spielen eine zentrale

Rolle in diesem Prozess, da sie die Exportmöglichkeiten auch nutzen, um die sinkende heimische Nachfrage auszugleichen. Obwohl darüber Einigkeit besteht, dass diese Dynamik dabei hilft, die Kapazitäten zukünftiger Konkurrenten zu vergrößern, wird diese Entwicklung auch 2015 anhalten, besonders in Asien und im Mittleren Osten.

### **Schlüsseltechnologien**

Jenseits der Exportmärkte stellt der Umstand, dass die USA und westeuropäische Länder zunehmend die Forschungsergebnisse und Innovationen des Privatsektors einsetzen, um Fähigkeitslücken auszugleichen, oder um Schlüsseltechnologien (sogenannte game changing technologies) zu erlangen einen weiteren Trend bei der Entwicklung von Militärtechnologie dar. Dieser Ansatz ist das Resultat stagnierender oder abnehmender Investitionen in militärische Forschung und Entwicklung, wie auch ineffizienter hauseigener Forschung und Entwicklung bei den Produzenten. Besonders offensichtlich ist dies in Bereichen wie Robotik, Quantencomputer und 3-D-Drucker. Dieser Trend wird sich auch 2015 fortsetzen, da in diesen Staaten die öffentlichen Ausgaben weiterhin beschränkt sein werden. Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass ein ähnliches Phänomen in den 1990er-Jahren in den USA durch zunehmende Investitionen beendet wurde.

Mit der permanenten Entwicklung der Militärtechnologie verändert sich auch das Verständnis dafür, was eine „neue“ bzw. „ältere“ Technologie ist. Dieser kurze Überblick beleuchtet drei Technologien, die – wenn auch nicht revolutio-

när – so doch ganz klar „heiß“ sind: stealth und counter-stealth (Tarnkappentechnik und deren Abwehr), Leittechnik und Führung. Diese drei wurden hier auch gewählt, weil sie alle Ebenen der militärischen Strukturen (von der strategischen bis zum einzelnen Soldaten) und alle Teilstreitkräfte betreffen.

Stealth ist heutzutage Teil fast jeder militärischen Ausrüstung. Das derzeit größte Beschaffungsprogramm der USA und mehrerer europäischer Staaten ist die F-35 Lightning II, die ein hohes Maß an Unsichtbarkeit verspricht. Auch andere Flugzeuge, wie auch Schiffe, gepanzerte Fahrzeuge und sogar LKWs integrieren stealth-Eigenschaften (z. B. reduzierte Radar- oder Infrarotsignaturen, oder Sensoren mit niedriger Signatur). Sogar Tarnnetze wurden fortschrittliche Systeme ebenso wie auch Uniformen, deren neue Textilien Infrarot- und Wärmesignaturen reduzieren.

Die nächsten Entwicklungsschritte, wie „intelligente Textilien“ und aktive Tarnung (d. h. Tarnung, die sich an sich verändernde Umgebungen anpasst) werden seit Jahren entwickelt. Andererseits haben die neuen stealth-Eigenschaften zu Bemühungen geführt, verbesserte Radar- bzw. passive elektro-optische Sensoren zu entwickeln, um die Restemissionen potentieller Ziele zu „sehen“. Diese sind jetzt für Flugzeuge und Schiffe so wichtig wie Radar. Viele der jetzt in Dienst gestellten, neuen Waffensysteme besitzen passive Sensoren zur Abdeckung mehrerer Spektren.

Lenkwaffen und hier besonders fire-and-forget Lenkwaffen übernehmen mehr und mehr die Funktionen von Freifallbomben, Raketen, Pan-

zerabwehrwaffen und Artilleriegranaten. Die schnelle Miniaturisierung und extrem verringerte Kosten bei den Lenksystemen ermöglichen es den meisten Ländern, tragbare Panzerabwehrwaffen, aber auch gelenkte Panzer- und Mörsergranaten zu beschaffen. Gleichzeitig gibt es immer mehr fire-and-forget-Langstreckenlenkwaffen (Luft-Luft und Luft-Boden), wie auch Seezielflugkörper.

## **Führung und Aufklärung**

Die Entwicklung integrierter Führungsnetzwerke verbessert das Lagebild auf allen Ebenen. C4ISTAR integriert Führungs- und Aufklärungsfunktionen durch Kommunikationssysteme und wird generell als das Rückgrat jedes Einsatzes angesehen. In den vergangenen Jahren wurde stark auf taktisches C4ISTAR für kleinere

Einheiten gesetzt. Der Einsatz von Aufklärungsdrohnen schon auf Zugesebene ist im Laufe weniger Jahre zum Normalzustand bei vielen Streitkräften geworden, und weitere Beschaffungen sind geplant oder gerade in Umsetzung. Kleine Einheiten und sogar der einzelne Soldat werden mit modernsten Funkgeräten ausgestattet und Teil eines Führungs- und Datennetzwerks.

Die Spannungen zwischen verschiedenen Staaten machen Langstreckenüberwachung auch immer wichtiger. Daher werden Drohnen mit großer Reichweite (MALE oder HALE), Aufklärungssatelliten und Systeme zur nachrichtendienstlichen Informationsgewinnung in den kommenden Jahren ein wichtiger Teil der Beschaffungen sein. Die NATO wird die Global Hawk Drohne 2015 in Dienst stellen.

## **KERNPUNKTE**

- Die USA und westeuropäische Länder setzen zunehmend die Forschungsergebnisse und Innovationen des Privatsektors ein, um Fähigkeitslücken auszugleichen oder um Schlüsseltechnologien zu erlangen.
- Etablierte Rüstungskonzerne werden die geringe Nachfrage in Europa durch den Export an Länder in Asien und des Mittleren Ostens ausgleichen.
- Die Entwicklung neuerer Militärtechnologien konzentriert sich auf so genannte „Game Changing Technologies“ und zwar in den folgenden Technologiebereiche: Tarnung (stealth), Lenkwaffen mit „fire-and-forget“-Fähigkeiten, Drohnen mit großer Reichweite und integrierter Führungssysteme der Kategorie C4ISTAR.



# ENTWICKLUNGEN IN DEN VEREINTEN NATIONEN IN BEZUG AUF FRIEDENS- ERHALTENDE OPERATIONEN

*Franz Berndorfer*

Die Friedenseinsätze der Vereinten Nationen sind im Umbruch. Zunehmend gehören die „klassischen“ Beobachtungseinsätze der Geschichte an. Die veränderte Bedrohungslage in den Einsatzräumen verlangt robustere Mandate für die derzeit über 120.000 Blauhelme in insgesamt 16 Missionen. Um diesen Anforderungen künftig gerecht zu werden, hat der VN-Generalsekretär kürzlich ein „High-Level Independent Panel on Peace Operations“ eingerichtet, das bis Sommer 2015 eben diesem Paradigmenwechsel im VN Peacekeeping einen offiziellen, rich-

tungsweisenden Rahmen geben soll. Dieser Prozess und die unter den VN-Mitgliedstaaten teilweise noch vorhandenen ambivalenten Zugänge dazu lassen für 2015 eine intensive politische Diskussion erwarten. Auf politischer Ebene sind Lösungsansätze hinsichtlich der Prinzipien im VN-Peacekeeping und der immer robusteren Mandatierung erforderlich. Auf militärischer Ebene sind Lösungsansätze zur Kapazitätenfrage sowohl in Bezug auf Auftragserfüllung als auch auf Minderung des Risikos der direkten Bedrohung von VN-Personal erforderlich.

Der in den letzten zwei Jahren eingeleitete Paradigmenwechsel zur robusteren Umsetzung der Mandate bei den Friedenserhaltenden Operationen (FEOs) der VN, wesentlich beeinflusst durch das zunehmend risikoreiche Konfliktszenario in den Missionen in Afrika und durch das Mandat zum effizienteren, proaktiven Schutz von Zivilisten (Protection of Civilians-PoC), wird sich 2015 verstärkt fortsetzen. Vor diesem Hintergrund hat der VN-Generalsekretär Ende Oktober 2014 einen „High-Level Independent Panel on Peace Operations“ zur Durchführung eines „Comprehensive Peace Operations Review“ für Friedenserhaltende Operationen und für Spezielle Politische Missionen etabliert. Der Bericht (ähnlich dem richtungsweisenden Brahimi-Bericht aus dem Jahr 2000) soll bis zur nächsten VN-Generalversammlung 2015 fertiggestellt werden und in der Folge als neue Leitlinie für VN-Friedenseinsätze dienen. Im Zuge dieses Prozesses ist von einer intensiven Grundsatzdiskussion unter den VN-Mitgliedstaaten in Bezug auf die Einhaltung der gem. VN-Charta gültigen Prinzipien (speziell Minimum Use of Force und Impartiality) und in Bezug auf die künftige Mandatierung der FEOs auszugehen. Das Ergebnis dieser Diskussion wird ebenfalls Auswirkungen auf Truppensteller haben, inwieweit sie künftig politisch bereit und militärisch fähig sind, den VN nationale Kapazitäten unter diesen geänderten Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen.

Trotz der nach wie vor vorhandenen Unterschiede der einzelnen Regionalgruppierungen der Truppensteller im Zugang zu den „neuen“ VN-Friedenseinsätzen können sich die mittlerweile 128 Truppensteller den realen Gegebenheiten in

den Einsatzräumen (hohe Komplexität, erhöhtes Risiko durch direkte Bedrohung von VN-Personal, vermehrt robuste Umsetzung der Mandate, proaktives PoC als eine wesentliche Kernaufgabe in den Mandaten der Missionen etc.) nicht verschließen, ohne die Glaubwürdigkeit der VN in Frage zu stellen.

An oberster Stelle der Prioritäten des VN-Sekretariats zur Erhöhung der Sicherheit der VN-Kräfte in den Missionen und zur mittel- bis langfristigen Stabilisierung von Krisenstaaten/-regionen stehen die militärische und zivile Fähigkeitsentwicklung in Bezug auf höhere Mobilität, besseren Schutz und raschere Verfügbarkeit von VN-Kräften. Aufgrund von steigendem Risiko durch asymmetrische Bedrohungsformen in den Einsatzräumen, wodurch VN-Kräfte immer häufiger direktes Ziel von Angriffen werden, sollen Intelligence-Kapazitäten weiter ausgebaut und moderne Technologie (dazu wurde durch den VN-Generalsekretär im Mai 2014 ein eigener „Expert Panel on Technology and Innovation in UN Peacekeeping“ eingerichtet; der Abschlussbericht wird Anfang 2015 dem VN-Sekretariat vorgelegt) vermehrt verwendet werden.

Die Nutzung dieser modernen Technologie (2014 erstmalige Verwendung von Drohnen in der DR Kongo bei MONUSCO), der erstmalige Einsatz von kampfkraftigen Interventionskräften (ebenfalls MONUSCO) sowie die erstmalige Etablierung und Nutzung von Intelligence-Kapazitäten (erstmalig durch eine All Source Information Fusion Unit in Mali bei MINUSMA) werden trotz anhaltender Auffassungsunterschiede der Truppensteller zunehmend fester Bestandteil im VN-Peacekeeping im

Rahmen der Umsetzung der Mandate. Im Vordergrund der Fähigkeitsentwicklung der FEOs für 2015 stehen die Weiterführung der Standardisierung (Einführung eines VN-Vorschriftenwesens), die vermehrte Überprüfung der Einsatzbereitschaft der Truppensteller durch das VN-Sekretariat im Rahmen des seit Herbst 2014 operationellen Büros „Director for Peacekeeping Strategic Partnership“ (eine Art Generaltruppeninspektor), der Ausbau der Intermission Cooperation und der Versuch, rasch verfügbare Reserven sowie Key Enabler Forces (Pioniere, Spezialeinsatzkräfte etc.) zu schaffen. Im Zusammenhang mit Reserven, die u.a. als Initial Force/ Bridging Force bis zur Etablierung einer FEO der VN eingesetzt werden sollten, werden Regionalorganisation vermehrt aufgefordert, ihren Beitrag zu leisten (bspw. mit den EU Battle Groups).

Mit der Übernahme der Führungsverantwortung für MINUSCA in der Zentralafrikani-

schen Republik mit September 2014 führen die VN nun 16 FEOs (und eine Spezielle Politische Mission – UNAMA in Afghanistan), mit einem Gesamtpersonalstand von über 122.000 (davon ca. 90.000 militärische Kräfte und 12.500 Polizeikräfte). Mit dem sichtbaren Engagement der Niederlande und Schwedens in Mali bei MINUSMA und Irlands bei UNDOF 2014 sowie durch die Ankündigungen vieler anderer, auch europäischer VN-Mitgliedstaaten zum künftigen verstärkten Engagement bei FEOs der VN hat die durch das VN-Sekretariat erhoffte Rückkehr westlicher Staaten in das VN-Peacekeeping im Rahmen des Post-Afghanistan Szenarios eingesetzt.

2015 wird daher für die VN in Bezug auf die künftige Ausrichtung und Durchführung der FEOs sowohl auf politischer (systemischer) Ebene, als auch auf militärischer (operationeller) Ebene ein richtungsweisendes Jahr.

## KERNPUNKTE

- Basierend auf dem risikoreichen Konfliktszenario der VN-Missionen, speziell in Afrika, setzt sich der vor zwei Jahren eingeleitete Paradigmenwechsel hin zum robusten VN-Peacekeeping fort.
- Mit der Etablierung des im Oktober 2014 eingesetzten „High-Level Independent Panel on Peace Operations“ soll im Sommer 2015 ein richtungsweisender Bericht zum VN-Peacekeeping der Zukunft vorliegen.
- Aktuelle und neue Truppensteller werden politisch und militärisch herausgefordert, unter diesen neuen, risikoreicheren Szenarien bei Friedenserhaltenden Operationen nationale Kräfte an die VN abzustellen.
- Im Mittelpunkt der notwendigen Fähigkeitsentwicklung zur Bewältigung der Szenarien in den Einsatzräumen stehen höhere Mobilität, besserer Schutz und raschere Verfügbarkeit von VN-Kräften. Erreicht werden soll dies u.a. durch verbesserte Standardisierung, effizientere Einsatzvorbereitung, Nutzung von adäquaten Technologien und von Intelligence-Kapazitäten in den Friedenserhaltenden Operationen.



# DIE NATO 2015

*Olaf Theiler*

**Für die NATO gilt es, ein neues Gleichgewicht zu finden zwischen den steigenden Ansprüchen an militärische Mobilität und politische Flexibilität für das weltweite Krisenmanagement einerseits und der Notwendigkeit zur Bewahrung der politischen Kohäsion und der militärischen Kernfähigkeiten zur kollektiven Verteidigung andererseits.**

Die Allianz braucht einen neuen Konsens für die transatlantische Sicherheitspolitik. Das Jahr 2015 wird daher für die NATO politisch wie militärisch von der bereits eingeleiteten Neuausrichtung geprägt sein. Während die letzten 20 Jahre der NATO von den Herausforderungen des Kri-

senmanagements geprägt waren, hat das Jahr 2014 mit der Krise in der Ukraine das Thema der kollektiven Verteidigung endgültig wieder ins Zentrum der sicherheitspolitischen Überlegungen der Allianz gerückt. Damit haben sich sowohl die politischen als auch die militärischen Anforderungen an die Streitkräfte ihrer Mitgliedsstaaten in nur wenigen Jahren fast diametral verkehrt.

## **Mehr Beweglichkeit**

Seit dem gewaltsamen Auseinanderbrechen Jugoslawiens lautete die zentrale Forderung an die NATO-Streitkräfte stets mehr Beweglichkeit,

mehr globale Einsetzbarkeit und mehr zivil-militärische Kooperationsfähigkeit, um sich gegenüber meist militärtechnisch unterlegenen und asymmetrisch kämpfenden Kräften in hochkomplexen weltweiten Interventionen behaupten zu können.

Unter diesen Rahmenbedingungen wurden die NATO-Armeen zwischen 1990 und 2014 technisch wie konzeptionell von nur regional einsetzbaren Landesverteidigern schrittweise zu hoch technologisierten Expeditionskräften transformiert. Parallel dazu wurden die politischen Strukturen der NATO in Richtung flexibler Koalitionen und Partnerschaften sowohl innerhalb wie außerhalb der Institution weiterentwickelt.

Libyen stellte diesbezüglich einen Höhepunkt der Entwicklung dar: Mit nur zwölf Nationen beteiligte sich weniger als die Hälfte der Bündnismitglieder – so wenig wie nie zuvor in einer NATO-Mission – an einer erstmals von europäischen Staaten angeführten Militärintervention. Gleichzeitig erreichte der Einsatz von modernsten Präzisionswaffen und Aufklärungsmitteln, wenn auch nur mit massiver Hilfe der USA, ein bisher unerreichtes Ausmaß, was sich unter anderem in den erfreulich niedrigen Zahlen ziviler Verluste widerspiegelte.

## **Paradigmenwechsel**

Doch die Ukraine-Krise drei Jahre später bedeutet für die NATO einen fast radikalen Paradigmenwechsel. Auf einmal ist Krieg in Europa wieder vorstell- und durchführbar, und das auch noch in Form einer hybriden Kriegsführung, die

den Einsatz irregulärer Kräfte ebenso mit einschließt wie massive Desinformationskampagnen. Eine Form der Kriegsführung, der gegenüber westliche Mediendemokratien besonders verwundbar zu sein scheinen und auf die ihre Streitkräfte nicht vorbereitet sind.

Der dadurch notwendige Paradigmenwechsel in der europäischen Sicherheitspolitik beinhaltet eine Reihe von politischen und militärischen Herausforderungen:

Erstens gilt es politisch, die Rückverwandlung der Allianz von einer flexiblen Toolbox des Krisenmanagements wieder hin zu einem solidarisch handlungsfähigen Verteidigungsbündnis einzuleiten. Dabei wird es notwendig sein, die sehr heterogenen Bedrohungswahrnehmungen im transatlantischen Rahmen, aber auch innerhalb Europas, zu einer neuen, tragfähigen Balance im Bündnis zu verbinden.

Zweitens braucht die NATO ein neues Gleichgewicht zwischen der Flexibilität variabler Koalitionen und Partnerschaften im Rahmen eines weiterhin jederzeit möglichen globalen Krisenmanagements einerseits und der so wichtigen Kohäsion einer auf kollektive Verteidigung ausgerichteten Bündnisstruktur andererseits.

Drittens wird es von entscheidender Bedeutung sein, den in ganz Europa noch immer ungebrochenen Trend zur Reduzierung von Verteidigungsbudgets und Streitkräften Größen endlich zu stoppen, wenn möglich sogar umzukehren. Der kontinuierliche Schwund an militärischen Fähigkeiten europäischer Klein- und Kleinstarmeen trägt wesentlich zur steigenden regiona-

len Bedrohungswahrnehmung bei und schwächt zunehmend das Vertrauen in die Fähigkeit der Allianz zur wirksamen kollektiven Verteidigung. Damit aber droht der nationale Einsparungsegoismus das so wichtige Fundament des Artikels V des NATO-Vertrages systematisch zu untergraben.

Viertens schließlich müssen die Rüstungsschwerpunkte der alliierten Streitkräfte wieder verstärkt auf die Bedürfnisse der Landes- und Bündnisverteidigung umgestellt werden, möglichst ohne dabei die in den letzten Jahrzehnten so mühsam erworbenen Interventionsfähigkeiten wieder zu verlieren. Dies wird bei der Rüstungs- und Streit-

kräfteplanung der NATO angesichts der weiterhin knappen Haushalte noch einige harte Entscheidungen erfordern.

Die Rückkehr klassischer Sicherheitspolitik bringt also für die NATO große Herausforderungen, die weniger denn je auf rein nationaler Ebene zu lösen sein werden. Genau hier aber lag bisher auch die größte Stärke der nordatlantischen Allianz: in der Fähigkeit zur Schaffung eines tragfähigen Konsenses zwischen den divergierenden Interessen ihrer Mitgliedsstaaten. Das Jahr 2015 wird der NATO die große Chance bieten, diese Stärke erneut unter Beweis zu stellen.

## KERNPUNKTE

- Die politische Rückverwandlung der Allianz von einer flexiblen Toolbox des Krisenmanagements hin zu einem solidarisch handlungsfähigen Verteidigungsbündnis ist einzuleiten.
- Der in ganz Europa noch immer ungebrochene Trend zur Reduzierung von Verteidigungsbudgets und Streitkräftegrößen muss endlich gestoppt werden.
- Die Rüstungsschwerpunkte der alliierten Streitkräfte müssen auf die Bedürfnisse der Landes- und Bündnisverteidigung umgestellt werden, möglichst ohne die mühsam erworbenen Interventionsfähigkeiten wieder zu verlieren.



# OSZE SICHERHEITS- HERAUSFORDERUNGEN 2015

*Fred Tanner*

Die Annektierung der Krim durch Russland und die kriegerischen Auseinandersetzungen im Osten der Ukraine 2014 haben zu einer Krise der europäischen Sicherheitsarchitektur geführt. Der OSZE-Acquis wurde verletzt, und es besteht Unklarheit, inwieweit die Helsinki Schlussakte und die Charta von Paris noch als normative Basis gelten können. Die OSZE konnte sich aber auch als allgemein anerkannter Partner in der Konfliktbewältigung in der Ukraine einbringen. Diese Entwicklungen werden 2015 den serbischen OSZE Vorsitz stark prägen. Da die OSZE eine Konsensorganisation ist, besteht die Gefahr, dass die anstehende Arbeit größtenteils blockiert wird, es ergibt sich aber auch die Möglichkeit, dass die OSZE die

Schirmherrschaft über einen zukünftigen Dialog zwischen Russland und dem Westen übernehmen könnte.

## **OSZE-Vorsitz 2015**

Der 2014/2015 konsekutiv geführte Vorsitz der OSZE wird am 1. Jänner 2015 von der Schweiz an Serbien übergeben. Die Arbeit der Organisation wird durch das Prinzip der umfassenden Sicherheit bestimmt. Die OSZE dient als Konsultations- und Verhandlungsplattform mit spezieller Verantwortung im Bereich der Frühwarnung und Konfliktprävention. Auch 2015 wird die Organisation in 15 OSZE-Teilnehmerstaaten in Feldmissionen tätig sein. Dazu gehören vor allem Staaten in Zentralasien, dem Südkau-

kasus und dem Balkan. Die wichtigste Mission wird auch 2015 die Spezialbeobachtungsmission in der Ukraine bleiben.

Der von Serbien vorgestellte Arbeitsplan für 2015 wird gemeinsam im schweizerisch-serbischen „Tandem“ durchgeführt. Dazu gehören Themen wie die Zusammenarbeit im Bereich Katastrophenvorsorge, Wasser, Jugend, Regionale Konflikte und das Reformprojekt Helsinki+40. Des Weiteren haben die Schweiz und Serbien drei Sonderbeauftragte mit Mandaten für 2014/2015 für den Westbalkan, Südkaukasus, und Moldawien nominiert.

## **Balkan**

Die europäische Integration wird auch 2015 eine klare Priorität der Balkanstaaten sein. Serbiens Politik als Vorsitz der OSZE wird auf folgende Elemente zur Stabilisierung der Region setzen:

- Weiterführung des politischen Dialogs zwischen Pristina und Belgrad unter der Schirmherrschaft der EU und
- Aufstellung von Projekten sowie die Weiterführung von regionaler Zusammenarbeit in Bereichen der wirtschaftlichen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, Rüstungskontrolle, Kleinwaffen, Strafverfolgung, und Bekämpfung des Menschenhandels.

## **Ukraine**

Das Mandat der OSZE Beobachtermission in der Ukraine läuft bis zum 20. März 2015 und muss dann vom Ständigen Rat im Konsensverfahren erneuert werden. Neben der Weiterfüh-

rung dieser OSZE-Mission braucht es zusätzlich eine Stärkung des Minsker Abkommens, die Wiederherstellung der staatlichen Kontrolle über die internationale Grenze zwischen der Ukraine und Russland, die Erneuerung des politischen Dialogs auf nationaler und lokaler Ebene sowie eine Konsolidierung der Trilateralen Kontaktgruppe. Auf strategischer Stufe muss eine friedliche Lösung der Abtrennungsversuche von Donbass vom Rest der Ukraine gefunden werden.

## **Zentralasien**

Die Aktivitäten der OSZE sind in den fünf zentralasiatischen Ländern (Tadschikistan, Kasachstan, Kirgisistan, Turkmenistan und Usbekistan) infolge der konfliktreichen Beziehungen unter den jeweiligen Ländern weiterhin durch Instabilität geprägt. Gründe dafür sind zunehmende Ost-West Spannungen, Grenzstreitigkeiten, Konflikte über Zugang zu Wasser und Energie sowie Umweltprobleme. Das angespannte politische Klima in der Region könnte sich durch den Rückzug von NATO/ISAF in Afghanistan sowie durch die bevorstehenden Parlamentswahlen in Kirgisistan Anfang 2015 und Usbekistan (22. März) noch verstärken. Die Zusammenarbeit der OSZE mit den zentralasiatischen Staaten wird sich auch 2015 auf die Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Menschenhandel, Terrorismus und der Stärkung von „governance“ und der Zivilgesellschaft fokussieren.

## **Sonstige ungelöste Konflikte**

Die zusätzlich zur Ukraine weiterhin bestehenden ungelösten Konflikte drohen wieder gewalttätig zu werden. Im Konflikt über Berg-Kara-

bach zwischen Armenien und Aserbaidschan ist es gegen Ende 2014 an der Kontaktlinie erneut vermehrt zu Zwischenfällen gekommen. Die OSZE wird durch ihre Konfliktlösungsmechanismen versuchen diese Konflikte einzudämmen. Eine Lösung des Konfliktes rund um die umstrittene Region Berg-Karabach soll anhand der Genfer Gespräche mit Russland, Georgien und Vertretern von Abchasien und Südossetien, den 5+2 Gesprächen mit Moldawien und Transnistrien und der OSZE Minsk-Gruppe gefunden werden.

### **OSZE Reform, Helsinki+40 Prozess und europäische Sicherheit**

Die anhaltende Krise in und um die Ukraine hat das Tempo des Helsinki+40 Prozesses verlangsamt und die Zielsetzungen im Reformbereich der Organisation in Frage gestellt. Mit der Begehung des 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki im Sommer 2015

in Helsinki werden sich die Bemühungen, greifbare Ergebnisse im Rahmen des Helsinki+40 Prozesses zu erreichen, wahrscheinlich beschleunigen. Darüber hinaus wird der amtierende Vorsitz im Hinblick auf die Krise der Friedensordnung in Europa versuchen, eine hochrangige Gruppe mit namhaften Persönlichkeiten zu schaffen, die Fragen der europäischen Sicherheitsarchitektur behandeln und Mitte 2015 dem Ständigen Rat einen Bericht mit Empfehlungen unterbreiten sollte. Ein Schlussbericht sollte gegen Ende 2015 vorliegen und dem OSZE-Ministerrat in Belgrad (Anfang Dezember) als Entscheidungsgrundlage dienen.

#### **KERNPUNKTE**

- Es ist unklar, inwieweit die Helsinki Schlussakte und die Charta von Paris noch als normative Basis gelten können.
- Wichtigste Aufgabe für den serbischen OSZE-Vorsitz 2015 wird die Konfliktbewältigung in der Ukraine sein.
- Eine Übernahme eines erneuerten politischen Dialogs zwischen Russland und dem „Westen“ über eine europäische Friedensordnung durch die OSZE ist möglich.
- Durch die OSZE Konfliktlösungsmechanismen könnten die Konflikte im Südkaukasus und in Moldawien eingedämmt werden.
- Das politische Klima in Zentralasien könnte sich durch den Rückzug von ISAF noch weiter anspannen.



# DIE AFRIKANISCHE UNION IM JAHR 2015

*Martin Pabst*

**Trotz einer Entwicklungsagenda des Gipfels der Afrikanischen Union (AU) wird 2015 Konfliktmanagement im Vordergrund stehen. In Nord-, West- und Zentralafrika können sicherheitspolitische Verschlechterungen durch Widerstand gegen autoritäre Führungen, terroristische Anschläge bzw. Zusammenbruch staatlicher Strukturen oder aufgrund von Ebola eintreten. Libyen kann gar zum „Failed State“ werden. Anstelle der im Verzug befindlichen African Standby Force (ASF) soll bis Ende 2015 eine 1.500 Mann starke African Capacity for Immediate Response to Crises (ACIRC) realisiert werden.**

Im Jahr 2015 laufen die „Millennium Development Goals“ (MDG) aus. Die im Januar in Addis Abeba unter dem Motto „Year of Women’s Empowerment and Development towards Africa’s Agenda 2063“ tagende Versammlung der AU wird daher von einer Entwicklungsagenda dominiert sein: Welche Ausrichtung und Prioritäten sollen die als Nachfolgeprogramm zu beschließenden „Sustainable Development Goals“ (SDG) haben und wie können sie mit der AU-Entwicklungsvision „Agenda 2063“ harmonisiert werden?

Die im Juni 2013 beschlossene „Gemeinsame Afrikanische Position“ beinhaltet ein einheit-

liches Auftreten und sechs prioritäre Schlüsselbereiche: strukturelle und wirtschaftliche Transformation sowie inklusives Wachstum; Wissenschaft, Technologie und Innovation; menschenorientierte Entwicklung; ökologische Nachhaltigkeit und Disaster-Management; Frieden und Sicherheit; Finanzierung und Partnerschaften. Im Vergleich zu den MDG sollen die SDG mehr qualitativ als quantitativ orientiert sein und die Ziele Armutsreduzierung und Nahrungsmittelsicherheit fokussieren.

Eine Fortführung der strategischen EU/AU-Partnerschaft wird eintreten. Denn die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sprachlichen Verflechtungen sind trotz historischer Belastungen tragfähig.

### **Diversifizierung als Herausforderung**

Konkurrenten kommt freilich entgegen, dass die AU, Regionalorganisationen und Einzelstaaten um Diversifizierung bemüht sind. Neben China sind zunehmend die arabischen Staaten, Brasilien, Japan, Südkorea und die Türkei engagiert. Die arabischen und asiatischen Staaten suchen verstärkt große landwirtschaftliche Flächen zu erwerben bzw. zu pachten, um ihre Nahrungsmittelsicherheit zu erhöhen. Dadurch können zunehmend Konflikte um Landrechte eintreten. Die Türkei hat 2008 eine strategische Partnerschaft mit der AU begründet. Ankara baut systematisch seine diplomatischen und ökonomischen Beziehungen aus, parallel zur strategischen Ausweitung des Streckennetzes von Turkish Airlines (derzeit 46 Afrika-Ziele in 28 Ländern). Optimistisch registrierte die AU in der Dekade

2001 bis 2010 einen Rückgang der bewaffneten Konflikte. Doch hat sich die Lage seit 2011 wieder verschlechtert. In Libyen (2011 und erneut 2014), Mali (2012), dem Südsudan (2013) und der Zentralafrikanischen Republik/ZAR (2013) sind neue bewaffnete Konflikte hinzu gekommen, die 2015 anhalten werden. Frieden und Sicherheit werden daher ebenfalls vorrangig auf der AU-Agenda stehen.

### **Außen- und Sicherheitspolitik**

Die AU wird bestrebt sein, außen- und sicherheitspolitischen Einfluss zurückzugewinnen. Der von Südafrika ausgearbeitete Friedensplan im Libyen-Bürgerkrieg (2011) wurde aber nicht hinreichend von allen AU-Mitgliedsstaaten unterstützt, und die AU wurde beim Konfliktmanagement vom UN-Sicherheitsrat, Arabischer Liga, EU, NATO und USA marginalisiert. In Mali und der ZAR konnten die AU und die Regionalorganisationen nicht rasch und effektiv militärisch eingreifen. Ersatzweise ergriff Frankreich die Initiative und wurde hierzu auch von den betroffenen Staaten ermuntert.

Ermutigend sind diplomatische Vermittlungserfolge von AU und der Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) zur Lösung der Verfassungskrise in Burkina Faso. In Somalia können 2015 weitere Gebietsgewinne durch die Kräfte der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) im Verbund mit der Armee eintreten. Eine weitere Zersplitterung der al-Shabaab infolge der Tötung ihres Führers Ahmed Abdi Godane kann eintreten. Aufgrund des Verlusts von Hafenstädten, werden ihre Ressourcen zurückgehen. Doch können militärische Nieder-

lagen in zunehmend terroristischen Aktivitäten in den Städten münden.

## **ASF / ACIRC**

Die für 2015 vorgesehene Einsatzbereitschaft der African Standby Force (ASF) wird nicht eintreten, wie auch von der AU zunehmend eingeräumt wird. Ersatzweise soll bis Ende 2015 eine binnen zehn Tagen für 30 Tage einsatzbereite African Capacity for Immediate Response to Crises (ACIRC) realisiert werden, bestehend aus vier 1500-Mann starken Battle Groups (BG) mit taktischer Luftunterstützung und konzipiert nach dem Vorbild der MONUSCO Force Intervention Brigade.

Anders als die ASF baut die ACIRC auf einer „Koalition der Willigen“ auf. Die BGs sollen von Rahmennationen geführt werden. Doch die Realisie-

rung dieses Zieldatums wird möglicherweise nicht eintreten. Auch besteht das Risiko, dass die Sponsoren (insb. Südafrika, Algerien, Tschad, Uganda) über von ihnen geführte BGs nationale Interessen durchzusetzen versuchen. Starke Militärmächte wie Ägypten oder Nigeria bleiben abseits.

In Nord-, West- und Zentralafrika können sicherheitspolitische Verschlechterungen eintreten. Zu nennen sind von langjährigen autoritären Machteliten bzw. Herrschern geführte Staaten wie Algerien, Kamerun oder die Demokratische Republik Kongo. Libyen könnte überhaupt zum „Failed State“ werden. In Ägypten, Nordnigeria und Kenia kann zunehmende Destabilisierung durch islamistischen Terrorismus eintreten.

Massiv zurückgeworfen wurden infolge von Ebola die früheren Krisen- bzw. Bürgerkriegsländer Guinea, Liberia und Sierra Leone. Deren Absturz würde auf Nachbarländer ausstrahlen. Vor diesem Hintergrund beschlossen die USA 2014 daher die Entsendung der militärischen Unterstützungsmission „United Assistance“.

## **KERNPUNKTE**

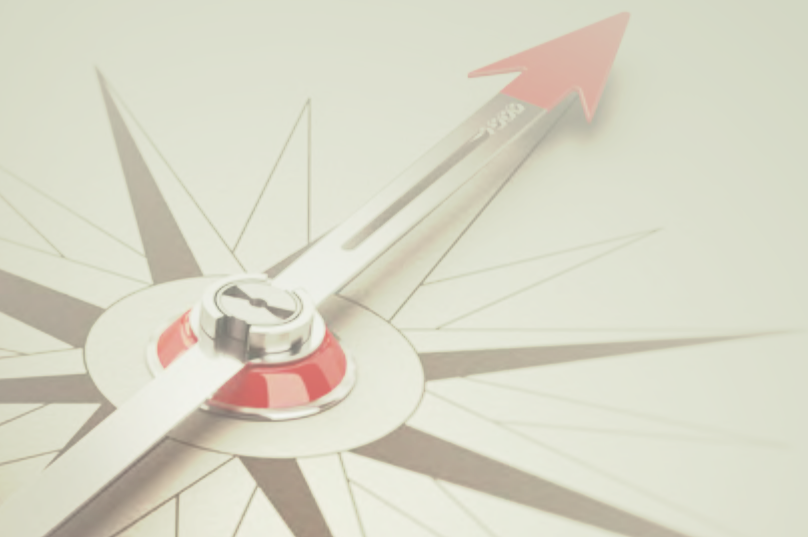
- In Staaten wie Algerien, Kamerun oder der Demokratischen Republik Kongo kann es zu sicherheitspolitischen Verschlechterungen kommen. Libyen könnte ein „Failed State“ werden.
- In Ägypten, Nordnigeria und Kenia kann zunehmende Destabilisierung durch islamistischen Terrorismus eintreten.
- Die Ebolakrise wirkt zusätzlich destabilisierend auf staatliche Strukturen.
- Die im Aufbau befindliche African Standby Force wird bis 2015 nicht handlungsfähig sein. Als Ersatz soll eine African Capacity for Immediate Response to Crises Einheit, die bis zu 30 Tagen im Einsatz sein kann, aufgestellt werden.



# EUROSTRATEGISCHES UMFELD 2015

*Gemäß der Teilstrategie Verteidigungspolitik, wächst die Herausforderung, dass die Union und ihre Mitgliedstaaten mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit und insbesondere jene in der europäischen Nachbarschaft übernehmen. Die für Österreich relevanten Krisen- und Konfliktregionen sind Südosteuropa, Osteuropa bzw. die Schwarzmeer Region, der Nahe und Mittlere Osten sowie Nord- und Sahel-Afrika.*

*(Vgl. Teilstrategie Verteidigung, S.8)*





# EU-KRISENMANAGEMENT IM LICHT NEUER HERAUSFORDERUNGEN

Markus Kaim

**Konflikte in der internationalen Politik spielen sich zunehmend in der unmittelbaren europäischen Peripherie ab und stellen größere Anforderungen an das EU-Krisenmanagement. Die EU-Mitgliedsstaaten sollten angesichts der immer begrenzteren nationalen Steuerungsfähigkeit mit verstärkter politischer Integration im sicherheitspolitischen Bereich entgegenwirken.**

Konflikte haben die internationale Politik immer schon geprägt. In den vergangenen Jahren hat insbesondere die Zahl der innerstaatlichen Kon-

flikte rapide zugenommen. Sie machen, mit aufsteigender Tendenz, ca. 80 Prozent der Konflikte weltweit aus und sind durch einen hohen Anteil an gewaltsamer Konfliktaustragung geprägt. Dadurch haben sie zwischenstaatliche Konflikte sowohl in Anzahl als auch an Gewaltintensität überholt. Drei Entwicklungen sind für Europa besonders bedeutsam.

## **Hybride Kriegsführung**

Neuartig für den europäischen Kontext sind Konflikte, in denen diese beiden Dimensionen

zunehmend verschwimmen, wie in der Ukraine-Krise, in denen sich nicht nur die Akteurskonstellation, sondern auch die Form der Konfliktaustragung einer traditionellen Einteilung entzieht.

Die Renaissance der irregulären oder „hybriden“ Kriegsführung, die geprägt ist von einem Zusammenspiel von Elementen traditioneller Militäroperationen, ökonomischen Drucks, der Nutzbarmachung nationaler Minderheiten und medialer Propaganda bis zu Guerillataktiken stellen die europäischen Staaten vor eine neuartige Herausforderung, denn die politischen und militärischen Institutionen des euro-atlantischen Raumes sind an der Einhegung entweder zwischenstaatlicher Konflikte orientiert oder an der Bekämpfung nicht-staatlicher Gewaltakteure wie Milizen o.a. Die EU muss ihre Planungen und Instrumente an diesen veränderten Rahmenbedingungen ausrichten.

### **Konflikte in der Peripherie Europas**

Zudem markiert der Ukrainekonflikt die Rückkehr der Instabilität in die unmittelbare Nachbarschaft der Europäischen Union. Nimmt man den syrischen Bürgerkrieg und den Vormarsch des „Islamische Staats“ im Irak und Syrien hinzu, so ist die Europäische Union als Krisenmanager in ihrer unmittelbaren Peripherie gefordert wie seit den Balkan-Kriegen der 1990er Jahre nicht mehr. Dies stellt sie vor große Herausforderungen, zugleich ist dies aber auch eine Chance: Zwar hat sich die EU in ihrem Selbstbild zahllose Male als Ordnungsmacht für Europa und seine Peripherie definiert, bislang bestand aber kaum eine Notwendigkeit, dies beim akuten Kri-

senmanagement unter Beweis zu stellen. Das deutsch-französisch-polnische Trio, das bereits die EU-Bemühungen zur Einhegung der Ukraine-Krise kraftvoll und sichtbar angeführt hat, wird diese auch im kommenden Jahr fortführen müssen. Dies gilt umso mehr angesichts der politischen Innenwende der Vereinigten Staaten, die sich aus dem internationalen Konfliktmanagement mehr und mehr zurückziehen. Bislang ist es trotz unterschiedlicher Interessen vergleichsweise gut gelungen, die EU-Mitglieder in der Frage der Sanktionspolitik gegenüber Russland zusammenzuhalten.

### **Innenwende der europäischen Politik**

In dem gleichen Maße, wie die Notwendigkeit für die EU wächst, in ihrer Nachbarschaft für Sicherheit zu sorgen, unterliegen jedoch zahlreiche europäische Staaten ebenfalls einer Innenwende bezüglich ihrer politischen Prioritäten.

Gerade Länder, die in der Vergangenheit große Verantwortung im Rahmen der euro-atlantischen Sicherheitspolitik getragen haben, erfahren eine Phase relativer Schwäche auf Grund der Folgen der europäischen Schulden- und Finanzkrise, Dysfunktionalitäten ihrer politischen Systeme u.a.m. Zu denken ist dabei vor allem an Frankreich und Großbritannien. Zwar werden sich diese genauso wenig vollständig aus der internationalen Politik zurückziehen wie die Vereinigten Staaten. Aber auch in Paris und London werden auf Jahre innenpolitische Prioritäten dominieren, die die Frage des Erhalts und der Weiterentwicklung der internationalen Ordnung in den Hintergrund drängen.

## Fazit

Welche konkret erwartbaren Konflikte im Jahr 2015 die EU beschäftigen werden, ist nicht mit Sicherheit zu prognostizieren. Man darf jedoch davon ausgehen, dass jene Kriege, die Europa im Jahr 2014 in Atem gehalten haben, nämlich einerseits die Subversion Russlands in der Ostukraine bzw. die Annexion der Krim und andererseits der Vormarsch der Terrormiliz „Islamischer Staat“ im Irak bzw. in Syrien, auch in den kommenden zwölf Monaten das internationale Krisenmanagement fordern werden. Hinzu werden möglicherweise eine Reihe von Konflikten in Afrika treten, die zur Zeit als eingehengt gelten, aber das Potential haben, jederzeit wieder gewaltsam zu eskalieren, wie z. B. der Konflikt im Südsudan bzw. der Konflikt zwischen diesem und dem Sudan oder die Konfliktkonstellation im Osten der Demokratischen Republik Kongo. Dieser ordnungspolitischen Aufgabe muss sich

die EU alleine schon um ihrer Glaubwürdigkeit willen stellen. Eine verstärkte Kooperation, ja sogar eine vertiefte Integration ist dafür dringend notwendig. Dabei ist es unabdingbar, die Haltung vieler europäischer Regierungen zu überwinden, dass das Konflikt- und Krisenmanagement der EU am besten intergouvernemental zu organisieren sei. In Ansätzen werden die Vorteile sicherheitspolitischer Kooperation zwar erkannt, wie etwa bei den „pooling and sharing“-Initiativen der vergangenen Jahre. Letztlich bedarf es für einen Erfolg des europäischen Krisenmanagements aber entschlossener politischer Schritte, mehr Kompetenzen auf die europäische Ebene zu übertragen. Diese Einsicht genießt angesichts der gegenwärtig weit verbreiteten Integrationskepsis wenig politische Unterstützung. Für die Staaten Europas stellt sich letztendlich aber die Frage, ob sie gemeinsam die Welt gestalten wollen oder diese einzeln gar nicht mehr gestalten können.

## KERNPUNKTE

- Die Renaissance der irregulären oder „hybriden“ Kriegsführung, die geprägt ist von einem Zusammenspiel von Elementen traditioneller Militäroperationen, ökonomischen Drucks, der Nutzbarmachung nationaler Minderheiten und medialer Propaganda bis zu Guerillataktiken stellen die europäischen Staaten vor eine neuartige Herausforderung.
- Der Ukraine Konflikt markiert die Rückkehr der Instabilität in die unmittelbare Nachbarschaft der Europäischen Union.
- Gerade Länder, die in der Vergangenheit große Verantwortung im Rahmen der euro-atlantischen Sicherheitspolitik getragen haben, erfahren auf Grund der Folgen der europäischen Schulden- und Finanzkrise, Dysfunktionalitäten ihrer politischen Systeme u.a.m. eine Phase relativer Schwäche.
- Für die Erfüllung ihrer ordnungspolitischen Aufgaben sind in der EU verstärkte Kooperation und vertiefte Integration notwendig.



# POLITISCHER ISLAMISMUS

Andrew Hammond

Der politische Islam bleibt die maßgebliche ideologische und politische Herausforderung für die etablierten Regime in der arabischen Region. Bereits vor dem Arabischen Frühling stellte der politische Islam eine Herausforderung dar, und das eine Jahr, in dem die Muslimbruderschaft in Ägypten an der Macht war – von Mitte 2012 bis zum Militärcoup 2013 –, hat, anstatt zu einer Diskreditierung der Bewegung zu führen, dazu beigetragen, die Dichotomie zwischen staatlicher Macht und den Islamisten zu bekräftigen. Ein neues Element in diesem Spiel sind die IS-Gruppierungen in Syrien und im Irak: Die alten anti-islamistischen Regime (Ägypten, Saudi

Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate) beteuern im In- und Ausland, dass der politische Islam und die dschihadistischen Extremisten gleichzusetzen sind.

## Ägypten

Der Konflikt zwischen der ägyptischen Regierung und der Muslimbruderschaft wird mit derselben Intensität wie unmittelbar nach dem gewaltsamen Sturz von Präsident Mohammed Morsi im Juli 2013 ausgetragen. Salafistische Dschihadisten-Gruppierungen haben sich im Nord-Sinai verschantzt, wo es auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den ägyptischen Streitkräften

kommt. Fallweise kommt es auch zu Bombenanschlägen im Niltal und in Kairo. Die wichtigste islamistische Terrorgruppierung ist Ansar Bait al-Maqdis, die sich für Anschläge gegen das Innenministerium und diverse militärische Ziele im Niltal und im Sinai verantwortlich zeigt. In Folge der Ausrufung des Islamischen Staates durch IS im Irak und durch IS in der Levante (ISIL) erklärte Ansar Bait al-Maqdis seine Loyalität dem IS-Anführer Abu Bakr al-Baghdadi gegenüber und benannte die Gruppierung in „Sinai Provinz von ISIL“ um. Die Aufständischen im Niltal sehen sich weiter als Teil der Al-Qaida. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass es den ägyptischen Streitkräften gelungen ist, die Gruppierungen zu zerschlagen oder dass die gewaltsamen Konfrontationen nicht auch 2015 anhalten werden.

Das politische Schlüsselereignis werden die für März 2015 geplanten Parlamentswahlen sein. Die Bruderschaft könnte immer noch eigene Kandidaten aufstellen, ihre Mitglieder aufrufen nicht zu kandidieren oder „Scheinkandidaten“ nominieren. Erwartbar ist jedoch, dass die Muslimbrüder eine strikte Nichtteilnahme ihrer Mitglieder erzwingen werden. Fraglich ist auch, wie die zweite islamistische Gruppierung, die Salafi Nour Partei, die 2011 27 % erreicht hat, abschneiden wird. Nachdem sie Präsident Abd al-Fattah as-Sisi und die Unterdrückung der Muslimbruderschaft unterstützt hat, ist nicht zu erwarten, dass sie ihr Wahlergebnis halten wird.

## **Die Golfstaaten**

Nach Ägypten gab auch Saudi-Arabien bekannt, dass die Muslimbruderschaft auf eine im Februar 2014 veröffentlichte Liste verbotener Gruppie-

rungen gesetzt wurde. Auf dieser Liste sind auch die in Syrien kämpfenden dschihadistischen Gruppierungen und die libanesische Hisbollah vermerkt. Die Vereinten Arabischen Emirate brachten ihre eigene Liste im November 2014 heraus, die verstärkt auf die Muslimbruderschaft abzielte und in welcher Organisationen vermerkt sind, von denen angenommen wird, dass sie Verbindungen zu den USA haben. Die Hisbollah scheint in der Liste der Emirate nicht auf. Aufgrund der Beherbergung und Unterstützung von Akteuren der Bruderschaft seitens Qatar starteten die restlichen Golf-Staaten eine Kampagne gegen das Emirat an der Ostküste der arabischen Halbinsel. Die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien und Bahrain zogen gemeinschaftlich im März 2014 ihre Botschafter aus Doha ab. Der Konflikt wurde von Yousef al-Qaradawi, einem der Muslimbruderschaft nahestehenden Prediger, der Jahrzehnte lang in Doha lebte, herbeigeführt. Dieser war ein starker Kritiker der Politik der Emirate und warf diesen vor, „unislamisch“ bei der Behandlung von verurteilten Muslimbrüdern zu sein.

## **Türkei**

Die Türkei befindet sich aktuell in einer Zeit des Umbruchs, in der die Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) unter Recep Tayyip Erdogan ihre Macht festigen kann. Trotz einiger Krisen gewann Erdogan die Präsidentschaftswahl des letzten Jahres mit über 50 % der Stimmen bereits im ersten Durchgang und konnte damit bestätigen, dass es derzeit keinen anderen ernstzunehmenden Gegenkandidaten gibt. Die AKP-Allianz, bestehend aus unterschiedlichen Kräften, bleibt somit im gesamten Land

intakt. Die weitere Herausforderung für die Partei wird in den kommenden Jahren darin bestehen, ihre Mehrheit für die im nächsten Jahr anstehenden Parlamentswahlen zu behalten, um fundamentale Änderungen des politischen Systems bewirken und somit die Macht des Präsidenten ausbauen zu können. Bereits jetzt gilt Erdogans Nachfolger, der ehemalige Außenminister Ahmet Davutoglu, als Erdogan-Sympathisant. Erdogan, der in seinem überschäumenden Selbstbewusstsein bei jedem öffentlichen Auftritt von der „neuen Türkei“ spricht, und die AKP werden weiterhin jeden ernstzunehmenden Widerstand durch ihre mächtigen Institutionen unterdrücken. Die Presse ist mehr und mehr unter islamistische Kontrolle geraten, massive Proteste gegen die Herrschaft der AKP schlugen fehl, während die islamistische Gülen-Bewegung sowohl aus dem politischen als auch aus

dem legislativen Bereich verdrängt wurde. Das Militär war in diesem Machtkampf das erste Ziel und verlor seine Macht bereits 2007/2008.

Die Türkei wird die engen Beziehungen zu den USA und zur EU, im Bezug auf den Syrienkonflikt und den „Islamischen Staat“ (IS), wahrscheinlich weiterführen. Die Türkei befürchtet eine Stärkung der PKK durch die syrischen Kurden, was der PKK eine stärkere Position bei den Friedensgesprächen geben würde. Für die Türkei ist der Sturz des Assad-Regimes viel wichtiger als die Bekämpfung der Terrororganisation IS. Ankara sieht im IS einfach nicht so eine große Bedrohung wie die westlichen Staaten. Mit dem IS könne man sich später beschäftigen, wenn das Assad-Regime, wie die Türkei hofft, von einer Regierung der syrischen Bruderschaft abgelöst wurde.

## KERNPUNKTE

- Die Dichotomie zwischen staatlicher Macht und Islamisten bestimmt das politische Geschehen in Ägypten.
- Aufständische Gruppen mit unterschiedlicher Bekennterschaft in Ägypten konnten bisher nicht zerschlagen werden. Daher werden die gewaltsamen Konfrontationen auch 2015 anhalten. Die Muslimbruderschaft wird alles daran setzen, die Parlamentswahlen 2015 zu boykottieren.
- Unter den Golfstaaten besteht Uneinigkeit in Bezug auf ihr Verhältnis zu unterschiedlichen islamistischen und dschihadistischen Gruppen.
- Die Türkei befindet sich Umbruch, wobei die AKP – und insbesondere Erdogan – versuchen, ihre Machtposition zu festigen. Die Presse ist mehr und mehr unter islamistische Kontrolle geraten.



# ISLAMISCHER STAAT 2015 – EXPANSION ODER ENDE?

*Nico Prucha*

Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) konnte in kurzer Zeit weite Teile des Irak und Syriens und damit in etwa sechs Millionen Menschen unter ihre Herrschaft bringen. Eine fehlende integrative Politik nach dem Sturz des irakischen Diktators Saddam Hussein hat zu dieser heutigen Situation beigetragen. Der Zustrom von ausländischen Sympathisanten und Unterstützern, sogenannten „Foreign Fighters“, wird weiter zunehmen. Basis dafür sind professionelle Propaganda-Filme. Auch die Nutzung von Social Media als Infor-

mations- und Rekrutierungsbasis wird 2015 weiter intensiviert.

Der selbsternannte „Islamische Staat“ (Arabisch: dawlat al-Islamiyya) hat sich als Bollwerk 2014 etabliert und weite Gebiete in Syrien und im Irak vereinnahmt. In einer Art Blitzkrieg hat sich der „Islamische Staat“ (IS) vor allem im Irak ausgebreitet und im Juni 2014 ein Kalifat deklariert. Zeitweise verfügt der IS über eine Bevölkerung von sechs Millionen Menschen, die den ethnischen und konfessionellen Massenmord überlebt

haben und oft nur eine Wahl zwischen al-Assad oder dem IS haben. Im Irak sind vor allem die Folgen des Sturzes des Sunniten Saddam Hussein für die aktuelle Situation maßgeblich verantwortlich, die auch eine massive Benachteiligung der sunnitischen Minderheit bedeutet. Nach dem Massaker von Hawija im April 2013 von irakischen Regierungstruppen vor allem an sunnitischen Demonstranten, die mehr Rechte von der mehrheitlich schiitisch geführten Regierung unter al-Maliki verlangten, flammte der sektiererische Konflikt wieder auf. Der IS nutzte diese Gelegenheit, um sunnitische Stämme für eine Allianz zu gewinnen während im benachbarten Syrien Territorium konsolidiert wurde.

IS ist eine revolutionäre Gruppe, die es versteht, eine professionelle und ideologisch kohärente Medienstrategie zu verfolgen – trotz Gegenmaßnahmen auf Social Media Sites. IS zeigt Bilder und Filme von Kampfeinsätzen, Hinrichtungen von Geiseln und gefangenen Soldaten oder Maßnahmen zum Aufbau eines „Staates“, in dem die Mujaheddin ihre Waffen ablegen, um die Infrastruktur des Kalifats aufzubauen. Diese neuartige Form der Propaganda, die sich vor allem durch Twitter und nach wie vor mittels Jihad Foren an ein globales Publikum richtet, hat gravierende Folgen. Vor allem junge Muslime unterschiedlicher Herkunft in europäischen und arabischen Gesellschaften fühlen sich aufgerufen, dem Anführer des IS, Abu Bakr al-Baghdadi, den Treueeid (bay'a) zu schwören und sich dem Kampf und dem Staatsaufbau anzuschließen.

Der Zuzug so genannter „Foreign Fighter“ aus europäischen Mitgliedsstaaten, einschließlich

Österreich, das ein Hauptzentrum ist, wird weiterhin eintreten. Die hohe Frequenz an professionell hergestellten Propaganda-Filmen, auch auf Deutsch, wird weiterhin das Gefährdungspotential aufrechterhalten und auswanderungswillige Sympathisanten vereinnahmen.

Die Strategie des IS, Social-Media-Plattformen für die Rekrutierung und Mobilisierung zu nutzen, wird sich im kommenden Jahr noch verschärfen. Bestehende Online-Netzwerke und organisierte Mujaheddin-Medien im „Islamischen Staat“ werden u.a. versuchen, Einzelattentäter wie in Kanada zu erreichen und deren Anschläge als „Strafaktion“ und Vergeltung für die Luftangriffe gegen Stellungen des IS darzustellen.

Die Verzahnung und vor allem die kurzen Intervalle, in welchen der „Islamische Staat“ als „Staat“ mittels seinen Führungsebenen, durch Kriegs- und Medienminister via „offiziellen“ Pressesendungen und Statements auf politische Entscheidungen westlicher und arabischer Staaten und des Iran reagiert, werden weiter zunehmen. Diese professionelle und teilweise hochgradig organisierte Handhabung von blutigen und ‚state-building‘ thematisierenden Propaganda-Filmen für ein globales Publikum, mit dem Anspruch, die einzig wahre sunnitische Vertretung zu sein, wird den IS weiterhin als Faktor und als Player in Irak und Syrien und vor allem als Gefahr erhalten.

Es ist eher unwahrscheinlich, dass die Vereinigten Staaten oder Mitgliedsstaaten der Allianz gegen den IS in absehbarer Zeit Bodentruppen im Irak bzw. in Syrien einsetzen. Die Taktik

des IS ist bisher aufgegangen. Mit der gezielten Veröffentlichung englischsprachiger Filme mit arabischen Untertiteln, welche die Hinrichtung amerikanischer und britischer Journalisten und Mitarbeiter humanitärer Hilfsorganisationen zeigen, hat der Westen auf den „Islamischen Staat“ reagiert und Luftangriffe initiiert. Somit kämpft der IS gegen lokale Feinde in einer apokalyptischen Wahrnehmung als „Vertreter Gottes“, die

nicht durch die militärischen Operationen der „Ungläubigen“ niedrigerungen werden können.

Diese gezielte und taktische Nutzung der sozialen Medien wird weiter zunehmen und somit nicht nur den IS weiter legitimieren, sondern als reale Alternative zu den bestehenden Problemen und Konflikten für Unterstützer und Sympathisanten weltweit weiter attraktiv werden.

## KERNPUNKTE

- In einer militärischen Blitzkrieg-ähnlichen Aktion konnte der IS sein heutiges Einflussgebiet erobern, und sich mit Hilfe geschickter Propaganda in den Augen der Weltöffentlichkeit „konsolidieren“.
- Die Rekrutierung von ausländischen Kämpfern erfolgt mit Hilfe von Sozialen Medien mit weltweiter Reichweite, in den die Aktionen den IS auch „legitimiert“ werden.
- Die Bedrohung durch den IS wird 2015 aufrecht bleiben, da sie vergleichsweise erfolgreich bei der Vermittlung ihrer religiösen Kernbotschaft ist. Er vertritt den Anspruch, die einzige legitime Vertretung aller Sunniten im Irak und in Syrien zu sein.
- Auch 2015 werden die Luftangriffe der so genannten Anti-IS-Koalition weitergehen, und vor allem in europäischen Ländern wie auch in den USA wird dadurch die Gefahr von terroristischen Vergeltungsschlägen erhöht.



# DER UKRAINE-KONFLIKT

## AUF DER SUCHE NACH EINER STRATEGISCHEN LINIE UND NACH DIPLOMATISCHEN ALTERNATIVEN

*Joris Van Bladel*

**Die strategische Beurteilung des derzeitigen Konfliktes in der Ukraine orientiert sich an einer Leitfrage: Zwingt uns dieser Konflikt in seiner Art und Entwicklung dazu, unsere Strategie und Sicherheitspolitik auf dem europäischen Schauplatz zu überdenken, oder nicht? Mit anderen Worten, verursacht der derzeitige Konflikt an der östlichen Peripherie einen sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel desselben Ausmaßes, wie es 1991 der Fall war?**

### **Der Ukraine-Konflikt**

Der Ukraine-Konflikt war niemals ein isoliertes Problem. Abgesehen davon, dass der Aufstand in Kiew begann und sich gegen das festgefahrene, korrupte und unentschlossene Regime von Viktor Janukovich richtete, waren sowohl die Russi-

sche Föderation als auch der Westen, beide ihrer eigenen, in der jeweiligen Geschichte begründeten Logik folgend, in den Konflikt bereits verwickelt, lange bevor er innerhalb der Ukraine tatsächlich ausbrach. Daher muss der Ukraine-Konflikt unter Berücksichtigung der Beziehung zwischen Russland und dem Westen beurteilt zu werden. Der Ukraine-Konflikt wird, sowohl was seine Ursachen als auch was seine Auswirkungen betrifft, wesentlich vom Einfluss der Russischen Föderation und des Westens mitbestimmt. Daher kann eine Lösung dieses Konflikts auch nur innerhalb dieser Logik gefunden werden.

Ein Jahr nach dem Beginn der revolutionären Umbrüche in der Ukraine ist die Situation immer noch kritisch und instabil. Das Risiko, dass die Regierung politisch scheitert und die Wirtschaft zusammenbricht, ist weiterhin gegen-

wärtig. Mehr noch, durch die Verwicklung der Russischen Föderation auf der einen und der des Westens auf der anderen Seite, läuft der Konflikt Gefahr, sich weiter auszubreiten und zu einem internationalen Konflikt größeren Ausmaßes zu eskalieren. Die größte Gefahr besteht darin, dass aufgrund dieser Dynamik unbeabsichtigte und kontraproduktive Maßnahmen gesetzt werden, die auch mit später Vernunft nicht mehr zu beheben sind. Solche Ereignisse müssen jederzeit vermieden werden, weshalb diplomatische Lösungsansätze als Ausweg aus der Eskalationskurve bereitstehen sollten.

Im vergangenen Jahr konnte die Ukraine eine Reihe beachtlicher Erfolge erzielen. Zum Beispiel konnte die politische Führung durch allgemeine Wahlen und Präsidentschaftswahlen demokratische Legitimierung erlangen; sie hat Reformpläne erstellt, die darauf abzielen, den Staat von Grund auf neu zu errichten (die Reformstrategie 2020, die letztendlich auf einen EU-Beitritt abzielt); sie hat einen akzeptablen Gas-Deal mit der Russischen Föderation verhandelt; mit großer öffentlicher Unterstützung ist es sogar gelungen, militärische Kräfte für den Anti-Terror-Einsatz in der Donbass-Region aufzustellen und man hat den Westen zur Unterstützung gewonnen. Auf der anderen Seite jedoch befindet sich die ukrainische Wirtschaft in einem beklagenswert schlechten Zustand und es ist keine unmittelbare Verbesserung der Lage in Sicht. Die Reformen wurden noch nicht umgesetzt, was die Unterstützung der zunehmend skeptischen Bevölkerung auf's Spiel setzt. Weiters haben Oligarchen noch immer einen überproportionalen Einfluss in Wirtschaft und Politik sowie ist die Lage im Donbass weiterhin sehr instabil. Es ist fraglich, ob es überhaupt

eine militärische Lösung zur Wiederherstellung der Ordnung in dieser Region gibt. Ganz im Gegenteil, auf längere Sicht gesehen, könnte das Freiwilligenbataillon möglicherweise in Bezug auf Entwaffnung und Demobilisierung, wie auch in Hinsicht seiner politischen Kontrolle, ein Problem für sich darstellen. So gesehen, wurde das Gewaltmonopol des ukrainischen Staates noch nicht wiederhergestellt und jene Kräfte, die daran interessiert sind, die Lage weiter eskalieren zu lassen, sind mächtig und im ganzen Land verteilt. Dies macht es für die Regierung nicht leicht, den Übergang von einer Revolutionsregierung zu einer normal funktionierenden Regierung zu schaffen. Daher gilt es weiterhin, Krisenmanagement zu betreiben, bevor überhaupt Politik gemacht werden kann, die imstande wäre, politische Ordnung sowie die Voraussetzungen für eine Strukturreform zu schaffen und Vertrauen in der Gesellschaft herzustellen.

Die russische Intervention in der Ukraine war insofern effektiv und effizient, als es nicht viel militärischer Gewalt bedurfte, um einen großen Effekt zu erzielen: Die Krim ist annektiert und der Donbass ist nicht mehr unter gänzlicher Kontrolle Kiews. Folglich sagt die russische Intervention wenig aus über die tatsächliche militärische Schlagkraft Russlands. Jedenfalls zeigt das Putin-Regime seit 2010 eine zunehmend anti-westliche Haltung und auch den Willen, demgemäß zu handeln. Anzeichen dafür sind eine zunehmende Investitionen in Soft Power, wie zum Beispiel der Einsatz einer aggressive Propaganda-Strategie zur Förderung eines nationalistischen Diskurses in Russland selbst, sowie bei den russlandfreundlichen Kräften im Ausland. Weitere Anzeichen sind unter ander-

erm ein erhöhtes Militärbudget, verstärkte militärische Aktivitäten jeder Art, wie großangelegte Übungen und Marinepräsenz in blue and white waters bzw. speziell im Schwarzen Meer – als Marine-Machtprojektion für das östlichen Mittelmeer – und im Baltischen Meer, sowie eine steigende Anzahl von militärischen Flügen, manchmal sogar unter Eindringen in NATO-Luftraum, zunehmende Geheimdienstaktivitäten (GRU und SVR) oder auch die gestärkte Cyber-Fähigkeit.

Bis jetzt hat es Europa geschafft, eine mehr oder weniger einheitliche diplomatische Linie gegenüber der Ukraine und der Russischen Föderation zu entwickeln (z. B. die Sanktionspolitik). Mehr noch, Europa hat die Ukraine in Form von Beratungen und Wirtschaftshilfe unterstützt. Die EU und die Ukraine haben inzwischen ein Assoziierungsabkommen unterzeichnet sowie war die EU erfolgreich als Mediator bei dem Zustandekommen des Gas-Deals zwischen der Ukraine und Russland aktiv. Auch die OSZE hat erfolgreich als Mediator beim Minsker Friedensabkommen mitgewirkt. . Dadruch konnte die EU gewissermaßen den Konflikt eingrenzen. Jedoch hat Europa nur beschränkte diplomatische Druckmittel in Moskau und Kiew. Leider ist die EU nicht imstande, diplomatische Alternativen zur Beilegung des Konfliktes vorzulegen, die für alle Seiten annehmbar wären. Folglich hat die EU die Initiative verloren und muss sich darauf beschränken, abzuwarten, was in der Region weiter geschieht. Die EU – und bis zu einem gewissen Grad auch die NATO – hat nicht die ausreichenden militärischen Kapazitäten, um ihre Solidarität mit der Ukraine auch in allen denkbaren Szenarien glaubhaft zu machen. Auf lange Sicht

gesehen, droht die Bindung an Europa daher wieder verloren zu gehen. Mehr und mehr Stimmen im Neuen Europa, inklusive den USA, rufen daher nach einem Konfrontationskurs, während das Alte Europa, mit Ausnahme Großbritanniens, an seiner Deeskalations- und Befriedungspolitik festhält. Das andere Extrem sind die EU-skeptischen Parteien in Europa, die man nicht unterschätzen darf. Sie erhalten immer mehr Wählerzustrom und einige von ihnen sympathisieren sogar offen mit Putin (z. B. der Front National in Frankreich und UKIP in Großbritannien).

## Mögliche Szenarien

Im besten Fall ist die Krim auf Dauer an Russland verloren gegangen und der Krieg in der östlichen Region wird zu einem frozen conflict mit regelmäßigen gewalttätigen Auseinandersetzungen im kommenden Jahrzehnt. Der Donbass wird zu einer instabilen Region mit Unmengen Waffen im Umlauf. Warlords werden den Großteil des Gebietes kontrollieren, und einen Schwarzmarkt betreiben, in dem Mafiamethoden herrschen. Wir werden daher die weitere Entvölkerung der Region sowie den völligen Niedergang von Infrastruktur und Wirtschaft erleben.

In Anbetracht der Natur des Regimes wird Russland selbst die Sanktionen überstehen und das Putin-Regime wird überleben. Die anti-westliche Stimmung wird sich verstärken und das Regime wird die Bevölkerung mit noch härterer Hand regieren und sich dabei zu einer offenen Diktatur entwickeln. Daher werden das Militär und die anderen Sicherheitskräfte wieder die wichtigste Rolle im Staat spielen. So wird z. B. das Verteidigungsbudget 2015 €65 Milliarden oder 4,2 % des

russischen BIP betragen, was einen Anstieg um 20 % verglichen mit 2014 bedeutet, während Ausgaben für Gesundheitsversorgung, Sozialversicherung und Pensionen gekürzt werden. Russland wird seine Anstrengungen zur Destabilisierung der europäischen Peripherie verstärken. Dies könnte das Baltikum beinhalten, allerdings innerhalb der sogenannten Artikel-5-Grauzone, inklusive Cyber-Attacken, die Aufwiegelung der russisch-sprachigen Minderheiten, Reisepass-Politik, Referenden-Politik etc. Wie ersichtlich war, musste Russland nicht voll auf die militärische Karte setzen, um viele seiner strategischen Ziele zu erreichen. Selbst ein schwacher russischer Staat ist im Stande, eine Region zu destabilisieren, indem er regionale militärische Überlegenheit herstellt und/oder alternative Methoden einsetzt (Agitprop, Falschinformation, maskirovka, aktive Maßnahmen etc.).

Im schlimmsten Fall startet die Russische Föderation eine humanitäre Operation im Donbass. Damit schafft sie einen Korridor zwischen dem russischen Hinterland und der Krim sowie eine Pufferzone zwischen Kiew und dem russischen Territorium. Da die Ukraine kein NATO-Mitglied ist, ist die Reaktion des Westens offen. In Anbetracht jener Kräfte in Europa, die auf Eskalation und Konfrontation setzen, vor allem Polen, die baltischen Staaten, Schweden und Großbritannien, wird der Druck steigen, entweder die Ukraine aufzurüsten oder möglicherweise zu intervenieren und eine militärische Präsenz zu etablieren, um weitere Aktionen der Russischen Föderation zu verhindern. Es ist bezeichnend, dass in diesem Worst-Case-Szenario niemand im Stande ist – oder es vielleicht alle vermeiden – diese Möglichkeit mit allen ihren Konsequenzen zu Ende zu denken, inklusive der nuklea-

ren Option. Kurz gesagt, beinhaltet der Ukraine-Konflikt die Möglichkeit, zu einem offenen Konflikt zwischen Russland und dem Westen zu werden. Diese Möglichkeit darf keineswegs außer Acht gelassen werden.

Am wahrscheinlichsten ist aber, dass Europa für die nächsten Jahrzehnte die Ukraine als fragilen Staat substanziell unterstützen müssen. Außerdem wird der Immigrationsdruck steigen. Grenzkontrollen und Aspekte der Territorialverteidigung müssen daher neu beurteilt werden. Möglicherweise werden friedenserhaltende Einsätze in der Region beschlossen werden, wobei Nicht-NATO-Staaten eingeladen sein werden, sich daran zu beteiligen. Daher werden Sanitätstruppen, Pionier- und Logistikeinheiten, voll geschützte und leichte Infanterieeinheiten mit Helikoptern sowie die Fähigkeit zum Lufttransport benötigt werden.

## KERNPUNKTE

- **Der Ukraine-Konflikt hat tatsächlich die Instabilität und Unsicherheit in Europa verstärkt, jedoch ist er noch lokal begrenzt.**
- **Ein strategischer Zusammenhalt muss durch zielgerichtet durch sorgfältige Entscheidungen und den erforderlichen Mitteln, weiter forciert werden.**
- **Neben diesen militärischen Überlegungen ist es weiterhin essenziell, eine gefestigte und pragmatische diplomatische Haltung einzunehmen.**
- **Es gilt als wahrscheinlich, dass die Ukraine längerfristig ein fragiler Staat bleibt und auf substanzielle Unterstützung durch Europa angewiesen sein wird.**



# RUSSLAND 2015

*Christian Stadler – Alexander Dubowy – Nicolas Stockhammer*

**Das Jahr 2015 wird ein polemologisches Entscheidungsjahr für Russland, da existenzielle Herausforderungen in den Bereichen Geokultur, Geopolitik und Geoökonomie aufzubrechen drohen. In der globalisierten Welt von heute nehmen sich die russischen Eliten in allen drei Dimensionen der Macht als marginalisiert wahr. Die Nagelprobe für die EU wird im Rahmen der GASP – nicht zuletzt im Geiste der Österreichischen Sicherheitsstrategie – darin bestehen, weitere in der unmittelbaren europäischen Nachbarschaft zu befürchtende sicherheitspolitische Friktionen zu bewältigen.**

Im Lichte einer „polemologischen“ Analyse gilt, dass es drei Faktoren sind, die das Schicksal eines

staatlichen Gemeinwesens bestimmen – Kultur, Politik und Wirtschaft – analog zur Platonischen Trias des Schönen, des Guten und des Wahren. In allen drei Bereichen nehmen sich die heutigen russischen Eliten als bedroht wahr: Im Bereich der Geokultur durch „westliche Werte“, im Bereich der Geopolitik durch die „NATO“ und im Bereich der Geoökonomie durch die „Europäische Union“ – jeweils in der binnenrussischen Wahrnehmung. Gemäß dem Prinzip, dass nicht die Wahrheit selbst die Politik prägt, sondern die Überzeugung von der Wahrheit, ist dieser Befund bei aller kritischer Distanz in der Sache hermeneutisch ernst zu nehmen.

Im Lichte des geokulturellen Selbstverständnisses der russischen Eliten ist davon auszu-

gehen, dass 2015 das Streben nach Selbstverortung der russischen Identität eine verstärkte Fortsetzung erfahren wird. Es ist Russland insofern eine Ausnahme von dem mitteleuropa- bzw. MENA-weiten Phänomen des Post-WWI-Phantomschmerzes verlorener zivilisatorischer Ordnungsmächtigkeit, da dieser für Moskau erst 1991 schlagend wurde. Russische Eliten nehmen – rückblickend auf die 1920er Jahre – das Sowjetreich zunehmend als mehr erlitten denn erkämpft wahr und rekurren vermehrt auf „weiße“ Ideologien eines „wahren“ Russentums im Sinne eurasischer (Trubezkoi) bzw. autoritärer (Iljin) Reichstheorien, die – analog zum deutschen Diskurs der 1920er Jahre – mit „konservativer Wende“ tituliert zu werden pflegen und ursprünglich als „reaktionäres Gedankengut“ auf die bolschewistische Revolution gefolgt sind. Es ist daher davon auszugehen, dass Russland 2015 seine kulturelle Souveränität autoritär und seine kulturelle Hegemonie („russische Welt“) eurasisch absichern wird.

Die geopolitische Disposition Russlands wird auch 2015 von einem reaktiv-konteroffensiven Auftreten des Kremls bestimmt sein. Wie sich bereits abzeichnet, werden die außenpolitischen Handlungsoptionen für Vladimir Putin zusehends begrenzter. Prägend wird hierfür das Spannungsverhältnis zwischen den Ambitionen eines russischen postimperialen Selbstverständnisses und dem sich sukzessive aufbauenden internationalen Druck sein. Das sicherheitspolitische Domestizierungstool des Westens ist eine wiedererstarke NATO, die sich durch ein geschicktes strategisches Lavieren zwischen Containment (Eindämmung), Deterrence (Abschreckung) und Détente (Entspannung) Spielräume

eröffnen will. Auch Putin bedient sich ebenfalls abwechselnd dieser in der Krisendiplomatie überzeitlichen taktischen Instrumentarien. Angesichts der Reetablierung einer neuen Machtbalance in der nachbarschaftlichen Umgebung Russlands wird das sicherheitspolitische Umfeld graduell daher wahrscheinlich konfliktiver werden. Symptomatisch ist die Divergenz von russischer Machtaspiration und Machtprojektion im Sinne eines asymmetrischen Machtwettbewerbs des Kremls, der aus einem bedingungslosen Streben nach Reziprozität mit den Großmächten resultiert.

Vor diesem Hintergrund ist auch die „Krim-Annexion“ zu betrachten, die als Reaktion auf postsowjetische Einkreisungsobsessionen durch die NATO-Peripherie bewertet werden kann. Diese Landnahme entspricht der russischen tellurischen Schollenverbundenheit, deren geopolitische Handlungslogik sich an der begrenzt-räumlichen Dimension orientiert. Anders als die mittlerweile grundsätzlich auf die Kontrolle des Fluiden d.h. von Strömen und Wellen (Kapital, Daten, Petroenergie, Weltraum) angelegte Ausrichtung des Westens, die mit der russischen strategischen Perzeption inkompatibel ist. Die Ukraine indes liegt exakt auf einer Bruchlinie geotektonischer Spannungen, die wellenförmig ausstrahlen.

Die international tätigen russischen Unternehmen treffen die im Finanzsektor geltenden Sanktionen bereits heute hart; für die Bevölkerung werden sie spätestens ab der zweiten Hälfte des Jahres 2015 deutlich spürbar sein. Doch ungeachtet der engen geoökonomischen Verflechtung der russischen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft

ist ein Einlenken angesichts der drohenden globalen Einflussverluste und der damit einhergehenden inneren Delegitimierung des Machtsystems für die Kremlführung ein eindeutig zu hoher politischer Preis. Vor dem Hintergrund der Konfrontation mit dem Westen wird es eher zu einer Verdichtung des Machtsystems und zu einer deutlichen Abkühlung des innenpolitischen Klimas kommen.

Nach außen wird das Bild der Konsolidierung zwischen der Staatsführung und den Eliten vermittelt. Allerdings werden sich die Kämpfe um den Zugang und die Umverteilung der immer knapper werdenden Ressourcenbasis intensivieren. Dabei erfolgt die Besetzung der Schalt- und Schlüsselstellen des Staates mit gegenüber Putin persönlich loyalen Kadern. Es wird zu einer stärkeren Förderung der Gruppe der sogenannten „Silowiki“ (Militär-, Geheimdienst- und Polizeieliten) zum Zwecke der Erhöhung ihrer Loyalität gegenüber der politischen Führung kommen;

gleichzeitig wird aber auch die Kontrolle über die selbigen durch die Förderung innerer Konkurrenz größer.

Die Sanktionen stellen auch im hypothetischen Falle der Aufhebung bzw. erheblichen Lockerung zweifelsohne einen Wendepunkt, eine tiefe Zäsur in den Beziehungen zwischen Russland und dem „Westen“ dar. Dies kann als Indiz für einen sich anbahnenden „Far Eastern Pivot“, d.h. eine multivektoriellen Hinwendung zu den Machtzentren Ost- und Südasiens angesehen werden.

Das Fortführen des „business as usual“ mit dem Westen, wie in den vergangenen zwei Dekaden praktiziert, ist so wohl nicht mehr vorstellbar, weswegen es eines neuen Beziehungsmodells bedarf. Eine bisher nicht ausreichend berücksichtigte Rolle könnte für die Zukunft ein posthe-roischer Diskurs zwischen geoökonomischen Integrationsräumen – Stichwort „Eurasische Wirtschaftsunion“ spielen.

## KERNPUNKTE

- Es ist davon auszugehen, dass Russland 2015 seine kulturelle Souveränität autoritär und seine kulturelle Hegemonie („russische Welt“) eurasisch absichern wird.
- Durch das Spannungsverhältnis zum „Westen“ wird das sicherheitspolitische Umfeld wahrscheinlich graduell konfliktiver werden.
- Vor dem Hintergrund der Konfrontation mit dem Westen wird es in Russland eher zu einer Verdichtung des Machtsystems und zu einer deutlichen Abkühlung des innenpolitischen Klimas kommen.
- Die Sanktionen stellen auch im hypothetischen Falle der Aufhebung eine tiefe Zäsur in den Beziehungen zwischen Russland und dem „Westen“ dar.



# BEZIEHUNGEN ZWISCHEN RUSSLAND UND EUROPA: AUSBLICK 2015

*Dmitri Trenin*

**Die Beziehungen zwischen Russland und der EU werden 2015 von einer Kombination aus Wettbewerb und Kooperation gekennzeichnet sein. Die Kooperation wird auf dem Handelsvolumen aufbauen, das zwar inzwischen weniger geworden, aber noch immer erheblich ist; der Wettbewerb wird sich auf die Ukraine, die Republik Moldau, andere postsowjetische Länder Osteuropas, den Südkaukasus wie auch auf den Balkan konzentrieren. Es ist daher wahrscheinlich, dass die Beziehungen eine offenkundig geopolitische Dimension bekommen werden.**

Das frühere Modell der EU-Russland-Beziehungen, das auf dem Konzept einer langsamen Annäherung Russlands an die EU durch die Übernahme europäischer Werte, Normen und

Prinzipien sowie einer Koordination der Politik mit Brüssel aufbaute, existiert nicht mehr. Die strategische Partnerschaft – oft beschworen, aber nie praktiziert – ist von der Tagesordnung verschwunden. Ein „Großes Europa“ von Lissabon nach Wladiwostok ist noch immer der Traum der Optimisten, doch die gemeinsamen Felder engerer Integration wurden verdrängt durch eine gemeinsame Nachbarschaft der „Länder dazwischen“, die jetzt ein Gebiet der Rivalität ist.

## **Ukraine**

Die Ukraine-Krise wird über das Jahr 2015 hinaus andauern. Moskau wird nicht aufhören, die Separatisten im Donbass, deren Legitimität die EU nicht anerkennt, zu unterstützen. Eine Rückgabe der Krim durch die Russen ist undenkbar.

Im März 2015 wird die EU die Sanktionen, die sie ein Jahr zuvor gegen Russland verhängt hat, verlängern. Entscheidend wird sein, was in der Ukraine selbst passiert. Sollte die Wirtschaft des Landes kollabieren, könnten die sozialen Reaktionen verheerend sein und einen weiteren politischen Umbruch herbeiführen. Ein derartiger Umbruch würde möglicherweise die ukrainische politische Klasse wie auch die gesamte Gesellschaft weiter radikalisieren. Auf der einen Seite könnte es zu einem weiteren Versuch führen, den Donbass zurückzuerobern und die Nation durch einen Kampf „gegen die russische Gefahr“ zu vereinigen; auf der anderen Seite könnte es einen neuen maidanartigen Aufstand geben – sowohl gegen die Oligarchen und die korrupten Bürokraten als auch gegen die neuen Autoritäten, die die Erwartungen der Mehrheit nicht erfüllt haben.

Eine neue Runde der Instabilität innerhalb der Ukraine wird, wenn sie eintritt, den Wettbewerb zwischen dem Westen (der EU und den USA) und Russland bezüglich der Ukraine verstärken. Eine Wiederaufnahme des militärischen Konflikts im Osten der Ukraine – sollte Kiew versuchen, den Konflikt gewaltsam zu lösen – birgt die Gefahr eines uneingeschränkten Krieges und sogar die eines direkten militärischen Konflikts, der den Westen betreffen würde. Auch könnten Versuche, Kapital aus den Spannungen innerhalb der Ukraine durch die Errichtung neuer „Volksrepubliken“ zwischen Charkow und Odessa zu schlagen, die europäische Sicherheit gefährden. Um das Schlimmste zu vermeiden, muss sich die EU weiter stark in der Ukraine einbringen. Sie muss das Land finanziell und technisch unterstützen, um bei Reformen zu helfen, und sich den damit einhergehenden Problemen widmen.

Sie muss Kontakte zwischen dem Donbass und Kiew fördern, um die Situation für die Betroffenen etwas erträglicher zu machen, und sie muss helfen, die Tür zu einer regionalen Aussöhnung in der Ukraine offen zu halten. Die EU wird auch ihren Dialog mit Russland verstärken müssen – auf Ebene der Kommission, des Auswärtigen Dienstes und des Rats. Es wäre für die EU sinnvoll, einen Dialog mit der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft einzurichten, die am 1. Jänner 2015 ihre Arbeit aufnehmen wird.

## **Republik Moldau**

Die Parlamentswahlen vom 30. November 2014 in der Republik Moldau endeten nicht mit einer klaren pro-EU Wahl durch die Bevölkerung. Moldaus weitere Assoziierung mit der EU wird eine Herausforderung bleiben. Moskau wird keine pro-EU Koalition erlauben, sollte eine solche zustande kommen. Da Kiew und Chisinau durch EU-Assoziierungsabkommen verbunden sind, wird die Situation im von Russland unterstützten Transnistrien prekär. Die EU wird sich darauf konzentrieren müssen, einen neuen Konflikt in der Region, der unter den derzeitigen Umständen Russland direkt einbeziehen würde, zu vermeiden.

## **Südkaukasus**

In den Ländern des Südkaukasus ist die Gefahr des Aufbrechens der „eingefrorenen“ oder schwelenden Konflikte nicht sehr groß. Abchasien tritt weiter als unabhängiger Staat mit engen Beziehungen zu Russland auf. Diese Verbindung hat durch ein Abkommen, das im November unterzeichnet wurde, eine neue Basis bekommen. Süd-

ossetiens Entwicklung geht in Richtung Vereinigung mit Nordossetien innerhalb der Russischen Föderation. Dies wird aber 2015 nicht passieren. Die Beziehungen zwischen Georgien und Russland werden weiterhin schwierig bleiben, aber sie werden 2015 wahrscheinlich nicht zu einem offenen Konflikt führen. Tblisi konzentriert sich weiterhin auf innenpolitische Reformen als Teil einer Annäherung an die EU, mit der Georgien nun assoziiert ist.

2015 wird Armenien der Zollunion und der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft beitreten. Die Beziehungen zur EU sind als Ergänzung zur eurasischen Integration zu sehen, nicht als Konkurrenz zu ihr. Azerbaijan kann sich ein äquidistantes Verhältnis zu Moskau und Brüssel leisten. Die EU, mit Frankreich als Ko-Vorsitz der Minsker Gruppe, wird weiterhin Teil des Friedensprozesses in Nagorno-Karabakh, den Moskau vor kurzem wieder in Bewegung bringen wollte, sein. Mit Minsk kann die EU nur auf minimale Verbesserungen hoffen. Weißrussland ist stark mit Russland verflochten und wird seine EU-Beziehungen dafür verwenden, bessere Bedingungen von Moskau zu bekommen. In Zentralasien kann die EU nur ein relativ unbedeutender Player in einem komplexen geopolitischen Spiel das Russland, China, die USA und die Nachbarstaaten spielen, sein.

## **Schlussfolgerungen für die EU**

Die EU muss sich vollkommen in die Frage europäischer Sicherheit, die durch die Krise in der Ukraine bedroht wird, einbringen. Im Gegensatz zur jüngsten Vergangenheit muss die EU lernen, geopolitisch zu denken und zu handeln. Priorität

haben die Verhinderung eines größeren Konflikts und die Sicherstellung des Friedens auf dem Kontinent. Die EU muss mit Russland völlig neue Beziehungen aufbauen mit dem Ziel, neue Spielregeln und eine neue Sicherheitsarchitektur für das geographische Europa zu entwickeln. Mit dem EU-Schwergewicht Deutschland in zentraler Rolle können Mitglieder wie Österreich eine extrem wichtige Rolle als Vermittler eines Dialogs und des Verständnisses spielen, insbesondere die Ukraine und Moldau betreffend.

## **KERNPUNKTE**

- **Das Modell der EU-Russland Beziehungen, das auf langsamer Annäherung Russlands an die EU durch die Übernahme europäischer Werte, Normen und Prinzipien basiert, existiert nicht mehr.**
- **Die Ukraine-Krise wird über das Jahr 2015 hinaus andauern. Moskau wird nicht aufhören, die Separatisten, deren Legitimität die EU nicht anerkennt, im Donbass zu unterstützen.**
- **In den Ländern des Südkaukasus ist die Gefahr des Aufbrechens der „eingefrorenen“ oder schwelenden Konflikte nicht sehr groß.**
- **Die EU muss lernen, geopolitisch zu denken und zu handeln. Priorität haben die Verhinderung eines größeren Konflikts und die Sicherstellung des Friedens auf dem Kontinent.**



# DER EUROPÄISCHE OSTEN

Vessela Tcherneva

**Das meist begehrte Gut in der Nachbarschaft der EU und Russlands wird 2015 die Stabilität sein. Alles läuft auf das Streben nach Stabilität hinaus, ungeachtet des Zuganges, den das jeweilige Land zu haben scheint – das heißt, ob es eine ideelle Identitätsausrichtung hat oder ein souveränes/pragmatisches ökonomisches Denken aufweist.**

Das Titoistische Spiel des Auswählens, das im Osten bis dato populär war, hat 2014 eine Änderung erfahren und ist heute nicht mehr anwendbar. Als Ergebnis des gegenwärtigen Konfliktes, der von Russland ausgelöst wurde, werden die osteuropäischen Länder im nächsten Jahr weiterhin mit der schwierigen Entscheidung zwischen Moskau und dem Westen konfrontiert sein. Dies wird sich trotz der verlockenden Illusion einiger, als Brückenbauer wirken oder eine Äquidistanz und neutrale Geschäftsbeziehungen sowohl mit Russland als auch mit der EU aufrechterhalten zu können, manifestieren. Russlands gegenwärtige Haltung hat deutlich gezeigt, dass diese Staaten nicht das Beste beider Welten

haben können. Die Reaktionen Russlands auf die Ukraine und Moldawien haben eindeutig signalisiert, dass jeglicher Bewegung hin zu engeren Beziehungen mit der EU mit Feindlichkeit begegnet werden würde. Dieselbe existentielle Wahl zwischen Ost und West gilt heute auch für den Rest der Länder der Östlichen Partnerschaft. Im Augenblick scheint es, dass die europäische Alternative, möglicherweise auf Grund ihres Soft-Touch-Zuganges, im Gegensatz zu dem hochgradig intrusiven russischen Ansatz, auf der Gewinnerseite steht. Paradoxerweise scheinen die Staaten mit „eingefrorenen Konflikten“ konsequenter an ihrem europäischen Weg festzuhalten.

Die Stabilität, die angestrebt wird, ist sowohl eine interne als auch eine externe. Die erstere bezieht sich auf stabile Regierungen, die mit ihren harten, aber notwendigen Reformen fortfahren können, die zweite bezieht sich auf sichere Grenzen und unangefochtene Souveränität. Da beide eng miteinander verbunden sind, wird Russland weiterhin seine Außenpolitik dazu verwenden, um Spannungen zu erzeugen.

gen und innenpolitisch zu destabilisieren. Damit verbunden ist auch die Absicht, zu zeigen, dass die EU-freundlichen Eliten unfähig sind, Stabilität herbeizuführen. Russlands medialer Propagandakrieg gegen EU-freundliche Politiker mit Korruptionsvorwürfen und der Beschuldigung falscher Versprechungen im Hinblick auf wirtschaftlichen Wohlstand werden sich fortsetzen. Ein anderes Instrument aus Russlands „Werkzeugkasten“, das wahrscheinlich wieder zum Einsatz kommen wird, sind vom Kreml aus dirigierte Marionettenpolitiker mit messianischem Flair, die den Nerv des östlichen Publikums zu treffen scheinen. Dies hat Russland beispielsweise in Moldawien mit Renato Usatii versucht. Diese Staaten werden Russlands Wirtschaftskrieg mit geopolitisch erforderlichen Gelassenheit erdulden müssen, wie beispielsweise die Sanktionen auf Moldawiens Landwirtschaftsgüter und die mit Spannung erwartete Gaskrise im März 2015, dem Zeitpunkt, an dem das von der EU mit der Ukraine vereinbarte Abkommen auslaufen wird – ohne Klarheit darüber, auf welche Weise und zu welchem Preis die weitere Versorgung fortgesetzt werden wird.

In einigen Ländern der Östlichen Partnerschaft wird die Lagerbildung in mehrheitlich EU-favorisierende Tendenzen und elitäre auf bessere Beziehungen mit Russland drängende Pole weiterhin Spannungen schaffen, und wir werden möglicherweise in mehreren Ländern mit den Ereignissen am Maidan vergleichbare Phänomene sehen, etwa Proteste in Armenien gegen die Ratifikation des Abkommens über die Mitgliedschaft in der Eurasischen Union oder die Unzufriedenheit Weißrusslands über die indirekten, aber schwerwiegenden Auswirkungen der Sanktionen des

Westens gegen Russland auf seine Wirtschaft. In anderen Ländern wird der Verdacht des Einflusses des langen Schattens Russlands, der sich in die heimischen Angelegenheiten einmischt, weiterhin politische Unruhe verursachen und die Legitimität gewählter Institutionen hinterfragen. So könnte der Ausschluss der Partei Partia von Moldawiens Wahlen Zweifel an der Repräsentativität des neuen Parlaments aufkommen lassen.

Die bisherigen Entwicklungen haben Moldawien und die Ukraine bereits zu einem Bestandteil des politischen Einflussraumes der EU gemacht, während Georgien und Aserbaidschan stark danach streben, es ihnen gleich zu tun, indem sie die Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft und Energie intensivieren. Daher sollte die EU vom Konzept der Östlichen Partnerschaft abgehen, das bedeutet, Länder zu gruppieren, die gänzlich divergierende Entwicklungsrichtungen aufweisen. Der Westen sollte vielmehr eine Strategie entwickeln, stabile Regierungen mit einer pro-EU-Staatsführung zu unterstützen und gleichzeitig zu versuchen, mit Russland zusammenzuarbeiten, um einen weiteren Isolatismus und eine weitere Aggression Russlands zu verhindern. Unter den derzeitigen Sanktionen des Westens wird sich das Projekt der Eurasischen Union (Eurasian Economic Union – EEU), wahrscheinlich nicht entfalten, und das könnte Spannungen zwischen seinen Mitgliedern schaffen. Russlands Ambition zur Zentralisierung seiner Einflussphäre innerhalb des Rahmens der EEU kombiniert mit den von Russland unterstützten Gewalthandlungen in den Nachbarländern führt zu Misstrauen in den anderen EEU-Ländern. Darüber hinaus besitzt die russische Wirtschaft eine eingeschränkte Durchhalte-

fähigkeit und könnte in zehn bis zwölf Monaten am Boden liegen. Diese Trends könnten eine weitere russische Aggression hervorrufen, sowohl militärisch als auch wirtschaftlich. Die russische Annäherung an China und die Türkei wird sich mit Sicherheit fortsetzen, wie man am Stopp des Pipelineprojekts „South Stream“ erkennen kann. Dies auch, weil das Land versucht, seine Handelspartner und Exportmärkte zu diversifizieren, was die Konjunkturaussichten der Länder des post-sowjetischen Raumes beeinträchtigt.

Die östlichen EU-Mitglieder werden auch weiterhin von der russischen Politik herausgefordert werden. Die russische Aggression könnte zu einer Intensivierung im Bereich der Militär- und Verteidigungskooperation zwischen den nordischen und baltischen Staaten führen, trotz Bereitstellung von NATO-Waffensystemen in der Region. Eine gemeinsame Vorgehensweise im Bereich der Verteidigungsstrukturen und der Finanzierung könnte positive Langzeitauswirkungen auf die GSVP der EU haben. Unter den EU-Staaten ist die bulgarische Sensibilität im Hinblick auf russische Ent-

scheidungen herausragend. Die politischen Reaktionen auf Putins South-Stream-Absage bewiesen das beachtliche Potenzial des russischen Einflusses, das politische Leben Bulgariens zu stören. Das demonstrierte auch die Fähigkeit der gegenwärtigen Mitte-Rechts-Koalition, rege Unterstützung gegen ein nicht tragfähiges wirtschaftliches und politisches Projekt zu erhalten, und zwar sowohl intern als auch innerhalb der EU.

Russland könnte in Zukunft auf Grund seiner Wichtigkeit als Energielieferant auch bedeutender für die strategischen Entscheidungen von Führern auf dem Westbalkan werden. Der russische Handel und das russische Investment hemmt jenes der EU in der Region und füllt gleichzeitig ein Vakuum, das die EU hinterlassen hat. Das wird Putin den Vorteil verschaffen, am Westbalkan – quasi im Vorgarten der EU – das Leben zu erschweren. Doch auch wenn South Stream nicht realisiert wird, könnte dies der EU die Möglichkeit geben, ihr Engagement in der Region zu erneuern und die Lücke zu schließen, bevor es die Türkei zu tun versucht.

## KERNPUNKTE

- **Russland wird seine Außenpolitik weiterhin dazu verwenden, osteuropäische Länder innenpolitisch zu destabilisieren. In einigen Ländern wird eine weitere Polarisierung in EU- und russlandfreundliche Lager Spannungen und Konflikte bedingen.**
- **Die EU sollte vom Konzept der Östlichen Partnerschaft abgehen und vielmehr eine Strategie entwickeln, stabile Regierungen mit einer unionsfreundlichen Staatsführung zu unterstützen. Gleichzeitig soll mit Russland weiter kooperiert werden.**
- **Die östlichen EU-Mitglieder werden sicherheitspolitisch auch weiterhin von der russischen Politik herausgefordert werden. Russische Aggressionen könnten zu einer Intensivierung im Bereich der Militär- und Verteidigungskooperation zwischen den nordischen und baltischen Staaten führen.**
- **Russland könnte in Zukunft auf Grund seiner Wichtigkeit als Energielieferant auch bedeutender für die strategischen Entscheidungen von Entscheidungsträgern auf dem Westbalkan werden.**



# ENTWICKLUNGS- PERSPEKTIVEN AM WESTBALKAN 2015

*Predrag Jureković*

**Eine pro-aktive Rolle der EU zur Unterstützung des Konsolidierungsprozesses am Westbalkan wird auch 2015 unbedingt notwendig sein – und sollte auch Mazedonien erfassen. Im Kontext schlechter sozialer und ökonomischer Rahmenbedingungen können politische und ethnische Antagonismen destabilisierend wirken und der religiöse Extremismus weiter erstarken. Die internationale Militärpräsenz in Bosnien und Herzegowina und im Kosovo wird als Sicherheitsnetz weiterhin notwendig bleiben.**

## **Allgemeine Trends**

Der Westbalkan durchläuft nach wie vor einen komplexen Prozess der Konflikttransformation bzw. der Friedenskonsolidierung. Sein wichtigstes positives Element ist die Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses. Gemeinsam mit der internationalen Zivil- und Militärpräsenz in Bosnien und Herzegowina sowie im Kosovo

wird dieser auch 2015 der wichtigste Garant dafür sein, dass noch existierende Streit- und Konfliktfragen in der Region nicht großflächig gewaltsam ausgetragen werden und die regionale Kooperation ausgebaut wird. Eine Zunahme der Konfliktintensität im Bereich lokaler „Hot Spots“ kann aber eintreten. Zu den Risikofaktoren für den regionalen Konsolidierungsprozess zählen die schlechte soziale und ökonomische Entwicklung am Westbalkan (Arbeitslosenraten von 17 bis 30%, kein Ende der Deindustrialisierung, massive Korruption), fragile Staatlichkeit (insbesondere in Bosnien- und Herzegowina), interethnische Probleme (Kosovo, Mazedonien) und negative geopolitische Einflussfaktoren (der Westbalkan als geopolitische Neben Bühne des politischen und ökonomischen Konfliktes zwischen dem Westen und Russland). Eine weitere Verzögerung bei der Umsetzung staatsbürgerlicher Konzepte in gemischt-nationalen und gemischt-religiösen Gesellschaften kann zu einem verstärkten Zulauf zu islamistischen

Gruppen führen. Dieses Risiko wird 2015 insbesondere in Bosnien und Herzegowina sowie im serbischen Teil des Sandschak bestehen. Keine direkte Gefahr für die regionale Konsolidierung, allerdings ein Warnsignal für die (Nicht-)Erfüllung der Kopenhagener EU-Kriterien durch die Westbalkanstaaten, stellen autoritäre Tendenzen in einzelnen Ländern sowie Eingriffe in die Medienfreiheit dar.

## Wichtige Ereignisse

Kroatien, das der EU im Juli 2013 beigetreten ist, hat eine Schlüsselstellung bei der Unterstützung der anderen Westbalkanländer im Integrationsprozess. Nach der Präsidentschaftswahl im Dezember 2014 wird im Jänner 2015 voraussichtlich entweder der amtierende (sozialdemokratische) Präsident Ivo Josipović oder seine (gemäßigt konservative) Herausforderin Kolinda Grabar-Kitarović als Präsident(in) vereidigt werden. In beiden Fällen kann von einer weiteren Unterstützung der Integrationsbestrebungen der anderen Westbalkanländer durch Kroatien ausgegangen werden. Der sehr wahrscheinliche Sieg der derzeitigen national-konservativen Oppositionsparteien bei der Parlamentswahl Ende 2015 würde jedoch dazu führen, dass Kroatien seine nationalen Interessen gegenüber den Nachbarländern politisch „härter“ vertritt.

In Bosnien und Herzegowina haben die Ergebnisse der gesamtstaatlichen Wahlen von Oktober 2014 im Vergleich zu 2010 etwas bessere Voraussetzungen dafür geschaffen, dass gemeinsame Interessen jenseits der Verwaltungs- und Volksgruppengrenzen gefunden werden könnten. Die Regierungsbildung auf allen Verwaltungsebenen

(Kantone, Entitäten, Gesamtstaat) kann längere Zeit in Anspruch nehmen und wird voraussichtlich erst im Verlauf von 2015 abgeschlossen sein. Mehrere Schlüsselparteien aus beiden Staatsteilen haben positiv auf die britisch-deutsche Initiative für Bosnien und Herzegowina vom November 2014 reagiert. Sie sieht eine Road Map für Bosnien und Herzegowina auf dem Weg zum EU-Kandidatenstatus vor und verspricht wirtschaftliche Investitionen, die dem ganzen Land zugute kommen sollen. Eine neuerliche politische Schlüsselstellung des seit 2006 sehr nationalistisch und separatistisch agierenden serbischen Politikers Milorad Dodik und seiner Partei SNSD bei der Regierungsbildung würde allerdings die Chancen für einen solchen politischen Neubeginn in Bosnien und Herzegowina signifikant reduzieren.

Die Eröffnung der ersten Verhandlungskapitel mit Serbien durch die EU wird 2015 maßgeblich durch die Fortsetzung des Kosovo-Dialogs beeinflusst werden. Diesbezüglich ist Belgrad von der raschen Handlungsfähigkeit einer neuen kosovarischen Regierung abhängig. Insbesondere in Bezug auf das EU-Verhandlungskapitel „Beziehungen zum Kosovo“ sind „Erfolge“ für Serbien nur möglich, wenn Prishtina/Priština „mitspielt“ und bisher unterzeichnete Abkommen aus dem Kosovo-Dialog auch tatsächlich von beiden Seiten umgesetzt werden. Letzteres gilt vor allem für das Brüsseler Abkommen vom April 2013, mit dem das Nordkosovo-Problem entschärft werden soll. Weitere Verzögerungen bei der Umsetzung dieses Abkommens könnten 2015 die Antagonismen zwischen Serben und Albanern im Nordkosovo wieder verstärken. Im Falle einer weiteren Verschärfung des Ukraine-Konflikts wird es für Serbien 2015 immer schwieriger werden sich äquidist-

tant zur EU und Russland zu verhalten, ohne mit negativen Auswirkungen auf die Beitrittsverhandlungen mit der EU rechnen zu müssen.

Albanien, das im Juli 2014 in den Kreis der EU-Beitrittskandidaten aufgenommen wurde, hofft ebenfalls auf den Beginn von Beitrittsverhandlungen im Jahr 2015 – eine konkrete Zusage der EU gab es allerdings bis zur Fertigstellung dieses Berichts keine. Im Unterschied dazu führt Montenegro schon seit 2012 Beitrittsverhandlungen mit der EU. Bis Ende 2015 will die NATO entscheiden, ob Montenegro schon die Bedingungen erfüllt, der Allianz beizutreten. Montenegro wäre im Falle einer positiven NATO-Entscheidung neben Albanien und Kroatien das dritte Westbalkanland innerhalb der NATO. Ein solcher Schritt Montenegros könnte möglicherweise auch in Serbien das – bisher sehr kleine – Pro-NATO-Lager vergrößern.

In Bezug auf Mazedonien zeichnen sich Ende 2014 weder auf EU-Seite noch in Mazedonien selbst pro-aktive Politiken ab, die 2015 bestehende Risikopotentiale verringern könnten. Im Namensstreit mit Griechenland ist noch keine Kompromisslösung in Aussicht. Sollte deshalb 2015 die langjährige Stagnation im EU- und NATO-Integrationsprozess andauern, muss – auch wegen der schlechten wirtschaftlichen Indikatoren – mit einer Verstärkung der interethnischen Spannungen zwischen Mazedoniern und ethnischen Albanern gerechnet werden.

### **Ableitungen für die EU und Österreich**

- Die konsequente Unterstützung für die Südosterweiterung der EU – unter Bei-

behaltung strikter Kriterien im Bereich Demokratisierung und Normalisierung der regionalen Beziehungen – wird weiterhin der wichtigste Garant für die Fortsetzung des regionalen Konsolidierungskurses sein.

- Pro-aktive Politiken der EU gegenüber Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Mazedonien – einschließlich ökonomischer Initiativen müssen fortgesetzt bzw. initiiert werden.
- Die fortgesetzte Präsenz von EUFOR bleibt auch 2015 ein notwendiges Sicherheitsnetz in Bosnien und Herzegowina.
- Korruptionsvorwürfe, die gegen die Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX gerichtet sind, müssen aufgeklärt werden.

### **KERNPUNKTE**

- **Die sozialen und ökonomischen Probleme wie fragile Staatlichkeit, interethnische Probleme etc. gefährden den regionalen Konsolidierungsprozess.**
- **Die konsequente Unterstützung für die Südosterweiterung der EU – unter Beibehaltung strikter Kriterien wird weiterhin der wichtigste Garant für die Fortsetzung des regionalen Konsolidierungskurses sein.**
- **Die fortgesetzte Präsenz von EUFOR bleibt auch 2015 ein notwendiges Sicherheitsnetz in Bosnien und Herzegowina.**
- **Im Falle einer weiteren Verschärfung des Ukraine-Konflikts wird es für Serbien 2015 immer schwieriger werden sich äquidistant zur EU und Russland zu verhalten, ohne mit negativen Auswirkungen auf die Beitrittsverhandlungen mit der EU rechnen zu müssen.**
- **Ein verstärkter Zulauf zu islamistischen Gruppierungen ist nicht auszuschließen.**



# DIE TÜRKEI UND DIE SICHERHEITSPOLITISCHE LANDSCHAFT 2015

*Sinan Ülgen*

**Die größten Bedrohungen der Türkei im Jahr 2015 sind das mögliche Wiederaufflammen der Gewalt durch die PKK, Vergeltungsmaßnahmen durch die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) und die Beteiligung an einer internationalen Intervention in Syrien.**

Die türkische Regierung befindet sich inmitten des ehrgeizigen Vorhabens, die Kurdenfrage der Türkei endgültig zu lösen. Dies beinhaltet direkte Verhandlungen mit Abdullah Öcalan, dem inhaftierten Führer der PKK, und der vorwiegend kurdischen HDP-Partei im Parlament. Bisher gibt es dabei nur einen großen Erfolg,

den Waffenstillstand zwischen der PKK und den türkischen Sicherheitskräften. Um sich aber zu konsolidieren, muss dieser Prozess sich jenseits taktischer Erfolge entwickeln und eine nachhaltigere rechtliche und verfassungsmäßige Untermauerung erfahren. Die Herausforderung für die türkische Regierung wird es 2015 sein, den Schwung aufrechtzuerhalten und widerstreitende Erwartungen zu bewältigen.

## **Die Kurdische Gemeinschaft**

Die kurdische Gemeinschaft erwartet, dass die rechtlichen und verfassungsmäßigen Maßnah-

men umgesetzt werden. Insbesondere streben sie Garantien für eine umfassendere Autonomie, verbesserter kultureller Rechte (einschließlich des Rechts auf Grundschulbildung in Kurdisch) und schließlich die Freilassung Öcalans an. Es ist jedoch unklar, ob diese Forderungen für den Rest der türkischen Gesellschaft akzeptabel sind. Wenn die Regierung einige dieser Forderungen erfüllen will, wird es wahrscheinlich eine nationalistische Gegenreaktion geben. Die Bewältigung dieser sozialen Spannungen wird durch den Wahlkalender erschwert, der eine Parlamentswahl im Sommer 2015 vorsieht.

Das Risiko, dass die Politik bei diesem heiklen Prozess versagt, ist derzeit noch immer weniger als 50%, jedoch würde es den Zusammenbruch der Gespräche bedeuten, was fast unweigerlich zu einem Wiederaufflammen des Terrors der PKK im Land führen würde. Weiters würde die PKK dann aufgrund ihrer Stellung als regionale Kraft, die dem Expansionismus der Terrormiliz „Islamischer Staat“ Einhalt gebieten konnte, in einem viel günstigeren internationalen Kontext agieren. Da diese Verhandlungen sehr heikel sind, gibt es keine öffentliche Rolle für die EU. Die EU sollte jedoch die PKK bis zum Ende der Verhandlungen zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen Partei nicht streichen.

### **Bedrohung durch die Terrormiliz Islamischer Staat**

Das zweite, konkrete Bedrohungsszenario ist ein Vergeltungsschlag der Terrormiliz „Islamischer Staat“ gegen die Türkei oder türkische Interessen. Nach Jahren des Ignorierens der Handlungen der verschiedenen Teile der syrischen Oppo-

sition und der Erlaubnis, türkisches Territorium als logistische Basis zu verwenden, in der Hoffnung, dass diese Gruppen das Ziel eines Regimewechsels in Syrien erreichen würden, überprüfte Ankara diesen Zugang im Frühjahr 2014. Die wachsende Kritik der westlichen Partner an Ankaras Verbindungen zu radikal-islamistischen Gruppen und eine realistischere Bewertung der Gefahren solcher Verbindungen hat zu diesem Politikwechsel geführt.

Ein Resultat war, dass Ankara vorsichtiger und selektiver bei der Unterstützung der syrischen Opposition wurde. Nach der Lösung des Geiseldramas nahm Ankara eine kritischere Position gegenüber der IS ein und entschloss sich, ihre Fähigkeit, in der Türkei zu operieren, aktiv einzuschränken. So verstärkte die Türkei den Grenzschutz, um auch den illegalen Ölhandel für die Terrormiliz zu erschweren. Der illegale Ölhandel der IS soll eine der Haupteinnahmequellen der Terrororganisation sein. Zudem wurden Maßnahmen ergriffen, um inländische Finanzierungs- und Rekrutierungsmöglichkeiten effektiver bekämpfen zu können.

Diese scharfe Änderung der Politik vergrößert jedoch die Wahrscheinlichkeit einer Vergeltung durch die IS. Eine türkische Teilnahme an der Anti-IS-Koalition, d. h. die Verwendung türkischer Flughäfen für Luftangriffe gegen die Terrororganisation IS würde ein derartiges Szenario noch wahrscheinlicher machen. Die Türkei kann außerdem gegen einen solchen Terroranschlag nicht vollständig geschützt werden, da diese jihadistischen Gruppen in den vergangenen Jahren ein dichtes Netzwerk in der Türkei etablieren konnten. Weiters ist es kaum möglich, eine

900 Kilometer lange Grenze vollständig zu überwachen. Außerdem hatte die Türkei keine Möglichkeit, die fast 1,5 Millionen syrischer Flüchtlinge vor deren Aufnahme genau zu überprüfen. Daher kann nicht ausgeschlossen werden, dass einige Extremisten Teil dieser großen Flüchtlingsgruppe sind. Diese Faktoren verhindern den vollständigen Schutz gegen mögliche terroristische Anschläge in der Türkei.

## Syrien

Der bewaffnete Konflikt in Syrien bringt zusätzliche Sicherheitsrisiken für die Türkei. Bis jetzt war die Türkei der Krise in Syrien nur aufgrund der Flüchtlingssituation direkt ausgesetzt. Die Türkei war aber Vorreiterin der Länder, die eine internationale Intervention forderten, um lokale Gruppen beim Sturz des Assadregimes zu unterstützen. Die Einrichtung von Sicherheitszonen innerhalb Syriens, die von einer Flugverbotszone geschützt werden, bildet das Rückgrat der türkischen Vorschläge.

Die Umsetzung dieses Vorschlags hängt sehr stark vom Willen der US-Administration ab, die Führung dabei zu übernehmen. Ein republikanisch kontrollierter US-Kongress könnte mehr willens sein, einem solchen Plan zuzustimmen. Jüngste Entwicklungen deuten an, dass die US-Administration willens ist, mit einer reduzierten Version dieses Vorschlags zu beginnen, mit dem Ziel, eine Flugverbotszone über Syrien einzurichten.

Sollte es daher einen Versuch der USA geben, diesen Plan umzusetzen, wird die Türkei eines der wichtigen Länder sein müssen, die einen

Beitrag leisten. Die Türkei könnte gebeten werden, Bodentruppen zu stellen, um die Sicherheit der Safe Havens zu gewährleisten. Eine derartige Entwicklung würde die Türkei in einen direkten Konflikt mit dem syrischen Regime manövrieren und die Bedrohung durch marginalisierte gewaltbereite Gruppen, die vom syrischen Regime und seinen internationalen Unterstützern kontrolliert werden, erhöhen.

### KERNPUNKTE

- Die türkische Regierung versucht aktuell, das Kurdenproblem nachhaltig zu lösen. Ein Scheitern der laufenden Gespräche mit der PKK würde was fast unweigerlich zu einem Wiederaufflammen des Terrors im Land führen.
- Ankara wird vorsichtiger und selektiver bei der Unterstützung der syrischen Opposition und versucht, die Fähigkeit der IS, in der Türkei zu operieren, drastisch einzuschränken. Das vergrößert jedoch auch die Wahrscheinlichkeit von Vergeltungsmaßnahmen des IS.
- Zu einer internationalen Intervention in Syrien, welche die Türkei stets gefordert hat, müsste Ankara einen relevanten Beitrag leisten. Das würde die Türkei in einen direkten Konflikt mit dem syrischen Regime manövrieren.



# TÜRKISCHE AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 2015

Ahmet K. Han

Die zentrale sicherheitspolitische Herausforderung für die Türkei ist die Wiederaufnahme des Friedensprozesses mit den Kurden. Dies bezieht sich in erster Linie auf die Aussöhnung zwischen Ankara und der PKK/KCK. Das größte Risiko dabei stellen die beiden entscheidenden politischen Akteure Erdogan und Öcalan dar. Eine andere sicherheitspolitische Herausforderung bildet der bewaffnete Konflikt im Norden Syriens zwischen kurdischen Kämpfern und den Dschihadisten der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS). Vor dem Hintergrund einer nahezu tausend Kilometer langen durchlässigen Grenze zwischen beiden Ländern könnte sich die Situation weiter verkomplizieren. Würde die PKK den Kampf gegen die IS in Kobane verlieren, dann wären weitere Unruhen innerhalb der Türkei von kurdischer Seite erwartbar. Auch ein angestrebter Friedensprozess wäre damit kaum noch realisierbar.

Die 1,6 Mio. syrischen Kriegsflüchtlinge stellen im Jahr 2015 eine kaum noch bewältigbare Herausforderung für die türkische Innenpolitik dar. Mit über 1,0 Mio. Flüchtlingen, die sich auf das ganze Land verteilen, hat die Türkei eine „tickende Zeitbombe“ übernommen. Nicht nur die soziale Komponente der Flüchtlingsfrage,

sondern auch die Gefahr radikaler und gewaltbereiter Personen, die mit den Hilfesuchenden in das Land strömen, sind zu berücksichtigen. Derzeit ist die Türkei nicht in der Lage die Identitäten der Flüchtlinge genauer zu kontrollieren. Damit nimmt die Gefahr von terroristischen Aktionen im eigenen Land zu. Ein Sieg oder eine Niederlage der IS in Syrien und im Irak birgt ein gewaltiges Sicherheitsrisiko für die Türkei, die dann mit zahlreichen Terroranschlägen konfrontiert sein wird. Sollte dann auch noch das Grabmal von Suleiman Shah von der IS angegriffen werden – das sich in einer türkischen Enklave in Syrien befinden – dann hätte dieser Angriff weitreichende politische Konsequenzen. Die Türkei würde dann auch die NATO um militärischer Hilfe ersuchen. Sollte diese nicht zustande kommen, würde Erdogan seine transatlantischen Verpflichtungen revidieren.

Sollten sich das Verhältnis zwischen der Kurdischen Regionalregierung unter Präsident Massoud Barzani und der irakischen Regierung verschlechtern, so könnte sich die Türkei zum Handeln gezwungen sehen, was allerdings – aus heutiger Sicht – eher unwahrscheinlich ist. Ein weiteres Risiko für eine Destabilisierung des kurdischen Teiles im Norden des Irak könnte sich im Zuge des geplanten Rücktrittes von Barzani ergeben. Sollte

die Machtübergabe nicht erfolgreich sein, so könnte sich die gemäßigte Gangart der Türkei gegenüber der Kurdischen Regionalregierung ändern.

Ironischerweise werden die US-Iran-Verhandlungen über das Atomprogramm als politisches Risiko für die regionale Stärkung der Türkei in der Region wahrgenommen. Ankaras aktuelle Position als regionaler Akteur könnte bei einer erfolgreichen Einigung zwischen dem Westen und dem Iran gefährdet werden. Damit würde der außen- und sicherheitspolitische Handlungsspielraum der Türkei begrenzt – vor allem aber auch gegenüber Washington.

An der innenpolitischen Front könnte die kurdische Bewegung als Partei an den Parlamentswahlen 2015 teilnehmen. Als politische Partei würden die Kurden dann die Aufhebung der 10 Prozentschwelle einfordern. Selbst der politische Gegenwind der AKP könnte nur bedingt diese Bestrebung verhindern. Aus heutiger Sicht ist eine Teilnahme der kurdischen Partei an den Wahlen 2015 sehr wahrscheinlich. Anderenfalls würden Massenproteste und sozio-ökonomische Bruchlinien entstehen, was für die Türkei gravierende negative Folgen hätte. Innenpolitische Unruhen gehören zum größten Sicherheitsrisiko für das Land am Bosphorus.

Eng mit der innenpolitischen Situation sind auch die außenpolitische Frage nach einer umfassenden Lösung der Zypern-Problematik, sowie die Etablierung von sogenannten Exclusive Economic Zones (EEZ) verbunden. Obwohl ein militärischer Konflikt als äußerst unwahrscheinlich gilt, könnte sich der Zypern-Konflikt aus türkischer Sicht 2015 zuspitzen und zu einer Mobili-

sierung des Landes führen. In der Zypern-Frage ist jedoch auch eine militärische Konfrontation mit Griechenland und Israel nicht auszuschließen. In Bezug auf die Konflikte im Kaukasus (Armenien, Aserbaidschan) scheint die Türkei nicht an einer Eskalation interessiert zu sein. Hier wird Ankara seine Interessen mit jenen Russlands akkordieren und die westliche Perzeption in ihre politische Kalkulation einbeziehen.

## KERNPUNKTE

- **Der Konflikt in Syrien hat weitreichende politische Implikationen für die regionale Stabilität und damit auch für die Türkei, welche den Zustrom von Flüchtlingen nicht kontrollieren kann. Der Zustrom von Extremisten in das Land kann nicht verhindert werden, wodurch die Wahrscheinlichkeit von terroristischen Aktionen als hoch eingestuft wird.**
- **Im Falle einer stärkeren politischen Teilhabe der Kurden nach den Parlamentswahlen dürfte sich Präsident Erdogan zu Zugeständnissen an die Kurden veranlasst sehen. Eine fortgesetzte Negation der politischen Interessen der Kurden könnte zu innenpolitischer Instabilität führen.**
- **Sollte im Falle eines Angriffes gegen das eigene Territorium von Seiten des IS die türkische Regierung die Unterstützung der NATO einfordern, und diese nicht erhalten, würde Erdogan seine transatlantischen Verpflichtungen revidieren.**
- **Im Kaukasus wird die Türkei keine eigenständige Außen- und Sicherheitspolitik 2015 verwirklichen können, da sie hier stark an den russischen Interessen ausgerichtet bleiben wird.**



# ENTWICKLUNG IN NORDAFRIKA. QUO VADIS LIBYA?

*Giselher Dombach*

**Die Entwicklung in Nordafrika wird 2015 maßgeblich von den Ereignissen in Libyen abhängen, da die fortschreitende Entwicklung des Landes zu einem „failed state“ eine theoretisch mögliche Stabilisierung in anderen Ländern der Region ebenso gefährden dürfte wie der zu erwartende Anstieg der terroristischen Bedrohung. Nordafrika wird auf absehbare Zeit ein Unruheherd bleiben.**

Die Entwicklung in Nordafrika war 2014 weiterhin durch die 2011 angestoßenen Umwälzungen („Arabischer Frühling“) und ihre Folgen geprägt.

Nach wie vor streiten verschiedene politische und soziale Strömungen um Macht und Einfluss. Vor allem der Konflikt zwischen Islamisten und eher „liberal-säkularen“ Kräften findet sich in unterschiedlicher Form in allen Ländern der Region wieder. Diese grundsätzlichen gesellschaftlichen Spannungen werden durch lokale Konflikte und Besonderheiten noch verstärkt bzw. von deren Akteuren instrumentalisiert. Eine Entwicklung, die sich auch 2015 fortsetzen wird, wobei grundsätzlich eine Stabilisierung der Situation in den meisten Ländern möglich wäre – trotz vorhandener demokratischer Defizite.

## **Stabilisierungsmöglichkeiten**

Hauptgrund hierfür ist eine wachsende „Revolutionsmüdigkeit“ der Bevölkerungen, die eine Destabilisierung und ein „syrisches Szenario“ fürchten und daher bereit sind, den mehr oder weniger autoritären Regierungsstil ihrer Herrscher in Rabat, Algier oder Kairo bis zu einem gewissen Grad zu akzeptieren, wenn diese zu vorsichtigen Reformen bereit sind. Vor allem Tunesien hat die Chance, sich nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Oktober bzw. November 2014 weiter zu stabilisieren und seinen trotz Verzögerungen als großen Erfolg zu bezeichnenden demokratischen Transformationsprozess fortzusetzen.

## **„Einhegung“ eines regionalen Grundkonflikts**

Ein weiterer Grund für die 2015 theoretisch mögliche Stabilisierung der meisten Länder Nordafrikas ist die „Einhegung“ des in der gesamten Region schwelenden Grundkonflikts zwischen Islamisten und eher „liberal-säkularen“ Kräften. So konnten Marokko und Tunesien den Konflikt durch die Einbindung islamistischer Kräfte in ihr politisches System in demokratische Bahnen lenken. Ägypten und Algerien setzen hingegen aus verschiedenen, teils historisch bedingten Gründen auf die massive Unterdrückung von Islamisten. Dies hat bei einigen von ihnen zu einer Radikalisierung und einer Hinwendung zum Terrorismus geführt. Sowohl Algerien als auch Ägypten dürften sich daher 2015 einer steigenden terroristischen Bedrohung gegenüber sehen, die durch die Erfolge der Organisation „Islamischer Staat“ noch weiter beflügelt werden wird.

Belege für diese Entwicklung sind nicht nur die wieder zunehmende Anzahl von Anschlägen auf dem Sinai, sondern auch die Abspaltung der Terrorgruppe Dschund al-Khalifa von Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM), die im September 2014 ihre Loyalität gegenüber der Organisation „Islamischer Staat“ erklärte. Sollten weitere, bisher Al-Qaida zugehörige Gruppen sich der Organisation „Islamischer Staat“ zuwenden, könnte sich leicht ein „Wettbewerb“ der terroristischen Organisationen entwickeln, bei dem beide Seiten versuchen, ihre Schlagkraft unter Beweis zu stellen und sich gegenseitig zu übertrumpfen. Dies könnte sowohl in Nordafrika als auch in Europa zu einem Anstieg der terroristischen Bedrohung führen.

## **Libyen**

Anders als in den übrigen Ländern Nordafrikas gibt es in Libyen keine Anzeichen für eine Stabilisierung im Jahr 2015. Vielmehr haben die bewaffneten Auseinandersetzungen nach den letzten Parlamentswahlen deutlich zugenommen und sich auf bisher nicht betroffene Landesteile ausgeweitet. Insbesondere die Islamisten haben sich geweigert, ihre Wahlniederlage anzuerkennen, was zu einer gewaltsamen Besetzung der Hauptstadt Tripolis durch islamistische und verbündete Milizen führte. Die aus den Wahlen hervorgegangene Regierung sah sich gezwungen, ihren Amtssitz nach Tobruk zu verlegen. Dies hat zu einer starken Polarisierung der libyschen Gesellschaft und der staatlichen Institutionen geführt.

Angesichts der festgefahrenen Situation erscheint es wenig wahrscheinlich, dass es 2015 mithilfe

einer neuen Verfassung gelingen könnte, die Kluft zwischen den Konfliktparteien zu überwinden. Vielmehr besteht die Gefahr, dass sich Libyen 2015 zu einem „failed state“ entwickelt.

Dies hätte gravierende Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Nordafrika und Europa. So könnte nicht nur die Anzahl der nach Europa drängenden Flüchtlinge steigen, sondern auch die Anzahl libyscher Flüchtlinge in die Nachbarländer deutlich zunehmen, die auch die wirtschaftlichen Konsequenzen eines Scheiterns

deutlich spüren würden. Darüber hinaus würde ein gescheitertes Libyen stark zur Steigerung der terroristischen Bedrohung in der Region und in Europa beitragen, da es terroristischen Gruppierungen einen günstig gelegenen und sicheren Hafen bieten würde, in dem nur mit minimalem Verfolgungsdruck zu rechnen ist.

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung in Libyen als entscheidender Faktor für die weitere Entwicklung in Nordafrika 2015 anzusehen. Die im Grunde mögliche Stabilisierung ist durch ein „Überschwappen“ des libyschen Konflikts gefährdet, wenn beispielsweise Terroristen eine große Zahl von Anschlägen in den Nachbarländern verüben oder die Regierungen der Nachbarländer sich zu einem direkten militärischen Eingreifen in Libyen genötigt sehen.

## KERNPUNKTE

- Libyen könnte sich 2015 zu einem „failed state“ mit entsprechenden Auswirkungen auf die gesamte Region und auch Europa entwickeln.
- Die Stabilisierung der meisten Länder Nordafrikas ist nur durch die „Einhegung“ des schwelenden Grundkonflikts zwischen Islamisten und eher „liberal-säkularen“ Kräften vorstellbar.
- Algerien und Ägypten dürften sich 2015 einer steigenden terroristischen Bedrohung gegenüber sehen, die durch die Erfolge der Organisation „Islamischer Staat“ weiter beflügelt werden wird.
- Durch den „Wettbewerb“ zwischen terroristischen Organisationen in Nordafrika ist ein Anstieg der terroristischen Bedrohung auch in Europa möglich.



# ENTWICKLUNG IN SAHEL-AFRIKA

*Gerald Hainzl*

**Das Engagement internationaler Akteure (v.a. Frankreich, USA) wird in der Sahelregion auch 2015 anhalten. Im Umfeld von Wahlen ist in fast allen betroffenen Staaten mit gewaltsamen Auseinandersetzungen zu rechnen. Das internationale Krisenmanagement wird auf dem derzeitigen personellen und materiellen Niveau aufrecht erhalten werden.**

Das Engagement externer Akteure wie Frankreich und der USA wird weitergeführt werden. Frankreich wird besonders seine im August 2014 begonnene Antiterroroperation „Operation Bark-

hane“ gemeinsam mit den G5 Sahel (Mauretanien, Mali, Niger, Tschad und Burkina Faso – kooperieren seit Februar 2014 unter diesem Namen) fortführen. Es könnte sein, dass sich noch andere frankophone Staaten, besonders in Westafrika, an der Operation Barkhane beteiligen. Die USA werden die Trans-Sahara Counterterrorism Partnership (TSCTP), eine gesamtstaatliche Zusammenarbeit mehrerer Behörden (State Department, USAID), als Kern ihrer Sahelpolitik 2015 fortführen.

Die fortgesetzte Zusammenarbeit von Staaten in der Sahelregion mit externen Akteuren kann

zu ersten Erfolgen führen, gleichzeitig aber radikale Gruppen in der Region zusätzlich herausfordern. Das Zerfallen alter Gruppen und die Entstehung neuer Gruppen, Umbenennungen sowie der Wechsel von Allianzen (z.B. Unterstützung für das Kalifat und IS anstatt Al Qaeda) wird sich weiterhin fortsetzen.

Innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft der Westafrikanischen Staaten (ECOWAS) wird weiterhin die Kluft zwischen anglophonen und frankophonen Staaten aufrecht bleiben. Frankreich wird diese Trennlinie zur Umsetzung seiner Interessen in der Sahelregion weiterhin nutzen.

Marokko sieht in der Organisation der Gemeinschaft der Sahel-Saharastaaten auch 2015 sein wichtigstes Vehikel für die eigene Afrikapolitik. Eine größere innerafrikanische Zusammenarbeit im Sahelraum könnte möglicherweise zu einer höheren Bedeutung dieser Organisation führen.

Ebola wird zumindest in der ersten Jahreshälfte 2015 ein bestimmendes sicherheits- und gesundheitspolitisches Thema bleiben, wenngleich sich die Zahl der Neuinfektionen stark reduzieren wird. Die Situation, vor allem in Westafrika, wird sich bis zu einem gewissen Grad wieder normalisieren. Das internationale Engagement wird dennoch auf einem relativ hohen Niveau bleiben.

In Nigeria wird im Norden und Nordosten die Auseinandersetzung mit Boko Haram weiter eskalieren. Sowohl die Streitkräfte als auch lokale Selbstverteidigungsgruppen werden massiver gegen die Gruppe vorgehen, die im Gegenzug mit immer brutaleren Übergriffen antwortet.

Burkina Faso wird bis zu den Wahlen eine schwierige Transformationsphase durchlaufen. In deren Rahmen könnten möglicherweise noch einige gewaltsame politische Eruptionen, besonders in der Hauptstadt, stattfinden.

Die Ereignisse in Burkina Faso könnten eine Vorbildwirkung auf andere Staaten haben und in Staaten mit Langzeitpräsidenten z.B. in Kamerun oder im Sudan ähnliche Dynamiken auslösen.

Mali wird ebenso wie die Zentralafrikanische Republik ein Fokus des internationalen Krisenmanagements bleiben. Sowohl die UNO als auch die EU werden ihr Engagement in beiden Staaten aufrecht erhalten.

Mali wird weiterhin ein geteiltes Land bleiben. Weder die malischen Sicherheitskräfte noch die internationale Gemeinschaft werden in der Lage sein, den nördlichen Landesteil zu kontrollieren. Mit Anschlägen auf nationale und internationale Einrichtungen und Personal muss auch 2015 gerechnet werden. Durch Ebola wird die Lage in Mali zusätzlich akzentuiert. Die internationalen Kräfte, die in Mali eingesetzt sind, werden aller Wahrscheinlichkeit nach nicht von der Krankheit betroffen sein. Das Land könnte jedoch aufgrund der derzeit geringen Anzahl an Erkrankten relativ rasch wieder als frei von Ebola gelten.

Der Tschad wird 2015 seine Rolle als wichtiger sicherheitspolitischer Akteur im Sahelraum weiter festigen. Einerseits durch eine Festigung seiner Rolle als wichtiger Alliierte für Frankreich, andererseits durch seine Betroffenheit und

dadurch direkte Involvierung in Krisen wie in Nordnigeria, in der Zentralafrikanischen Republik, im Sudan/Darfur und im Südsudan.

Im Sudan könnten die ersten Wahlen seit der Unabhängigkeit des südlichen Landesteiles, die für Anfang April 2015 vorgesehen sind, möglicherweise bereits im Vorfeld für Sicherheitsprobleme bzw. Demonstrationen und heftiges Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demon-

stranten sorgen. Ein mögliches erneutes Antreten von Präsident al-Bashir wird letztendlich darüber entscheiden, ob es nach 25 Jahren eine Veränderung in der sudanesischen Politik geben wird. Gewaltsame Ausschreitungen um den Wahltermin herum sind möglich.

Trotz eines großen internationalen Engagements wird die Wahrnehmung des Konfliktes in der Zentralafrikanischen Republik auch 2015 unter der medialen Wahrnehmungsschwelle bleiben. Sollten allerdings 2015 Wahlen durchgeführt werden, sind in deren zeitlichen Umfeld gewaltsame Unruhen zu erwarten.

## KERNPUNKTE

- Im Fokus der sicherheitspolitischen Entwicklungen in Sahel-Afrika werden die Staaten Nigeria, Burkina Faso, Mali, Tschad, Sudan und Südsudan stehen.
- Das Engagement internationaler Akteure wird in der Sahelregion auch 2015 anhalten.
- Die fortgesetzte Zusammenarbeit von Staaten in der Sahelregion mit externen Akteuren kann zu ersten Erfolgen führen, gleichzeitig aber radikale Gruppen in der Region zusätzlich herausfordern.
- Entstehung, Zerfall und Umbenennungen von Gruppen in der Region sowie der Wechsel von Allianzen werden sich weiterhin fortsetzen.
- Im Umfeld von Wahlen ist in fast allen betroffenen Staaten mit gewaltsamen Auseinandersetzungen zu rechnen.
- Ebola wird zumindest in der ersten Jahreshälfte 2015 ein bestimmendes sicherheits- und gesundheitspolitisches Thema bleiben.



# AUF DÜNNEM EIS IM NAHEN OSTEN

*Gudrun Harrer*

**Der Vormarsch der Organisation „Islamischer Staat“ in Syrien und im Irak hat 2014 alle Prognosen über den Haufen geworfen. Dementsprechend beschränkt sind die Möglichkeiten einer Voraussage. Nur eines sollte man nicht erwarten: die Wiederherstellung des Status quo ante.**

Wer sich die Ereignisse im Nahen Osten in den letzten Jahren vergegenwärtigt, wird sich hüten, sich auf das dünne Eis einer konkreten Prognose für das Jahr 2015 zu begeben. Wer hätte etwa vor einem Jahr vorausgesagt, dass es in der iraki-

schen Stadt Mossul, die auf eine christliche Präsenz seit dem 2. Jahrhundert zurückblickt, zu Weihnachten 2014 keine Kirchen mehr geben wird? Wer hätte gedacht, dass 2014 die US-Luftwaffe in Syrien eingreift – nicht gegen das Regime von Bashar al-Assad, sondern gegen dessen Gegner, die dschihadistische Miliz „Islamischer Staat“ (IS)?

Wenn es etwas zu prognostizieren gibt, dann folgendes: So wie das Aufkommen der Organisation „Islamischer Staat“ ein spätes paradoxes Ergebnis der US-Intervention von 2003 im Irak

ist, so werden auch neue Interventionen, wie die derzeit laufenden, wieder paradoxe Resultate hervorbringen. Die Organisation „Islamischer Staat“ ist Ende 2014 militärisch überdehnt und verzeichnet erste strategisch wichtige Niederlagen. Dennoch ist nicht anzunehmen, dass ein militärischer Sieg über den IS den Status quo ante in der Region wieder herstellt.

Die Entfremdung der irakischen Sunniten von der – wenngleich neuen – Regierung in Bagdad ist so groß, dass es möglich erscheint, dass sie ihre Zukunft auch nach Ende des IS außerhalb des Irak suchen. In Syrien wird Präsident Bashar al-Assad auch in absehbarer Zeit nicht das gesamte Staatsterritorium kontrollieren. Das gilt nicht nur für die Sunnitengebiete an der Grenze zum Irak, die der IS mit den von ihm gehaltenen irakischen Teilen zu einem – wenngleich nicht flächendeckend kontrollierten – Territorium zusammengefasst hat, sondern auch für die syrischen Kurdengebiete. Auch die kurdische Frage ist offen; ob bereits im Jahr 2015 die Weichen gestellt werden, ist fraglich. Erst nach dem Sieg über den IS werden die Karten neu gemischt.

### **Variablen in der gegenwärtigen Nahost-Gleichung**

Der Kampf gegen die Organisation „Islamischer Staat“ ist nur eine der Variablen in der gegenwärtigen Nahost-Gleichung. Einige seiner Charakteristiken würden auch ohne IS weiter existieren. Da ist erstens die Eskalation des sunnitisch-schiitischen Konflikts durch eine Verschärfung des kalten Hegemonialkriegs zwischen dem Iran und Saudi-Arabien. Auch hier spielt das Jahr 2003 eine besondere Rolle, in dem durch den Sturz

Saddam Husseins, der den Irak strategisch in der sunnitisch-arabischen Welt gehalten hatte, die regionale Balance zugunsten des Irans verschoben wurde. Dazu kam verschärfend das umstrittene iranische Atomprogramm.

Zweitens – und überraschender als der Konflikt zwischen sunnitischem und schiitischem Islam – sehen wir eine zunehmende Spaltung, ja Feindschaft zwischen den beiden großen Strömungen des politischen sunnitischen Islam, den Salafisten und den Muslimbrüdern. Sie wird am sichtbarsten in den unterschiedlichen Haltungen zu Ägypten: Für republikanische Islamisten vom Schlag des türkischen Präsidenten Tayyip Erdogan bleibt der gestürzte Muslimbruderpräsident Mohammed Morsi rechtmäßiger Präsident. Hinter seinem Sturz und der neuen ägyptischen Führung von Abdelfattah al-Sisi stehen die salafistischen Monarchien am Golf, die die Muslimbrüderbewegung als Gefahr für ihre eigenen Regime einstufen und bekämpfen. Mit der Organisation „Islamischer Staat“ ist ihnen aber 2014 ein neuer Gegner erwachsen, der sich selbst auf den Salafismus beruft – und das in einer Zeit, in der auf Saudi-Arabien, das von einem 90-Jährigen regiert wird, eine schwierige Machtübergabe zukommt.

### **Mögliche Entscheidungen 2015**

Neben den großen Fragen, wie lange sich die Organisation „Islamischer Staat“ halten kann und nach der Zukunft Syriens und des Iraks, werden 2015 möglicherweise Entscheidungen gefällt werden, die bereits für 2014 erwartet wurden. Ende November wurde der bereits im Juli verlängerte „Joint Plan of Action“ (JPOA) zwi-

schen dem Iran und den E3/EU+3 noch einmal ausgedehnt. Eine Übereinkunft über die Eckpunkte eines künftigen iranischen Urananreicherungsprogramms wurden nicht erzielt – aber gerade angesichts des gemeinsamen Feindes, den die USA und der Iran im (radikal antischiitischen) IS nun haben, hat keine der beiden Seiten Interesse an einem Bruch. Ob sich das iranische Atomprogramm noch viel länger auf dem vom JPOA vorgegebenen Stand einfrieren lässt, ist jedoch fraglich, allein schon, weil die Regierung Obama ihre Zusage nicht einhalten kann, für eine völlige Sanktionsaufhebung zu sorgen. Wegen der IS-Frage sind demnach die außenpolitischen Voraussetzungen für einen Deal posi-

tiver zu bewerten – aber innenpolitisch wird es nicht nur im Iran, sondern mit einem neuen, republikanisch dominierten Kongress auch in den USA schwieriger.

Eine andere große Frage zu Beginn des Jahres 2014 war die nach einem möglichen Durchbruch bei den von US-gesponserten israelisch-palästinensischen Verhandlungen. Sie sind gescheitert, der große Backlash in der Region – im schlimmsten Fall eine neue Intifada im Westjordanland – ist ausgeblieben, aber deshalb nicht vom Tisch. Auch hier wird der Status quo nicht unbegrenzt aufrechtzuerhalten sein. Da sich keine politische Lösung abzeichnet, könnte es möglicherweise zu einem Rückfall in die Gewalt kommen – zum großen Gewinn aller radikalen Kräfte in der Region.

## KERNPUNKTE

- Es ist nicht anzunehmen, dass ein militärischer Sieg über den IS den Status quo ante in der Region wieder herstellt.
- Der Kampf gegen die Organisation „Islamischer Staat“ ist nur eine der Variablen in der gegenwärtigen Nahost-Gleichung.
- Die Eskalation des sunnitisch-schiitischen Konflikts und die zunehmende Spaltung zwischen den beiden großen Strömungen des politischen sunnitischen Islam, den Salafisten und den Muslimbrüdern sind weitere wichtige Variablen.
- Wegen der IS-Frage sind die außenpolitischen Voraussetzungen für einen Deal in Bezug auf das umstrittene iranische Atomprogramm positiver zu bewerten.
- Im israelisch-palästinensischen Konflikt könnte es möglicherweise zu einem Rückfall in die Gewalt kommen – zum großen Gewinn aller radikalen Kräfte in der Region.



# ISRAEL UND PALÄSTINA 2015

*Avraham Burg*

**2015 ist in Israel ein Wahljahr. Davon wird die israelische Rhetorik, Diplomatie und Politik entscheidend beeinflusst werden. Die derzeitige Koalition wird durch den Wahlausgang nicht notwendigerweise stabilisiert werden. Die Opposition wird die Meinungsumfragen neu deuten, obwohl erwartet wird, dass sich die politische Rhetorik verbessert.**

## **Der israelisch-palästinensische Konflikt**

Zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) und der derzeitigen israelischen Regierung wird kein dauerhaftes Abkommen

unterschrieben werden. Die Spannungen und Konflikte zwischen der israelischen Regierung und den Regierungen im Westen werden virulenter. Mehr europäische Regierungen und Parlamente werden Palästina als Staat anerkennen, wobei dies von einer umfassenden, sofortigen Anerkennung bis zu teilweiser und konditionaler Anerkennung gehen wird. Zusätzliche israelische Firmen und Einzelpersonen werden wahrscheinlich von Boykott, Kapitalabzug und Sanktionen der westlichen Gesellschaften betroffen sein. In und um den Gaza-Streifen wird es zu Auseinandersetzungen kommen. Dabei sind kein umfassender Krieg, aber kurzzeitige Schusswechsel, aggressive Vergeltungsmaßnahmen,

gezielte Tötungen und Gegenmaßnahmen zu erwarten. Derartige Gewaltausbrüche werden sich unverzüglich auf das Verhältnis zwischen Israel und der palästinensischen Einheitsregierung auswirken. Die von Präsident Mahmoud Abbas geführte PA wird ihre Anstrengungen einer Anerkennung des palästinensischen Staates durch die VN erneuern und verstärken. Europa - sowohl die EU als auch die einzelnen Mitgliedsstaaten - wird seine Position in dieser Angelegenheit klarstellen müssen. Auf die USA wird erheblicher Druck entstehen, sich für oder gegen die Anerkennung zu stimmen. Die effektivste Möglichkeit der Einflussnahme auf die israelische Siedlungs- und Besatzungspolitik bildet die EU-Friedensdiplomatie.

## **Iran**

Israel wird unabhängig vom Ausgang der laufenden Atomverhandlungen den Iran nicht angreifen. Die israelische Rhetorik, speziell jene des Premierministers Netanyahu, wird darauf ausgerichtet sein, die Medien von der Gleichung Iran = IS = Hamas zu überzeugen.

## **Syrien**

Auch unter der Annahme, dass die Machtkämpfe in Syrien während des nächsten Jahres andauern, ist kein ernsthafter syrisch-israelischer Konflikt erwartbar. So lange der Syrien-Konflikt anhält, werden die Hisbollah-Truppen an der syrischen Front gebunden sein, womit keine Gefahr für einen großen Konflikt zwischen Israel und der Hisbollah besteht. Im Rahmen der normalen Sicherheitslage an der israelisch-syrischen Grenze wird es zu fortgesetzten Grenzverlet-

zungen aus Syrien und zu erwartbaren sofortigen israelischen taktischen Gegenmaßnahmen kommen.

## **Ägypten**

Die „politische Stabilität“ Ägyptens wird andauern. Die militärisch-politische Zusammenarbeit zwischen Israel und Ägypten im Zusammenhang mit der Sinai-Halbinsel, insbesondere bei der Vertreibung der Aufständischen von der Sinai-Halbinsel und im Rahmen der Koordination betreffend den Gaza-Streifen und die Hamas-Regierung wird fortgeführt.

## **Jordanien**

Der Friede mit Jordanien wird weiterhin das israelisch-jordanische Fundament bilden. Zu Spannungen könnte es bezüglich der Situation am Tempelberg kommen. Die jordanische Führung wird auch weiterhin auf dem Abschluss eines israelisch-palästinensischen Abkommens bestehen.

## **Arabische Liga**

Die aktuelle Friedensinitiative der Arabischen Liga könnte sich zum wesentlichen politischen Rahmen für die Oppositionsparteien entwickeln.

## **Die arabischen Israelis**

Eine Verschärfung des Diskurses über die arabischen Israelis ist zu erwarten. In diesem Zusammenhang sind weitere Gesetzesinitiativen der rechten Parteien zur Priorisierung des jüdischen Charakters des Staates, vor dem Hintergrund sei-

ner demokratischen Grundsätze, zu erwarten. Gesetzesinitiativen von vielen rechten Knesset-Mitgliedern zielen auf eine Ausgrenzung der arabischen Bürger Israels ab. Von Seiten der gesellschaftspolitisch links stehenden Organisationen wird es zu Unterstützung und Sympathiebekundungen kommen. Von den arabischen Israelis sind Proteste, Gewaltanwendung und Maßnahmen des zivilen Widerstandes zu erwarten.

## Religion und Staat

Die Wiederannäherung zwischen Premierminister Netanyahu und den ultraorthodoxen Parteien wird sich intensivieren. Die Frage der jüdischen Präsenz auf dem Tempelberg wird einen der Schwerpunkte israelischer Politik bilden. Vor diesem Hintergrund wird es zu vermehrten Spannungen zwischen der Partei „die Jüdische

Heimat“ und anderen Knesset-Mitgliedern – welche den Tempelberg zu einem zentralen politischen Anliegen machen wollen – und den ultraorthodoxen Verbindungen mit deren theologischen und politischen Ideologie einer „Anti-Tempel-Bewegung“ kommen. Die ultraorthodoxen Parteien könnten sich somit zum wichtigsten politischen Hemmschuh entwickeln.

## Wirtschaft

Der Druck auf das staatliche Budget wird in drei wesentlichen Bereichen steigen; seitens des „Verteidigungs-Establishments“ im Hinblick auf eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben, seitens von Interessensgruppierungen, wie den Ultraorthodoxen und den Siedlern sowie seitens der städtischen Mittelklasse.

## KERNPUNKTE

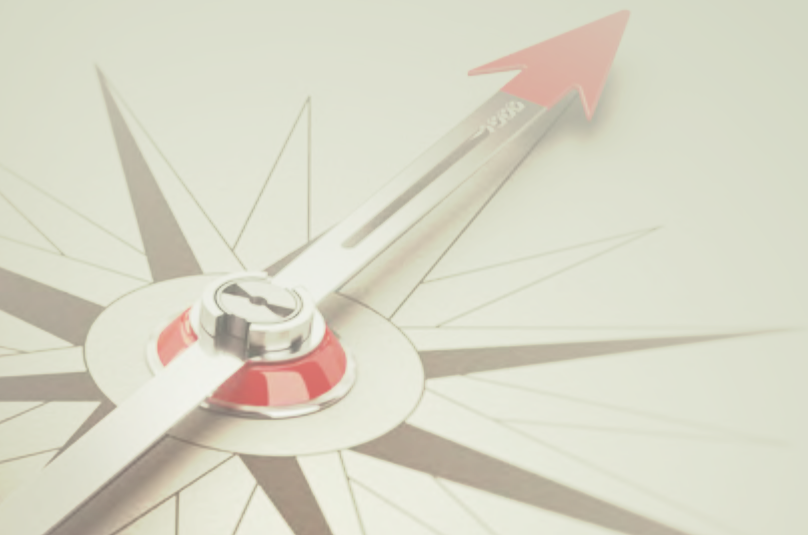
- Zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde und der derzeitigen israelischen Regierung wird kein dauerhaftes Abkommen unterschrieben werden.
- In und um den Gaza-Streifen wird es zu Auseinandersetzungen kommen. Dabei sind kein umfassender Krieg, aber kurzzeitige Schusswechsel, aggressive Vergeltungsmaßnahmen, gezielte Tötungen und Gegenmaßnahmen zu erwarten.
- Israel wird unabhängig vom Ausgang der laufenden Atomverhandlungen den Iran nicht angreifen.
- Wenn die Machtkämpfe in Syrien während des nächsten Jahres andauern, ist weder ein ernsthafter syrisch-israelischer Konflikt noch eine schwerwiegende Auseinandersetzung mit der Hisbollah erwartbar.
- Es wird zu einer Wiederannäherung zwischen Premierminister Netanyahu und den ultraorthodoxen Parteien kommen. Auch der Diskurs über eine Ausgrenzung arabischen Israelis wird sich verschärfen.



# EUROPÄISCHE SICHERHEITSPOLITIK 2015

*Gemäß Österreichischer Sicherheitsstrategie sind vermehrte Anstrengungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu erwarten, den Mitteleinsatz für die GSVP wirtschaftlicher, zielorientierter und effizienter zu gestalten. Dies wird vermehrte Kooperationen sowie Arbeits- und Lastenteilung, auch über die Grenzen einzelner Organisationen hinweg, ferner eine zunehmende Spezialisierung mit sich bringen.*

*(Vgl. Österreichische Sicherheitsstrategie, S.14)*





# EIN NEUSTART FÜR EUROPA!

*Paul Schmidt*

**Die Wahlen zum EU-Parlament im Mai 2014 haben in der EU wichtige institutionelle Weichenstellungen eingeleitet. EU-Parlament wie EU-Kommission sind stärker geworden. Die Juncker-Kommission will gestalten, offener agieren und die Zusammenarbeit mit dem Parlament auf eine neue Basis stellen. Dies ist dringend notwendig, um – gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten – globale Herausforderungen zu meistern und das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen.**

Fehlendes Wirtschaftswachstum und hohe Arbeitslosigkeit hemmen den Weg aus der Krise. Geopolitische Konfliktszenarien in der Ukraine und im Nahen/Mittleren Osten verlangen nach einer eindeutigen Positionierung der EU.

Das Jahr 2014 sah Momente einer verstärkten Integration (Bankenunion, Euro-Beitritt Lettlands), die skeptische Haltung Großbritanniens, starre wirtschaftspolitische Konzepte, komplexe Entscheidungsmechanismen und Renationalisierungstendenzen wirken diesem Prozess aber entgegen.

Die Neupositionierung der EU-Institutionen gibt Anlass zu Optimismus. Jean-Claude Juncker ist durch seine indirekte Wahl als Kommissionspräsident stärker legitimiert als sein Vorgänger, weiß die Unterstützung eines großen Teils des Parlaments hinter sich und ist damit unabhängiger gegenüber nationalen Regierungen. Zudem hat er eine Vielzahl nationaler PolitikerInnen direkt aus dem Europäischen Rat an seine Seite geholt.

Damit wird die Kommission in Zukunft politischer agieren. Die EU-Länder sind gefordert, „europäischer“ zu denken und zu handeln. In seinen politischen Leitlinien versucht Juncker auf die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen infolge der Krise zu reagieren. Jetzt geht es um die praktische Umsetzung seiner Schwerpunkte. Dazu zählen insbesondere: Ein 300 Mrd. Euro starkes Investitionspaket, um gemeinsam das Wachstumspotential in der EU mittelfristig zu stärken und den Kampf gegen die dramatisch hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit aufzunehmen. Aber auch die Schaffung eines vernetzten digitalen Binnenmarkts, sowie die Stärkung der industriellen Basis der EU gehören zu diesen Schwerpunkten. Die Festigung der Wirtschafts- und Währungsunion mit stärkerer demokratisch legitimierter Kontrolle und sozialen Folgenabschätzungen von geplanten Maßnahmen zählen ebenso dazu.

Die Involvierung Junckers in die Steuervermeidungspraktiken in Luxemburg wird dazu führen, dass die EU-Kommission „die Flucht nach vorne“ antritt, um überfällige Fortschritte in Richtung einer europäischen Steuerpolitik durchzusetzen. Auch eine Debatte um eine Mindestbesteuerung von Großkonzernen wird zu führen sein.

Das Jahr 2015 bringt die Fortführung der Verhandlungen des Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA (TTIP). Durch stärkeren Dialog mit der Zivilgesellschaft werden Kommission und Mitgliedsländer versuchen, den zahlreichen Vorwürfen entgegenzutreten. Das entsprechende Abkommen mit Kanada wird erst dann ratifiziert werden, wenn auch alle Befürch-

tungen um TTIP ausgeräumt worden sind. In diesem Fall könnte TTIP – so es letztlich ratifiziert wird – zu einem Muster für künftige Handelsvereinbarungen werden.

Am UN-Klimagipfel in Paris im Dezember wird sich die EU zu ihrer selbst eingeforderten Stellung als Vorreiter bekennen müssen. Die EU strebt leistbare Energie, Wettbewerbsfähigkeit sowie die Einhaltung der EU-Klimaziele an und will weltweiter Spitzenreiter bei erneuerbaren Energien werden. In diesem Zusammenhang wird – gerade in Österreich – die Diskussion zur Genehmigung staatlicher Beihilfen für AKWs mit großem Interesse verfolgt werden. Ebenso sind Überlegungen zur Steigerung der Energieeffizienz sowie zur Verringerung der Abhängigkeit des Energieimports vonnöten.

In den kommenden fünf Jahren wird es zu keiner EU-Erweiterung kommen. Dennoch wird es wichtig sein 2015 den Beitrittsprozess fortzuführen, um Stabilität, Rechtsstaatlichkeit und Wachstum zu fördern. Dies gilt auch für die EU-Nachbarschaftspolitik. Gerade für Österreich sind diese Punkte von besonderer Relevanz. Die EU wird gefordert sein, ihre grundsätzlichen Werte wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte als Gegenmodell zu nationalistisch-expansionistischen Bestrebungen global in Stellung zu bringen. Sie muss gegenüber Russland und der entstehenden Eurasischen Union Wege finden, und zwar unter Einforderung ihrer Werte, eine konstruktive Zusammenarbeit zu entwickeln. Die neue EU-Kommission strebt in Zukunft nach einem stärkeren Europa im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Da heute noch über 80 Prozent der Investitionen in Rüs-

tungsgütern auf nationaler Ebene getätigt werden, sollen die Mitgliedstaaten hier verstärkt Synergien erzielen. Wie im Vertrag von Lissabon vorgesehen, könnten Mitgliedstaaten – auf freiwilliger Basis – ihre Verteidigungsfähigkeiten in Form einer ständigen strukturierten Zusammenarbeit bündeln und sich verstärkt auch an EU-Missionen in Krisengebieten beteiligen. Eine effiziente Bündelung von Mitteln und Ressourcen wäre zudem ein wichtiger Beitrag zur Entlastung der knappen nationalen Budgets und würde aufgrund der angespannten geopolitischen Lage die EU insgesamt „krisenfitter“ machen.

Die Frage der Menschenrechte muss insbesondere auch für die Bereiche Migration und Asyl

gelten. Die EU wird sich dem Vorwurf der „Festung Europa“ stellen und neue Strategien für ihre Außengrenzen erarbeiten müssen. Es kann nicht sein, dass es einerseits zu einem Massensterben im Mittelmeer kommt, andererseits jedoch die EU-Staatsbürgerschaft zum Verkauf steht. Die EU-Länder sind gefordert, rasch ein gemeinsames Asylsystem mit fairen Aufnahmequoten umzusetzen.

Die große Herausforderung ist und bleibt schließlich die effizientere Arbeitsaufteilung und transparentere Zusammenarbeit zwischen nationaler und europäischer Ebene. Denn letztlich können diese Probleme nur gemeinsam erfolgreich gelöst werden.

## KERNPUNKTE

- **Krisen an der europäischen Peripherie verlangen nach klaren EU-Positionen.**
- **Die EU-Kommission wird auf die wirtschaftlichen und sozialen Krisen reagieren müssen, unter anderem durch ein EUR 300,- Mrd. schweres Investitionspaket, welches das Wachstumspotential der EU stärken und die hohe Arbeitslosigkeit bekämpfen soll.**
- **Grundsätzliche europäische Werte wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte müssen gegen nationalistische und autoritäre Tendenzen in Stellung gebracht werden.**
- **Der Einhaltung der Menschenrechte kommt speziell in den Bereichen Migration und Asyl eine besondere Stellung zu. Die EU-Staaten müssen rasch zu einem gemeinsamen Asylsystem mit fairen Aufnahmequoten finden.**



# TRENDS UND EREIGNISSE IM JAHR 2015 UND DIE ANTWORT DER EU

*Richard Weitz*

Die EU wird sich 2015 auf die wirtschaftliche Erholung konzentrieren. Ein Versagen auf diesem Gebiet wäre die größte Einzelbedrohung für die EU und ihre Mitgliedstaaten. In der Türkei ist eine weitere Stärkung des Autoritarismus unter Erdogan nach den Parlamentswahlen 2015 erwartbar. Weitere Problemfelder sind Russland, der Ukraine-Konflikt, Massenmigration, Energiesicherheit, wie auch Solidarität und Erweiterung.

## **Hauptgefahr: Wirtschaftliche Stagnation der Eurozone**

Die wirtschaftliche Erholung der Eurozone geht langsam und schmerzhaft voran. Voraussagte Wachstumsraten für 2015 wurden auf 1,1% gesenkt, was sich aber noch als optimistisch herausstellen könnte. Den wirtschaftlich schwächeren EU Mitgliedern stehen Zahlungen aus den Strukturfonds zu. Hier besonders aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung, dem Kohäsionsfonds und der Gemeinsamen Agrarpolitik, die darauf abzielen, ökonomische Unterschiede auszugleichen, die Infrastruktur zu verbessern und nationale Fähigkeiten mit der

EU-Politik in Übereinstimmung zu bringen. Die Europäische Kommission kann Mitgliedern auch Rettungsdarlehen anbieten.

Sollte es zu keiner schnellen wirtschaftlichen Erholung kommen, würden die Spannungen mit den europäischen Partnern der Mittelmeerregion stärker werden, da besonders diese Regierungen mit wachsenden Problemen hinsichtlich Immigration konfrontiert wären. Weiters würden sich interne Differenzen bezüglich Russland und China vertiefen, da Mitgliedstaaten versucht sein werden, ihre Energieversorgung, bzw. den privilegierten Zugang zu wachsenden Exportmärkten sicherzustellen. Die Kontakte mit der Türkei, Syrien, dem Iran und dem Irak würden auch negativ beeinflusst werden, weil diese regionalen Schlüsselländer mit ihren finanziellen Ressourcen haushalten und ihre militärische Bereitschaft zurückfahren.

## **Zweite Gefahr: Türkischer Sturz in den Autoritarismus**

Sowohl der Wahlkampf als auch das Resultat der Parlamentswahl Mitte 2015 könnten die türki-

sche Politik wie auch die Gesellschaft destabilisieren und die Wirtschaft negativ beeinflussen. Schlimmstenfalls könnte die Türkei ein Einpartei-enstaat werden. Ein Sturz in den Autoritarismus hätte weitreichende Bedeutung für Europa wie auch für den Mittleren Osten. Besonders die politischen Instabilitäten und bewaffneten Konflikte in dieser Region könnten sich weiter verschärfen. Ferner würde eine autoritäre Türkei auch Auswirkungen auf die Konflikte in der Ukraine und Syrien haben. Dies könnte eine außenpolitische Neuausrichtung zur Folge haben, weg von westlich orientierten Regimen hin zu einer Politik der religiösen Affinitäten. Der Westen würde einen wichtigen Alliierten im Mittleren Osten verlieren; auch ein NATO-Austritt der Türkei wäre denkbar (obwohl die NATO früher sehr tolerant war, wenn es um weniger demokratische Tendenzen in ihren Mitgliedstaaten ging). Auch politische Spannungen könnten mit EU-Mitgliedstaaten an der Grenze entstehen, besonders mit Zypern.

### **Aktuelle Krise: Russland und die Ukraine**

Russlands Annexion der Halbinsel Krim wird von der EU als völkerrechtswidrig eingestuft. Als Konsequenz für das russische Vorgehen wurde Russland von der EU mit weitreichenden Sanktionen belegt. Die Sanktionen zielen in erster Linie auf den Finanz-, Energie- und auf den Verteidigungssektor ab. Die EU wird 2015 wahrscheinlich viel Zeit damit zubringen, zu entscheiden, welche Sanktionen verhängt bzw. aufgehoben werden sollen. Die Ukraine-Krise ist eine unmittelbare Bedrohung für die Sicherheit der kleineren Nachbarländer Russlands, von denen einige EU-Mitglieder bzw. Partner sind. Die Sanktionen

und andere Konsequenzen des Ukraine-Konflikts könnten für sie wirtschaftlichen Schaden bedeuten. Jedoch hat diese Krise auch den strategischen Wert dieser Staaten nahe Russland vergrößert. Daher bekommen sie derzeit von Seiten der EU und NATO verstärkte politische Aufmerksamkeit und finanzielle Unterstützung.

### **Verteidigungsbudgets und -fähigkeiten**

Sicherheit und Verteidigung sind noch immer größtenteils nationale Verantwortlichkeiten, daher zeigten EU-Bemühungen nach höheren Verteidigungsausgaben noch wenig Wirkung, wie das vergangene Jahrzehnt deutlich machte. Russlands neues Selbstbewusstsein könnte diese Entwicklung jedoch umkehren. Lokale Fähigkeiten aufzubauen und EU-Reformen umzusetzen, könnte sich insbesondere für Kleinststaaten als wirksame Abwehr der russischen Taktik des „eingeschränkten Krieges“ erweisen. Die Pooling and Sharing-Initiative der EU wie auch Smart Defence der NATO sind für kleine Staaten vorteilhaft, da sie es ihnen erlauben, militärisches Gerät und Fähigkeiten zu kaufen oder zu teilen.

### **Energie**

Die EU arbeitet daran, ihre Energiequellen zu diversifizieren, ihren Energieverbrauch durch größere Effizienz zu verringern und die Energieproduktion zu verstärken. Der Ukraine-Konflikt hat dieses politische Ziel vordringlich gemacht und die Aufmerksamkeit und den Einsatz der EU auf die Energiesicherheit gelenkt. Vor kurzem beschlossen die EU-Staatschefs, wichtige Projekte im Gassektor umzusetzen, die von Inte-

resse für kleinere EU-Staaten sind. 2015 werden die EU-Staaten eine Energieunion diskutieren, die von Ratspräsidenten Jean-Claude Juncker unterstützt wird. Diese Union würde den Ausbau von Energienetzen und gemeinsame Verhandlungen mit Drittparteien wie Russland, fördern.

### **Militärische Solidarität und Erweiterung**

Die Krise in der Ukraine könnte der – bis dato ungenutzten – Klausel über die gemeinsame Verteidigung (Artikel 42(7)) mehr Klarheit und größere Bedeutung verschaffen. Im Juni 2015 wird der Rat die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) neu bewerten. Eine stärkere GASP wäre zwar für Kleinststaaten von Vorteil, besonders für die, die nicht Mitglied der NATO sind, jedoch ihre Bewegungsfreiheit einschränken. Cyber Sicherheit könnte 2015 auch wichtiger werden. Obwohl Russland weiterhin einer EU-Erweiterung feindlich gegenüber steht, liegt es im

Interesse der EU-Mitglieder, besonders derer im Osten, die Ostgrenze der EU auszudehnen.

### **Immigration und Migration**

Die illegale Einwanderung in die EU nimmt zu, besonders aus Afrika und dem Mittleren Osten. Die davon am stärksten betroffenen Staaten sind kleinere, am Mittelmeer gelegene Staaten, da viele Flüchtlinge und Asylsuchende mit dem Boot kommen. Die größte Last tragen die Länder, die den Herkunftsländern der Immigranten geographisch am nächsten sind. Die EU bewegt sich derzeit in Richtung Schaffung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (CEAS), das gemeinsame EU-Standards zum Schutz von Flüchtlingen schaffen würde. Juncker hat versprochen, das FRONTEX-Budget zu erhöhen. Andere Ziele sind z. B. eine verbesserte Kooperation mit nicht-EU-Staaten, um die Abschiebung zu erleichtern, sowie die Förderung der legalen Migration von Fachkräften nach Europa.

### **KERNPUNKTE**

- Sollte es zu keiner wirtschaftlichen Erholung kommen, würde sich das auf die Umfeldstabilisierung doppelt negativ auswirken: einerseits weniger Unterstützung für die Krisenstaaten und andererseits erhöhte Spannungen zwischen der Mittelmeerregion und den mit wachsenden Bedenken gegenüber der Immigration konfrontierten europäischen Regierungen.
- Die Krise in der Ukraine ist eine unmittelbare Bedrohung für die Sicherheit der kleinen Nachbarn Russlands, von denen einige EU-Mitglieder bzw. Partner sind.
- Russlands neues Selbstbewusstsein und die Taktik des „eingeschränkten Krieges“ könnten kleine Staaten zur Umsetzung von EU-Reformen und zum Aufbau von militärischen Fähigkeiten anregen.
- Eine Stärkung der GASP wäre für kleinere Staaten von Vorteil, besonders für jene, die nicht Mitglied der NATO sind.
- Die EU bewegt sich derzeit in Richtung Schaffung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (CEAS), das gemeinsame EU-Standards zum Schutz von Flüchtlingen schaffen würde.



# EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNG IN DER GSVP

*Nicolai von Ondarza*

**Der Themenkomplex „Verteidigung“ wird im Rahmen der GSVP im Jahr 2015 vor allem von zwei Seiten getrieben. Intern ist für den Juni 2015 ein Europäischer Rat mit Schwerpunkt auf die GSVP angesetzt, der die Weichen für eine neue Europäische Sicherheitsstrategie stellen und Fortschritte in der Koordinierung der Verteidigungsplanung setzen könnte. Extern können der Krieg in der Ukraine sowie Unruhen im Nahen Osten und Nord-Afrika das Krisenmanagement der EU fordern.**

## **Die Ausgangslage**

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) steht abseits größerer exter-

ner Schocks vor einem Jahr der prozeduralen Weiterentwicklung. Grundsätzlich ist die GSVP nach Jahren der Stagnation (2008 bis 2013) wieder stärker in den Fokus europäischer Politik gerückt. Zum einen haben die Staats- und Regierungschefs im Dezember 2013 einige konkrete Aufgaben verteilt, die noch 2015 abgearbeitet werden müssen, wie etwa die Koordination nationaler Verteidigungsplanung. Zum anderen hat die EU seit 2013 mehrere kleinere Operationen gestartet, die sich vor allem auf den Aufbau von Sicherheitskräften in Krisenregionen (z. B. EUTM Mali, EUCAP Nestor) konzentrieren. In den beiden zentralen sicherheitspolitischen Krisen von 2014 – dem Krieg in der Ukraine bzw. dem Kampf gegen die Organisation Islamischer Staat (IS) in Syrien/Irak – war die EU zwar

jeweils im Rahmen der GASP aktiv, sie hat aber nicht über die GSVP direkt mit militärischem oder zivilem Krisenmanagement eingegriffen. Die gemeinsame Verteidigung der EU-Mitgliedstaaten wird weiterhin für deren Mitglieder von der NATO organisiert, während die Beistandsklausel noch nicht mit Leben gefüllt wurde.

## Interne Faktoren

Der Verteidigungsgipfel im Dezember 2013 hat bereits die wichtigsten prozeduralen Weichen für die EU-internen Verhandlungen zur GSVP gesetzt. So sollen alle GSVP-Gremien bis Juni 2015 Berichte über Fortschritte zur GSVP vorlegen. Zwei Aspekte können hier im Vordergrund stehen: Zum einen wurde die Hohe Vertreterin (HV) beauftragt, bis Juni 2015 einen Bericht über die Auswirkungen von globalen Verschiebungen auf die Sicherheit der EU vorzulegen. Die neue HV Federica Mogherini hat bereits angekündigt, dies als Grundlage zu nutzen, um einen Prozess hin zu einer Überarbeitung der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) vorzulegen, die dann bis Dezember 2015 verhandelt werden soll. Hier stellt sich insbesondere für kleinere EU-Staaten wie Österreich die Frage, ob sie der Neuauflage einer ESS grundsätzlich zustimmen sollen und wie sie sich am Prozess ihrer Entwicklung beteiligen können. Zum anderen können bis zum Verteidigungsgipfel im Juni 2015 Fortschritte bei der Koordination der nationalen Verteidigungsplanung gemacht werden. Hier stellt sich die Frage, ob und wie weit Österreich bereit ist, trotz Bündnisfreiheit gemeinsame Rüstungsprojekte mit EU/NATO-Staaten einzugehen und Transparenz in seiner Verteidigungsplanung in den EU-Organen zu unterstützen.

Ein möglicher interner Störfaktor für die Weiterentwicklung könnten die Wahlen zum britischen Unterhaus sein, die für den 8. Mai 2015 angesetzt sind. Je nach Ausgang wird Großbritannien eine Neuverhandlung seiner Position in der EU anstoßen und ein Referendum über die Mitgliedschaft ansetzen. Dies würde mittelfristig weitere größere Fortschritte in der GSVP blockieren.

Aus österreichischer Sicht ist zuletzt intern in der europäischen Verteidigung zu beachten, wie die Diskussion in Finnland und Schweden über einen NATO-Beitritt verläuft. Ausgehend von dem Krieg in der Ukraine diskutiert die Politik in beiden Staaten erstmals wieder konkret eine Mitgliedschaft in oder eine engere Zusammenarbeit mit der NATO. Zwar ist jeweils noch eine Mehrheit gegen den Beitritt, je nach Verhalten Russlands ist aber kurzfristig ein Meinungsumschwung möglich.

## Externe Faktoren

Zentrale externe Treiber der europäischen Debatte über Verteidigung sind insbesondere von drei Seiten zu erwarten: Erstens ist zu erwarten, dass sich der Konflikt in der Ukraine fortsetzt. Sollten die diplomatischen Bemühungen weiterhin fruchtlos bleiben, kann von den Separatisten ein Unabhängigkeitsreferendum mit dem Ziel des Anschlusses an Russland angesetzt werden und die militärische Lage in der Ostukraine weiter eskalieren. Ein direktes militärisches Eingreifen der NATO ist nicht zu erwarten, dies wird aber die Debatte über Verteidigung in der EU und NATO weiter anheizen. Unwahrscheinlich, aber nicht mehr undenkbar sind auch militärische Provokationen seitens Russlands gegen-

über den EU- und NATO-Staaten im Baltikum, womit dann auch die Solidarität der Neutralen in der EU geprüft werden würde.

Zweitens werden die EU-Staaten 2015 mit weiteren Instabilitäten im Nahen Osten und Nordafrika konfrontiert sein. Zusätzlich zu dem bereits begonnen militärischen Konflikt mit dem IS in Syrien und dem Irak, kann auch in Libyen ein Bürgerkrieg mit Ansteckungspotenzial beginnen. Die EU-Staaten im Allgemeinen und Österreich im Speziellen sind hiervon zwar nicht direkt militärisch bedroht, jedoch drohen Auswirkungen auf die innere Sicherheit und zusätzlich Instabilitäten in der direkten Nachbarschaft.

Zu einer Radikalisierung können hier zusätzlich Verschärfungen im israelisch-palästinensischen Konflikt beitragen.

Drittens ist angesichts der zunehmenden brüchigen internationalen Friedensordnung eine Eskalation schwelender Konflikte nicht auszuschließen. Unter besonderer Beobachtung aus europäischer Sicht sollten da zum einen weitere potenzielle Konflikte in der direkten Nachbarschaft stehen, insbesondere auf dem westlichen Balkan, sowie geografisch weiter entfernte Konflikte mit besonders großer Strahlkraft, insbesondere im asiatisch-pazifischen Raum.

## KERNPUNKTE

- Der Themenkomplex „Verteidigung“ wird im Rahmen der GSVP im Jahr 2015 von gesteigerter Bedeutung sein.
- EU-interne Faktoren, die Einfluss darauf nehmen, sind der Gipfel des Europäischen Rates mit Schwerpunkt auf der GSVP im Juni 2015 und damit verbunden die Vorlage des Berichts der Hohen Vertreterin über die Auswirkungen von globalen Verschiebungen auf die Sicherheit der EU als Grundlage für eine Überarbeitung der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) sowie die Wahlen im britischen Unterhaus.
- Externe Faktoren sind der Konflikt in der Ukraine, die Instabilitäten im Nahen Osten und in Nordafrika und die mögliche Eskalation schwelender Konflikte, insbesondere auf dem Westlichen Balkan und im asiatisch-pazifischen Raum.



# EUROPAS SEHNSUCHT NACH EINER SICHERHEITS- STRATEGISCHEN PERSPEKTIVE

*Werner Weidenfeld*

**Europa ist mit einem atemberaubenden sicherheitspolitischen Chaos konfrontiert. Die Welt ist aus den Fugen geraten. Die Meldungen gewaltsamer Exzesse überschlagen sich geradezu.**

Die Zahl der Kriegsschauplätze wächst von Monat zu Monat. Terror wird zum Alltagserlebnis. Todbringende Epidemien lassen hilfesuchend nach international organisierten The-

rapie-Maßnahmen rufen. Bei den Cyber-Wars weiß man nicht, wo der Feind sitzt. Die weltpolitische Architektur hat ihre Kalkulierbarkeit früherer Jahrzehnte verloren. In Zeiten des Ost-West-Konflikts waren die diversen Aktionsformen berechenbar. Die Ratio des Gegners war bekannt. Alles das, was orientierende Sicherheit versprach, ist in der multipolaren Welt voller asymmetrischer Kriegshandlungen verschwunden. Von der neuen Intensität terroristischer

Religionskriege über die armutsbedingten Transformationskonflikte bis zum Kampf um Rohstoff- und Energieversorgung – wie soll die demokratisch verfasste Welt damit umgehen? Wie soll sie ihren eigenen Überlebenskampf, ihre eigene Daseinsvorsorge, ihren eigenen Schutz organisieren? Die europäische Politik antwortet auf diese Fragen mit situationalem Krisenmanagement. Man fährt auf Sicht. Die Suche nach einem Kompass bleibt offenbar erfolglos. Da wird die Sehnsucht nach einem orientierenden, strategischen Entwurf, das Verlangen nach strategischer Rationalität einer weltpolitischen Konfliktregelung aus der Perspektive der weltpolitischen Mitverantwortung, geradezu dramatisch.

Hinter einigen der heutigen Kriege stehen alte, traditionelle Konfliktlinien und Geschichtsbilder, so wie zwischen Schiiten und Sunniten, zwischen Israel und Palästina. Alle diese Konfliktorte, die heute existieren, haben jeweils eigene, spezifische Problemschichtungen:

- ethnische Spannungen,
- nationale Identitätsaffekte,
- antagonistische ökonomische Interessen,
- politische Kontroverslagen und
- kulturelle und religiöse Unterfütterungen.

Es handelt sich also um historisch traditionelle Konfliktstrukturen.

### **Was ist an alledem aber neu in den letzten Jahren?**

Die Einzelkonflikte sind aus dem disziplinierenden Griff der weltpolitischen Architektur entlas-

sen. In Zeiten des Ost-West-Konflikts war jeder Schauplatz in diesen sicherheitspolitischen Kontext eingebaut. Aus keinem Konflikt sollte ein Funke überspringen und damit einen gefährlichen Weltkonflikt entzünden. Symbolorte für diese Disziplin sind von Berlin bis Kuba zu benennen. Einige Jahre nach Ende des Ost-West-Konflikts ist diese Disziplin-Struktur aufgehoben. Jeder lokale, nationale und regionale Konflikt kann sich entfalten – ohne, dass in der multipolaren weltpolitischen Architektur eine Art dominanter Weltpolitist dies sofort beendet. Der Aggregatzustand der Sicherheit hat sich vor diesem Hintergrund tiefgreifend verändert.

Hinzu kommt: Die Grammatik der Sicherheit wird im digitalen Zeitalter mit dem Cyber-Wörterbuch dekliniert.

### **Die sicherheitspolitischen Schlussfolgerungen aus all diesen Beobachtungen sind ganz praktischer Art:**

- Auf der Grundlage traditioneller Konfliktstrukturen sind wir 2015 in Europa mit neuen Sicherheitslagen konfrontiert – von Terrormaßnahmen bis zu Cyberattacken.
- Es bestehen unklare Feindeskompositionen, was die notwendige Antizipation von Konflikten erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht.
- Die politischen Reaktionen sind jeweils zeitverschoben und unscharf, da man ja immer auf Sicht fährt.
- Da die Konflikte entgrenzt sind, sind jeweils internationale Antwortstrategien gefordert. Dazu ist die Europäische Union allerdings noch nicht angemessen ausgestattet.

- Zu alledem ist Deutschland ein besonders sensibler Adressat. Die Bemühungen um einen anspruchsvollen intellektuellen Diskurs zu dieser Thematik haben noch keine tragfähigen Ergebnisse erbracht.
- Auch Konflikte, die an den Rändern Europas stattfinden, können aufgrund der geographischen Nähe und den Dynamiken einer glo-

balisierten und immer enger vernetzten Welt sicherheitspolitische Herausforderungen für Österreich sowie seine politische Handlungsfähigkeit darstellen.

Man muss die sicherheitspolitischen Eliten auffordern, Erklärungsleistungen zu erbringen und Deutungskraft zu entfalten. Sie sollten „Smart Power“ zur Sicherheitsproblematik entwickeln, statt immer wieder von vorne zu beginnen und die alten Fehler zu wiederholen.

## KERNPUNKTE

- Die weltpolitische Architektur hat ihre Kalkulierbarkeit früherer Jahrzehnte verloren, worauf die europäische Politik mit situativem Krisenmanagement antwortet.
- Europa ist im Rahmen einer multipolaren Welt voller asymmetrischer Kriegshandlungen und unklarer Feindkompositionen mit neuen Sicherheitslagen konfrontiert.
- Der Aggregatzustand der Sicherheit hat sich tiefgreifend verändert. Konflikte können sich jederzeit und in unterschiedlichen Dimensionen entfalten.
- Auch Konflikte, die an den Rändern Europas stattfinden, können sicherheitspolitische Herausforderungen für Österreich sowie seine politische Handlungsfähigkeit darstellen.



# NOCH IMMER IN DER DEFENSIVE: DIE MILITÄRISCHE VERFLECHTUNG EUROPAS 2015

*Sven Biscop*

**“Im Jahr 2015 wird es Fortschritte in der militärischen Zusammenarbeit in Europa geben.” Die Frage ist, ob diese Kooperation, oder gar Verflechtung, weit genug gedeihen wird, um die Streitkräfte Europas retten zu können. Ohne Investitionen sind Zusammenarbeit und Verflechtung nicht möglich, daher ist die Umkehr der Abwärtsentwicklung bei den Verteidigungsausgaben zwar notwendig, für sich alleine genommen aber nicht ausreichend.**

Eines wird ganz sicher nicht passieren, und zwar weder 2015 noch in zehn Jahren: Mit ganz wenigen Ausnahmen werden europäische Staaten nicht zu Verteidigungsausgaben von 2 % des BIP zurückkehren. Wenn man sich also auf diesen Fetisch konzentriert, wie dies beim NATO-Gipfel in Wales im September 2014 geschah, wird man kaum Erfolg haben. In Europa wird man die Verteidigungsbudgets nicht verdoppeln oder verdreifachen. Die Botschaft derer, die dafür argumentie-

ren, die Verteidigungsausgaben langsam und in beschränktem und realistischem Ausmaß zu erhöhen, wird dadurch untergraben, dass man bei einigen Ländern erst einmal sicherstellen muss, dass die Budgets nicht unter einen bestimmten Wert fallen, der es ihnen verunmöglicht Truppen in den Einsatz schicken zu können. Die Öffentlichkeit weiß sehr genau, dass heute große Teile unserer Verteidigungsausgaben verschwendet werden, weil Europas Verteidigung so zersplittert ist. Die Wähler davon zu überzeugen, beträchtlich mehr für Verteidigung auszugeben, wird schwierig sein, solange dieser Umstand nicht behoben ist. Daher ist es neben der Sicherstellung eines verantwortungsvollen und realistischen Ausgabenniveaus genauso wichtig, die vorhandenen Geldmittel effizienter zu nutzen, und zwar durch weitreichende Zusammenlegungen und Spezialisierung.

### **Militärische Kooperation**

Militärische Kooperation und besonders militärische Verflechtung fordern Investitionen; nur dann sind Resultate zu erwarten. Daher ist es unerlässlich, dass zunächst einmal die Abwärtsentwicklung bei den Verteidigungsausgaben umgekehrt wird. Einige Regierungen haben tatsächlich noch weitere Kürzungen angekündigt, während andere bereits einen bestimmten Anstieg planen. Insgesamt könnten sich in Europa 2015 die Verteidigungsausgaben stabilisieren. Dank Putins Einfall in die Ukraine und den Online-Videos des sogenannten Islamischen Staates wurden Kürzungen bei Verteidigungsausgaben nicht nur in Osteuropa eher unpopulär.

Es wäre zielführend, diese wahrscheinliche Stabilisierung nun zu weiterer Zusammenarbeit und Verflechtung zu nutzen, anstatt nur nationale Ziele zu verfolgen. Andernfalls wird man die Zersplitterung niemals überwinden können. Zusammenarbeit und Verflechtung können die Grundlage für eine realistische Erhöhung der Verteidigungsausgaben sein, besonders wenn davon Vorteile für die Industrie zu erwarten sind. Zwei unterschiedliche aber miteinander verbundene Ebenen müssen dabei berücksichtigt werden.

### **Entwicklung von Schlüsselfähigkeiten**

Die Ebene auf der am schwierigsten Fortschritte zu erzielen sind, ist jene der EU-Projekte zur Entwicklung eigener europäischer Enabler. Derzeit wird daran, unter Koordination der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA), in vier Schlüsselbereichen gearbeitet: Luftbetankung, Drohnen, Satellitenkommunikation und Cybersicherheit. Um aber hier die kritische Masse für eine wirtschaftliche Machbarkeit dieser Projekte zu erreichen, müssen sich mehr EU-Mitgliedstaaten daran beteiligen und mehr investieren, wenn das Ziel der Entwurf und Bau eigener europäischer Plattformen ist. Dies sind zwar vier Kernbereiche, aber es gibt darüber hinaus mehr Kern-Schwachpunkte als strategische Enabler. Der Prozess ist im Laufen, aber aufgrund fehlender Investitionen erscheint ein größerer Schritt vorwärts vor dem Europäischen Rat im Juni 2015, wo die Verteidigung erneut auf der Tagesordnung stehen wird, nicht wahrscheinlich. Es sei denn, die Europäische Kommission, deren

Beteiligung an Forschung und Technologie, aber auch in der Fähigkeitenentwicklung erst versuchsweise angedacht ist, wird in Zukunft eine echte Rolle spielen. Wenn etwa ein Dutzend Mitgliedstaaten zusammen eine Drohne bauen, könnte dann nicht auch die Kommission, die ebenfalls Bedarf daran hat (für FRONTEX, ECHO, ja sogar für Umweltprojekte), genauso wie ein Mitgliedstaat etwas dazu beitragen, einen Teil der Kosten tragen und gleichzeitig am Nutzen teilhaben?

### **Bildung regionaler Cluster**

Die andere Ebene ist jene der verschiedenen überlappenden regionalen Cluster, an denen Länder beteiligt sind. Derzeit existiert eine starke Dynamik, die Zusammenarbeit in diesen Clustern zu intensivieren, was bis in das Jahr 2015 hinein andauern wird. Kooperationen zwischen Großbritannien und Frankreich, Deutschland und den Niederlanden, den Benelux-Staaten, sowie im Rahmen der Visegrad-Gruppe sind nur Beispiele für multinationale Zusammensetzungen, die derzeit vertieft werden. Die Frage ist wie weit diese gehen werden, und ob auch andere schon bestehenden oder neue Strukturen vom Reden zum Handeln übergehen und Zusammenarbeit wirklich implementiert wird. Der echte zusätzliche Nutzen dieser Cluster ist nicht nur die gemeinsame Fähigkeitenentwicklung, sondern besteht auch in permanenter Kooperation nach dem Erreichen dieser Fähigkeiten, und zwar durch das Zusammenlegen von Fähigkeiten, das Schaffen multinationaler Einheiten oder Verbände und/oder gemeinsame Spezialisierung (besonders in den Gebieten der Logis-

tik, Instandhaltung und Instandsetzung, sowie Ausbildung) der Mitglieder eines Clusters.

Drei neue Cluster sind im Kontext des NATO Framework Nations Concept, das in Wales befürwortet wurde, im Entstehen. Darf erwartet werden, dass diese bei der Kooperation tatsächlich so weit gehen, wie das der ursprüngliche deutsche Vorschlag vorsah: dass nämlich in jenen Bereichen, in denen beteiligte Nationen entscheiden zu kooperieren, sie diese gemeinsamen Kapazitäten als nur mehr eine Truppe betrachten?

### **Strategische Prioritäten**

Zum Schluss bleibt noch die Frage der Strategie. In Anbetracht der Krisen an unseren Grenzen und der immer deutlicher werdenden amerikanischen Zurückhaltung, was den Umgang mit Sicherheitsfragen in Europas weiterer Nachbarschaft betrifft, sind die Europäer noch die klare Antwort schuldig, welche Verantwortung sie bereit sind selbst zu tragen. Wann und wo sind wir willens, politisch die Führung zu übernehmen? Und dann kommt die militärische Frage: Was möchte Europa, d.h. die europäischen Verbündeten und ihre Partner/die EU-Mitgliedstaaten, im Stande sein, im Falle des Falles im militärischen Bereich autonom, d.h. ohne die USA, auf die Beine zu stellen? Die politische Frage kann nur von der EU beantwortet werden, denn sie ist eine außenpolitische Frage. Die neue Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik wird die Initiative ergreifen, die strategischen Prioritäten Europas an die gegebene Lage anzupassen. Die Sicherheitsdimension sollte ein wesentlicher Teil dieser Auf-

gabe sein. Die Beantwortung der politischen Frage wäre die Basis für eine Anpassung der autonomen militärischen Ambitionen der EU bzw. der europäischen Säule der NATO. Dies in den Defence Planning Process der NATO einfließen zu lassen ist wiederum eine Aufgabe der EU.

2015 darf manch Fortschritt an all diesen Fronten erwartet werden. Wird es genügend Fortschritt sein, um aus der Deckung zu kommen und Europa mit dem Selbstvertrauen auszustatten, das es braucht, um entschlossen mit allen notwendigen Mitteln nach außen Taten zu setzen – Diplomatie, Entwicklung, Handel und Militär?

## KERNPUNKTE

- Mit ganz wenigen Ausnahmen werden europäische Staaten nicht zu Verteidigungsausgaben von 2% des BIP zurückkehren. Die Beteiligung der europäischen Kommission an der Entwicklung von militärischen Schlüsselkapazitäten wie Drohnen, die auch zivil nutzbar sind, wäre anzustreben.
- Die Öffentlichkeit weiß sehr genau, dass heute große Teile unserer Verteidigungsausgaben verschwendet werden, weil Europas Verteidigung so zersplittert ist.
- Es wäre zielführend, diese wahrscheinliche Stabilisierung der Verteidigungsausgaben nun zu weiterer Zusammenarbeit und Verflechtung zu nutzen, anstatt nur nationale Ziele zu verfolgen.
- In Anbetracht der Krisen an unseren Grenzen und der immer deutlicher werdenden amerikanischen Zurückhaltung sind die Europäer noch, die klare Antwort schuldig, welche Verantwortung sie bereit sind selbst zu tragen. Offen ist auch noch was die europäischen Verbündeten und ihre Partner/die EU-Mitgliedstaaten im Stande sein wollen, im Falle des Falles im militärischen Bereich autonom, d. h. ohne die USA, auf die Beine zu stellen.



# EUROPÄISCHE RÜSTUNGSINDUSTRIE

Alexander Weis

**Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die europäische Rüstungsindustrie werden sich auch im Jahre 2015 nicht nachhaltig verändern. Der Konsolidierungsdruck wird auch 2015 weiter steigen. Weitere grenzüberschreitende Unternehmenszusammenschlüsse zeichnen sich ab.**

## **Makro-ökonomische Rahmenbedingungen für die rüstungsindustrielle Entwicklung im EU-Raum im Jahre 2015**

Die meisten Länder der Europäischen Union befinden sich immer noch in einer Phase der nur

langsamen wirtschaftlichen Erholung. Deshalb ist nicht zu erwarten, dass sich die makro-ökonomischen Bedingungen auch für das sicherheitspolitische Handeln im Jahre 2015 nachhaltig verbessern werden. Die nationalen Verteidigungshaushalte werden sich wie bereits im Vorjahr entwickeln und damit im Durchschnitt weiter real sinken (in 2014 um 5,73 %). Eine echte Trendumkehr ist im Jahr 2015 nicht zu erwarten. Neue sicherheitspolitische Herausforderungen, insbesondere die Entwicklung in der Ukraine-Krise, werden das Investitionsverhalten und -volumen kurzfristig nur unmaßgeblich beeinflussen. So werden auch die Beschlüsse des NATO-Gipfels von Wales im September 2014

kurzfristig nicht zu einer Trendwende beim Investitionsverhalten der EU-Mitgliedsstaaten führen.

Das Jahr 2015 wird ein Jahr des Übergangs bleiben, bei gezwungenermaßen weiterer investiver Zurückhaltung der EU-Mitgliedsstaaten im Verteidigungsbereich. Nach Berechnungen des Beratungsunternehmens Alix Partners sind die Rüstungsausgaben der westlichen Länder in den vergangenen drei Jahren um 13 % gesunken. Für einige Unternehmen könnte dies einen Umsatzrückgang von 20 bis 30 % in den nächsten drei bis fünf Jahren bedeuten.

Bei leicht sinkender EU-Binnennachfrage werden sich aufgrund dieser Rahmenbedingungen drei Tendenzen in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie verstärken:

Erstens, die Unternehmen werden sich auch weiterhin stärker auf den Weltmarkt ausrichten, d.h. wegen der Unzugänglichkeit des US-Marktes auf die Märkte der Schwellenländer.

Zweitens, die Unternehmen werden ihr Produktportfolio stärker auf zivile Sicherheits- und Dual-Use-Technologien ausrichten.

Drittens, die Unternehmen werden bei real sinkendem Marktvolumen auf dem EU-Binnenmarkt weiterhin unter erheblichem Konsolidierungsdruck stehen.

Die EU-Sanktionen gegen Russland werden sich für die russischen Rüstungsunternehmen und deren Situation am Weltmarkt negativ auswirken. Die im Wesentlichen zum Erwerb von west-

licher Technologie und zur Modernisierung der russischen Industrie betriebene Kooperation mit europäischen Staaten kommt zum Erliegen. Deshalb wird Russland verstärkt den Weltmarkt mit „traditionell“ russischer Technologie bedienen, was sich auf Teile des Weltmarktes wettbewerbsverzerrend auswirken könnte.

### **Eckpunkte individueller rüstungswirtschaftlicher Entwicklungen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union im Jahr 2015**

Der Europäische Rat im Juni 2015 wird den im Dezember 2013 begonnenen langfristigen Prozess zu einer intensivierten europäischen Kooperation, zum Bemühen um einen europäischen Verteidigungsgütermarkt und eine europäische Verteidigungstechnologiebasis fortsetzen. Neue Impulse wären eine Überraschung.

In der militärischen Luftfahrtindustrie Europas werden die Bemühungen um eine bestmögliche taktische Aufstellung von Auftraggebern und Industrie für das technologisch zukunftsweisende Projekt „Future Combat Air System/FCAS“ mit seinem signifikanten Kooperations- und Marktpotenzial fortgesetzt werden. Mit dem sich allmählich abzeichnenden Vorhaben FCAS wird sich die industrielle Führerschaft in Europa auf dem Gebiet der militärischen Luftfahrt herauskristallisieren. In der Landsystemindustrie könnte es in 2015 zu einem signifikanten grenzüberschreitenden Konsolidierungsschritt kommen. Die aus dieser Konsolidierung resultierenden Synergien könnten im Ergebnis Auswirkungen auf Standorte in Deutschland und Frankreich haben.

Der Bereich des Marineschiffbaus wird vermutlich erst nach ersten im Wesentlichen nationalen Konsolidierungsschritten, unter dem Druck sinkender nationaler Nachfrage, auch weiterhin einem erheblichen Konsolidierungsdruck ausgesetzt sein. Betroffen sind dabei insbesondere die als Systemintegratoren arbeitenden Unternehmen. Es zeichnen sich weitere horizontale Integrationen, d.h. die Übernahme von Sub-

system- und Komponentenlieferanten durch die Werften ab. Neben den Systemhäusern halten sich auf bemerkenswerte Art und Weise eine ganze Anzahl wirtschaftlich arbeitender kleiner Reparaturwerften. Der wirtschaftliche Druck vor allem auf die Systemintegratoren wird sich durch den Preisdruck von Anbietern vor allem aus Asien noch verstärken.

## KERNPUNKTE

- Das Investitionsverhalten der EU-Mitgliedsstaaten wird sich trotz aktueller Krisen nicht maßgeblich verändern.
- Die EU-Sanktionen gegen Russland haben Auswirkungen auf die russische Rüstungsindustrie und folglich auf den Weltmarkt.
- Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie wird sich durch den Konsolidierungsdruck Angebots- und ausrichtungstechnisch neu orientieren müssen.
- Die EU will die Kooperationen intensivieren, dies hat Auswirkungen auf viele Bereiche der Rüstungsindustrie.



# TRENDS IN DER EUROPÄISCHEN STREITKRÄFTE- ENTWICKLUNG

*Bruno G. Hofbauer*

**Da die allgemeine Wirtschaftslage in der Europäischen Union auch 2015 keinen allgemeinen Aufschwung erwarten lässt, wird es auch im kommenden Jahr am politischen Willen fehlen, in den militärischen Sicherheitssektor zu investieren. Politisch wird verstärkt auf nationale Eigeninteressen fokussiert werden, was die europäischen Streitkräfte weiter schwächen wird. Dies wird vor allem vor dem Hintergrund des weiter voranschreitenden Abzugs der US-Streitkräfte aus Europa von großer Bedeutung.**

Da auch 2015 die allgemeine Wirtschaftslage in der Europäischen Union keinen allgemeinen Aufschwung erwarten lässt, wird der

Handlungsspielraum der nationalen Regierungen eingeschränkt bleiben und sich die politische Bereitschaft zur Investition in moderne Rüstungsgüter in engen Grenzen halten. Der Trend der Reduzierung, sowohl von Quantität wie auch Qualität, der Streitkräfte wird in Westeuropa anhalten. Die Konkurrenzsituation zwischen den verschiedenen nationalen Sicherheitsinstrumenten - „Defence versus Security“ - also der Gegensatz zwischen den nationalen militärischen Einsatzkräften und den Sicherheitskräften im Inneren, wie Polizei oder Küstenwache, wird durch die angespannte Ressourcenlage weiter dynamisiert. Die nationalen Regierungen werden die Prioritäten auf die innere Sicherheit legen.

Ein engeres Zusammenrücken im militärischen Bereich ist innerhalb der EU-Staaten auch 2015 kaum zu erwarten, wobei die steigenden Nationalismen wesentlicher Akteure zusätzlich hemmend wirken. Durch anhaltende Zurückhaltung bei militärischen Investitionen sind aber nicht nur die jeweiligen nationalen Fähigkeiten betroffen, sondern auch die Rüstungsindustrien, die zunehmend um das „Überleben“ kämpfen und noch tiefer in Abhängigkeit von nicht-europäischen Rüstungskonzernen geraten. Jene Nationen, in denen noch eine substantielle Rüstungsindustrie vorhanden ist, werden sich bemühen, deren Innovationspotential durch Aufträge - die primär den eigenen Streitkräften zu Gute kommen - zu sichern. Dies wird auf Grund der eingeschränkten Ressourcenlage, jedoch nicht dazu führen, dass die Streitkräfte insgesamt modernisiert werden, sondern nur einzelne Teilbereiche von Investitionen profitieren, im Gegenzug dazu jedoch Andere völlig stagnieren. Das wird dazu führen, dass in absehbarer Zeit gesamte Fähigkeitssegmente aus den Streitkräften verschwinden, um andere Bereiche am Stand der Technik halten zu können. Diese Reduktionsmaßnahmen werden auch in Zukunft national entschieden – eine Koordinierung innerhalb der europäischen Staaten ist weiterhin nicht zu erwarten. Kooperationen sind nur im Hochtechnologiebereich zur Sicherung spezifischer Bereiche, wie Lenk-, U-Boot- oder Nukleartechnologie zu erwarten, zu hoch ist der Druck in anderen Rüstungssparten nationale Lösungen zu verfolgen.

Die großen drei westeuropäischen Nationen – Deutschland, Frankreich und Großbritannien – werden im Jahr 2015 weder in der NATO noch in der EU Willens sein, die militärischen Ent-

wicklungen gemeinsam zu dynamisieren, da die nationalen Ziele zu unterschiedlich sind und auch die multinationalen Kooperationsinitiativen der letzten Jahre nur bescheidenen Fortschritt gezeigt haben. Andere wichtige EU-Staaten, wie Spanien, Italien oder Griechenland werden bedingt durch ihre Wirtschaftssituation ernstzunehmende Akzente schuldig bleiben.

Die Auswirkungen der Ukraine-Krise werden in den nächsten Jahren in Europa politisch spürbar bleiben, jedoch keine unmittelbaren EU-weiten militärischen Folgen nach sich ziehen. Die nicht unmittelbar betroffenen Staaten sehen keinen Zwang zur Änderung ihres bisherigen Verhaltensmusters. Kommt es zu keiner weiteren massiven Eskalation, ist davon auszugehen, dass der Rückzug der US-Streitkräfte aus Europa, wie geplant weiter vollzogen wird und Europa für die USA militärisch nur mehr als Drehscheibe genutzt wird. Die osteuropäischen EU-Staaten werden innerhalb der NATO die verstärkte Beachtung des Artikels 5 einfordern, was NATO-intern durch die aktuelle Reduzierung der Out-of-Area-Einsätze, Unterstützung finden kann, die nötigen Investitionen werden jedoch unterbleiben.

Nur mehr einzelne europäische Länder werden weiterhin bestrebt bleiben den technologischen Anschluss zu den US-Streitkräften nicht zu verlieren, wobei Großbritannien, die Niederlande und Polen wesentliche Positionen einnehmen. Es ist davon auszugehen, dass sich Finnland und Schweden weiter an die NATO annähern und gleichzeitig die nordeuropäische militärische Zusammenarbeit weiter stärken werden. Die süd- und südosteuropäischen Staaten wer-

den die Bewältigung des Flüchtlingsstroms aus dem Süden forcieren und dazu auch militärische Kräfte und Mittel einsetzen. Der Ausbau des Law-Enforcement-Bereichs auf Kosten der militärischen Fähigkeiten ist erwartbar.

Ferner ist davon auszugehen, dass im EU-Raum auch 2015 militärische Kräfte in beachtenswerten Umfang im Rahmen von Reformen reduziert werden, wobei als Ziel primär finanzielle Einsparungen und nicht die Steigerung der Fähigkeiten verfolgt werden. Die frühzeitige Außerdienststellung von Systemen wird als Lösung gewählt werden, jedoch werden weder die Ersatzsysteme zeitgerecht vorhanden sein, noch deren spätere Finanzierung sichergestellt werden. Die Reduzierung von militärischem Personal wird vor allem die Einsatzkräfte der europäischen Streitkräfte weiter schwächen, ihre Durchhaltefähigkeit reduzieren und nur mehr geringe Teile für Einsätze auf dem aktuellen Gefechtsfeld befähigen. Nur in vereinzelten Bereichen werden Kompensationsmöglichkeiten im Rahmen von Kooperationen gefunden, wobei diese jedoch primär bilateral verfolgt werden. Kooperationen werden nur in vereinzelten Bereichen zu echten Einsparungen führen, indem Duplizierungen abgebaut werden, meist werden die Staaten bemüht sein ihre eigenen Institutionen und Standorte zu sichern.

Ein gemeinsames militärisches Einschreiten der europäischen Nationen im Nahen/Mittleren Osten, vor allem in Syrien oder im Irak, ist nicht zu erwarten; weder ist die Bereitschaft gegeben die unausweichlichen Verluste zu akzeptieren, noch sich in ein neues, potenziell jahrelanges Auslandsengagement zu involvieren. Ein

substantielles militärisches Eingreifen in Afrika ist von den EU-Staaten ebenfalls nicht zu erwarten, die Lehren aus der gescheiterten Truppenaufbringung für die Operation in der Zentralafrikanischen Republik sind noch nicht gezogen. Somit wird der allgemeine Trend weiter anhalten, dass sich die EU militärisch auf Fragen der Soft-Power verlegt und sich die NATO des militärischen Kernbereiches – jedoch mit einem verstärktem Artikel 5 Aspekt – annimmt.

Die zunehmende politische Betonung der nationalen Primärinteressen wird die europäischen Streitkräfte im Jahr 2015 insgesamt weiter schwächen und den globalen Relevanzverlust der EU in diesem spezifischen Bereich symbolisieren.

## KERNPUNKTE

- **Die schlechten Wirtschaftsprognosen für das Jahr 2015 werden sich negativ auf die Verteidigungshaushalte der europäischen Streitkräfte auswirken.**
- **Eine engere Kooperation der EU-Staaten im militärischen Bereich wird ist nicht erwartbar.**
- **Während sich die USA verstärkt aus Europa zurückziehen werden, könnten die osteuropäischen EU-Staaten innerhalb der NATO vermehrt die Anwendung des Artikels 5 fordern.**



# STATUS UND TRENDS DER VERTEIDIGUNGSBUDGETS IN DER EUROPÄISCHEN UNION

*Herwig Jedlaucnik*

Die Ukraine-Krise hat den langfristigen Trend zur weiteren Reduktion europäischer Militärausgaben vorerst kaum gestoppt und nur in wenigen Staaten Europas ein strategisches Umdenken mit entsprechenden budgetären Konsequenzen ausgelöst. Nur einige nordische Staaten, vor allem aber die Staaten Osteuropas werden ihre Militärausgaben kurzfristig wieder erhöhen. Die EU-Mitglieder reduzieren ihre Militärausgaben gemes-

sen am BIP-Anteil 2014 und 2015 jeweils um ca. 2,7 % und somit werden 2015 knapp 1,5 % des BIP für diese aufwenden.

## **Steigende Militärbudgets in Nord- und Osteuropa**

Die der Konfliktregion Russland-Ukraine naheliegenden Staaten Europas reagieren auf die Krise. Finnland und Schweden werden ihre Ver-

teidigungsbudgets 2015 zwar nur nominell leicht erhöhen, halten damit aber immerhin das derzeitige Niveau von 1,2 % des BIP für Militärausgaben. Estland hat bereits seit Jahren die prozentuell höchsten Verteidigungsausgaben im baltischen Raum, wird sein Budget aber dennoch leicht steigern und damit jedenfalls über 2 % des BIP bleiben. Die anderen baltischen Staaten werden in den nächsten Jahren massive Anstrengungen unternehmen, um zu Estland aufzuschließen. Lettland gibt derzeit nur 0,9 % des BIP für sein Militär aus, wird jedoch bereits 2015 die 1 %-Marke überschreiten und die bis 2020 auf 2 % steigern. Litauen will dieses Ziel bereits 2017 erreichen und hat die dazu notwendigen budgetären Schritte für 2015 gesetzt. Es wird damit seine Verteidigungsausgaben von 0,8 % des BIP im Jahre 2013 bereits 2015 auf fast 1,2 % des BIP erhöhen. Angesichts der gespannten Beziehungen zu Russland, der eigenen größenbedingten Schwäche und der damit bedingten Notwendigkeit „NATO-Musterschüler“ zu bleiben, ist zu erwarten, dass die baltischen Staaten auch langfristig etwa 2 % des BIP für ihre militärischen Aufgaben aufwenden werden.

Auch Polen erhöht seine Militärausgaben deutlich und wird 2015 vermutlich 2,2 % seines BIP dafür verwenden. Auf dieser Basis wird Polen auch sicherheitspolitisch dominanter auftreten. Polens russlandkritische Position wird daher in den nächsten Jahren zumindest innerhalb der NATO, aber wohl auch innerhalb der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) von Gewicht sein.

Bulgarien, das bis 2009 stabil 2 % des BIP für seine Streitkräfte aufwendete und 2012 sogar

auf 1,5 % reduzierte, plant seine Militärausgaben wieder jährlich um 10 % zu steigern. In wenigen Jahren dürfte Bulgarien daher wieder 2 % seines BIP für Militärausgaben aufwenden.

Rumänien wird sein Verteidigungsbudget 2015 zwar leicht erhöhen, verbleibt aber faktisch bei knapp über 1,3 % des BIP. Trotz ambitionierterer Ziele ist bestenfalls eine Steigerung bis 1,5 % zu erwarten.

Die Tschechische Republik steigert ab 2015 ihre Militärausgaben von derzeit 1,1 % jährlich um 10 % mit dem Ziel 2020 1,4 % des BIP zu erreichen. Die Slowakei wird das nominelle Verteidigungsbudget leicht erhöhen und damit knapp über 1 % BIP verbleiben.

Ungarn wird sein Verteidigungsbudget, nach mehreren Jahren in denen das Budget gekürzt wurde, wieder leicht anheben, 2015 jedoch noch knapp unter der 1 %-Marke verbleiben. Mittelfristig kann ein Ansteigen über 1 % BIP als sicher angenommen werden.

### **Sinkende Militärbudgets in West- und Südeuropa**

In den westeuropäischen Staaten werden die Verteidigungsbudgets jedoch weiter gesenkt. Mit Spanien, Belgien und Luxemburg werden selbst einzelne NATO-Staaten 2015 weniger als 1 % des BIP für ihre Verteidigung ausgeben. Auch die militärisch ambitioniertesten und mächtigsten westeuropäischen Staaten, Großbritannien und Frankreich, senken ihre Militärbudgets ebenso wie Deutschland und Italien. Selbst Großbritannien dürfte 2015 unter die magische

2%-Marke fallen. Über dieser Marke verbleiben vermutlich nur Frankreich, Portugal, Griechenland und Zypern.

Das irische Verteidigungsbudget sinkt erstmals unter die auffällige Grenze von 0,5 % des BIP. Das allianzfreie Irland stellt damit gemeinsam mit den Zwergstaaten Malta und Luxemburg das Schlusslicht der EU-Verteidigungsausgaben dar.

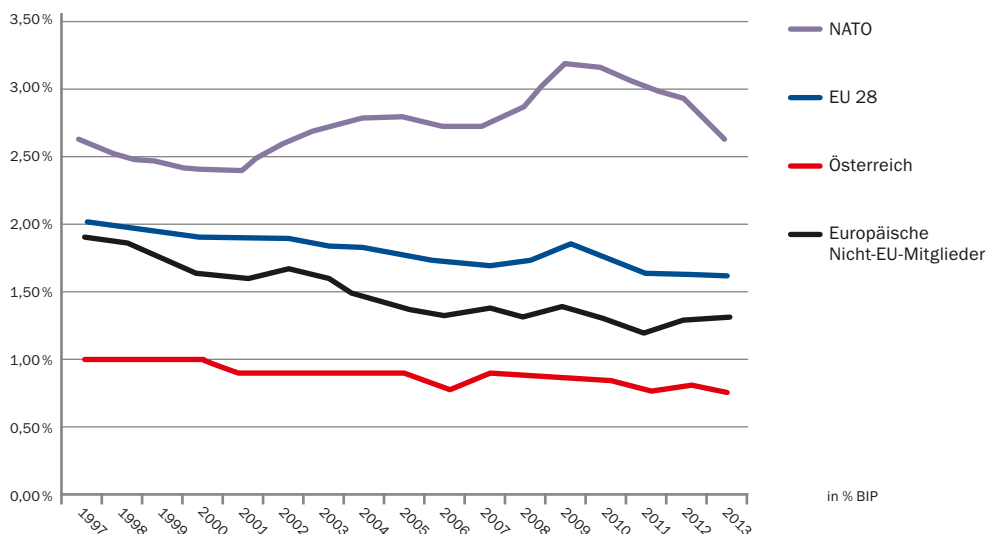
Österreich hat seine Militärausgaben, gemessen am BIP, seit 2001 nahezu parallel zur europäischen Entwicklung sukzessive um ca. 15 % reduziert. Auch 2014 senkte es sein Verteidigungsbudget gemessen am BIP um 6,5 % und wird es 2015 um weitere 8 % reduzieren. Es wird damit 2015, gemessen an seinem BIP, nur knapp 45 %

dessen, was Europa für seine Verteidigung aufwendet, ausgeben. Nach NATO-Standards gemessen werden die österreichischen Militärausgaben dann € 2,1 Mrd. bzw. 0,68 % des BIP betragen. Nach österreichischen Standards gerechnet bedeutet dies ein Absinken auf 0,55 % des BIP.

## Ausblick

Es ist zwar davon auszugehen, dass es im Falle einer Erholung der europäischen Wirtschaft in zahlreichen europäischen Staaten wieder zu einem leichten nominellen Anstieg der Militärausgaben kommen würde. Da keine Tendenzen für ein Ende des langfristigen Reduktionstrends erkennbar sind, ist in den nächsten Jahren gleich-

## ENTWICKLUNG DER EUROPÄISCHEN UND ÖSTERREICHISCHEN MILITÄRAUSGABEN ALS PROZENTUELLER BIP-ANTEIL 1997–2013



Quelle: SIPRI Inflationsbereinigte Basis 2012; Berechnung & Grafik: Jedlaucnik

zeitig ein Absinken der EU-Verteidigungsbudgets deutlich unter 1,5 % des BIP vorhersehbar. Die EU-Militärausgaben, ohne jene der besonders ambitionierten militärischen Großmächte Frankreich und Großbritannien gerechnet, könnten sogar unter die 1,2 %-Marke absinken.

Mittelfristig kristallisiert sich als genereller Trend die Trennung zwischen europäischen „Front- und Etappenstaaten“ heraus. Ohne signifikante Veränderungen der geostrategischen Lage Euro-

pas werden die an Russland, dessen Vasallenstaat Weißrussland bzw. die Türkei angrenzenden Staaten ebenso wie Großbritannien und Frankreich, die zur Absicherung ihrer außer-europäischen Gebiete und Interessen entsprechende militärische Mittel benötigen, um die 2 % des BIP für Militärausgaben bereitzustellen.

Die „NATO-Etappenstaaten“ werden hingegen 1 % bis 1,5 %, die Allianzfreien vermutlich 0,5 % bis 1 % ihres BIP für Verteidigungsaufgaben aufwenden.

## KERNPUNKTE

- Die der Konfliktregion Russland-Ukraine naheliegenden Staaten Europas reagieren auf die Krise. Finnland und Schweden werden ihre Verteidigungsbudgets 2015 zwar nur nominell leicht erhöhen, halten damit aber immerhin das derzeitige Niveau von 1,2 % des BIP für Militärausgaben.
- Österreich hat seine Militärausgaben, gemessen am BIP, seit 2001 nahezu parallel zur europäischen Entwicklung sukzessive um ca. 15 % reduziert. Nach NATO-Standards gemessen werden die österreichischen Militärausgaben 2014 2,1 Mrd. bzw. 0,68 % des BIP betragen. Nach österreichischen Standards gerechnet bedeutet dies ein Absinken auf 0,55 % des BIP.
- Ohne signifikante Veränderungen der geostrategischen Lage Europas werden die an Russland, Weißrussland bzw. die Türkei angrenzenden Staaten sowie Großbritannien und Frankreich um die 2 % des BIP für Militärausgaben bereitzustellen. Die „NATO-Etappenstaaten“ werden hingegen 1 % bis 1,5 %, die Allianzfreien vermutlich 0,5 % bis 1 % ihres BIP für Verteidigungsaufgaben aufwenden.



# ENTWICKLUNG REGIONALER MILITÄR- KOOPERATIONEN

*Rastislav Báčora*

**Durch die Krise in der Ukraine hat sich auch die Ausrichtung europäischer Militärkooperationen verschoben. Dadurch könnten Tschechien, die Slowakei und Ungarn an einer stärkeren Zusammenarbeit mit Österreich im Rahmen der Zentraleuropäischen Verteidigungskooperation (CEDC) interessiert sein.**

Die Ukraine-Krise wird auch 2015 Auswirkungen auf die außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung von regionalen Militärkooperationen in Europa haben; die wichtigsten sind die Nordic Defence Cooperation (NORDEF) mit Island,

Norwegen, Dänemark, Schweden, Finnland), die Kooperation der drei baltischen Staaten (B3), das Weimarer Dreieck (Frankreich, Deutschland und Polen) und die Visegrad-Gruppe (V4 mit Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn). Aus der Sicht des BMLVS nehmen die Staaten Zentraleuropas eine besondere Position ein, da diese mit dem BMLVS zusammen das Kooperationsformat CEDC bilden.

## **Trends**

Es ist davon auszugehen, dass sich 2015 die außen-, sicherheits- und militärpolitischen Span-

nungen zwischen dem Westen und Russland fortsetzen werden. Dabei könnte es möglicherweise zu einer Interessensdiversifizierung zwischen der von den USA dominierten NATO und der EU kommen. Die Trennlinien könnten zwischen jenen Staaten verlaufen, die gegenüber Russland schärfere wirtschaftliche Sanktionen und auch sicherheits- und militärpolitische Gegenmaßnahmen einfordern, und denen, die eher auf Dialog mit Moskau setzen, verlaufen.

Für die GSVP wird die Interessenslage innerhalb des Weimarer Dreiecks entscheidend sein. Die bereits vorhandene Haltungsdifferenz zwischen Paris, Berlin und Warschau gegenüber Russland könnte möglicherweise vertieft und als Konsequenz daraus könnte die „Achse“ USA-Polen neubelebt werden. Militärkooperationen werden nicht mehr durch „budgetären Rationalismus“, sondern primär durch außen- und sicherheitspolitische Interessen geleitet werden, und das würde eine Modifikation der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit bewirken. Konzeptuelle Kooperationen, die zunächst die GSVP hätten stärken sollen, könnten durch NATO-orientierte Ansätze überlagert werden. Somit wird der Aufbau regionaler NATO-Zentren mit etwa je 120 Mann in Estland, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien bereits 2015 Realität. Vor dem Hintergrund der Beurteilung Russlands als „Feind des Westens“ wird das Multinational Corps North East (MNC NE) der NATO mit Sitz im polnischen Szeszetin (Dt.: Stettin) als Hauptquartier der neuen „Speerspitzztruppe“ ausgebaut werden. Dadurch werden aus sicherheitspolitischer Sicht NATO-Verteidigungskapazitäten für einige EU-Staaten wichtiger als GSVP-Strukturen sein. Als Folge des stärker ausdifferenzier-

ten „Freund-Feind-Schemas“ werden bestehende Militärkooperationen modifiziert werden, und es könnten möglicherweise auch neue Formate entstehen.

## **Auswirkungen auf Militärkooperationen**

Unter den Spannungen mit Russland werden sich die Militärkooperationen NORDEFCO und B3 weiter vertiefen. Des Weiteren könnte das Weimarer Dreieck seine Dominanz innerhalb der GSVP aufgrund einer Interessensverlagerung Polens und einer politischen und wirtschaftlichen Schwächung Frankreichs verlieren. Insbesondere wird aber das Kooperationsformat der V4 ihre sicherheits- und militärpolitische Vertiefungsdynamik einbüßen.

Die Tatsache, dass 79 % der polnischen Bevölkerung Russland als „Bedrohung“ für die eigene Sicherheit betrachtet, hat weitreichende Folgen. Diese Sicherheitswahrnehmung Warschaws wird zwar von den baltischen Staaten geteilt, nicht jedoch von Polens Partnerländern innerhalb der V4, die 2016 eine gemeinsame EU-Battlegroup (EUBG) stellen werden. Während Polen auf der einen Seite sich mehr Sicherheit durch NATO-Truppen im eigenen Land erwartet, lehnen Tschechien sowie die Slowakei die Stationierung dieser im eigenen Land kategorisch ab. Der slowakische Premier verglich sogar die Stationierung von NATO-Truppen mit jenen des Warschauer Paktes im Jahr 1968.

Auch Ungarn verfolgt eigene Interessen und lehnt schärfere Maßnahmen gegen Russland grundsätzlich ab. Anders als Polen beteiligten

sich die anderen V4-Staaten auch nicht an der NATO-Übung „Rapid Trident“ in der Ukraine im September 2014. Warschau zog sich daraufhin aus dem V4-Projekt der gemeinsamen Luftraumüberwachung zurück und beschloss, eine Militäreinheit mit Litauen und der Ukraine aufzubauen. Entscheidend für die weitere Zusammenarbeit wird das Treffen der V4-Verteidigungsminister im Frühjahr 2015 sein. Als ein wichtiger Gradmesser der weiteren Kooperation gilt der Rüstungsbereich. So wird im Juni 2015 ein Treffen der V4-Rüstungsdirektoren stattfinden, bei dem die weiteren Prozesse abgestimmt werden. Sollten Rüstungs- und Modernisierungsprojekte der V4-Streitkräfte nicht im geplanten Umfang umgesetzt werden, wird die militärpolitische Kooperation der V4-Staaten fundamental in Frage gestellt werden. Dies

könnte möglicherweise zur Entstehung eines neuen Formates „B3+Polen“ führen, das um eine stärkere Integration der Ukraine in euroatlantische Strukturen bemüht wäre.

### **Ableitung für Österreich**

Im Jahr 2015 können Gegensätze vor allem zwischen Polen und Tschechien offen auftreten und Prag um den Ausbau militärpolitischer Beziehungen zu Deutschland und Österreich interessiert sein. Auch die Slowakei und Ungarn könnten eine stärkere militärpolitische Anbindung an Österreich suchen. Dadurch könnten möglicherweise die Konzepte einer CEDC mit einer besonderen Koordinierungsfunktion Österreichs an Attraktivität gewinnen.

### **KERNPUNKTE**

- **Ukraine-Krise:** Aus sicherheitspolitischer Sicht werden NATO-Verteidigungskapazitäten für einige EU-Staaten wichtiger als die GSVP-Strukturen.
- **Die „Achse“ USA-Polen** könnte neubelebt werden.
- **Die Nordic Defence Cooperation** und die Kooperation der drei baltischen Staaten werden sich weiter vertiefen.
- **Die Konzepte einer Zentraleuropäischen Verteidigungskooperation** mit einer besonderen Koordinierungsfunktion Österreichs könnten an Attraktivität gewinnen.



# TRANSATLANTISCHE BEZIEHUNGEN

*Annegret Bendiek*

Die transatlantischen Beziehungen werden sich auch 2015 noch in der Post-Snowden Phase befinden. Die wichtigsten Wirtschafts- und Sicherheitsthemen sind von den Nachwirkungen der Enthüllungen über die Praktiken der National Security Agency (NSA) überschattet. Während auf der europäischen Seite noch immer eine weit verbreitende Verstimmung herrscht und insbesondere das Europäische Parlament auf eine schärfere Gangart gegenüber den USA drängt, ist das dortige Problembewusstsein nach wie vor recht gering. Es besteht wenig Grund zu der Annahme, dass sich diese Grundkonstellation 2015 ändern wird. Viel-

mehr besteht begründete Annahme, dass sich die Unstimmigkeiten im Zuge der Verhandlungen um die Transatlantische Freihandels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) verschärfen könnten.

Die NSA-Affäre, neue Erkenntnisse zur stark angestiegenen Internet-Wirtschaftsspionage, gestohlene Zugangscodes und anderes mehr haben die Bedeutung und inhärenten Schwachstellen der europäischen Informations- und Kommunikationstechnologien für alle sichtbar offengelegt. Trotz allem Streben auf EU-Ebene zum Schutz der Privatsphäre und von Daten, wurde in den letzten Monaten klar, dass es in

Europa in technologischer und regulatorischer Hinsicht insbesondere im Hinblick auf die transatlantischen Partnerschaft großen Handlungsbedarf gibt.

Symptomatisch für diese Situation sind die Verhandlungen zum Safe Harbour- und zum SWIFT-Abkommen. Beide Abkommen regeln Bedingungen, unter denen Unternehmen in Europa persönliche Daten an amerikanische Unternehmen bzw. Behörden weiterzugeben befugt sind. Im ersten Fall können sich US-Firmen beim Handelsministerium registrieren lassen und verpflichten sich damit, bestimmte Prinzipien beim Datenschutz einzuhalten. Zu den teilnehmenden Unternehmen gehören Facebook, Microsoft und Google. Seit allerdings bekannt geworden ist, dass die NSA US-amerikanische Unternehmen unabhängig von europäischen Rechtsstandards dazu verpflichtet, nachrichtendienstlich relevante Daten weiterzuleiten, verweigert sich die überwiegende Mehrheit der EU-Parlamentarier einer Fortsetzung beider Abkommen. Vertreter aller Fraktionen des EU-Parlaments haben die EU-Kommission aufgefordert, beide Abkommen besser heute als morgen zu kündigen.

Unter der ehemaligen Justizkommissarin Viviane Reding versuchte die Kommission der Kritik durch eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der Abkommen zu begegnen. Hierzu sollten mehr Transparenz, das Öffnen des Gerichtswegs für EU-Bürger jenseits des Atlantiks, eine bessere Durchsetzung der Schutzvorschriften und eine Einschränkung des Zugriffs auf die Daten durch Geheimdienste gehören. Sollten diese Standards nicht realisiert werden,

so der Vizepräsident der Kommission, zuständig für den digitalen Binnenmarkt, Andrus Ansip, sei eine Aussetzung des Safe Harbor-Abkommens nicht ausgeschlossen.

Das SWIFT-Abkommen steht ferner in einem direkten Zusammenhang zu den aktuellen Verhandlungen zum Rahmenabkommen Datenschutz: Die EU-Kommission verhandelt seit fast vier Jahren mit den USA über ein Abkommen, das sowohl die Sicherheitsbefürchtungen der USA bedienen als auch sicherstellen soll, dass die Daten von EU-Bürgern an außereuropäische Ermittlungsbehörden nur auf klarer gesetzlicher Grundlage und mit gerichtlicher Nachprüfung übertragen werden können.

Das Abkommen soll Datenschutzstandards definieren, die dann auf Abkommen wie SWIFT und andere Abkommen im Strafverfolgungsbereich Anwendung finden können. Es soll erleichterte Übertragung von Daten zur Verhinderung, Aufdeckung, Ermittlung und Verfolgung von Straftaten möglich machen, ohne aber Grundrechte europäischer Bürger einzuschränken. Der aktuelle Entwurf des Abkommens kann allerdings noch nicht überzeugen, und es muss als unwahrscheinlich angesehen werden, dass er im Europäischen Parlament Zustimmung finden würde. Er erlaubt die massenhafte Übermittlung von Daten über unverdächtige Personen und die Erstellung von „Profilen“, etwa zur automatisierten Sortierung Einreisender in die USA in „Gefahrenklassen“. Die US-Regierung will das Abkommen zudem nicht vom Parlament ratifizieren lassen, um es auf dem rechtlichen Status eines bloßen Verwaltungsabkommens ohne Gesetzeskraft mit einklagbaren Rechten zu hal-

ten. Hinzu kommt, dass die USA den Bereich der nationalen Sicherheit von Datenschutzzusagen ausklammern möchten. Das Abkommen soll nur den Datenaustausch im Rahmen von polizeilicher und justizieller Zusammenarbeit betreffen und alle von der NSA gesammelten und verarbeiteten Daten unberührt lassen.

Auch die Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) dürften 2015 noch nicht zu einem Ergebnis kommen. Die Verhandlungen weisen noch viele Uneinigkeiten auf und gehen so langsam voran, dass das Abkommen in Barack Obamas Amtszeit so gut wie sicher nicht mehr umgesetzt werden wird. Insbesondere die Debatte über den vorge-

sehen außergerichtlichen Streitbeilegungsmechanismus zwischen Staaten und Unternehmen hat in Europa für viel Kritik gesorgt. Es ist zwar richtig, dass der US-Präsident Barack Obama dringend einen außenpolitischen Erfolg braucht und dass der seit den letzten Kongresswahlen mehrheitlich republikanisch besetzte Kongress TTIP wohl unterstützen würde. Gleichzeitig aber scheint das transpazifische Freihandelsabkommen (TPP) aktuell bei der US-Regierung Priorität zu genießen. Zwischenzeitlich drohte TTIP sogar vollständig zu scheitern. Falls der US-Geheimdienst seine „pauschale Massenüberwachung“ nicht komplett einstelle, so die Forderung einiger Abgeordneter, sei die Zustimmung des Parlaments zu diesem Vertrag gefährdet.

Sollten die Verhandlungen zum Rahmenabkommen Datenschutz sowie Safe Harbour-Abkommen nicht weiter vorangehen, dürfte diese Gefahr vom Tisch sein.

## KERNPUNKTE

- Die wichtigsten transatlantischen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Themen werden auch 2015 weiterhin vom NSA-Skandal überschattet bleiben.
- In Europa gibt es im Hinblick auf die transatlantische Partnerschaft großen Handlungsbedarf.
- Sollten die geforderten Datenschutzstandards nicht realisiert werden, ist eine Aussetzung des Safe Harbor-Abkommens nicht ausgeschlossen.
- Die Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) dürften 2015 noch nicht zu einem Ergebnis kommen.
- Das transpazifische Freihandelsabkommen (TPP) dürfte aktuell bei der US-Regierung Priorität genießen.



# DEUTSCHE SICHERHEITS- POLITIK 2015

*Henning Riecke*

**Die Debatte über die Neujustierung der deutschen Außenpolitik findet unter dem Druck realer Krisen statt. Hauptthema für die deutsche Außenpolitik 2015 wird die Ukraine Krise und das Verhältnis zu Russland sein. Deutschland wird eine führende Rolle bei der Neuausrichtung der NATO spielen. Eskalationen in Afghanistan, Syrien und im Irak können dort eine stärkere deutsche Beteiligung nötig machen.**

Zum Jahreswechsel diskutiert Deutschland intensiv darüber, wie es im Rahmen seiner multilateralen Selbstbindung mehr Verantwortung

in den internationalen Beziehungen übernehmen und dafür die skeptischen Bürger gewinnen kann. Aufrüttelnde Reden deutscher Politiker auf der letzten Münchner Sicherheitskonferenz, der Review-Prozess im Auswärtigen Amt, die Überprüfung der Beschaffungspolitik und die Positionierung des Wirtschaftsministers zur Lieferung von Waffen in Krisengebiete haben Grundfesten der zurückhaltenden deutschen Außenpolitik auf den Prüfstand gestellt – im wahrsten Sinne. Die Debatte gewinnt auch dadurch an Dynamik, dass sich neue Konzepte in einer komplizierten Praxis der Krisen in der Ukraine und in Syrien/Irak bewähren müssen.

Dabei wird deutlich, dass Deutschland keinen gestaltenden Einfluss nehmen kann, wenn es sich wie früher reflexartig sicherheitspolitisch zurück- und heraushält.

## **Ukraine**

Ganz oben auf der außenpolitischen Agenda in Berlin werden auch im Jahr 2015 die Lösung der Ukrainekrise und das Verhältnis zu Russland stehen. Deutschland gilt als traditionell engster europäischer Partner Russlands, aber die Enttäuschung über Putins nationalistische Außenpolitik sitzt tief. Bei kommenden Verhandlungen zwischen Angela Merkel und dem russischen Präsidenten wird es kurzfristig um einen Waffenstillstand in der Ostukraine und das Ende der russischen Unterstützung für die Separatisten – und erst danach um ein Rückfahren der Sanktionen gehen.

Auf mittlere Sicht muss die Lage in der Ukraine stabilisiert werden, hier ist eher die EU gefragt. Die deutsche sicherheitspolitische Community befasst sich aber längst damit, wie die europäische Sicherheitsarchitektur insgesamt an die neuen Bedingungen angepasst werden kann. Mit den feierlichen Jubiläen des Wiener Kongresses, des Weltkriegsendes, der KSZE-Schlussakte von Helsinki und der deutschen Vereinigung wird es Gelegenheiten geben, diese Debatte öffentlich zu führen.

## **NATO**

Die North Atlantic Treaty Organization (NATO) wird in dieser Architektur eine Rolle spielen. Dabei gibt es für Deutschland zwei Her-

ausforderungen. Zum einen hat es zusammen mit den Niederlanden und Norwegen die Federführung beim Aufbau einer Vorstufe der Very High Readiness Task Force übernommen, welche die Allianz in Wales im September beschlossen hat. Die Einsatztruppe im Umfang von 4000 Mann soll in wenigen Tagen an jede Grenze der NATO verlegt werden können. Deutschland ist im ersten Halbjahr 2015 Truppensteller für die NATO Response Force, aus der die Task Force entwickelt werden soll, und hat bereits das deutsch-niederländische Korps in Münster für das Kommando bereit gestellt.

Daneben hat in der NATO die Umsetzungsphase für die von Deutschland entworfene Framework Nation Initiative begonnen, in der sich kleinere Staaten bei Beschaffung und Betrieb von neuen Waffensystemen mit einem stärkeren Verbündeten zusammentun. Deutschland ist Rahmennation, muss aber das Misstrauen gegenüber seinem starken Parlamentsvorbehalt bei Auslandseinsätzen abbauen. Eine Kommission wird im Frühjahr Empfehlungen zur Lockerung dieses Verfahrens bei gemeinsamen militärischen Fähigkeiten vorlegen.

## **Afghanistan**

Deutschland wird sich an der International Security Assistance Force (ISAF)-Folgemission Resolute Support in Afghanistan mit 850 Mann beteiligen. Dabei geht es um Ausbildungshilfe und Fähigkeitsausbau. Eine Verschlechterung der Sicherheitslage kann die USA dazu bewegen, mit stärkerem Waffeneinsatz Präsenz zu zeigen und das eilige Abzugstempo zu modifizieren. Das wird auch in Deutschland die Frage auf-

werfen, spätestens bei der Mandatserneuerung Ende des Jahres, wie die Bundeswehr unter veränderten Bedingungen nach 2015 in Afghanistan aktiv ist.

## **Koalition gegen IS**

In der Koalition gegen die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ in Syrien und im Irak ist Deutschland vertreten, aber nicht prominent. Sein Beitrag liegt in der geheimdienstlichen Zusammenarbeit und in der Unterstützung für die irakischen Kurden mit kleinen und leichten Waffen. Dieser Schritt war in Deutschland umstritten, seine Auswirkungen werden auf der Agenda bleiben. Die der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nahestehenden Kurden in Syrien kommen für eine Zusammenarbeit nicht in Frage, bis die Türkei ihr Verhältnis zu dieser Gruppe normalisiert. Dies ist ein Anwendungs-

fall für die „Ertüchtigungsinitiative“, der Ausbildungshilfe bei Partnern für die Krisenreaktion, die Deutschland auch in der EU als Instrument der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik propagiert hat.

Schon im Juli hat Deutschland zudem frühzeitig anstelle des geschassten Russlands den Vorsitz der G7 übernommen. Bei dem Gipfel der Staatengruppe im bayrischen Schloss Elmau im Juni 2015 geht es um Themen wie die Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen oder den Umwelt- und Klimaschutz. Die regelmäßigen Außenministertreffen der G7 werden den Stand der Krisen in der südlichen und östlichen Nachbarschaft Europas zum Thema nehmen. Deutschland wird 2015 erstmals auch den Vorsitz des VN-Menschenrechtsrates übernehmen.

## **KERNPUNKTE**

- Die Diskussion um die Gewinnung der skeptischen Bürger für die Übernahme von mehr Verantwortung in den internationalen Beziehungen im Rahmen der multilateralen Selbstbindung wird intensiver.
- Ganz oben auf der außenpolitischen Agenda in Berlin werden auch im Jahr 2015 die Lösung der Ukraine Krise und das Verhältnis zu Russland stehen.
- Deutschland wird sich an der Nachfolgemission Resolute Support in Afghanistan mit 850 Mann und an den neuen Formaten der „NATO-Bereitschaftstruppen“ beteiligen.



# DEUTSCHLAND 2015

*Michael Derman*

**25 Jahre nach der Wiedervereinigung stellt Deutschland sich dem Betrachter als wirtschaftlich starkes und politisch stabiles Land dar, das zunehmend seine Rolle als europäische „Lead Nation“ ausfüllt. Dementsprechend tritt es mehr und mehr gestaltend und nicht passiv abwartend auf der politischen Bühne auf.**

1989 fiel die Mauer, im abgelaufenen Jahr 2014 gedachte Deutschland diesem, das Ende des kalten Krieges in Europa symbolisierenden, Ereignisses vor nunmehr 25 Jahren. Das nächste Jubiläum steht schon vor der Tür, denn 2015 feiert das Land 25 Jahre Wiedervereinigung. In diesem Vierteljahrhundert hat Deutschland nicht

nur die enormen wirtschaftlichen Belastungen der Wiedervereinigung, hervorgerufen durch die Kosten der Integration der völlig heruntergewirtschafteten DDR, verkraftet und ist unbestritten zur wirtschaftlich und finanziell stärksten Nation der EU geworden, sondern ist auch politisch zunehmend „erwachsen“ geworden. Dies wird vor allem durch eine entsprechend aktive und selbstbewusst agierende Außenpolitik des Kabinetts Merkel III sichtbar. Wenngleich Teile der deutschen politischen Klasse, einzelne Medien sowie, glaubt man Meinungsumfragen, der Mehrheit der deutschen Bevölkerung (noch) nicht ganz wohl ist bei dem Gedanken, wieder „wer zu sein“, so ist das Land in den vergangenen 25 Jahren schrittweise zur politischen

Realität zurückgekehrt und nimmt nun zunehmend die Rolle ein, die von seinen Partnern und Verbündeten, und nicht nur von diesen, erwartet, ja sogar gefordert wird. Deutschland ist nach der Katastrophe des zweiten Weltkrieges und den darauf folgenden Jahren der Teilung sowie der selbstaufgelegten Beschränkungen nach der Wiedervereinigung auf die Bühne der Weltpolitik zurückgekehrt und, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, zu einem „Global Player“ geworden.

## **Wirtschaftspolitik**

Deutschland ist 2015 wirtschaftlich und wohl auch politisch das stärkste Land der EU und es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass sich diese Situation kurzfristig ändert. Weder Paris noch London haben aktuell die Kraft, Deutschland diese Position streitig zu machen. Als dafür wesentliches und für Deutschland vielleicht sogar typisches Merkmal liegt die eigentliche Grundlage dafür in der Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes. Aufbauend auf der „Agenda 2010“ hat Deutschland die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht nur gut gemeistert, sondern befindet sich seither im Aufschwung.

Der Bundeshaushalt 2015 ist ohne neue Schulden verabschiedet worden, ein Ereignis das zuletzt 1969 eingetreten war. Erreicht wird die „schwarze Null“ in erster Linie durch stabil gehaltene Ausgaben bei wachsenden Steuereinnahmen, nicht zuletzt durch einen boomenden Arbeitsmarkt, der 2015 zur niedrigsten Arbeitslosenrate aller EU-Staaten führt. Dieses Budget, eine Folge der selbst verordneten und gesetzlich verankerten Schuldenbremse, eröffnet dem Land

nicht nur den finanziellen Spielraum für dringend nötige Investitionen, vor allem im Bereich der öffentlichen Infrastruktur, sondern auch für diverse soziale Wohltaten wie Mindestlohn und Mütterrente, welche die Koalition im abgelaufenen Jahr auf den Weg gebracht hatte. Dieser wirtschaftliche Stabilitätsanker in der Mitte Europas wirkt sich auch vorteilhaft für die Partner Deutschlands aus, vor allem für jene wie Österreich, dessen Wirtschaft zu einem großen Teil von einem florierenden Warenexport abhängt, zu dessen Hauptabnehmern Deutschland zählt.

Diese wirtschaftliche Kraft, die auch 2015 dominierend sein wird, verleiht der Bundesrepublik auch das Selbstbewusstsein, allerdings nicht immer zur Freude anderer, von diesen entsprechende Sparmaßnahmen bzw. Reformen einzufordern.

In der EU läuft ohne Deutschland nichts und schon gar nichts gegen Deutschland, daran wird sich auch in der kommenden Zeit kaum etwas ändern.

## **Außenpolitik**

Außenpolitisch ist von einer kontinuierlichen Weiterentwicklung auszugehen. Die nunmehr etwas mehr als ein Jahr im Amt befindliche Koalitionsregierung aus Union und Sozialdemokraten hat hier unter tatkräftiger Mitwirkung von Bundespräsident Gauck (Stichwort Münchner Sicherheitskonferenz 2014) den Weg einer zunehmend aktiven und global agierenden Außenpolitik eingeschlagen. Dies manifestiert sich z. B. in der führenden Rolle Deutschlands im Zuge der

Bemühungen zur Bewältigung der Krise in der Ukraine und in den diesbezüglichen Kontakten der Kanzlerin mit dem russischen Präsidenten sowie u.a. in der Tatsache, dass Deutschland an der Seite der P-5 des VN SR am Atomverhandlungstisch mit dem Iran sitzt. Die deutsche Außenpolitik wird sich zwar auch weiterhin in enger Abstimmung mit Brüssel (und zumindest in Teilen auch mit Paris) entwickeln, es kann jedoch erwartet werden, dass Deutschland künftig vermehrt auch eigene Initiativen setzen wird. Eine Konstante in der deutschen Außenpolitik bildet dabei die Unterstützung Israels.

### **Sicherheitspolitik**

Sicherheitspolitisch wird Deutschland hingegen, so wie bisher, auch künftig ausschließlich im Rahmen der NATO bzw. EU agieren, Brüssel bzw. Washington sind hier die unverrück-

baren Bezugspunkte. Nahezu auszuschließen ist hingegen die Wiederholung einer Situation wie seinerzeit im Zuge des Libyen-Konflikts, als Deutschland nicht nur seine aktive Teilnahme verweigerte, sondern obendrein sogar seine im Raum befindlichen AWACS-Besatzungen abzog. Die noch vor Jahresfrist nahezu undenkbar aktive Unterstützung der Kurden in ihrem Kampf gegen den IS mit Waffenlieferungen und Ausbildungshilfe ist hierbei der konkrete Beweis der geänderten Haltung.

Rüstungspolitik sowie Rüstungsexporte sind im Wesentlichen der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik untergeordnet. Vor allem im Bereich der Rüstungsexporte ist von einer pragmatischen Fortschreibung der bisherigen Linie auszugehen.

### **KERNPUNKTE**

- Deutschland ist 25 Jahre nach der Wende ein stabiler Global Player.
- Die durchdachte Wirtschaftspolitik sorgt für einen ausgeglichenen Staatshaushalt.
- Deutschland versucht außenpolitisch immer mehr an Bedeutung zu gewinnen.
- Das Fernstehen bei militärischen Konflikten gehört bis auf Weiteres der Vergangenheit an.



# GROSSBRITANNIEN 2015

Ronald Vartok

Die politstrategische Ausrichtung in Großbritannien wird in entscheidendem Ausmaß vom Ausgang der Parlamentswahlen im Mai 2015 bestimmt werden, insbesondere hinsichtlich des hinkünftig einzuschlagenden Kurses gegenüber der EU. Nach der Wahl ist eine Neufassung der Nationalen Sicherheitsstrategie zu erwarten, in deren Fokus weiterhin die Prämisse „Allein zu handeln, wenn erforderlich, und handeln im Verbund, wenn möglich“ stehen wird, wodurch Großbritannien den Weg der zunehmenden Kooperation mit Partnern (in Bündnissen wie auch außerhalb) konsequent weiterverfolgen wird.

Nachdem die Gefahr einer Abspaltung Schottlands im Zuge des Referendums im September 2014 vorerst abgewendet werden konnte, dominieren die für den 7. Mai 2015 angesetzten Parlamentswahlen in Großbritannien bereits jetzt das politische Tagesgeschehen.

Beide Großparteien („Conservatives“ und „Labour“) stellen erwartungsgemäß den Führungsanspruch, propagieren mit Vehemenz ihre traditionellen Kernkompetenzen und wechseln sich fast wöchentlich in der Wählergunst ab, folgt man den jeweils aktuellen Wahlprognosen. Zudem treffen sie auf einen neuen politischen

Herausforderer in Form der „United Kingdom Independent Party“ (UKIP), die unter der Führung des beständig an Popularität gewinnenden Nigel Farage vehement den Austritt Großbritanniens aus der EU propagiert. Mühelos gelang es UKIP im Herbst 2014 in zwei „by-elections“, ausgelöst durch das Überlaufen zweier konservativer Parlamentsabgeordneter, die ersten beiden Parlamentssitze im House of Commons zu erlangen.

Generell sieht sich Premierminister David Cameron vermehrt mit EU-skeptischen Abgeordneten in der eigenen Partei konfrontiert, die teilweise aus politischer Überzeugung agieren und teilweise aus der strategischen Überzeugung, nur so UKIP effizient entgegentreten zu können.

Um diese bei der Stange zu halten und auch der Bevölkerung den Eindruck eines unbeugsam für britische Positionen eintretenden Regierungschefs zu vermitteln, hat Cameron zugesichert, im Falle seiner Wiederwahl im Jahr 2017 ein Referendum über die Frage des Verbleibs Großbritanniens in der EU durchzuführen, ein Versprechen, das bislang nur UKIP abzugeben bereit gewesen ist.

Die EU-Skepsis sitzt auch in der britischen Bevölkerung tief und wird sich wohl noch verstärken, wenn es nicht gelingt, so wie vom Premierminister angekündigt, durch harte Verhandlungen EU-Kompetenzen wieder in die eigene nationale Beschlussfassung zurückzuführen. Legt man aktuelle Wahlumfragen als Maßstab dem Wahlverhalten im Mai 2015 zugrunde, so wird erneut keine der Großparteien einen ausreichenden Wahlzuspruch erhalten, um eine Alleinregierung bilden zu können. Überzeugende

Anzeichen, dass die einst bedeutende Partei der „Liberal Democrats“ den zunehmenden Niedergang aufzuhalten befähigt ist, sind nicht erkennbar. Im Gegenteil, ein entsprechendes Wahldebakel 2015 könnte sie als bislang potentiellen kleinen Koalitionspartner für derartige politstrategische Überlegungen ausschließen. Das Bilden einer großen Koalition, in anderen europäischen Staaten eine durchaus geübte Vorgangsweise, ist in Großbritannien aufgrund historisch-traditioneller Gründe indes auszuschließen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Großbritannien zeugt von einem beeindruckenden Wirtschaftswachstum (2014: 3,2 %; Prognose für 2015: 2,7 %), womit das Land die Liste der europäischen Staaten anführt.

In der Energiewirtschaft hält die britische Regierung unvermindert an ihren Plänen fest, „Fracking“ als Form der Energiegewinnung zu etablieren und Ende 2015 erste britische Haushalte mit auf diese Art gewonnenem „Shale Gas“ zu beliefern.

Vor dem Hintergrund der o. a. Entwicklungen treten sicherheits- und verteidigungspolitische Aspekte in den Hintergrund des aktuellen politischen Interesses, sieht man vom Kampf gegen den fundamentalistisch motivierten Terror und von der Terrorbedrohung ab, wie sie von aus dem Irak bzw. aus Syrien zurückkehrenden, für den „Islamischen Staat“ kämpfenden britischen Staatsbürgern ausgeht. In Konsequenz wurde nun eine verschärfte Antiterrorgesetzgebung in Großbritannien vorgestellt, deren Verabschiedung im Parlament noch vor den nächsten Wahlen zu erwarten ist.

Ende August wurde der Bedrohungslevel in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit eines Terroranschlags in Großbritannien von bislang „substantial“ auf nunmehr „severe“ angehoben. Eine Rückstufung dieses Bedrohungslevels, der einen Anschlag als „highly likely“ definiert, ist angesichts der unbewältigten Krisen im Irak und in Syrien sowie deren internationalen Auswirkungen auch für 2015 auszuschließen.

Generell wird der Eindruck erweckt, dass Großbritannien derzeit zu sehr mit sich selbst beschäftigt ist, als seinem eigenen Anspruch auf globale Einflusswirkung und Geltung tatsächlich entsprechen zu können.

Dennoch wird der Ausgang der Parlamentswahlen auch signifikante Auswirkungen im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich zeitigen. Nicht zuletzt gilt es, eine Erneuerung der „National Security Strategy“ und der hier von abgeleiteten Umsetzungsdirektive „Strategic Defence and Security Review“ (SDSR) vorzunehmen, da in den aktuell gültigen, jedoch im Jahre 2010 erstellten strategischen Dokumenten entscheidende Parameter mittlerweile an Priorität verloren, andere indes an einer solchen gewonnen haben.

So wird mit der Beendigung des Kampfeinsatzes der NATO in Afghanistan und dem Übergang zur Unterstützungsoperation „Resolute Support“ eine entscheidende Determinante für das aktuelle militärische Auslandseinsatzengagements Großbritanniens wegfallen. Die hinkünftige britische Beteiligung an der neuen NATO-Operation wurde mit einem Personalrahmen von 470 Soldaten/innen festgelegt, in deren Zentrum die Aus-

bildungsunterstützung für die „Afghan National Security Forces“ in Form des Betriebs der Offiziersakademie „Sandhurst in the sand“ stehen wird.

Auch werden NATO-Partner auf die Entscheidung gespannt sein, ob Großbritannien weiterhin bereit sein wird, seinen Verteidigungsetat auf den von der Allianz avisierten und von Großbritannien selbst stets auf das Energischste eingeforderten 2% des BIP zu halten.

Aussagen des auf zusätzliche Einsparungen des Staatshaushalts eingeschworenen, konservativen Finanzministers George Osborne, demzufolge das Verteidigungsbudget 2015 nicht zu den „geschützten“ Bereichen (wie Gesundheit und Bildung) zu zählen sein wird, erzeugen bereits jetzt düstere Voraussetzungen bei der militärischen Elite. Dies nicht zuletzt deshalb, weil unaufschiebbare wie kostenintensive Beschaffungsprogramme in der nächsten Legislaturperiode einer Entscheidung zugeführt werden müssen. Dazu zählen insbesondere

- die Festlegung der Anzahl der zu bauenden Trägersysteme U-Boot für die britische Nukleare Abschreckungskapazität, nachdem diese eine unverminderte Determinante der britischen Verteidigungspolitik darstellt, und
- das Beschaffungsvolumen der Kampffjets F-35B (Lightning II) angesichts der bereits getroffenen Entscheidung zur Nutzung beider in Fertigung gegebenen Flugzeugträger der „Elizabeth“-Klasse.

Die NATO stellt für Großbritannien unverändert den Eckpfeiler der kollektiven Verteidi-

gungspolitik und den unersetzlichen Garant für die Anbindung der USA an Europa dar.

Die im Zuge des Gipfels in Wales beschlossene Weiterentwicklung der NATO in Richtung einer erhöhten Reaktionsfähigkeit, nicht zuletzt manifestiert durch die britische Initiative zur Herausbildung einer „Joint Expeditionary Force“ (unter Einbindung von sechs Partnernationen) und einer avisierten operativen Einsatzbereitschaft im Jahr 2018, wird für die britischen Streitkräfte eine entsprechende Herausforderung darstellen.

Gleiches gilt für das gemeinsam mit Frankreich eingeleitete, ambitionierte Projekt der Herausbildung einer „Combined Joint Expeditionary Force“ mit einer Stärke von bis zu 10.000 Soldaten (inklusive „Force Enabler“), zumal eine erste

Verlegbarkeit des „Joint Headquarters“ für das Jahr 2016 angekündigt wurde.

Im nationalen Bereich wird 2015 die mit der SDSR angeordnete Streitkräftereform zügig voranzutreiben sein, um, wie geplant, 2016 für erste Elemente in der Größenordnung Brigade die Einsatzbereitschaft zu erzielen. Erhebliche Defizite im Bereich der Rekrutierung von Reservisten, denen in der zukünftigen „British Army 2020“ eine überaus bedeutende Rolle zugewiesen wurde, müssen 2015 überwunden werden, um das Gesamtprojekt Streitkräftereform nicht zu gefährden.

Die Erfolgsaussichten hierzu können vorerst jedoch noch nicht prognostiziert werden.

## KERNPUNKTE

- Die Parlamentswahlen im Mai 2015 werden richtungsweisend für die politische Ausrichtung Grossbritanniens insbesondere hinsichtlich seiner EU-Politik sein.
- Die Angst vor Terroranschlägen ist die stärkste Triebfeder für sicherheits- und verteidigungspolitische Ambitionen.
- Reduktionen im Verteidigungsbudget erscheinen durchaus realistisch.
- Die Beteiligung an internationalen Operationen wird auf jeden Fall fortgesetzt und um die Beteiligung an den zukünftigen schnellen NATO-Reaktionskräften erweitert.



# FRANKREICH 2015

*Helmut Meerkatz*

**Frankreich, die zweitgrößte Volkswirtschaft der EU, kämpft mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Umfassende Maßnahmen wären erforderlich, können aber mangels Akzeptanz kaum umgesetzt werden. Demgegenüber steht der Anspruch, eine bedeutende Rolle auf der Weltbühne zu spielen. Auch die Streitkräfte, bisher über alle Sparmaßnahmen erhaben, müssen in den kommenden Jahren schmerzhaft budgetäre Einbußen hinnehmen.**

Blickten die Europäer bisher besorgt auf die Volkswirtschaften von Griechenland, Italien,

Spanien oder Portugal, so tritt mittlerweile Frankreich in den Vordergrund. Die zweitgrößte Volkswirtschaft der EU stagniert bei einer anhaltend hohen Steuerquote und hohen Staatsaufgaben. Umfassende strukturelle Maßnahmen wären notwendig, sind aber nur sehr mühsam bis gar nicht umzusetzen. Schon der Gedanke von Sparmaßnahmen oder Änderungen betroffen zu sein, treibt die Franzosen auf die Straße und zwingt die Regierung, wie zuletzt bei der Öko-steuer, in die Knie. So war ein Mahnbrief aus Brüssel erforderlich, um weiterführende Anstrengungen zur Verringerung des Defizits für 2015 zu erreichen. Es gilt als sicher, dass die Defizit-

Vorgaben des Maastricht-Vertrages somit weder 2015, noch 2016 erreicht werden können. Dies wird zumindest für 2017 angestrebt. Die Regierung stützt ihre Maßnahmen für 2015 auf „zwei Säulen“, einerseits auf die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft durch Umsetzung des Verantwortungs- und Solidaritätspaktes, andererseits auf Einsparungen in der Höhe von 21 Mrd. Euro.

Mittelfristig wird das „Macrongesetz“ (benannt nach Emmanuel Macron, französischer Minister für Wirtschaft, Industrie und Digitales) für Attraktivität und Wachstum, das am 10. Dezember 2014 im Kabinett vorgestellt werden soll, von vielen schon jetzt heiß erwartet. Der Gesetzesentwurf, dessen Reformzüge die Erleichterung des Zugangs zu bestimmten Berufen, eine Lockerung der Öffnungszeiten, die Liberalisierung des Busverkehrs, eine Reform der Autobahnbetriebung und die Beschleunigung der Schlichtungsverhandlungen in Unternehmen vorsehen, stellt auch für Präsident François Hollande die Möglichkeit dar, seinen Reformwillen zu beweisen, seine Popularität im Lande mit einem herzeigbaren Erfolg zu verbessern und auch in „Brüssel zu punkten“.

In außenpolitischer Hinsicht wird sich Frankreich auch weiterhin für eine politische Lösung der Krise in der Ukraine bemühen und dabei auf Entschlossenheit gegenüber Russland (Sanktionen) bei gleichzeitiger Öffnung für den Dialog setzen.

Bezüglich Libyens zeigt sich Frankreich besorgt über die Destabilisierung und den damit einhergehenden Zerfall des Landes. Die Entwicklung

des Landes zum Rückzugsraum islamistischer Terrorgruppen wird als Bedrohung gesehen. Da derzeit ein militärisches Eingreifen ausgeschlossen scheint, wird weiterhin auf eine politische Lösung des Konflikts gesetzt, wenngleich die Erfolgsaussichten als gering zu beurteilen sind. Das französische Engagement in der Region Syrien/Irak wird mit hoher Wahrscheinlichkeit fortgesetzt, ebenso wie die weitere aktive Beteiligung an der Koalition gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS).

Frankreich wird auch weiterhin Einfluss auf die Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent nehmen. Dies erfolgt nicht nur in außenpolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch mit militärischen Kräften. Die mangelnde Beteiligung der europäischen Partner führt zu erheblicher Verstimmung.

Die militärstrategischen Vorgaben sind im „Livre Blanc 2013“ („Weißbuch 2013“) festgeschrieben. Daraus abgeleitet werden mit der „Loi de programmation militaire 2014–2019“ („Militärprogrammgesetz“) die erforderlichen Mittel zugewiesen. Diese wären für die nächsten drei Jahre jeweils 31,4 Mrd. Euro. Davon müssen aber jährlich ca. 1,8 Mrd. Euro selbst erwirtschaftet werden (durch Verkauf von Liegenschaften, Funkfrequenzen und dergleichen). Verzögerungen bei der Abwicklung bewirken zusätzlich, dass nicht unerhebliche Summen erst Ende 2015 zur Verfügung stehen und somit das Jahresbudget massiv belastet wird. Erst ab 2017 ist eine geringe Erhöhung des Budgets vorgesehen.

Die auch aus Budgetgründen erforderliche und umfangreiche Restrukturierung der Streitkräfte

wird jährlich zu einer durchschnittlichen Reduzierung von rund 7.000 Planstellen führen und soll bis 2019 abgeschlossen werden. So sind bei den Landstreitkräften insgesamt acht Verbände bzw. vergleichbare Größenordnungen von Auflösungen oder Umgruppierungen betroffen. Die Marine hat fünf Schiffe außer Dienst zu stellen und die Schließung einer Marinebasis und eines Marinekommandos zu verkraften. Bei der Luftwaffe ist die Auflösung bzw. Zusammenlegung von insgesamt vier Luftwaffenbasen zwingend erforderlich. Zusätzlich werden auch Dienste wie Gesundheitswesen, Betriebsmittel, Munitionswesen und die Verwaltung einer umfangreichen Transformation unterzogen. Kernstück in diesem Bereich wird die Zusammenführung des Generalstabes und des Verteidigungsministeriums, der Generaldirektion für Rüstung und weiterer nachgeordneter Organisationselemente in das „französische Pentagon“ bei Balard (im Südwesten von Paris) sein. Insgesamt werden dort ab Sommer 2015 ca. 9.000 Mitarbeiter der obersten militärischen Führung zusammengezogen sein.

Um eine Überalterung zu verhindern, müssen die Streitkräfte auch 2015 rund 15.000 Neuzugänge (bei gleichzeitig natürlichem Abgang) aufnehmen und in die Streitkräfte integrieren. Durch die Weiterführung von Operationen mit hoher Intensität, vor allem in Afrika sowie im Nahen Osten, erfordert dieser Transformationsprozess nicht nur einen erheblichen Planungsaufwand, sondern auch die Bereitstellung von zusätzlichen Geldmitteln.

Die französische Rüstungsindustrie, ein wesentlicher Wirtschaftsträger, ist laufend auf der

Suche nach Absatzmärkten und erhält tatkräftige Unterstützung durch Außenminister Laurent Fabius. Die Frage der Lieferung der beiden Kriegsschiffe der Mistral-Klasse an Russland bzw. deren Aussetzung und die daraus entstehenden Folgen für die Rüstungsindustrie, aber auch für die internationalen Beziehungen, wird die französische Politik weiter verfolgen.

## KERNPUNKTE

- Es gilt als sicher, dass Frankreich die Defizit-Vorgaben des Maastricht-Vertrages weder 2015 noch 2016 erreichen wird.
- Außenpolitisch wird Frankreich weiterhin auf politische Lösungen in der Ukraine und Libyen setzen, sein Engagement in Syrien und dem Irak wird mit großer Wahrscheinlichkeit fortführen und auch auf die Entwicklungen am afrikanischen Kontinent weiterhin Einfluss nehmen.
- Budgetbedingt ist das Militär einem Transformationsprozess ausgesetzt, bei dem die Weiterführung von Auslandsoperationen mit hoher Intensität die Bereitstellung von zusätzlichen Geldmitteln erfordert.
- Die Frage der Lieferung der beiden Kriegsschiffe der Mistral-Klasse an Russland bzw. deren Aussetzung und die daraus entstehenden Folgen für die Rüstungsindustrie, aber auch für die internationalen Beziehungen, wird die französische Politik weiter verfolgen.



# ITALIEN 2015

*Stefano Silvestri*

**Das Jahr 2015 wird für Italien entscheidend sein, sowohl aus wirtschaftlichen wie auch aus politischen Gründen. Eine lange Rezession könnte endlich zu Ende gehen, und wichtige innenpolitische Reformen könnten durch das Parlament abgesegnet werden. Diese Entwicklungen werden einen entscheidenden Einfluss auf Italiens Rolle und Stellung in der EU haben.**

Italiens Aussichten sind unklar. Glaubt man vielen Analysten, könnte 2015 das Jahr sein, in dem Italien endlich aus einer langen und tiefen wirt-

schaftlichen Rezession herausfindet – vorausgesetzt, die internationale und europäische Lage verschlechtert sich nicht wieder.

Die wirtschaftliche Krise geht Hand in Hand mit wichtigen innenpolitischen Änderungen, vom Versuch, die Institutionen zu reformieren (Herunterstufen des Oberhauses des Parlaments, Eliminierung einer lokalen Regierungsebene, der Provinzen, usw.), bis zum Wandel der traditionellen politischen Parteien in weniger ehrgeizige und ideologische Wahlkampfmaschinen. Weil alle Veränderungen mehr oder weniger

gleichzeitig passieren, ist es schwer vorherzusagen, ob alle erfolgreich zu Ende gebracht werden können oder von einer tiefen Krise des nationalen Konsenses blockiert werden. Die Zunahme der Proteststimmen und Stimmenthaltungen bei allen Wahlgängen ist ein beunruhigendes Signal. Sollten die Veränderungen aber nach den Plänen der Regierung zu Ende gebracht werden, könnte das Resultat eine entscheidende Modernisierung des italienischen Staates und damit eine gesteigerte Effektivität sein. Ihr Scheitern jedoch würde die politische und wirtschaftliche Krise vertiefen und das derzeitige Ausmaß der Integration Italiens in die EU in Frage stellen.

Diese Herausforderung ist so bedeutend, dass andere wichtige Fragen wie jene der internationalen Politik nur wenig Aufmerksamkeit erfahren. Die große Ausnahme ist natürlich die EU, ihre Institutionen und Politik, die ein Teil der italienischen Frage sind. Während die italienische Öffentlichkeit noch immer grundsätzlich pro-EU eingestellt ist, gibt es die große und kritiklose Unterstützung von früher nicht mehr. Anti-EU-Bewegungen wurden geboren, und Kritik sowohl an den europäischen Institutionen wie auch an der Politik einiger Mitgliedsländer (besonders Deutschlands) ist weit verbreitet. Während die Regierung und ihre Mehrheit auf europäischem Kurs bleiben, kann die Suche nach einem inländischen Konsens die Botschaft trüben und negativen, unkooperativen Einstellungen Nahrung geben.

Das internationale Szenario ist jedoch nicht irrelevant. Wirtschaftlich hat Italien große Hoffnungen in einen positiven Abschluss der Verhandlungen über ein Transatlantisches Freihandelsabkommens (TTIP) zwischen der EU

und den USA gesetzt. Die Schwächung der Präsidentschaft Barack Obamas als Resultat der republikanischen Erfolge bei den Midterm-Elections wird jedoch jeglichen positiven Abschluss maßgeblich verzögern.

Währenddessen ist Italiens Energiesicherheit durch die zwei Krisen in Libyen und zwischen der Ukraine und Russland bedroht. Obwohl die Entscheidung der Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC), die Produktion nicht zu kürzen, bedeutet, dass die Nachfrage befriedigt werden kann und der Preis für Öl und Gas wie auch für viele andere Güter niedrig bleibt (ein entscheidender Vorteil für Italiens Industrie), kann sich die Situation rasch ändern und das Wirtschaftswachstum bedrohen. Die Entscheidung Moskaus, die Southstream-Pipeline nicht zu realisieren, wurde in Italien nicht gut und als Omen größerer zukünftiger Probleme aufgenommen. Die sofortige Auswirkung ist eine größere Abhängigkeit von Pipelines, die durch die Türkei verlaufen, und damit eine geringere Anzahl möglicher Energierouten.

Weiters befeuert das Erstarken jihadistisch-terroristischer Kräfte im Mittleren Osten und Nordafrika wie auch das Anwachsen illegaler Einwanderung die Unsicherheit. Während die NATO unsicher auf die Krise im Osten reagiert, was die besorgniserregende Möglichkeit eröffnet, dass Russland vielleicht versucht, die Glaubwürdigkeit der Verteidigungsgarantie im Artikel 5 des Washingtoner Abkommens zu „testen“, fehlt sie fast vollständig im Mittelmeerraum, auch wegen der abweichenden Entscheidungen der türkischen Regierung bezüglich des Mittleren Ostens und Zyperns.

Italien ist daher unter Druck, neue Wege zu finden, um seine Sicherheit zu gewährleisten, wie zum Beispiel stärkere Verbindungen zu Ägypten und anderen „moderaten“ Ländern, die dabei helfen könnten, die Krise in Libyen zu stabilisieren. Italien erwartet sich dabei die Unterstützung und Solidarität seiner europäischen Partner: etwas, wofür es derzeit keine Gewähr gibt. Es könnte daher passieren, dass parallel zum wirtschaftlichen, ein politischer Bruch die europäische Solidarität weiter untergraben könnte. Die negativen Folgen des britischen Versuchs, den EU-Vertrag neu zu verhandeln, wie auch die Möglichkeit, dass das Vereinigte Königreich die EU verlässt, könnte Italiens Stellung noch mehr schwächen und teure Restrukturierungsmaßnahmen erfordern, währenddessen die Institutionen im wirtschaftlichen und politischen Bereich blockiert sind.

Zusammenfassend wird 2015 ein entscheidendes Jahr für Italiens Zukunft sein, sowohl innen- als auch außenpolitisch. Es erscheint aber unwahrscheinlich, dass die internationalen Entwicklungen Italien bei der Lösung seiner Probleme helfen werden. Im Gegenteil, sie könnten diese verschlimmern oder im besten Fall keinen Einfluss haben. Italiens Probleme müssen „daheim“ angegangen und gelöst werden, wenn möglich ohne weitere Belastungen für die europäische Solidarität. Es ist dies ein schmaler und schwerer Pfad.

## KERNPUNKTE

- **2015 wird sowohl innen- als auch außenpolitisch ein entscheidendes Jahr für Italiens Zukunft sein, wobei die erwartbaren internationalen Entwicklungen Italien bei der Lösung seiner Probleme wohl nicht helfen werden.**
- **Die wirtschaftliche Krise geht Hand in Hand mit wichtigen innenpolitischen Änderungen. Deren Ausgang ist auch von europapolitischer Relevanz, aber kaum prognostizierbar.**
- **Italiens Energiesicherheit ist durch die zwei Krisen in Libyen und zwischen der Ukraine und Russland bedroht.**
- **Italien sieht sich von den Problemen im Mittelmeerraum stark betroffen. Weil die NATO dort praktisch nicht präsent ist, sucht Italien neue Wege der Sicherheitsvorsorge, etwa stärkere Verbindungen zu Ägypten und anderen „moderaten“ Ländern. Es erwartet sich dabei die Solidarität seiner europäischen Partner.**



# GRIECHENLAND 2015

*Philipp Agathonos und Christina Christopoulou*

**Griechenland ist heute von einer sich stabilisierenden Wirtschaft und einem fragilen politischen System geprägt. Das Jahr 2015 kann durch dringend nötige Reformen und die anstehende Präsidentenwahl ein sehr richtungsweisendes für Griechenland werden.**

Nach einer sechsjährigen Rezessionsperiode und der Implementierung harter Sparmaßnahmen durch die Regierung scheint Griechenland nun das Schlimmste überwunden zu haben. Gemäß Wirtschaftsprognosen der Europäischen Kommission ist in Griechenland bis zum Jahr 2016 ein Wachstum von insgesamt 3,7 % zu erwarten, und die Arbeitslosigkeit soll auf 22 % zurückgehen. Diese Zahlen sind weitaus besser als die

für die gesamte Eurozone. Der Primärüberschuss wird im Jahr 2015 voraussichtlich 3 % des Bruttoinlandsproduktes betragen. Dies ist als eine positive Auswirkung der durchgeführten Finanz- und Strukturreformen des griechischen Anpassungsprogramms und des verbesserten wirtschaftlichen Umfelds zu bewerten. Das griechische Finanzministerium erwartet im Jahr 2015 die Umsetzung der Versprechen der EU, die einen weiteren Schuldenerlass betreffen. Somit soll ein schnellerer Ausstieg des Landes aus der Krise gewährleistet werden.

Die einhergehende wirtschaftliche Stabilisierung des Landes reflektieren auch die Zahlen des Fremdenverkehrs für 2014. Der Tourismus ist für

die griechische Wirtschaft von zentraler Bedeutung; jeder fünfter Arbeitsplatz hängt mittelbar oder unmittelbar vom Tourismus ab. Die Besucherrekorde aus dem Jahr 2014 sind aus diesem Grund sehr ermutigend. Ebenso positiv ist der Anstieg des privaten Konsums und der Exporte des Landes.

Auf politischer Ebene ist die Situation weniger rosig. Die anstehende Wahl des Staatspräsidenten durch das Parlament, die ursprünglich Ende Februar/Anfang März 2015 vorgesehen war, und die mindestens eine Mehrheit von 180 der 300 Abgeordneten erfordert, hängt wie ein Damoklesschwert über der Regierungskoalition aus Nea Dimokratia (Europäische Volkspartei) und PASOK (Sozialdemokratische Partei Europas), die lediglich über eine kleine Mandatsmehrheit im Parlament verfügt.

Die Ungewissheit liegt in der Tatsache, dass weder das Regierungslager über eine eigene „Präsidentenmehrheit“, noch die größte Oppositionspartei – das Bündnis der radikalen Linken (SYRIZA) – über die zur Blockade der Wahl notwendigen 120 Stimmen verfügt und eine immer größere Anzahl von Abgeordneten ihre jeweilige Fraktion verlassen hat und diese als wilde Abgeordnete agieren. Bis auf die Kommunisten, die kleinste Parlamentsfraktion, haben alle Fraktionen Abgeordnete verloren. Die „Unabhängigen Griechen“ sind faktisch halbiert, zahlreiche Abgeordnete der „Goldenen Morgenröte“, darunter auch ihr Chef, sitzen im Gefängnis. Auch die ehemalige dritte Regierungspartei, die Demokratische Linke, die bei den letzten Europawahlen massiv geschrumpft ist und praktisch keine Chance auf den Wiedereinzug ins

Parlament mehr hat, wurde durch zahlreiche Abgänge halbiert.

Premierminister Samaras und Vizepremierminister Venizelos haben am 8. Dezember überraschend angekündigt, dass die Wahl nun vorgezogen wird und den aus den Reihen von Nea Dimokratia stammenden ehemaligen EU-Kommissar, Savros Dimas, als gemeinsamen Kandidaten der Regierungsparteien vorgeschlagen. Der entscheidende dritte Wahlgang (bei den beiden ersten ist eine 2/3 Mehrheit notwendig) findet jetzt am 29. Dezember 2014 statt. Gelingt es der Regierungskoalition nicht, 180 Abgeordnete hinter einem Kandidaten zu vereinen, so muss das Parlament gemäß Verfassung neugewählt werden. Im neuen Parlament reichen dann 151 Stimmen zur Wahl eines Staatspräsidenten. Die Chance dafür liegt bei 50 %. Über Erfolg oder Misserfolg der Regierungskoalition bei der Präsidentenwahl werden letztendlich die wilden Abgeordneten entscheiden, die entweder keine Wiederwahl erwarten können oder sich durch ihr Stimmverhalten das Ergattern eines Platzes auf der Wählerliste einer größeren Partei erhoffen.

Die Ursache dieser verwobenen Lage liegt besonders in der parteienübergreifenden Inkompetenz, einen politischen Konsens herbeizuführen, die den politischen Alltag in Griechenland widerspiegelt. Besonders SYRIZA hat viele Wähler, die zuvor Großteils PASOK gewählt haben, mit einer strengen Troika-Kritik gewonnen. Auch extrem rechte oder linke Parteien sind für viele Protestwähler attraktiv. Es bleibt abzuwarten, wie sich die juristische Verfolgung eines großen Teils der Abgeordneten der neonazistischen „Goldenen Morgenröte“ auf das Stimmverhal-

ten der Bürger auswirkt. Die Opposition dürfte jedenfalls von vorgezogenen Neuwahlen profitieren, darunter allerdings auch die im Zuge der Wahl zum Europäischen Parlament neu entstandene linksliberale Partei des ehemaligen Journalisten Stavros Theodorakis, die eine prononcierte Pro-EU-Politik fährt und im Europäischen Parlament der Fraktion der Sozialisten und Demokraten beigetreten ist.

Wir gehen davon aus, dass SYRIZA vorgezogene Wahlen zwar gewinnen würde, die absolute Mandatsmehrheit allerdings trotz des derzeitigen Wahlsystems, das dem Gewinner einen „Bonus“ von 50 Mandaten verschafft, verfehlen wird. Dies würde bedeuten, dass Alexis Tsipras auf die Bildung einer Koalition angewiesen wäre. Auch die interne Lage von SYRIZA, in dem eine große Breite von politischen Meinungen (von ehemaligen Regierungsmitgliedern der PASOK bis hin zu Trotzkisten) vertreten ist, könnte für politische Turbulenzen bei einer allfälligen Regierungsbildung sorgen.

International dürfte ein frühzeitiger SYRIZA-Sieg einigen linksalternativen Protestbewegungen wie PODEMOS in Spanien Aufwind verschaffen. Mittelfristig ist jedoch eine Bewegung von SYRIZA in Richtung politischer Mitte sehr wahrscheinlich. Gewisse Parallelen mit dem Sieg der PASOK 1981 werden nicht nur in intellektuellen Kreisen gezogen, sondern von Alexis Tsipras, der sich als neuer Andreas Papandreu inszeniert, bewusst gefördert. Eine SYRIZA-geführte Regierung dürfte den außenpolitischen Kurs der jetzigen Regierung, etwa in Bezug auf den Namenstreit mit Mazedonien oder die Beziehungen zur Türkei, fortsetzen. Alexis Tsipras müsste

allerdings bei einer Reihe von Themen wie der sicherheits- und energiepolitischen Kooperation mit Israel (und Zypern), die einer allzu palästinenserfreundlichen Politik faktische Grenzen setzt, oder der festen Verankerung Griechenlands in der NATO die Verstimmung des linken Flügels in Kauf nehmen. Alternativ könnte er den linken Flügel besänftigen, etwa indem er die langjährige Forderung mehrerer linken Parteien in Bezug auf noch offene „Reparationen“ Deutschlands in Zusammenhang mit der deutschen Besatzung Griechenlands im zweiten Weltkrieg ins Regierungsprogramm übernimmt. Sollte er dieses Thema tatsächlich aufgreifen, würde es allerdings zu einer größeren Verstimmung mit Deutschland kommen.

## KERNPUNKTE

- Nach einer langen Rezession und der Implementierung harter Sparmaßnahmen stabilisiert sich die wirtschaftliche Situation in Griechenland zusehends.
- Griechenland erwartet von der EU, dass diese im Jahr 2015 ihr Versprechen eines weiteren Schuldenerlasses einlöst.
- Die innenpolitischen Blockaden und Verwerfungen, die auch durch parteilose Abgeordnete und brüchige Mehrheitsverhältnisse verursacht werden, behindern die Weiterentwicklung der griechischen Demokratie.
- Eine SYRIZA-geführte Koalitionsregierung dürfte den außenpolitischen Kurs der jetzigen Regierung im Großen und Ganzen weiter verfolgen. Bei einer Reihe von Themen wie der sicherheits- und energiepolitischen Kooperation mit Israel oder der festen Verankerung Griechenlands in der NATO wird ein Konsens aber schwierig sein.



# UNGARN 2015

*Istvan Gyarmati*

Die ungarische Agenda wird im Jahr 2015 weiterhin von zwei wichtigen Themen bestimmt: Da sind erstens traditionelle Bedrohungen von Staaten in unterschiedlicher Form – wie Russlands hybride Kriegsführung gegen die Ukraine – und die Erstarkung neuer Bedrohungen, die von nichtstaatlichen Akteuren ausgehen wie das Wirken des „Islamischen Staates“. Zweitens wird die Debatte über die liberale versus illiberale Demokratie wichtig sein. Im Jahr 2015 könnte es mit der Klarstellung einiger Missverständnisse und der Behebung von einigen Fehlern zu einer Entspannung in beiden Fällen kommen.

2014 ist in der internationalen Politik ein hartes Jahr gewesen. Es war gekennzeichnet durch zwei extrem wichtige, neu aufgetretene Konflikte: die russische Aggression gegen die Ukraine, folglich das deutliche Sichtbarwerden – sogar für jene, die das nicht früher erkannt haben bzw. erkennen wollten – Russlands als revisionistische Macht, und die Geburt des ersten echten Terroristenstaates – im Gegensatz zu Failed States, die von Terroristen überfallen werden –, des Islamischen Staates auf den Gebiet des Iraks und Syriens.

Diese neuen Phänomene kennzeichneten den Beginn einer neuen Ära, in der sowohl die tra-

ditionellen Bedrohungen, die von Staaten ausgehen, als auch die neuen Bedrohungen, die von nichtstaatlichen Akteuren ausgehen, in einer neuen, paradoxen Form zutage treten: die traditionellen Bedrohungen als „hybride“ Kriegsführung, und die neuen Bedrohungen in Form von „Staaten“. Dieser Trend wird sich 2015 fortsetzen, und die Staaten werden damit weiterhin in gleichem Ausmaß oder sogar noch mehr als im Jahr 2014 zu kämpfen haben.

Wir haben 2014 auch die Intensivierung der Debatte über das Wesen von Demokratie erlebt. Während möglicherweise niemand mehr glaubt, dass Putins „Demokratie“ echt ist oder ernsthaft werden könnte, gibt es verschiedene und jetzt deutlich divergierende Ansichten darüber, was das Wesen von Demokratie ausmacht. Die Debatte konzentriert sich jetzt, zumindest in Europa und Nordamerika, auf die „liberale“ versus „illiberale“ Demokratie – eine Debatte, die uns seit einiger Zeit begleitet, aber intensiviert und in die reale politische Arena gebracht wurde durch eine Aussage von Viktor Orban, den ungarischen Premierminister. Auch diese Debatte wird 2015 fortgesetzt werden.

## **Äußere Herausforderungen**

Die zentral- und osteuropäischen Staaten fanden sich 2014 inmitten dieser beiden neuen Phänomene. Ungarn war gekennzeichnet durch einen kontroversiellen Zugang zu diesen beiden Themen. Dies wird auch für 2015 gelten. Was sich – hoffentlich – ändern wird ist die Intensität der Debatte um Ungarn. Es könnten einige Missverständnisse geklärt und einige Fehler behoben werden.

Im Hinblick auf die Krise in der Ukraine und den Konflikt mit Russland hat die ungarische Regierung bereits einen Klarstellungsprozess gestartet – nicht nur in Worten, sondern auch mit Taten. Putins Entscheidung, das South-Stream-Projekt nicht zu realisieren, wird sich als hilfreich herausstellen, und zwar sowohl dadurch, dass einige Länder und die EU-Kommission von einem potenziellen Konflikt befreit werden, als auch dadurch, dass allen die Augen geöffnet werden für die fehlende Verlässlichkeit der russischen Führung, aber auch – und noch wichtiger – für die finanziellen Probleme, mit denen Russland auf Grund der Sanktionen und des fallenden Ölpreises zu kämpfen hat. Für Ungarn bedeutet dies, dass der wirtschaftliche Nutzen der Zusammenarbeit mit Russland weniger verlockend werden wird. Die Wahrheit ist – im Gegensatz zu dem, was die Weltpresse denkt –, dass Orban niemals gemeinsame Sache mit Putin gemacht hat. Seine Handlungen waren von einem kalten Kalkül der wirtschaftlichen Interessen Ungarns geleitet – auch wenn einige seiner Vorgehensweisen in Ungarn im Hinblick auf die Demokratie jenen Putins ähnlich sahen. Was passieren könnte, ist, dass sich die Distanz zwischen Ungarn und Russland vergrößert und Ungarn danach streben wird, nicht nur ein verlässlicher NATO-Verbündeter und ein nützliches EU-Mitglied zu sein, sondern auch dergestalt aufzutreten.

## **Innere Herausforderungen**

Im Hinblick auf die Debatte „liberale“ versus „illiberale“ Demokratie war Orbans Verwendung des Wortes „illiberal“ gemäß der Bedeutung in der ungarischen Sprache gemeint: „nicht liberal“.

Das liegt weit davon entfernt, was die englische Bedeutung dieses Wortes ausdrückt! Es bleibt zu sagen, dass Ungarn deshalb möglicherweise fortfahren wird, einiges in seiner kontroversiellen Gesetzgebung zu modifizieren, einen Weg der Aussöhnung mit der Zivilgesellschaft zu finden und den Kampf gegen die Korruption ernster zu nehmen – letzteres stellt eine absolute Notwendigkeit dar. Es muss nicht nur die politische und wirtschaftliche Situation in Ungarn verbessert werden, sondern auch das ziemlich angespannte Verhältnis zu den USA.

In wirtschaftlicher Hinsicht macht sich das Land ziemlich gut. Es wird allgemein erwartet, dass es zwei der drei Maastricht-Kriterien erfüllen wird. Das Bruttoinlandsprodukt wird um ca. 2,5 Prozent wachsen. Die Arbeitslosenrate wird weiterhin sinken. Die Lebensbedingungen der Bevölkerung signifikant zu verbessern, insbesondere jene der Ärmsten, bleibt möglicherweise die größte Herausforderung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Landes.

Meine allgemeine Erwartung ist, dass es einen gewissen Anstieg an politischen Spannungen im Land geben wird, aber dies könnte dennoch einen guten Start für eine langfristige Aussöhnung und ein Ausweg aus der derzeitigen Situation des internen politischen Konfliktes bezeichnen. Die Regierungselite wird es vielleicht als notwendig erachten, einen Prozess in diese Richtung in Gang zu setzen. Die extreme rechte Opposition kann sich dies jedoch nicht leisten, weil sie dadurch ihre Legitimität verlieren würde – was im Allgemeinen ein Positivum darstellt. Der Rest der Opposition – die schwer als links liberal zu charakterisieren ist – wird erkennen müssen, dass ein Dialog mit der regierenden Elite unvermeidlich ist, wenn auch sie der Pattsituation der internen Kontroversen entkommen möchten und den extremen rechten Kräften Einhalt gebieten wollen. Dies mag als ein allzu optimistisches Szenario anmuten, aber ich bin davon überzeugt, dass es möglich ist – und daran zu glauben ist der erste Schritt zur Realisierung dessen.

## KERNPUNKTE

- Russlands hybride Kriegsführung gegen die Ukraine und das Wirken des „Islamischen Staates“ werden auch 2015 die sicherheitspolitische Agenda Ungarns bestimmen.
- Der wirtschaftliche Nutzen einer engeren Zusammenarbeit mit Russland wird an Reiz verlieren.
- Wirtschaftlich wird sich Ungarn in eine positive Richtung entwickeln. Das BIP wird um ca. 2,5 Prozent steigen, die Arbeitslosenrate wird weiter sinken.
- 2015 wird Ungarn innenpolitisch vor der Herausforderung stehen, einiges in seiner kontroversiellen Gesetzgebung zu modifizieren, einen Weg der Aussöhnung mit der Zivilgesellschaft zu finden und den Kampf gegen die Korruption ernster zu nehmen.



# BULGARIEN 2015

*Daniel Smilov*

Die weitere politische Entwicklung in Bulgarien ist von einer stabilen Regierung abhängig, welche sowohl die innenpolitischen als auch die außenpolitischen Herausforderungen bewältigen muss. Innenpolitisch sind weitreichende Reformen notwendig, um das Vertrauen der Bevölkerung wieder zu erlangen. Außenpolitisch ist Bulgarien von der Ukraine-Krise und dem Ende von South Stream zum Teil massiv betroffen, was sich auch auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung auswirken wird.

2015 wird ein entscheidendes Jahr für Bulgarien, weil es als wichtiger Gradmesser für die weitere politische Stabilität des Landes gilt. Vor allem nach einer Zeit massiver politischer Tur-

bulenzen ist Stabilität notwendiger als je zuvor. In den vergangenen zwei Jahren hatte Bulgarien fünf verschiedene Regierungen (inklusive zwei Interimsregierungen), drei Parlamente und zwei vorgezogene Parlamentswahlen. Diese Ereignisse sind ein eindeutiger Indikator für politische Instabilität, die in Verbindung mit massiven Protestkundgebungen 2013–2014 die Dringlichkeit der innenpolitischen Herausforderungen verdeutlichen. Bulgarien durchlebte in den vergangenen zwei Jahren nicht nur externe sondern vor allem auch interne Konflikte, die ihren Ursprung im eigenen politischen System haben.

Durch die russische Annexion der Halbinsel Krim entstand die zentrale sicherheitspolitische Herausforderung für Bulgarien. Es wird damit

verdeutlicht, dass die Friedensordnung nach 1989 nicht länger als europäischer Konsens gilt. Daher ist für Bulgarien eine Neuausrichtung und Stärkung der NATO von zentraler sicherheits- und verteidigungspolitischer Relevanz. Die Ukraine-Krise hat auch innenpolitische Auswirkungen auf Bulgarien. So müssen die traditionell pro-russischen Sozialisten stärker ihre politische Loyalität gegenüber der EU und NATO beweisen. Die Sozialistische Partei Bulgariens (BSP, Bulgarian Socialist Party) profitiert von ihren guten Beziehungen zur politischen Elite in Moskau. Derzeit kann die BSP jedoch keine Vermittlerrolle zwischen der EU und Russland einnehmen, weil man eine eindeutige politische Positionierung einfordert.

### **Innenpolitische Herausforderungen**

Die letzten Parlamentswahlen vom 5. Oktober 2014 brachten eine besonders „komplexe“ Regierungskonstellation an die Macht. Nach dem Rücktritt der Oresharski BSP-geführten Regierung im Juli 2014, wählte die Mehrheit der Bevölkerung eine Mitte-Rechts-Bündnis, bestehend aus mehreren unterschiedlichen politischen Fraktionen. Immerhin schafften es acht Parteien die 4 %-Hürde zu nehmen. Drei der kleineren Parlamentsparteien (Reformist Block, RB, Patriotische Front, PF und ABV des letzten Präsidenten Parvanov) unterstützten in Folge die größte Partei – die GERB – bei der Regierungsbildung. Als neuer Premierminister wurde Boyko Borisov von der GERB ernannt, der gleichzeitig auch der einzige Politiker Bulgariens ist, der zum zweiten Mal in den vergangenen 25 Jahren Premierminister wurde. Die Sozialisten und die Partei der türkischen Minderheit (DPS) blieben in

der Opposition. Das zentrale Problem der aktuellen Regierung ist die Unterschiedlichkeit der politischen Profile, die nicht wirklich zueinander passen. Nach der offiziellen Angelobung scheint dennoch ein *modus vivendi* gefunden worden zu sein. Auch mit der nationalistischen Regierungspartei PF konnte eine Einigung erzielt werden. Damit sollten auch die von Seiten der EU und dem Europarat bestehenden Vorbehalte ausgeräumt sein.

Die innenpolitische Stabilität hängt also von vielen Faktoren unterschiedlichster Provenienz ab. Zwei wesentliche Faktoren könnten für die weitere Stabilität der Regierung ausschlaggebend sein: Zum einen sind die Oppositionsparteien BSP, DPS und ATAKA vergleichsweise schwach und durch ihre vorangegangene Regierungsbeteiligung diskreditiert. Die DPS ist auch aufgrund problematischer Geschäftsbeziehungen zur Mediengruppe von Delyan Peevski, die für die Massenproteste 2013 verantwortlich ist, belastet.

Insgesamt ist die Bevölkerung in Bulgarien weiterer Wahlen überdrüssig. Auf der aktuellen Regierung lastet somit ein nicht zu unterschätzender Druck die innenpolitischen Herausforderungen meistern zu müssen. Die Bevölkerung erwartet auch nachhaltige Reformen im Bankenwesen, die nicht weiter aufgeschoben werden können. Immerhin sind die vier größten bulgarischen Banken insolvent. Die Bankenkrise in Bulgarien wurde 2014 vergleichsweise gut gemeistert. So wurden Einlagen bis € 100.000,- gesichert, die Menschen erhielten immer Geld und eine Panik konnte im Wesentlichen vermieden werden.

Dennoch muss dem Bankensektor 2015 eine hohe Priorität in der Regierungsarbeit eingeräumt werden. Weitere Reformbereich betreffen das Gerichtswesen, das als besonders korrupt und unzuverlässig angesehen wird. Auch der Energiesektor und das Gesundheitswesen müssen grundlegend reformiert werden. Die allgemeine Verschuldung des Staates gemessen am BIP beträgt 30%, was als bewältigbar eingestuft wird.

## Externe Herausforderungen

Wie bereits Eingangs dargestellt wurde, wird die Ukraine-Krise nachhaltige negative Auswirkungen auf Bulgarien haben. Nicht nur die Veränderung des politisch-ökonomischen Klimas in Osteuropa, sondern auch der Bereitschaft von Investoren in Bulgarien zu investieren, wird zurückgehen. In Bezug auf die Foreign Direct Investments (FDI) ist ein Rückgang auf den Stand vor 2009 erwartbar. Das Ausbleiben russischer Touristen wird die bulgarische Tourismuswirtschaft treffen. Der Immobiliensektor, insbesondere an den Küstenorten, wird mit merkbaren Schwierigkeiten konfrontiert werden. In Bezug auf die 100%-Abhängigkeit von russischem Gas könnten in Verbindung mit der Krise im Bankensektor und der Ukraine-Krise Versorgungsprobleme auftreten. Die Situation für Bulgarien wird auch durch die politisch-militärischen Krisen an seiner Peripherie verkompliziert. Die, in Abstimmung mit der NATO, einhergehenden Forderungen nach einem höheren Verteidigungshaushalt, würde allerdings das ohnehin angespannte Budget belasten. Der Verlust durch das Aus von South Stream wird mit etwa jährlich € 400 Mio. beziffert.

Abschließend darf festgehalten werden, dass Bulgarien sicherheitspolitische Herausforderungen meistern muss, die sich aus internen wie externen Konflikten ergeben. Aber nicht nur Risiken werden erkannt sondern auch Möglichkeiten wichtige nationale Reformen umzusetzen, die wiederum die politische Stabilität des Landes fördern. Die externen Herausforderungen im Zuge der Ukraine-Krise wird die EU und NATO stärken, wovon Bulgarien profitieren wird.

## KERNPUNKTE

- **Die sicherheitspolitischen Herausforderungen für Bulgarien haben interne wie externe Faktoren. Der interne Faktor betrifft die Regierungskrisen der vergangenen zwei Jahre, sowie die Bankenkrise. Der Ukraine-Konflikt tangiert Bulgarien in wirtschaftlicher Hinsicht, weil notwendige Investitionen für das Land ausbleiben werden.**
- **Trotz der fragilen Regierung müssen alle Parteien an der Umsetzung von Reformen mitwirken, weil die Bevölkerung derzeit keine neuerlichen Wahlen mehr akzeptieren wird.**
- **Die Bankenkrise in Bulgarien konnte insbesondere 2014 gut gemeistert werden. 2015 werden notwendige Reformen im Bankbereich aber auch in anderen Bereichen erwartet, um die politische Stabilität im Land wieder herstellen zu können.**
- **Bulgarien bleibt eindeutig einer pro-europäischen Politik treu. Die NATO als zentrales Element in der Ausrichtung des Landes an den transatlantischen Strukturen wird durch eine engere Zusammenarbeit 2015 aufgewertet.**



# RUMÄNIEN 2015

Iulia Joja

**Rumäniens Außen- und Sicherheitspolitik wird im Jahr 2015 durch große Veränderungen bei den Entscheidungsträgern und Kontinuität bei der Ausrichtung gekennzeichnet sein: Der neu gewählte Präsident Klaus Iohannis wird wahrscheinlich den starken Euro-Atlantizismus beibehalten und sich stark mit der Instabilität in Europas östlicher Nachbarschaft befassen.**

Klaus Iohannis, der neu gewählte Präsident Rumäniens, wird sein Amt Ende 2014 antreten, wenn Präsident Traian Băsescu zurücktritt, nachdem dieser die rumänische Außen- und Sicherheitspolitik zehn Jahre geprägt hat. Iohan-

nis gewann gegen Premierminister Victor Ponta auch deshalb, weil er Pontas Wiederannäherung an China und Russland einen starken Euro-Atlantizismus entgegenstellte. Im Gegensatz zu Bulgarien, wo ein bedeutender Teil der Bevölkerung eine unkritische Haltung gegenüber Russland und Vladimir Putins Vorgehen in der Ukraine hat, zeigten die rumänischen Wähler, dass sie bezüglich der Ukraine eine Politik der Sanktionen wie auch starke Beziehungen zu den USA bevorzugen.

Bedeutende Änderungen wird es in Rumäniens Außen- und Sicherheitspolitik höchstwahrscheinlich nicht geben. Iohannis sagte während

seines Wahlkampfes, dass er die Ausrichtung rumänischer Außenpolitik beibehalten wird: die Entwicklung einer strategischen Partnerschaft mit den USA ebenso wie das Engagement in der NATO und der EU. Eine von zwei geplanten Auslandsreisen in seinem ersten Monat als Präsident wird Iohannis in die USA führen.

Auf der anderen Seite könnten die engen Beziehungen des neuen Präsidenten zu Deutschland zu einer stärkeren Annäherung zwischen Berlin und Bukarest führen. Stärkere bilaterale Kooperation wird es auf wirtschaftlicher Ebene sicher geben, aber auch neue Projekte der beiden Länder im Sicherheitsbereich und größere außenpolitische Koordination sind möglich. Besonders die Ukraine Krise fordert eine bessere Koordination der EU-Mitgliedstaaten, die besondere geografische Lage könnte, zusammen mit engerer Zusammenarbeit mit Berlin, die Bedeutung Bukarests erhöhen.

Rumänien wird auch das nationale Projekt – den Weg der Republik Moldau in die EU – weiter vorantreiben. Klaus Iohannis erster Besuch als designierter Präsident führte ihn nach Chişinău während der dortigen Parlamentswahlen, und er sicherte der Republik Moldau die rumänische Unterstützung bei der Wahrung ihrer territorialen Integrität wie auch bei ihrem Weg nach Europa zu. Obwohl Iohannis sich für die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland aussprach, ist es – dank regionaler Spannungen – unwahrscheinlich, dass es 2015 zu einer Wiederannäherung kommen wird. Im Gegensatz zu den Nachbarstaaten Bulgarien und Ungarn, in die Russland strategisch investiert hat, wird Präsident Iohannis die Politik der

Vermeidung jeglicher großen russischen Investitionen oder enger wirtschaftlichen Zusammenarbeit weiterführen.

Rumäniens Sicherheitspolitik wird weiter auf eine NATO-Präsenz in Europa, auf die Stärkung des Artikels 5 und auf die transatlantische Solidarität setzen. Als prioritär für seine Amtszeit definierte Iohannis Rumäniens proaktive Mitarbeit in der NATO, und er betonte die Notwendigkeit, dass die europäischen Länder ihr Zögern bei der Verhängung weiterer Sanktionen im Lichte der Ukraine Krise aufgeben sollten. Diese Aussagen sind eine Weiterführung von Präsident Băsescu Unterstützung der EU-Sanktionen gegen Russland wie auch der Auffassung, dass Russlands Vorgehen in Europa eine Bedrohung europäischer Sicherheit darstellen.

Es wird jedoch viel von Rumäniens Verteidigungsbudget 2015 abhängen. Obwohl Entscheidungsträger betonen, dass es notwendig sei, bis 2017 das Budget auf zwei Prozent zu erhöhen, ist es aufgrund der wirtschaftlichen Situation Rumäniens unwahrscheinlich, dass es eine signifikante Erhöhung gegenüber 2014 geben wird. Bei den Investitionen wird es 2015 zu einer Fortführung der Streitkräftemodernisierung kommen wie auch zu einer Priorisierung der Territorialverteidigung.

Investitionen in die Territorialverteidigung im Zusammenhang mit der Ukraine Krise könnten zu Lasten des Krisenmanagements und der Teilnahme an internationalen Einsätzen erfolgen: Für 2015 wurde eine signifikant niedrigere Teilnahme der rumänischen Streitkräfte an internationalen Einsätzen vorgesehen, was eine

Tendenz zur Verringerung der Mitwirkung an solchen Einsätzen andeutet. Das ist ein Resultat der rumänischen regionalen Bedrohungsanalyse. Im Gegensatz dazu steht Bulgarien, wo die Einschätzung Moskaus radikal anders ist und man eine Reduktion des Verteidigungsbudgets und der Truppenstärke für 2015 erwarten kann. Der neue Außenminister Rumäniens, Bogdan Aurescu, ein Karrierediplomat, wird wahr-

scheinlich eine ausgewogene Außenpolitik verfolgen, obwohl er eine Balance zwischen dem neuen mitte-rechts Präsidenten und seinem Gegner im Präsidentschaftswahlkampf, dem mitte-links Premierminister Victor Ponta finden muss. Weitere Regierungsumbildungen und Wiederernennungen können 2015 nicht ausgeschlossen werden.

## KERNPUNKTE

- **Bedeutende Änderungen in Rumäniens Außen- und Sicherheitspolitik sind nicht zu erwarten. Bukarest wird an der Entwicklung einer strategischen Partnerschaft mit den USA ebenso wie an seinem Engagement in der NATO und der EU festhalten.**
- **Rumänien qualifiziert Russlands Vorgehen in Europa als eine Bedrohung europäischer Sicherheit.**
- **Investitionen in die Territorialverteidigung im Kontext der Ukraine Krise könnten dauerhaft zu Lasten der Teilnahme an internationalen Einsätzen gehen.**
- **Präsident Iohannis sicherte der Republik Moldau die rumänische Unterstützung bei der Wahrung ihrer territorialen Integrität wie auch bei ihrem Weg nach Europa zu.**



# FINNLAND 2015

*Kirsti Pohjankukka*

Der Konflikt in der Ukraine fand Eingang in die außen- und sicherheitspolitische Diskussion in Finnland, hat jedoch keinen unmittelbaren Einfluss auf die Verteidigungspolitik. Finnland setzt weiterhin auf die Fähigkeit zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung, die auf der allgemeinen Wehrpflicht und einem Territorialverteidigungssystem beruht, das das ganze Land einschließt. Es gibt neue Initiativen im Rahmen der Nordic Defence Cooperation und der NATO-Partnerschaft.

Eine NATO-Mitgliedschaft ist weiterhin eine Option, obwohl diese nicht aktiv von der aktuellen Regierung angestrebt wird. 2015 werden Wahlen zum Parlament abgehalten; die Verteidigungsausgaben sind einer der Punkte, die dabei diskutiert werden.

2015 werden es 20 Jahre, dass Finnland, zusammen mit Schweden und Österreich, der EU beigetreten ist. In dieser Zeit hat sich die finnische Außen- und Sicherheitspolitik verändert. Heute

ist unsere Politik auf guten bilateralen und internationalen Beziehungen aufgebaut, die zu einer starken Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU beitragen sowie für eine effektive multilaterale Kooperation und eine glaubwürdige Landesverteidigung sorgen.

## **Herausforderung Ukraine**

Diese Elemente sind weiterhin gültig, auch wenn der Konflikt in der Ukraine das Land in eine neue Situation gebracht hat.

Die Ereignisse in der Ukraine stellen insgesamt eine neue Herausforderung für die Sicherheitsstrukturen Europas dar. Dadurch haben sie auch Eingang in die außen- und sicherheitspolitische Diskussion in Finnland gefunden. Finnland nahm am Entscheidungsfindungsprozess zu den EU-Sanktionen teil und steht fest hinter ihnen. Gleichzeitig wird betont, dass eine Lösung des Konflikts nur auf dem Wege friedlicher Verhandlungen gefunden werden kann.

Der Konflikt hatte keine unmittelbare Auswirkung auf Finnlands Verteidigungspolitik. Finnland setzt weiterhin auf die Fähigkeit zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung, die auf der allgemeinen Wehrpflicht und einem Territorialverteidigungssystem unter Einschluss des ganzen Landes (fast vierfachen Größe Österreichs, längste Grenze mit Russland von allen EU-Staaten) beruht.

Der Konflikt in der Ukraine hat die nationale Debatte über eine mögliche NATO-Mitgliedschaft Finnlands befeuert. Nach dem EU-Beitritt hat sich Finnland nicht mehr länger als neutrales

Land bezeichnet. Die EU-Mitgliedschaft ist eine Entscheidung mit fundamentaler sicherheitspolitischer Bedeutung für Finnland. Gleichzeitig ist Finnland weiterhin nicht Mitglied einer militärischen Allianz. Die Krise in der Ukraine ließ zwei unterschiedliche Diskurse entstehen. Einerseits ist die Unterstützung in der Bevölkerung für eine NATO-Mitgliedschaft so hoch gestiegen wie noch nie. Liegt aber immer noch unter 25 %. Andererseits werden auch die Gegenstimmen immer lauter, die meinen, dass eine Mitgliedschaft die Spannungen in Nordeuropa nur noch verstärken würde. Die NATO-Mitgliedschaft bleibt weiterhin eine ausdrückliche Option für Finnland, jedoch wird sie von der derzeitigen Regierung nicht aktiv angestrebt.

## **Transatlantische Dimensionen**

Unsere aktive Partnerschaft mit der NATO verstärkt unsere transatlantische Verbindung. Finnland setzt diese Kooperation bei einer breiten Palette von Themen fort. Über eine verstärkte Fähigkeit zur Teilnahme am Krisenmanagement hinaus – egal ob unter der Führung von UNO, EU oder NATO – hat diese Arbeit signifikant zur Weiterentwicklung unserer Verteidigungsfähigkeit beigetragen. In letzter Zeit wurde mehr Augenmerk darauf gelegt, regelmäßigen politischen Dialog mit der Allianz zu pflegen. Die jüngste Entscheidung der NATO, Finnland als Teil der Partnership Interoperability Initiative verbesserte Möglichkeiten zu eröffnen, verspricht eine weitere Verstärkung der Kooperation. Ein weiteres Beispiel ist das Memorandum of Understanding im Bereich Host Nation Support, das im Rahmen des NATO-Gipfels in Wales abgeschlossen wurde. Diese Initiativen waren aber

keine Reaktionen auf die derzeitige Krise in der Ukraine; sie wurden schon lange vor den jüngsten Ereignissen vorbereitet.

## **Nordische Zusammenarbeit**

Die Nordic Defence Cooperation hat starke nationale Unterstützung. Weiteres Kooperationspotenzial wird mit Schweden gesehen, das ebenfalls nicht Mitglied eines Verteidigungsbündnisses ist. Diese Kooperation läuft gut, obwohl die Streitkräfte der beiden Länder ziemlich unterschiedlich strukturiert sind: Schweden hat seine Wehrpflichtigen-Armee 2010 aufgegeben und strebt nun nach schnell einsetzbaren Kräften mit einer Gesamtstärke von 50.000 Mann. Demgegenüber hat Finnland auch nach der jüngsten Umstrukturierung der Streitkräfte eine Wehrpflichtigen-Armee mit einer Mobilisierungsstärke von 230.000 Mann.

Im Mai 2014 haben der finnische und der schwedische Verteidigungsminister einen Aktionsplan für eine vertiefte Verteidigungszusammenarbeit unterzeichnet. Dieser Plan beschränkt sich auf die Zusammenarbeit in Friedenszeiten, ein Verteidigungsbündnis oder Sicherheitsgarantien werden darin nicht erwähnt. Mögliche Kooperationsbereiche beinhalten unter anderem bessere Kommunikation, Austausch von Personal, gemeinsame Ausbildung, Instandhaltung und Instandsetzung sowie Beschaffung. Konkrete Aktionen werden im Jänner 2015 vorgeschlagen werden.

## **Wirtschaft**

Für 2015 wird eine langsame Erholung der finnischen Wirtschaft erwartet. Finnland befin-

det sich seit 2012 in einer Rezession, obwohl die Staatsverschuldung mit 60 % unter jener Österreichs blieb. Das reale BIP wird sich 2014, beeinflusst durch Risiken im Zusammenhang mit den geopolitischen Spannungen, negativ entwickeln. Die Verlangsamung der russischen Wirtschaft – der größte Handelspartner Finnlands – hatte den Rückgang der Exporte seit Mitte 2013 zur Folge. Die EU-Sanktionen und das Importverbot für Lebensmittel durch Russland werden den finnischen Exporten weiter stark zusetzen. Der indirekte Effekt durch den EU-Binnenmarkt bleibt noch abzuwarten.

## **Verteidigungsbudget**

Der öffentliche Sektor erfuhr in den letzten Jahren maßgebliche Einschnitte. Das vorgeschlagene Verteidigungsbudget für 2015 beträgt € 2,7 Mrd. dies entspricht mehr als 1 % des BIP. Der jüngste parlamentarische Bericht hat festgestellt, dass zur Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Landesverteidigung zusätzliche Budgetmittel erforderlich sind. Der Befehlshaber der finnischen Streitkräfte hat betont, dass das vorgesehene Budget lediglich dazu ausreiche, vorhandene Fähigkeiten zu erhalten, nicht aber, neue Fähigkeiten zu schaffen. Die politische und öffentliche Unterstützung für eine Bereitstellung von Budgetmitteln für das Militär ist gestiegen, nicht zuletzt wegen der Krise in der Ukraine. Somit wird die nächste Regierung über eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets entscheiden müssen.

Im Mai 2015 finden die Wahlen zum Parlament statt, Sicherheitspolitik wird jedoch nicht zu den wichtigsten Wahlkampfthemen zählen.

Während der Fokus dieses Artikels auf den derzeitigen Herausforderungen in Europa lag, ist Finnland weiterhin mit den Herausforderungen globaler Natur beschäftigt, etwa mit dem aufkommenden Extremismus und der Cyberkriminalität. Diese Fragen sind weiterhin mindestens so aktuell wie bisher.

## KERNPUNKTE

- Finnland nahm am Entscheidungsfindungsprozess zu den EU-Sanktionen gegen Russland teil und steht fest hinter ihnen. Gleichzeitig wird betont, dass eine Lösung des Konflikts nur auf dem Wege friedlicher Verhandlungen gefunden werden kann.
- Der Konflikt in der Ukraine hat die nationale Debatte über die Option einer NATO-Mitgliedschaft befeuert, sie wird jedoch von der derzeitigen Regierung nicht aktiv angestrebt.
- Die Verteidigungskooperationen der nordischen Partnerschaft, insbesondere mit Schweden, werden vertieft. Letztere beschränkt sich auf die Zusammenarbeit in Friedenszeiten, ein Verteidigungsbündnis oder Sicherheitsgarantien werden darin nicht erwähnt.
- Für 2015 wird eine langsame Erholung der finnischen Wirtschaft erwartet. Die EU-Sanktionen und das Importverbot für Lebensmittel durch Russland werden den finnischen Exporten weiter stark zusetzen.
- Das Verteidigungsbudget für 2015 soll EUR 2,7 Mrd. umfassen, was einem BIP-Anteil von mehr 1 % des BIP entsprechen würde. Die Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Landesverteidigung würde jedoch zusätzliche Budgetmittel erfordern.



# SCHWEDEN 2015

*August Reiter*

Das Jahr 2014 war in der intensiven sicherheits- und verteidigungspolitischen Diskussion durch die Entwicklungen in der Ukraine und das militärisch wieder erstarkende Russland mit den Auswirkungen auf den Ostseeraum gekennzeichnet. Vor diesem Hintergrund wird 2015 thematisch unverändert die NATO- Mitgliedschaft, die territoriale Landesverteidigung, das Personalsystem und das Verteidigungsbudget (hier sind Erhöhungen zu erwarten) diskutiert werden.

Da es der neuen schwedischen Minderheitsregierung nicht gelungen war, ihr Budget im Reichstag durchzubringen, kommt es Ende

März 2015 zu Neuwahlen, deren Ausgang offen ist. Entscheidender wird jedoch sein, wie sich die nachfolgende Regierungsbildung gestaltet und Lösungen im politischen System müssen gefunden werden.

Wirtschaftlich stehen die Zeichen auf moderatem Wachstum, die gesellschaftlichen Herausforderungen sind nur mittel- bis langfristig zu lösen.

Schweden verfolgt, eingebettet in die EU mit starker Anlehnung an die NATO und die USA, eine aktive Außenpolitik. Mit der Übernahme der Solidaritätsklausel ins Rechtswesen hat sich

das Land klar von seiner langjährigen Neutralitätspolitik und Bündnisfreiheit entfernt. Eine Vollmitgliedschaft in der NATO wird oft diskutiert, ist jedoch noch unwahrscheinlich. Stattdessen setzt man auf weitreichende Annäherung (Teilnahme am NATO Response Force Pool, Unterzeichnung eines Host Nation Support-Abkommens und der Partnership Interoperability Initiative), verstärktes Engagement im nordischen Kontext (NORDEFCO) und insbesondere bilaterale Kooperation mit Finnland. Russland wird landläufig als Feindbild betrachtet. Daraus lassen sich gute Argumente für die Erhöhung des Verteidigungsbudgets ableiten.

Wirtschaftlich hat sich Schweden verhältnismäßig gut durch die Finanzkrise manövriert. Das Land verfügt über eine nennenswerte Rüstungsindustrie und richtet seine Rüstungspolitik aktiv danach aus. Die Staatsverschuldung ist gering, die Steuerbelastung hoch und Schulden werden auf die Privathaushalte umgelegt.

Das Verteidigungsbudget von umgerechnet 4.728 Mrd. € erlaubt die kontinuierliche Entwicklung der Streitkräfte. Schweden hat die Wehrpflicht 2009 ausgesetzt, eine Wiedereinführung im vorhergehenden Umfang ist unwahrscheinlich, man sucht jedoch nach Alternativen, um das jetzige System zu optimieren. Die wesentliche Herausforderung der Streitkräfte liegt in der dauerhaften personellen Befüllung. Schweden ist in der Lage, „High Value Assets“ im geringen Umfang rasch für nationale und internationale Aufgaben bereit zu stellen. Von der 2009 festgeschriebenen Ambition (2.000 Soldaten) ist man jedoch weit entfernt und wird dies auch bleiben.

Mitte Mai 2014 wurde der Bericht der Verteidigungskommission veröffentlicht, der die nationale Verteidigung wieder verstärken wird, eine Verschiebung Richtung UN-Einsätze vornimmt, die weitgehende Annäherung an die NATO jedoch ohne Vollmitgliedschaft empfiehlt und die Aussetzung der Wehrpflicht (trotz zunehmender Gegenstimmen) bestätigt. Eine Anpassung des Systems wird jedoch erwartet.

Die wesentlichen innenpolitischen Themen sind die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die Aufrechterhaltung des Sozialstaates, das in heftige Kritik geratene Bildungswesen, die Integrationspolitik und das Gesundheitswesen.

Nach den Wahlen im Herbst 2014 hatte sich zunächst eine Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten und der Umweltpartei konstituiert. Sie konnte ihr Budget gegenüber den anderen Parteien jedoch nicht durchbringen, da die rechten Schwedendemokraten für das Gegenbudget der Allianz stimmten. Daraufhin kündigte Premierminister Kjell Stefan Löfven für 22. März 2015 Neuwahlen an. Das erste Quartal 2015 wird daher ganz im Zeichen der Wahl stehen, deren Ausgang erfahrungsgemäß bis zuletzt spannend bleibt. Bei der darauf folgenden Regierungsbildung wird sich zeigen, ob man aus der Regierungskrise gelernt hat. Sollte es wiederum zu einer Minderheitsregierung kommen, muss entweder die politische Kultur oder das politische System insgesamt angepasst werden. Der außenpolitische Kurs wird davon weitgehend unbeeinflusst bleiben.

Aus sicherheits- und verteidigungspolitischer Sicht wird die Diskussion um die NATO-Mitgliedschaft vor allem vor dem Hintergrund der

Lage in der Ostsee und dem russischen Verhalten auch 2015 weiter relevant bleiben. Die verstärkte Zusammenarbeit mit Finnland wird konkrete Formen bei den Streitkräften annehmen, die Wehrpflicht und das Personalwesen betreffend werden Systemanpassungen erfolgen und mit der Entsendung eines nennenswerten Kontingentes (ca. 250 Soldaten) zu United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali (MINUSMA) wird die schwedische Anwärterchaft auf einen Sitz im UN-Sicher-

heitsrat 2017 unterstrichen. Schweden zeigt auch seine EU-Ambition und wird vom niederländischen Flaggschiff Johan De Witt aus die Operation ATALANTA führen. Das ursprünglich für April 2015 zu erwartende Verteidigungsgesetz zur Umsetzung des Berichtes der Verteidigungskommission vom Mai 2014 wird sich verzögern und damit die Streitkräfteentwicklung zeitlich hemmen, die avisierten Budgeterhöhungen sind davon jedoch zunächst nicht betroffen.

## KERNPUNKTE

- Das erste Quartal 2015 wird ganz im Zeichen der Wahl stehen. Sollte es wiederum zu einer Minderheitsregierung kommen, muss entweder die politische Kultur oder das politische System insgesamt angepasst werden. Der außenpolitische Kurs wird davon weitgehend unbeeinflusst bleiben.
- Schweden verfolgt, eingebettet in die EU mit starker Anlehnung an die NATO und die USA, eine aktive Außenpolitik. Mit der Übernahme der Solidaritätsklausel ins Rechtswesen hat sich das Land klar von seiner langjährigen Neutralitätspolitik und Bündnisfreiheit entfernt.
- Wirtschaftlich hat sich Schweden verhältnismäßig gut durch die Finanzkrise manövriert. Die Staatsverschuldung ist gering, die Steuerbelastung hoch und Schulden werden auf die Privathaushalte umgelegt.
- Mitte Mai 2014 wurde der Bericht der Verteidigungskommission veröffentlicht, der die nationale Verteidigung wieder verstärken wird, eine Verschiebung Richtung UN-Einsätze vornimmt, die weitgehende Annäherung an die NATO jedoch ohne Vollmitgliedschaft empfiehlt und die Aussetzung der Wehrpflicht bestätigt.



# POLEN 2015

*Thomas M. Buchsbaum*

**Da Polen im Jahr 2015 sowohl Präsidentschafts- als auch Parlamentswahlen ins Haus stehen, sich die neue Regierung erst finden muss und die Wirtschaftszahlen 2014 äußerst erfolgreich waren, sind rebus sic stantibus keine erheblichen Kursänderungen zu erwarten. Außenpolitisch wird die EU, sicherheitspolitisch die NATO die polnischen Eckpfeiler bleiben – ergänzt um solide enge Beziehungen zu den USA.**

Das praktische Ende der polnischen Auslandseinsätze und die Konzentration auf die Verteidigung des eigenen Landes werden mit großen Rüstungskäufen und Forderungen nach ständiger Stationierung von NATO-und Alliierten-

Truppen an der NATO-Ostflanke begleitet werden. Warschau wird die baldige Umsetzung der Newport-Beschlüsse mit Nachdruck einfordern, wobei Polen zu eigenen Beiträgen zum Readiness Action Plan (RAP) bzw. dessen „Spearhead“ bereit ist. Ein weiteres polnisches Ziel ist die Revision der EU- und NATO-Sicherheitsstrategien, wozu Warschau auch den Vorlauf zum EU-Sicherheitsgipfel im Juni 2015 und zum NATO-Gipfel in Polen im Jahre 2016 nutzen wird.

Polen geht voll Zuversicht und Stolz in das Jahr 2015. Die Wahl von Premierminister Donald Tusk zum EU-Ratspräsidenten, weiterhin sehr gute Wirtschaftsdaten sowie die 25-Jahr-Feiern der wiedererlangten Freiheit unter Teilnahme

von US-Präsident Barack Obama haben dafür die Basis geschaffen.

Nach dem Jahr der vielen Jubiläen – 100 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs, 75 Jahre nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, 70 Jahre nach der Liquidierung des Konzentrationslagers Litzmannstadt (Lodz) und des „Zigeunerlagers“ in Auschwitz (Oświęcim), 25 Jahre nach Wiedererlangung der Freiheit, 15 Jahre nach Beitritt zur NATO und 10 Jahre nach dem Beitritt zur EU – werden diese im Jahre 2015 geringer gestreut sein. Am 27. Jänner 2015 wird des 70. Jahrestags der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz gedacht werden – wie zu allen „runden“ Jubiläen unter Beteiligung einer größeren Zahl ausländischer Staatsoberhäupter, aber diesmal vor allem mit den letzten Überlebenden in Zentrum des Gedenkens. Vor allem Südpolen wird Anfang Mai des 100. Jahrestags der Schlacht vor Gorlice gedenken, dem „Verdun“ der Ostfront.

Innenpolitisch sind im Jahr 2015 zwei bedeutende Wahlgänge vorgesehen: die Präsidentschaftswahlen Mitte/Ende Mai und die Parlamentswahlen im Herbst. Angesichts der knappen Ergebnisse bei der EP-Wahl und den landesweiten Wojewodschafts-, Bezirks- und Gemeinderats- sowie Bürgermeisterwahlen des Jahres 2014 zwischen den jahrelangen Hauptkontrahenten der polnischen Innenpolitik, der Bürgerplattform Platforma Obywatelska (PO) und der Partei Recht und Gerechtigkeit Prawo i Sprawiedliwość (PiS) unter Jarosław Kaczyński ist mit monatelangen harten Wahlkämpfen zu rechnen. Parallel dazu wird sich die neue Premierministerin und PO-Parteivorsitzende Ewa Kopacz sowohl als

Regierungschefin als auch als Parteichefin durchsetzen und bewähren müssen. Dies gilt auch für den vom Außenminister zum Parlamentspräsidenten avancierten Radosław Sikorski.

Für alle anderen Parteien wird die Aufstellung eines mit Erfolgchancen ausgestatteten Gegenkandidaten zum amtierenden und zur Wiederwahl wohl wieder antretenden Bronisław Komorowski eine Herausforderung darstellen. Für die Parlamentswahlen wird der kleine Regierungskoalitionspartner der PO, die Polnische Volkspartei Polskie Stronnictwo Ludowe (PSL) versuchen, ihren großen Erfolg bei den Regional- und Lokalwahlen des Jahres 2014 weiterführen zu können. Die Allianz der demokratischen Linken Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD) wird versuchen, personell oder inhaltlich aus ihrem Erfolgstief des Jahres 2014 herauszukommen, und die Kleinparteien am linken und rechten/nationalistischen Ende des politischen Spektrums, über Aufmerksamkeit erzeugende Inhalte oder Aktionen die 5 %-Schwelle zu überwinden.

Außenpolitisch wird der neue Außenminister und PO-Schwergewicht Grzegorz Schetyna nicht nur seine eigenen Prioritäten finden und vermitteln müssen, sondern auch in der außen- und sicherheitspolitischen Debatte seinen Platz zwischen dem Staatspräsidenten, dem sowohl der Regierungschefin als auch ihm unterstellten EU-Regierungsbevollmächtigten Rafał Trzaskowski sowie dem polnischen EU-Team in Brüssel – Donald Tusk, unterstützt vom früheren EU-Bevollmächtigten Piotr Serafin – definieren. Was in Summe keine markanten Änderungen in der polnischen Außenpolitik erwarten lässt, auch schon deshalb, weil das Jahr 2015 ein wichtiges Wahljahr ist.

Polen wird dabei weiterhin die EU und die starke Vertretung seiner eigenen Interessen in den Mittelpunkt seiner außenpolitischen Bemühungen stellen; neben einer soliden und engen Beziehung zu den USA. Warschau wird das Weimarer Dreieck – Deutschland-Frankreich-Polen – weiterhin als Hauptkoordinierungsgruppe nützen wollen, vor allem da die Gemeinsamkeiten innerhalb der V(isegrad)4-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn) im Laufe des Jahres 2014 auch in essentiellen Fragen deutlich abgenommen haben. Gemeinsamkeiten mit den baltischen Staaten und auch den nordischen werden weiterhin Basis für gemeinsame Initiativen darstellen. Offene Fragen mit seinen östlichen Nachbarn werden weiter zu behandeln sein. Im EU-Rahmen kann mit der Fortführung der bisherigen polnischen Schwerpunkte – Stärkung des Binnenmarkts, restriktive Klimaschutzpolitik, Energiesicherheit, Östliche Partnerschaft, GSVP, maximale Nutzung der EU-Finanzmittel – gerechnet werden.

Unklar bis unsicher ist weiterhin die polnische Politik zum Beitritt des Landes zur Eurozone. Obwohl vertraglich dazu verpflichtet und bald auch die Kriterien erfüllend, finden polnische Politiker unzählige Gründe, wegen denen ein Beitritt in näherer Zukunft nicht zu erwarten sein wird. Ob sich die Premierministerin oder die Regierung Kopacz gerade in einem für sie äußerst kritischen Wahljahr angesichts einer Euro-kritischen Bevölkerung zu klareren Aussagen durchringen werden, ist nicht absehbar. Selbst der Beginn einer substantiellen Diskussion, wie von Präsident Komorowski und anderen seit Längerem gefordert, könnte in Deklarationen darüber stecken bleiben, vor allem wenn

seitens der Regierung auch weiterhin keine Informationskampagnen unternommen werden.

Sicherheitspolitisch werden die NATO und die EU sowie die USA weiterhin die Eckpfeiler für Polen darstellen. Schon vor dem Beginn der Ukraine-Problematik definierte die so genannte „Komorowski-Doktrin“ das praktische Ende der polnischen Auslandseinsätze und die Konzentration auf die Verteidigung des eigenen Landes, wozu Warschau auch bereit ist, beträchtliche eigene Beiträge zu leisten. Diese umfassen die Anhebung des Verteidigungsbudgets auf 2% des BIP sowie ein umfassendes Modernisierungsprogramm der militärischen Ausrüstung. Auch wird ein eigenständiges polnisches Raketenabwehrsystem diskutiert.

Der weitere Verlauf der Ukraine-Russland-Krise wird den Inhalt der polnischen Vorschläge und Forderungen an seine Alliierten bestimmen. Unabhängig davon wird Warschau die ständige Stationierung von NATO- und Alliierten-Truppen – und nicht nur deren Materials und Übungen – an den Ostgrenzen des NATO-Gebiets fordern und eines deren Kommandos/Hauptquartiere in polnischer Hand/polnischem Land sowie den Ausbau der Bedeutung des Hauptquartiers des Multinationalen Korps Nord-Ost in Szczecin sehen wollen.

Von der NATO wird die baldige Umsetzung der Newport-Beschlüsse mit Nachdruck gefordert werden, wobei Polen zu eigenen Beiträgen zum RAP bzw. dessen Very High Readiness Joint Task Force VJTF („Spearhead“) bereit ist. Ein weiteres polnisches Ziel ist die Revision der EU- und NATO-Sicherheitsstrategien, wozu War-

schau auch den Vorlauf zum EU-Sicherheitsgipfel im Juni 2015 und zum NATO-Gipfel in Polen im Jahre 2016 nutzen wird. Für den NATO-Gipfel in Polen erwartet Warschau den Beginn der vollen Umsetzung des RAP, eine Interim-Operationalität des Raketenabwehrsystems, weitere Initiativen zur Stärkung der Allianz und Grundsatzaussagen zur NATO-Erweiterung.

Wirtschaftspolitisch zufrieden und hoffnungsfroh blickt Polen in das Jahr 2015. Mit einem besser als erwartetem Wirtschaftswachstum im Jahre 2014 – klar über 3% – und laufend sinkender Arbeitslosigkeit von etwas mehr als 9% – damit unter dem EU-Durchschnitt – sowie 0% Inflation bzw. minimaler Deflation konnten 2014

sogar die Folgen der russischen Embargos und der Abkühlung bei den wichtigsten EU-Partnern besser als erwartet gemeistert werden.

Dass jedoch im Wahljahr 2015 mittelfristige System-Herausforderungen der polnischen Wirtschaft – vor allem die Nicht-Nachhaltigkeit eines auf Billiglöhnen, geringer sozialer Absicherung, minimaler Einwanderung und nicht zurückkehrender Auslandspolen sowie auf massiven Geldflüssen von der EU aufbauenden Systems – von der Politik diskutiert und in Angriff genommen werden, ist beim Anhalten der guten Wirtschaftsergebnisse kaum zu erwarten.

## KERNPUNKTE

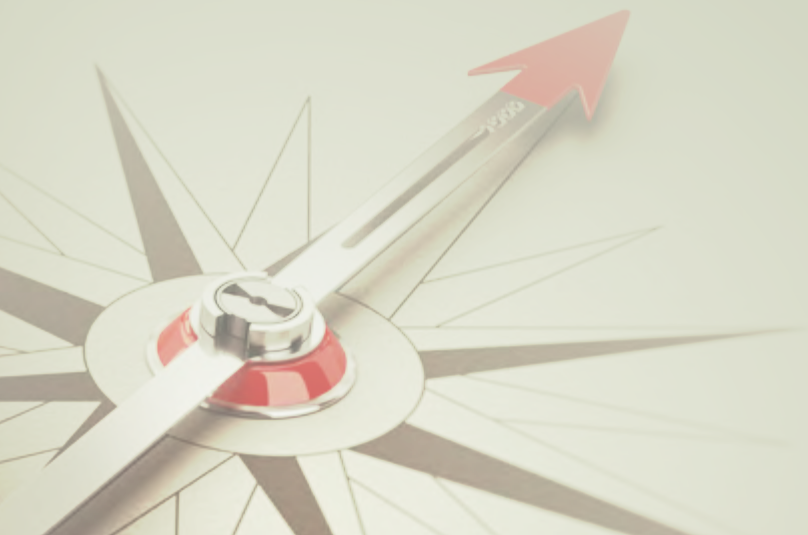
- Rebus sic stantibus ist mit keinen erheblichen Kursänderungen in der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik zu rechnen.
- Die Umsetzung der sog. „Komorowski-Doktrin“ - das praktische Ende der polnischen Auslandseinsätze und die Konzentration auf die Verteidigung des eigenen Landes - wird mit großen Rüstungskäufen im In- und Ausland begleitet werden.
- Warschau wird verstärkt eine ständige Stationierung von NATO- und Alliierten-Truppen an der NATO-Ostflanke und die baldige Umsetzung der Newport-Beschlüsse fordern.
- Im Lichte der Ukraine-Russland-Krise wird Polen auch eigenständige Maßnahmen unternehmen, wie die Erhöhung des Verteidigungsbudgets auf 2% des BIP, die Verbesserung der Qualität der Stützpunkte an seiner Ostgrenze, und Beiträge zum RAP bzw. dessen „spearhead“.
- Den Vorlauf zum EU-Sicherheitsgipfel im Juni 2015 und zum NATO-Gipfel in Polen im Jahre 2016 wird Polen zur nachdrücklichen Forderung nach einer Revision der EU- und NATO-Sicherheitsstrategien nutzen.



# SICHERHEITSLAGE ÖSTERREICHS 2015

*Laut Teilstrategie Verteidigungspolitik ist eine unmittelbare konventionelle militärische Bedrohung des österreichischen Staatsgebietes zumindest mittelfristig nicht absehbar. Künftig werden Konflikte im europäischen Umfeld vermehrt mit hybriden Methoden ausgetragen werden. Die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat gemeinsam mit Partnern die Chance, Auswirkungen von Krisen und Konflikten auf Österreich und die EU fern zu halten, zur umfassend angelegten Umfeldstabilisierung und bestmöglicher Krisenprävention beizutragen.*

*(Vgl. Teilstrategie Verteidigungspolitik, S. 7–8)*





# DAS DIKTAT DER LEEREN KASSEN

Alexandra Förderl-Schmid

**Angesichts der Dominanz der Themen Steuerreform und Bankensanierung sowie des Unwillens der Koalition, von sich aus heiße Eisen anzugreifen, wird die Sicherheitspolitik 2015 nur eine untergeordnete Rolle spielen. Ob die geforderten Sonderinvestitionen für das Bundesheer bewilligt werden, steht unter dem Vorbehalt der noch notwendigen Milliarden zur Bankensanierung.**

Innenpolitisch wird das Jahr 2015 ein spannendes. Dafür sorgen vier Landtagswahlen, noch dazu in bevölkerungsreichen Bundesländern:

In der Steiermark, in Oberösterreich, im Burgenland und in Wien wird gewählt. In Oberösterreich und dem Burgenland dürften Umfragen zufolge keine großen Änderungen anstehen. Schwarz-Grün funktioniert in Oberösterreich mit Josef Pühringer (ÖVP) und Rudi Anschober (Grüne) seit mehr als zehn Jahren relativ geräuschlos. In Burgenland wird Hans Niessl (SPÖ) ebenfalls das Rennen machen.

In der Steiermark ist die Situation dagegen offener: Die FPÖ konnte bei den vergangenen Urnengängen Zuwächse verbuchen, die

Auswirkungen der Reformpartnerschaft von Franz Voves (SPÖ) und Hermann Schützenhöfer (ÖVP) sind wegen der Gemeindegemeinschaften in der Bevölkerung durchaus umstritten.

In Wien will es Michael Häupl (SPÖ) noch einmal wissen. Mit ihm steht das rot-grüne Bündnis auf dem Prüfstand, welches nicht immer friktionsfrei funktioniert. Die Unstimmigkeiten rund um die Verkehrsberuhigung in der Mariahilfer Straße und die Wahlrechtsreform zeugen davon. Für die SPÖ geht es darum, nicht zu viele Stimmen an die FPÖ zu verlieren, für die Grünen, die von ihrer Regierungspolitik Enttäuschten, dennoch zur Stimmabgabe zu bewegen.

Auf Bundesebene werden die Wahlen für Auswirkungen und Nervosität sorgen. Mindestens ein halbes Jahr wird die Bundespolitik auf die Urnengänge in den Bundesländern schießen, die für den Frühsommer und Herbst angesetzt sind. Bereits im März muss die Koalition aus SPÖ und ÖVP ihren Lackmustest bestehen: aus freien Stücken hat sie sich in die Position gebracht, dass die Steuerreform über den Fortbestand des Bündnisses entscheidet. Das Ringen um die konkrete Ausgestaltung und nachfolgend das Verkaufen der Reform an die eigene Klientel wird das politische Geschehen im ersten Halbjahr bestimmen.

Ebenfalls im Frühjahr wird der parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Hypo-Affäre seine Arbeit aufnehmen. Damit ist für das zweite dominante Thema der Innenpolitik für Monate gesorgt. Die Frage nach Konsequenzen

wird breiten Raum einnehmen, auch die juristische Weiterentwicklung des Falles wird für Debatten sorgen. Nicht zuletzt die wechselseitigen Klagen zwischen der Republik Österreich und dem Freistaat Bayern bergen Zündstoff.

Zeit für notwendige Grundsatzdebatten wird es durch diese Dominanz der Innenpolitik kaum geben, auch nicht für die Beschäftigung mit dem, was außerhalb Österreichs vorgeht. Dabei war die Begründung für die Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre, dass mehr weitergeht und nicht durch das ständige Schielen auf Wahlen die politische Arbeit blockiert wird. Die Umsetzung der Bundesheerreform wird wie geplant vonstatten gehen. Das Gesamtpaket mit Einsparungen von 200 Millionen Euro pro Jahr bis 2018 ist geschnürt und politisch paktiert: Das bedeutet unter anderem fünf statt neun Militärmusikkapellen, 1400 Beschäftigte weniger, 13 (von 65 Kasernen) weniger und weniger schweres Gerät wie Artilleriegeschütze, Kampf- und Bergepanzer.

Angeichts der leeren Kassen und der noch unbekannten Kosten, die durch das Desaster bei der Hypo Alpe Adria und der teilverstaatlichten ÖVAG und Kommunalkredit noch auf die Staatskassen und Steuerzahler zukommen, ist nicht gesichert, dass das von Verteidigungsminister Gerald Klug geforderte „Sonderinvest“ tatsächlich kommen wird.

Dabei stehen 2015 eigentlich zentrale Weichenstellungen an: Ab 2020 ist ein Nachfolgergerät für die Saab 105 notwendig, die Black-Hawk-Hubschrauber brauchen ein Update das ebenfalls Kosten verursachen wird. Werden Entschei-

dungen nicht getroffen, ist ein voller Einsatz der Hubschrauber ab 2016 nicht mehr gewährleistet – und dies könnte insbesondere den von der Bevölkerung verlangten Katastropheneinsatz des Bundesheeres beeinträchtigen.

Dabei fühlen sich nach dem im Jänner 2014 erfolgten Referendum die Menschen laut einer STANDARD-Umfrage betrogen: 57 Prozent sind der Meinung, der Wille der Bevölkerung sei nicht umgesetzt worden. Inzwischen sind 54 Prozent für ein Berufsheer. Selbst Proponenten für den Grundwehrdienst sind inzwischen der

Ansicht, angesichts der später bekannt gewordenen Sparnotwendigkeiten wäre ein Berufsheer doch sinnvoller. Im Generalstab heißt es, man bräuchte eigentlich nicht 22.000 Grundwehrdiener, die jährlich eingezogen werden, sondern nur maximal 15.000.

Aber angesichts der Dominanz der Themen Steuerreform und Bankensanierung sowie der sattem bekannten Unwilligkeit der Koalition, von sich aus heiße Eisen anzugreifen, wird die Sicherheitspolitik auch heuer nur eine untergeordnete Rolle spielen.

## KERNPUNKTE

- In der Steiermark, in Oberösterreich, Wien und im Burgenland wird gewählt. In Oberösterreich und im Burgenland dürften Umfragen zufolge keine großen Änderungen anstehen. Grundsätzlich verursachen diese Wahlen Nervosität auf Bundesebene.
- Zeit für notwendige Grundsatzdebatten wird es durch diese Dominanz der Innenpolitik kaum geben, auch nicht für die Beschäftigung mit dem, was außerhalb Österreichs vorgeht.
- Sicherheitspolitik wird auch im Jahr 2015 nur eine untergeordnete Rolle spielen. Steuerreform und Bankensanierung bleiben vorrangig.
- Umsetzung der Bundesheerreform erfolgt wie geplant.



# WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG ÖSTERREICHS

*Marcus Scheiblecker*

**Nach einem schwachen Wirtschaftswachstum im Jahr 2014 ist auch 2015 nur mit einer äußerst verhaltenden Entwicklung zu rechnen. Während der Euro-Raum nach wie vor der österreichischen Wirtschaft keine Wachstumsimpulse zu geben vermag, könnte der Handel mit den Ländern außerhalb der Währungsgemeinschaft von einem schwächeren Euro profitieren.**

Seit dem Sommer 2014 trüben sich die Erwartungen hinsichtlich des zukünftigen Geschäftsgangs im Euro-Raum tendenziell wieder ein,

wovon auch die österreichische Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Auswirkungen zeigten sich bislang insbesondere im Warenaußenhandel und der Industrieproduktion. Die Krise in der Ukraine spielte hierbei jedoch eine untergeordnete Rolle. Neben der Flaute im Handel mit den Euro-Staaten traten die Belastungen vor allem im Export nach Südamerika, Asien und Russland zutage.

Auch die Einschätzung der zukünftigen Entwicklung im produzierenden Bereich liegt lt. WIFO-Konjunkturtest weiterhin unter dem

Median der letzten 15 Jahre. Daher ist bis mindestens in das erste Quartal 2015 mit einer flauen Konjunktur zu rechnen. Danach sollte der bereits seit Frühjahr 2014 zu beobachtende Wertverfall des Euros gegenüber dem US-Dollar dem Außenhandel wieder etwas Schwung verleihen. Gleichzeitig sollten auch die Märkte in Südamerika und Asien der Weltwirtschaft wieder vermehrt Impulse verleihen. In diesem Umfeld kann die Wirtschaft Österreichs wieder etwas Schwung gewinnen und das Wirtschaftswachstum sollte sich von rund ½ % im Jahr 2014 auf rund 1 % in 2015 erhöhen.

Damit einhergehend sollte der heimische Außenhandel mit einer realen Zunahme des Warenexports um 3,5 % stärker wachsen als im heurigen Jahr. Spiegelbildlich wird die Sachgüterproduktion ihre Wertschöpfung um real 2,5 % ausweiten können; mehr als im Jahr 2014. Weiterhin schleppend wird sich die Investitionsnachfrage entwickeln. Die trüben Wirtschaftsaussichten lassen kaum eine Ausweitung des Bedarfs nach Bauten und Ausrüstungsgegenständen zu. Ohne neue wirtschaftspolitische Impulse sollten die Investitionen in Bauten 2015 real um nur 1 % zulegen und damit schwächer wachsen als 2014. Bei der Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen ist hingegen mit einem Anstieg zu rechnen, der allerdings nach einem Rückgang in 2013 und einer Stagnation in 2014 mit real +2 % nur sehr bescheiden ausfallen wird.

Trotz der äußerst niedrigen Inflation im gesamten Euro-Raum, besteht für die heimische Wirtschaft auch 2015 nicht die Gefahr eines Abdriftens in eine deflationäre Phase. Der Zuwachs bei den harmonisierten Verbraucherpreisen 2014 lag

bisher durchschnittlich um rund ein Prozentpunkt über dem des Euro-Raums. Vor allem Steigerungen bei Mietpreisen und von Beherbergungs- und Gastronomiedienstleistungen führten zu einem Auseinanderklaffen der Inflation. Für 2014 ist mit einer Inflationsrate von knapp über 1,5 % zu rechnen. Aufgrund der anhaltend schwierigen Wirtschaftslage und des seit dem Sommer 2014 zu beobachtenden Preisrutsches bei fossilen Energieträgern wird für 2015 mit einer Verringerung der Inflationsrate gerechnet. Diese könnte, je nach weiterer Entwicklung der Rohölnotierungen und des Dollar/Euro-Wechselkurses, zwischen 1 % und 1,5 % zu liegen kommen.

Die Einkommen der privaten Haushalte werden sich weiterhin nur sehr schwach entwickeln. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die steuerliche Belastung der Arbeitseinkommen und die durch das niedrige Zinsniveau geringen Einkommenszuwächse aus Vermögen, belasten die verfügbaren Einkommen. Die, angesichts des wirtschaftlichen Umfeldes und der Entwicklung im Ausland, relativ hohe Inflation schmälert die Kaufkraft der heimischen Konsumentinnen und Konsumenten zusätzlich. Daher ist anhaltend mit einer kraftlosen Entwicklung des Konsums der privaten Haushalte zu rechnen. Nach einem realen Anstieg lt. Prognose von rund 0,4 % im Jahr 2014, wird die Wachstumsrate auch 2015 die 1 %-Marke nicht erreichen.

Das schwache Wirtschaftswachstum der Vergangenheit und die nur wenig besseren Aussichten 2015 setzen den Arbeitsmarkt einer Belastungsprobe aus. Das Arbeitskräfte-Angebot wird durch den anhaltend lebhaften Zustrom von

Arbeitskräften aus dem Ausland, dem erschwerten Eintritt in den vorzeitigen Ruhestand und den kontinuierlichen Anstieg der Erwerbsbeteiligung ausgeweitet. Die schwache Wirtschaftsentwicklung ist nicht in der Lage dieses steigende Angebot zu absorbieren. Zwar kam es 2014 zu einer leichten Ausweitung der Beschäftigung, jedoch war dies der deutlichen Zunahme von Teilzeitarbeitsplätzen zuzurechnen. Zeitgleich war ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit zu beobachten. Es ist damit zu rechnen, dass diese Entwicklungen auch 2015 anhalten werden. Die Zahl der unselbstständigen Aktivbeschäftigten sollte sich nach einem Anstieg von 0,7 % (2014)

im Jahr 2015 abermals um 0,6 % erhöhen. Die Zahl der beim AMS als arbeitslos registrierten Personen überschreitet heuer erstmals im Jahresdurchschnitt die Marke von 300.000 und soll lt. Prognose 2015 um weitere 20.000 zulegen. Die Arbeitslosenquote nach österreichischer Berechnungsmethode wird von rund 8,4 % auf fast 9 % ansteigen. Die schwache wirtschaftliche Entwicklung in Österreich wird auch 2015 die budgetäre Situation in den öffentlichen Haushalten belasten. Hierdurch wird der budgetpolitische Spielraum für die Aufgaben der Landesverteidigung anhaltend begrenzt bleiben.

## KERNPUNKTE

- **2015 ist mit einer äußerst verhaltenen Entwicklung zu rechnen.**
- **Der Handel mit den Ländern außerhalb der Währungsgemeinschaft könnte von einem schwächeren Euro profitieren.**
- **Das Wirtschaftswachstum sollte wird auch 2015 die 1 %-Marke nicht erreichen.**
- **Für die heimische Wirtschaft besteht 2015 nicht die Gefahr eines Abdriftens in eine deflationäre Phase.**
- **Der budgetpolitische Spielraum für die Aufgaben der Landesverteidigung wird anhaltend begrenzt bleiben.**



# SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGS- WIRTSCHAFT IN EUROPA – FOLGEN FÜR ÖSTERREICH

*Reinhard Marak*

**Das Jahr 2014 war sicherlich ein Jahr, das uns wieder deutlich vor Augen geführt hat, dass Sicherheit kein selbstverständliches Gut ist. Angesichts dieser Entwicklungen scheint es umso notwendiger, dass sich Europa – neben allen anderen Maßnahmen zur Friedensicherung – auch verstärkt mit dem Erhalt von militärischen Fähigkeiten beschäftigt. Die Aufrechterhaltung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung.**

Das Jahr 2014 war sicherlich ein Jahr, das uns wieder deutlich vor Augen geführt hat, dass Sicherheit kein selbstverständliches Gut ist. Selbst in unmittelbarer Nachbarschaft der Europäischen Union sind Konflikte entstanden oder haben sich manifestiert, die wir in dieser Stärke und Konsequenz noch vor kurzer Zeit nicht für

möglich gehalten haben. Angesichts dieser Entwicklungen scheint es umso notwendiger, dass sich Europa – neben allen anderen Maßnahmen zur Friedensicherung – auch verstärkt mit dem Erhalt von militärischen Fähigkeiten beschäftigt. Genau dieser Prozess hat bereits im Dezember 2013 begonnen, als sich der Europäische Rat das erste Mal seit längerer Zeit wieder mit europäischen Verteidigungsfragen beschäftigt hat. Er hat damit einen Bearbeitungszyklus angestoßen, in dessen Rahmen insbesondere die europäische Kommission (EK) und die europäische Verteidigungsagentur (European Defence Agency, EDA) bis zum Juni 2015 Vorschläge zur Verbesserung dieser Fähigkeiten erarbeiten müssen.

Ein wesentlicher Teil dieser Vorschläge betrifft die Aufrechterhaltung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft. Europa hat dabei erkannt, dass mit dem Erhalt einer militärischen

Fähigkeit zwangsläufig auch der Erhalt einer entsprechenden technologischen und industriellen Basis verbunden ist. Europa will und kann sich in diesem Bereich nicht gänzlich von Drittmärkten abhängig machen und dies aus zweierlei Sicht. Einerseits stellt dieser Marktsektor, der systemimmanent von Hochtechnologie geprägt ist, ein nicht unerhebliches Innovationspotential mit einer Gesamtwirtschaftsleistung von rund 100 Milliarden Euro dar (alleine in Österreich beläuft sich der jährliche Gesamtumsatz der Branche mit rund 11.000 direkt Beschäftigten auf 2,5 Milliarden Euro). Andererseits hat eine eigenständige und unabhängige Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft auch eine geostrategische Bedeutung und macht aktive Sicherheitspolitik erst glaubhaft.

Die Themen für den Europäischen Rat umfassen unter anderem das europäische Vergaberecht in diesem Wirtschaftssektor, Fragen der kurz- und langfristigen Versorgungssicherheit, die Zukunft der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsforschung und den Zugang zu Drittmärkten. In all diesen Bereichen werden die europäischen Staats- und Regierungschefs sich im Juni 2015 erklären und ihre Prioritäten festlegen müssen. Angesichts der jüngsten geopolitischen Entwicklungen und der Ergebnisse des NATO Gipfels in Wales, bei dem sich die Staats- und Regierungschefs kollektiv auf die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf mindestens 2 % des BIP und auf zumindest 20 % davon als Investanteil einigen bzw. geeinigt haben, ist zu erwarten, dass es in all den oben genannten Bereichen zumindest starke Signale geben wird.

Im Bereich des Vergaberechts ist zu hoffen, dass die Staats- und Regierungschefs erken-

nen, dass dieses sehr spezifische Marktsegment, das von einer geringen Anzahl an potentiellen Kunden – im Wesentlichen ausschließlich Staaten – geprägt ist, nicht ausschließlich dem freien Wettbewerb überlassen werden kann. Insbesondere zum Erhalt einer starken europäischen Zuliefererbasis wird es auch in Zukunft notwendig sein, Anreizsysteme zur grenzüberschreitenden industriellen Kooperation zuzulassen. Andernfalls ist zu befürchten, dass sich die Zulieferketten zunehmend „renationalisieren“, sprich Systemproduzenten ausschließlich auf deren nationale Zulieferbasis zurückgreifen, und sich damit die gesamte verteidigungsindustrielle Basis in Europa in wenigen Jahren auf einige wenige Staaten beschränken wird. Dies ist nicht nur industriepolitisch bedenklich, sondern birgt auch die Gefahr, dass es in den Staaten, die ihre industrielle Basis in diesem Sektor verloren haben, noch weniger Motivation zu Investitionen gibt, weil keine nationale Wertschöpfung bei diesen nicht unbeträchtlichen öffentlichen Ausgaben erzeugt werden kann.

Auch bei der kurz- und langfristigen Liefersicherheit – Security of Supply – werden sich die Staats- und Regierungschefs deklarieren müssen. Ohne deutliche Impulse in den Bereichen Innovation und Investment, aber auch beim Export in Drittmärkte, wird die heimische Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft schlicht ihre globale Wettbewerbsfähigkeit verlieren und langfristig aus Europa abwandern. In diesem Marktsegment gibt es nur drei staatliche Unterstützungsmaßnahmen: Nachfrage, Investitionen in Forschung und Entwicklung und Unterstützung beim Export zur Refinanzierung der Entwicklungskosten.

In manchen europäischen Staaten hat man begonnen, die strategische Bedeutung dieses Wirtschaftssektors wiederzuerkennen. Das Vereinigte Königreich hat beispielsweise eine „Defence Growth Partnership“ gestartet, in deren Rahmen deutliche Summen in die Entwicklung und Aufrechterhaltung industrieller Schlüsselfähigkeiten fließen werden. Schweden hat vor kurzem erklärt, wieder mehr in die nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu investieren und auch in Deutschland hat angesichts der sich verändernden geopolitischen Situation ein Umdenken eingesetzt. Es ist zu hoffen, dass die Diskussionen des Europäischen Rates im Juni nächsten Jahres einen diesbezüglichen europäischen Grundkonsens hervorbringen.

Eng mit den oben dargestellten Themen verbunden ist auch die Rolle Europas in der Verteidigungsforschung und -entwicklung. Bislang waren reine Verteidigungsthemen von europäischen Forschungsprogrammen ausgeschlossen. Angesichts des stärkeren Engagements Europas in diesen Fragen und insbesondere nach den durch das veränderte Vergaberecht massiven Einschränkungen bei sogenannten Gegengeschäften wurde auch auf europäischer Ebene erkannt, dass es zur Entwicklung einer grenzüberschreitenden Industriebasis in diesem Bereich gemeinsamer Forschungs- und Entwicklungsprogramme bedarf. So hat die EK – gemeinsam mit der EDA – begonnen, diese Forschungsprogramme insofern zu öffnen, als sie sogenannte Dual Use Forschung aktiv unterstützt und somit Fördermittel ansprechbar macht, die bislang für solche Programme und Projekte nicht offen standen. Zusätzlich dazu hat die EK eine vorbereitende Aktion („preparatory action“) gestartet, an deren

Ende ein eigenes europäisches Verteidigungsforschungsbudget stehen könnte. All diese europäischen Entwicklungen sollten auch in Österreich ihren Niederschlag finden. Zumindest ist zu hoffen, dass sich die österreichischen Entscheidungsträger in der Vorbereitung auf den Europäischen Rat mit den dort diskutierten Themen auseinandersetzen. Eine solche Auseinandersetzung könnte zur dringend notwendigen Bewusstseinsbildung führen. Bewusstsein dafür, dass Sicherheit nicht selbstverständlich ist, sondern Verantwortungsbewusstsein und Investment erfordert.

## KERNPUNKTE

- **Die Gesamtwirtschaftsleistung dieses Marktsektors beläuft sich auf rund 100 Milliarden Euro. Allein in Österreich beläuft sich der jährliche Gesamtumsatz der Branche mit rund 11.000 direkt Beschäftigten auf rund 2,5 Milliarden Euro.**
- **Die Staats- und Regierungschefs haben sich am NATO-Gipfel in Wales kollektiv auf die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf mindestens 2% des BIP geeinigt.**
- **Bislang waren reine Verteidigungsthemen von europäischen Forschungsprogrammen ausgeschlossen. Angesichts des stärkeren Engagements Europas in diesen Fragen und insbesondere nach den durch das veränderte Vergaberecht massiven Einschränkungen bei sogenannten Gegengeschäften wurde auch auf europäischer Ebene erkannt, dass es zur Entwicklung einer grenzüberschreitenden Industriebasis in diesem Bereich gemeinsamer Forschungs- und Entwicklungsprogramme bedarf.**



# STREITKRÄFTE- ENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH 2015

*Philipp Eder*

**Das Jahr 2015 wird das erste Jahr des Überganges von der Streitkräftestruktur des ÖBH 2010 zum neuen ÖBH 2018 sein. Damit stellt das Jahr 2015 ein wichtiges Jahr in der Streitkräfteentwicklung des Österreichischen Bundesheeres dar.**

## **Rückblick auf das ÖBH 2010**

Die Bundesheerreformkommission hat im Jahr 2004 dem Österreichischen Bundesheer (ÖBH) unter anderem neue Aufgabenprioritäten zugewiesen. Die internationalen Einsätze wurden

zum wesentlichen Faktor der Entwicklung der Fähigkeiten und Gliederung des ÖBH 2010. Anspruchsvollster Auftrag war die Führung einer multinationalen Rahmenbrigade in robusten Einsätzen. Die Planungen der Abwehr einer klassischen konventionell-militärischen Bedrohung des österreichischen Territoriums oder einer Sicherungsoperation standen nicht mehr im Fokus der Streitkräfteentwicklung.

Für präsenste Kräfte wurde eine allgemeine Auslandseinsatzverpflichtung empfohlen. Die dienst-, besoldungs- und pensionsrechtlichen

Rahmenbedingungen für Berufssoldaten sollten international üblichen Systematiken entsprechen. Die Kommission konnte sich in ihrer Gesamtheit zu keiner konkreten Empfehlung hinsichtlich der Finanzierung des ÖBH 2010 entschließen.

## Das ÖBH 2018

Ein neues Dienst-, Besoldungs- und Pensionsrecht für Soldaten und die Auslandseinsatzverpflichtung wurden seither nicht realisiert. Jedoch wurden dem ÖBH ab 2006 pro Jahr im Schnitt mehr als 300 Millionen € aus dem Budgetrahmen gestrichen, in Summe macht das mehr als ein gesamtes Jahresbudget aus. 2014 wurde endgültig ersichtlich, dass der Weiterbetrieb des bereits reduzierten ÖBH 2010 so nicht mehr möglich ist. Daher entschloss sich die politische Führung, den Generalstab mit einer ressourcenorientierten mittelfristigen Streitkräfteplanung zu beauftragen. Ziel ist es, durch entsprechende Maßnahmen eine nachhaltig konsolidierte Finanzgebarung zu erreichen und damit finanziellen Spielraum für ein modernes und leistungsfähiges Bundesheer, als Teil eines effizienten nationalen und europäischen Sicherheitsverbundes, zu gewinnen.

Die Landstreitkräfte werden daher strukturell gestrafft, einsatzfähige Verbände werden nur durch Zusammenführung von mehreren Einheiten verschiedener Verbände bzw. nach Mobilmachung der jeweiligen Milizanteile gebildet werden können. Elemente mit rascherer Verfügbarkeit werden keine vollständige Autarkie aufweisen.

Bei den Luftstreitkräften wird bis 2018 die

schrittweise Straffung der derzeitigen Binnenstrukturen verfolgt, zusätzlich wird ein kleiner Verband aufgelöst. Für die Zielstruktur der Luftstreitkräfte ist die Klärung des, nur durch zusätzliche Finanzierung sicherstellbaren, Erhalts oder Ersatzes wesentlicher Teile der Luftflotte eine unabdingbare Voraussetzung.

Die Miliz wird als integraler Bestandteil des ÖBH an Bedeutung gewinnen und wird zukünftig über einen klaren Grundauftrag und Regionalbezug verfügen sowie stärker als bisher mit der Präsenzorganisation verschränkt sein. Die strukturierte Miliz verbleibt in der Truppengliederung der Militärkommanden und deren Verantwortung für konkrete Einsatzvorbereitung bzw. territoriale Einsatzführung.

Bei der Ausbildungsorganisation erfolgt die Schaffung einer verantwortlichen, operativen Leitstelle und die organisatorische Zusammenführung all jener Akademien und Schulen zur Bündelung der Kräfte und Ressourcen, bei denen insgesamt dadurch Synergieeffekte lukriert werden können.

Im Bereich der Zentralstelle erfolgt eine unverzügliche Kürzung um 15%, in Folge ist eine weitere Reduzierung um 20% bis 2018 umzusetzen. Bei der sonstigen bestehenden Führungsorganisation erfolgt eine Kürzung um 15% des Personals.

Bei der Dislokation des ÖBH 2018 ist das Größenniveau der Bataillonskaserne Ziel, wobei damit eine Reduktion von Kosten beim Betrieb, eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit und in weiterer Folge eine Verwertung nicht mehr benötigter Liegenschaften verbunden ist.

## Ausblick auf das ÖBH der Zukunft

Zeitgleich zur Umsetzung der dargestellten Planungen erfolgt 2015 der Beginn der Streitkräfteentwicklung zum ÖBH der Zukunft im sogenannten fähigkeitsbasierten Planungsprozess auf Basis eines neuen, langfristigen Streitkräfteprofils. Dieser Prozess beinhaltet auch die Beurteilung der Ressourcenlage auf Basis der Budgetrahmengesetze 2016-19 und 2017-20. Die Diskussionen der letzten Jahre im Rahmen der Wehrpflichtdebatte hat zum Ergebnis geführt, dass Inlands- und Auslandsaufgaben wieder gleichwertig zu betrachten sind, wobei erstere die Fähigkeiten und die Gliederung des ÖBH bestimmen.

Im Zentrum der Vorgaben der 2014 verfüigten Teilstrategie Verteidigungspolitik steht eine konsequente Ausrichtung des ÖBH auf die Abwehr nicht-konventioneller bzw. hybrider Angriffe auf Österreich. Letztere sind geprägt durch kombinierte, flexible Verwendung von konventionellen Waffen, irregulärer Kriegsführung, Informationskriegsführung, Terrorismus und Kriminalität. Auch die konventionelle Landesverteidigung findet in den verteidigungspolitischen Vorgaben ihre Berücksichtigung: Waffengattungen, die vorrangig der konventionellen militärischen Landesverteidigung dienen, werden auf die Stufe Rekonstruktionsfähigkeit redimensioniert, um anlassbezogen erneut aufwachsen zu können. Dies erfordert die Sicherstellung der strategischen Antizipation und der Krisenfrüherkennung sowie der Beitragsleistung zur gesamtstaatlichen Lagebeurteilung und Risikoanalyse. Das ÖBH soll über alle benötigten Fähigkeiten verfügen, um als strategische

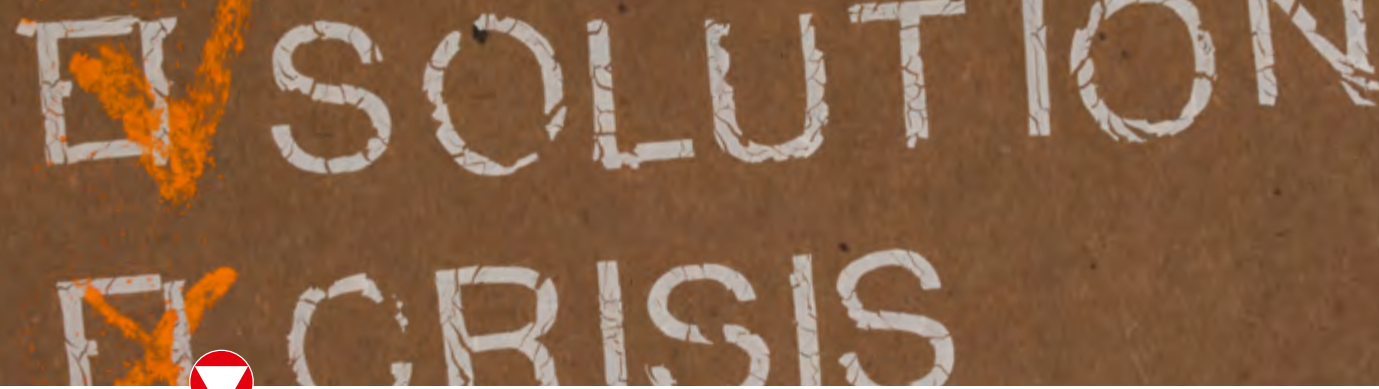
Reserve der Republik fungieren zu können.

Das Schwergewicht des fortgesetzten internationalen Engagements liegt auf Stabilisierungseinsätzen mittlerer Intensität auf Ebene einer infanteristischen Bataillonskampfgruppe, inklusive Beiträge für höhere Führungsebenen und auch technologisch hochwertiger Unterstützungselemente. Zusätzlich soll ein zeitlich begrenzter Beitrag zu robusten Auslandseinsätzen, vor allem mit Logistiktruppen oder Infanterie in Kompaniestärke bzw. Spezialeinsatzkräften möglich sein.

Der Abschluss der Streitkräfteplanung zum ÖBH der Zukunft ist ÖBH-intern im Jahr 2016 vorgesehen.

### KERNPUNKTE

- **Durch eine Straffung des strukturellen Apparates soll das ÖBH auf nachhaltig gesunde finanzielle Beine gestellt und es sollen Ressourcen für ein modernes und leistungsfähiges Bundesheer bereitgestellt werden.**
- **Die Zentralstelle wird Kürzungen bis zu 15 % hinnehmen müssen, während eine weitere Reduzierung um 20 % umgesetzt werden soll.**
- **In der 2014 veröffentlichten Teilstrategie Verteidigungspolitik stehen vor allem nicht konventionelle und hybride Bedrohungen im Zentrum der Betrachtung.**



# INTERNATIONALES KRISENMANAGEMENT 2015

Gerhard Jandl

**Die Sicherheitsbedrohungen haben sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Heute ist kein einzelner Akteur mehr in der Lage, diese neuen Herausforderungen alleine zu bewältigen. Internationale Kooperationen sind daher von großer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund sollte auch die Europäische Sicherheitsstrategie von 2003, die ein stabiles und sicheres Europa als Grundkonstante kannte, reevaluiert werden. Österreich sollte sich unbedingt an GSVP-Operationen und -Missionen beteiligen. Auch der NATO wird große Bedeutung zukommen.**

2015 wird ein bedeutsames Jahr für die Weiterentwicklung des Krisenmanagements, da die mit Sicherheitspolitik befassten internationalen Organisationen einschlägige Neuerungen in die Wege leiten werden. Das wird auch Auswirkungen auf Österreich als Akteur und auf seine Reputation in der Europäischen Union (EU), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), den Vereinten Nationen (VN) und als North Atlantic Treaty Organiza-

tion (NATO)-Partner haben. Österreich sollte es ein Anliegen sein, an diesen Entwicklungen teilzuhaben, sowohl konzeptionell als auch durch Entsendungen zu Operationen und Missionen. Letzteres wird angesichts der Budgetkürzungen und der bekannten Bundesheer-Diskussion eine Herausforderung darstellen. Die Vertiefung der öffentlichen Debatte über Sicherheit und Verteidigung, insbesondere in politischen Zirkeln, wird unumgänglich sein. Dass heutzutage kein einzelner Akteur mehr in der Lage ist, die Sicherheitsbedrohungen alleine zu bewältigen, und dass internationale Kooperation daher der einzig sinnvolle Weg ist, wird in Österreich stärker internalisiert werden müssen. Nie zuvor gab es eine derartige Gleichzeitigkeit komplexer Krisen im europäischen Umfeld wie heute. Russland/Ukraine, Syrien/Irak, Libyen, Zentralafrikanische Republik oder der Ebola-Ausbruch werden die Sicherheitsagenden weiter beherrschen.

Die Aussage der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) von 2003, wonach „Europa nie zuvor so wohlhabend, so sicher und so frei“ gewesen

sei, gilt nicht mehr. Das ist auch ein wesentliches Argument für eine neue ESS. Der Europäische Rat (ER) hat Federica Mogherini beauftragt, die „Auswirkungen der Veränderungen im globalen Umfeld zu bewerten und über die Herausforderungen und Chancen, die sich für die EU ergeben, zu berichten“. Die Modalitäten dieses 2015 in Konsultation mit EU-Kommission und Mitgliedstaaten zu erstellenden Berichts sind noch nicht bekannt, aber er wird de facto die neue ESS darstellen (wenngleich, möglicherweise unter einem anderen Namen). Man wird den Prozess so aufsetzen müssen, dass alle Interessierten (inklusive Österreich, das hier aktiv mitarbeitet) sich einbringen können und dennoch ein aussagekräftiger Text zustande kommt, der weder durch Kompromissformulierungen verwässert, noch durch zu viele Einzelanliegen überfrachtet ist.

Die Arbeiten zur Implementierung der Aufträge des ER vom Dezember 2013 zur Erhöhung der Wirksamkeit, Wahrnehmung und Wirkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), zur Intensivierung der Fähigkeitenentwicklung und zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie haben begonnen. Der ER wird im Juni 2015 einen Bericht über die bisherigen Schritte erhalten und weitere Schlussfolgerungen verabschieden.

Österreich hat zahlreiche Vorschläge zur Effizienzsteigerung der Missionen und Operationen eingebracht. Es wird notwendig sein, diese Ratschlüsse auch innerstaatlich umzusetzen und die Teilnahme an militärischen GSVP-Operationen aufrecht zu erhalten sowie die stark zurückgegangene Beteiligung an den zivilen GSVP-Missionen wieder zu erhöhen. Die Aufträge des ER

zu den Verteidigungsfähigkeiten und zur Rüstungsindustrie zielen auf ein verstärktes Pooling and Sharing (P&S) militärischer Kapazitäten ab, vor allem durch europaweite Synchronisierung der Verteidigungsplanung und der militärischen Beschaffung. Dies wird die nationale Souveränität und Entscheidungsautonomie einschränken. Gemäß ER haben alle diese Prozesse „in vollständiger Komplementarität mit der NATO“ und „voll abgestimmt mit den Planungsprozessen der NATO“ zu erfolgen, woraus geschlossen werden kann, dass die NATO nunmehr eine Rolle nicht nur gegenüber der GSVP, sondern de facto in der GSVP bekommt.

Die Herausforderung für Österreich besteht darin, bei all diesen Entwicklungen in Sachen militärischer Kapazitäten - inklusive P&S - am Ball zu bleiben, sich nicht vom europäischen Mainstream abzukoppeln oder gar in eine splendid isolation zu versinken, wie sie einigen vorzuschweben scheint. Dies würde eine dramatische Beschädigung des internationalen Ansehens Österreichs bedeuten.

Mit dem Ende der International Security Assistance Force (ISAF) und den geopolitischen Veränderungen (v. a. Russland/Ukraine) befindet sich auch die NATO in einem Reformprozess. Die drei Kernaufgaben des Strategischen Konzepts wurden auf dem Wales-Gipfel bekräftigt, aber gleichzeitig wurde die Verbesserung der militärischen Fähigkeiten in den Vordergrund gestellt. Der Gipfel hat auch eine umfangreiche Partnership Interoperability Initiative ins Leben gerufen, um Sicherheitsbedrohungen gemeinsam mit den Partnern effektiver begegnen zu können. Österreich hat seine Teilnahme an dieser Initi-

ative erklärt; dass wir aber – anders als Schweden und Finnland – vorerst nicht deren enhanced opportunities angeboten bekamen und wir daher als Partner hinter Schweden und Finnland rangieren, ist ein Wermutstropfen. Die enhanced opportunities werden voraussichtlich mit der Teilnahme an der Resolute Support Mission Afghanistan und an den Nato Response Force-Übungen kommen, und Wien sollte diese Chance ergreifen. Dies wäre nicht nur für unser Standing in der internationalen Sicherheitspolitik wichtig, sondern auch für das up to date-Halten des Bundesheeres.

Trotz der Betonung des Verteidigungsbündnis-Aspekts wird die NATO weiterhin im internationalen Krisenmanagement und in der Kooperativen Sicherheit engagiert bleiben. Österreich als Partnerland sollte sich hier weiter aktiv einbringen, um die Rolle der NATO als politische Organisation mitzugestalten. Die NATO akzeptiert die österreichische Neutralität samt dem österreichischen Nicht-Beitritt-Konsens voll und ganz. Unsere merklich verstärkte Neutralitätsbetonung (die vom Think Tank Carnegie Europe als „obsessiv“ qualifiziert wurde) führte jüngst zu Anfragen von Vertretern anderer Staaten, die ein Zurückfahren der Beiträge Österreichs zur internationalen Solidarität befürchten.

VN-Generalsekretär Ban Ki-Moon wird Mitte 2015 seinen Bericht über die Weiterentwicklung des peace-keeping vorlegen, von dem viele einen Übergang zum peace-enforcing und damit geradezu einen Paradigmenwechsel erwarten. Auch hier sollte sich Österreich im Rahmen seiner Möglichkeiten aktiv einbringen, um die Entwicklungen mitzugestalten.

Die OSZE steht, vor allem im Lichte der Russland/Ukraine-Krise, vor neuen Herausforderungen, aber auch vor neuen Chancen für ihre Rolle als maßgebliche Sicherheitsorganisation. Der nun startende „Helsinki + 40“-Prozess sollte – wünschenswerterweise mit engagierter österreichischer Mitwirkung – neue Möglichkeiten für die OSZE im Bereich Prävention, Vertrauensbildung und Krisenmanagement in die Wege leiten.

## KERNPUNKTE

- **Heutzutage ist kein einzelner Akteur mehr in der Lage, die Sicherheitsbedrohungen alleine zu bewältigen. Internationale Kooperation ist daher der einzig sinnvolle Weg.**
- **Nie zuvor gab es eine derartige Gleichzeitigkeit von komplexen Krisen im europäischen Umfeld wie heute.**
- **Die Aussage der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) von 2003 über ein wohlhabendes, sicheres und freies Europa ist obsolet.**
- **Es wird notwendig sein, dass Österreich die Teilnahme an GSVP-Operationen aufrecht erhält und die stark zurückgegangene Beteiligung an zivilen GSVP-Missionen wieder erhöht.**
- **Die NATO bekommt eine Rolle nicht nur gegenüber der GSVP, sondern de facto in der GSVP.**
- **Österreich sollte zusätzlich zur Teilnahme an der Partnership Interoperability Initiative die Möglichkeit der enhanced opportunities anstreben. Unter anderem, um das Österreichische Bundesheer up-to-date zu halten.**
- **Ein Paradigmenwechsel der Vereinten Nationen vom peace-keeping zum peace-enforcing ist möglich.**



# CYBER DEFENCE 2015 – EINE NATIONALE HERAUSFORDERUNG HÖCHSTER PRIORITÄT

*Walter J. Unger*

**Die dichte Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche mit global vernetzter Informations- und Kommunikationstechnologie, die hohe Anzahl von Sicherheitslücken sowie die Anstrengungen von Staaten zur Vorbereitung von Cyberattacken führen zu einer komplexen Cyberbedrohungslage, der mit den Vorbereitungen zur Cyber Defence entgegengewirkt werden muss.**

Der Cyberraum ist jener virtuelle Raum, der durch die Vernetzung von Computern entstanden ist. Bis 2020 werden Schätzungen zufolge mindestens fünf Milliarden Menschen (derzeit 2) und 20 Milliarden (derzeit 5) Geräte vernetzt sein. Immer mehr Staaten, besonders auch Österreich, stützen sich im Rahmen ihrer technischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen und politischen Entwicklung

auf den Cyberraum ab und sind damit abhängig vom Funktionieren der strategischen IKT-Systeme. Mit Cloud Computing, Internet-of-Things, Mobile Computing, Big Data und Industrie 4.0 wird eine weitere starke Verdichtung der nationalen, regionalen, und globalen Vernetzung erfolgen.

Großer Kostendruck und Marktgegebenheiten führen dazu, dass auch in naher Zukunft Systeme mit technischen Mängeln in Sicherheitsumgebungen eingesetzt werden. So wurden sowohl 2012 als auch 2013 jeweils mehr als 5.000 Schwachstellen in allgemein genutzten IKT-Programmen festgestellt.

Ein Trend, der sich 2014 und voraussichtlich auch 2015 fortsetzt. Gleichzeitig werden Schadprogramme vermutlich industriell gefertigt: Täglich tauchen mehr als 100.000 neue auf. Auch werden zunehmend spezifische, mit sehr hohem Aufwand und sehr hoher Qualität gefertigte Angriffsprogramme entdeckt, die mutmaßlich von staatlichen Akteuren hergestellt wurden.

Diese Programme sind oft jahrelang unerkannt wirksam, werden für Spionage- oder Sabotageoperationen genutzt und könnten auch als Vorbereitung für groß angelegte Attacken gegen staatliche Infrastrukturen platziert werden. Tatsächlich haben mittlerweile mehr als 10 Staaten die Beherrschung des Cyberraumes als strategisch relevant eingestuft und entsprechende Ressourcen für die Erlangung einer Cyberüberlegenheit und Angriffsfähigkeit zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus haben zahlreiche Staaten unter dem Titel „Active Defence“ offensive Cyberfähigkeiten entwickelt.

Schon jetzt kann die Unterstützung militärischer Aktionen in den klassischen Operationsräumen durch Maßnahmen aus dem virtuellen Raum beobachtet werden (z.B. im Ukraine-Konflikt, Kampf gegen das Regime in Syrien; Angriff Israels zur Unterbindung der Attacken aus dem Gaza-Streifen).

Schon bald könnte der Cyberwar, „die kriegerische Auseinandersetzung im und um den virtuellen Raum mit Mitteln vorwiegend aus dem Bereich der Informationstechnik“ (Vgl. Österreichischen Strategie Cyber Sicherheit (ÖSCS)) führbar sein. Für die Verteidigung des Cyberraumes ist gemäß Ministerratsbeschluss vom März 2013 das Verteidigungsministerium zuständig.

## **Cyber Defence – Vorbereitungen des ÖBH**

Im Österreichischen Bundesheer wird Cyber Defence als „ein integriertes System aus der Umsetzung der Maßnahmen zur IKT-Sicherheit und der Informationssicherheit, aus den Fähigkeiten des Military Cyber Emergency Teams (milCERT), der CNO (Computer Network Operations)-Fähigkeiten und der Unterstützung durch die physischen Fähigkeiten der Streitkräfte“ verstanden.

Durch die Maßnahmen zur IKT- und Informationssicherheit sind die einsatzwichtigen IKT-Systeme permanent auf hohem Niveau zu schützen. Zum Schutz vor großangelegten Angriffen hat das milCERT, abgestützt auf eine umfangreiche Wissensbasis, die Darstellung eines permanent aktuellen Cyber Defence-Lagebildes und das Incident Management einschließlich der natio-

nenalen Zusammenarbeit im CERT-Verbund sowie der internationalen Kooperation sicherzustellen. Zusätzlich sind Elemente zur aktiven Verteidigung aufzubauen.

2015 sollte das milCERT die volle Einsatzbereitschaft erreichen und die Weiterentwicklung zu einem Cyber Defence-Zentrum beginnen. Die

„Struktur zur Koordination der gesamtstaatlichen operativen Ebene“ und die Elemente auf strategischer Ebene sollten ebenfalls eingerichtet werden. Erforderliche nationale Rechtsgrundlagen wären fertig zu erstellen und international sollten diplomatische Maßnahmen zur Vertrauensbildung im Cyberraum initiiert werden.

## KERNPUNKTE

- Die komplexe Bedrohungslage zwingt zum forcierten Aufbau von Cyberverteidigungsfähigkeiten.
- Entscheidend für Cyberverteidigung sind die frühzeitige Erkennung und rasche Reaktionen auf komplexe Cyberangriffe sowie die Vorbereitung der Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit strategischer Infrastrukturen.
- Im nationalen Verbund aller Cybersicherheits- und Cyberverteidigungskräfte, eingebettet in der Europäischen Union und partnerschaftlich mit der NATO, sollte ein hinreichender und resilienter Schutz des Cyberraumes erreichbar sein.



# CYBER DEFENCE

## DIE HERAUSFORDERUNGEN IN DER FÜNFTEN DIMENSION

*Wolfgang Röhrig*

**Seit Jahren steigt die Bedrohung im Cyberraum. Für das Jahr 2015 werden die Bedrohungsentwicklung, die Verbesserung der eigenen Abwehrfähigkeit bei hohem Kostendruck und Personalknappheit sowie die Weiterentwicklung eines gemeinsamen internationalen Verständnisses bzgl. des Cyberraums von Bedeutung sein.**

Die letzte Bedrohungsanalyse der EU IT-Sicherheitsagentur (ENISA) prognostiziert eine stetig steigende Bedrohung im Cyberraum. Allein der Schaden durch Cyberkriminalität beläuft sich weltweit auf mehrere hundert Milliarden Euro im Jahr. Terroristen nutzen das Internet für ihre Propaganda und um neue „Kämpfer“ zu rekrutieren. Auch ist die militärisch effektive Nutzung des Cyberraums in vielen Staaten ins Zentrum

des Interesses gerückt; seit einigen Jahren insbesondere die Frage ihn für eigene offensive Operationen zu nutzen.

Diese Gemengelage, gepaart mit der rasanten Entwicklung, die in der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) nicht mehr wegzudenken ist, macht unsere westliche Gesellschaft verwundbarer und stellt die Sicherheitspolitik vor neue Herausforderungen. Aufgrund seiner Charakteristika verschwimmen im Cyberraum die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit. Derzeitige internationale Vereinbarungen sowie nationale Gesetze stoßen an ihre Grenzen.

Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen haben 2013 sowohl die EU als auch Österreich ganzheitliche Cybersicherheitsstrategien vorge-

legt. Ebenso hat im Dezember 2013 der EU Ratsgipfel zu Verteidigungsfragen Cyber Defence zu einer von vier Prioritäten der Fähigkeitsentwicklung erklärt, um unter anderem auch militärische Einsätze im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik effektiv gegen Cyberangriffe zu schützen. Gleichzeitig wurde der Europäische Auswärtige Dienst beauftragt, in Zusammenarbeit mit der EU-Kommission und der Europäischen Verteidigungsagentur ein politisches Rahmenwerk für die Verteidigung im Cyberraum zu entwickeln. Dieses Rahmenwerk wurde am 18. November 2014 gebilligt.

Obleich sich 2014 das sicherheitspolitische Umfeld in Europa mit der Ukrainekrise und der Verschärfung des islamistischen Terrors im Nahen Osten zeitgleich mit den o.a. Entwicklungen dramatisch verschlechtert hat, sind die Verteidigungshaushalte weiterhin unter einem erheblichen Einsparungsdruck.

### **Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für Österreich und die EU für das kommende Jahr?**

1. In der „Cyberwelt“ wird oft der Begriff „unknown unknowns“ genutzt. Wie das Jahr 2014 gezeigt hat, können jederzeit unerwartete Situationen eintreten; hier sollten wir darauf vorbereitet sein, dass Phänomene wie hybride Kriegsführung vor dem Cyberraum nicht Halt machen werden. Im Cyberraum können sich Allianzen bilden, die auf den ersten Blick nicht offensichtlich sind. Die Nachrichtengewinnung über die Beziehungen verschiedener Akteure und die Analyse und Integration der gewonnenen Informationen werden immer wichtiger.

2. Die begonnenen Maßnahmen zur Steigerung der Abwehrfähigkeit gegen Cyberangriffe müssen konsequent fortgesetzt werden. Im EU Kontext bedeutet dies, die im Rahmenwerk festgelegten Aufgaben mit Nachdruck anzugehen. Der Ratsgipfel zu Verteidigungsfragen im Juni 2015 wird hier eine Bestandsaufnahme vornehmen. Im nationalen Rahmen stellt sich in vielen EU Mitgliedsstaaten die Frage, inwieweit Abwehrfähigkeiten in einem nationalen Cyberabwehrzentrum gebündelt werden können und ob eigene Offensivfähigkeiten im Cyberraum Teil einer glaubhaften Abwehrstrategie sind.

3. Die Lösungsansätze anderer EU Mitgliedsstaaten sollten auf ihre Anwendbarkeit in einem gegebenenfalls angepassten nationalen Kontext untersucht werden. In verschiedenen EU Mitgliedsstaaten sind 2014 unterschiedliche z.T. kreative Lösungsansätze zu verzeichnen, um Probleme anzugehen. Beispielfhaft sei hier genannt, dass im Oktober 2014 die Niederlande, wie bereits Spanien 2013, ein eigenes nationales Cyber Command ins Leben gerufen haben, ohne zu verhehlen, dass auch an offensiven Fähigkeiten gearbeitet wird. Lettland hat nach dem Vorbild der Cyber Defence Unit der Estonian Defence League eine eigene paramilitärische Cyber Defence Unit aufgebaut, die den Pool an nationalen Cyber Security Experten den Streitkräften auf Freiwilligkeitsbasis vergleichbar zu Reservisten verfügbar macht und deren Mitglieder im Krisen- und Konfliktfall als legitime Kombattanten gelten.

4. Die dünne Personaldecke für Cyber Defence wird in den kommenden Jahren ein limitierender Faktor sein. Die Kompetenzentwicklung

durch Ausbildung und Übungen dieser knappen Personalressourcen ist von herausragender Bedeutung. Um den personellen Engpass zu verringern sind Maßnahmen wie die in Österreich durchgeführte „Cyber Challenge“ ein vielversprechender Ansatz. Jedoch müssen solche Maßnahmen um langfristige Konzepte ergänzt werden, die gesamtgesellschaftlich das Angebot an geeignetem Nachwuchs verbessern, um sowohl den Bedarf der öffentlichen Hand als auch den der Wirtschaft zu decken.

5. Effektive Cyber Defence bedarf finanzieller Ressourcen. Da in den meisten EU Mitgliedsstaaten eine Anhebung der Verteidigungshaushalte kurzfristig nicht zu erwarten ist, müssen Wege gefunden werden, um durch Umschichtung zusätzliche Mittel für Cyber Defence bereitzustellen; andererseits lassen sich durch eine intensivierete multinationale Zusammenarbeit die

vorhandenen Finanzmittel effizienter nutzen. Die österreichische Beteiligung an dem Cyber Ranges Pooling & Sharing Projekt sind hier ein gutes Beispiel. Des Weiteren kann regionale Zusammenarbeit mit Nachbarländern im Sinne von Pooling & Sharing den effizienten Einsatz der knappen Ressourcen erhöhen.

6. In der internationalen Gemeinschaft müssen die Bestrebungen fortgesetzt werden, ein gemeinsames Verständnis über die friedliche Nutzung des Cyberraums herzustellen. Die im April 2015 in Den Haag stattfindende vierte „Global Conference on Cyberspace“ kann hier einen wichtigen Beitrag leisten. Auch die Frage der Anwendung des Kriegsvölkerrechts im Cyberraum bedarf eines internationalen Dialogs. Hier muss der Schutz nichtmilitärischer Ziele wie Kritische Infrastrukturen im Vordergrund stehen. Neben diesen Herausforderungen müssen wir aber auch für das kommende Jahr auf weitere „unknown unknowns“ vorbereitet sein.

## KERNPUNKTE

- Die militärisch effektive Nutzung des Cyberraums wird in vielen Staaten ins Zentrum des Interesses gerückt, seit einigen Jahren insbesondere die Frage, ob und wie er für eigene offensive Operationen zu nutzen wäre.
- Die Nachrichtengewinnung über die Beziehungen verschiedener Akteure im Cyberraum und die Analyse und Integration der gewonnenen Informationen werden immer wichtiger.
- Im nationalen Rahmen stellt sich in vielen EU-Mitgliedsstaaten die Frage, inwieweit Abwehrfähigkeiten in einem nationalen Cyberabwehrzentrum gebündelt werden können und ob eigene Offensivfähigkeiten im Cyberraum Teil einer glaubhaften Abwehrstrategie sind.
- Durch Umschichtung zusätzliche Mittel für Cyber Defence sowie durch eine intensivierete multinationale Zusammenarbeit ließen sich die vorhandenen Finanzmittel effizienter nutzen.



SECURITY



# CYBER SECURITY

Alexander Löw

**Sicherheitspolitische Auswirkungen ergeben sich durch die vollständige digitale Durchdringung des Alltags, einen neugierigen Staat in Verbindung mit der Datenfreizügigkeit und Produktifizierung der Bürger. Klassische Sicherheitsstrategien werden scheitern. Der Vertrauensverlust in den Staat in Verbindung mit passiver Politik wird zu einer Gesellschaftsveränderung führen. Die Gefahr des Extremismus in allen Bereichen der Gesellschaft (z.B. Politik, Glauben, Alltag, Technologie, Industrie) wächst.**

Die Informationstechnologie (IT) wird in der Industrie grundsätzlich als kritischer Faktor der Unternehmensstrategie akzeptiert und findet stärkere Aufmerksamkeit in der Unternehmenslei-

tung. Die Verschmelzung von Produkten und IT wird weiter zunehmen. Diese vernetzten, mobilen und stationären Produkte sind von überall ansprech-, steuer- und manipulierbar. Die damit einhergehenden technischen Risiken steigen überproportional zur Durchdringung. Durch die schnellen Entwicklungszyklen werden Sicherheitsaspekte aus Komplexitäts-, Kosten, Fähigkeits- und Aufwandsgründen möglichst lange hinausgezögert. Der Regulierungs- und Verwaltungszwang in Unternehmen wirkt innovationshemmend. Im Gegensatz dazu wird versucht, möglichst alles über Anwender zu erfahren. Jede Tätigkeit wird dokumentiert, gespeichert und analysiert. Cloud-Computing und Big-Data sind differenziert zu betrachten und erfordern detaillierte Chancen-/Risikobewertungen.

Standardsoftware wird aufgrund der Eigenkomplexität und schwierigen Sicherheitsbewertbarkeit möglicherweise nur für Kernaufgaben eingesetzt. Die fehlende IT-Basiskompetenz (z.B. Betriebssysteme, Softwareentwicklung) bedingt durch die Nutzung nichteuropäischer Produkte und die Auslagerung erschwert die Softwarekompetenz. Ursachen sind z.B. Investitions-, Kosten-, Risikovermeidung und Bequemlichkeit. Der Mittelstand und die Zulieferer in Europa laufen Gefahr, den Anschluss und die Gestaltungsmöglichkeiten zu verlieren und werden dadurch zur Schwachstelle in einer Sicherungskette. Einzelne Großfirmen prüfen mittlerweile die Sicherheitsstandards ihrer Zulieferer.

Erschwerend wirkt eine größer werdende Fähigkeitsschere in allen Bereichen der Unternehmen und Behörden (theoretische vs. tatsächlich realisierbare Möglichkeiten). Gründe sind z.B. Kosten und Budgets, fehlende Experten, fehlende Ausbildung von Mitarbeitern oder die Auslagerung. Beispiele wären Großprojekte, Bundeswehren, Flughäfen, Rechenzentren, sichere Produkte. Der Regulierungsunterschied zwischen den Kontinenten wird über Wettbewerbsfähigkeit entscheiden. Unternehmen versuchen verstärkt, Kommunikation und Inhalte möglichst eigenverantwortlich durch Verschlüsselung zu kontrollieren, zur Verteidigung gegen Angriffe und zum Werteschutz. Da nicht ersichtlich ist, ob ein Angreifer „Freund oder Feind“ ist, muss gegen jede Art von Angriffen vorgegangen werden.

Es ist schwierig die gesamten Abhängigkeiten darzustellen, aber prinzipiell muss sich ein Unternehmen gegen jeden wehren, egal ob Hacker, Krimineller, eigener oder fremder Staat.

Aus Firmensicht liegen alle auf gleicher Gefährdungshöhe. Zusätzlich bekommt das Management von Identitäten, Schlüsseln und Zertifikaten eine stärkere Bedeutung, da zukünftig Vertrauensstellungen eigenverantwortlich definiert werden müssen. Diese noch manuell durchgeführte Aufgabe wird durch die Komplexität und Vielzahl von Abhängigkeiten zukünftig automatisiert, da eine große Gefahr des Datenverlustes durch ablaufende, nicht erneuerte Schlüssel in vielen Bereichen droht. Beispiele sind klassifizierte Informationen wie z.B. in Kommunikations- und Informationssystemen. Zusätzlich bilden Identitäten und Zertifikate auf allen Geräten einen Angriffsvektor. In (industrie-)spionierenden Ländern wird über die Herstellerzertifikate offiziell und „legitim“ Software installierbar, solange diese nicht vollständig identifiziert werden.

Nach der ersten Entrüstung über die vollumfängliche Spionage haben sich weite Teile der Bevölkerung mit diesen Erkenntnissen auf unterschiedliche Weise arrangiert. Einmal durch Verdrängung oder verändertem Verhalten in zwei Richtungen: Angepasst (nur nicht auffallen) oder Widerstand (passiv, aktiv). In der Cyber-Welt treten alle Extrema (Widerstand, Angepasstheit) mit einigen Abstufungen (verdrängend, projizierend etc.) ebenfalls auf. Diese werden mit entsprechenden technischen Maßnahmen (Verschlüsselung, Anonymisierung, Zusatzsoftware und Hardware etc.) beantwortet. Informationssicherheit wird ein Grundsatzproblem für die kommenden Generationen. Denn durch die Datenfreizügigkeit und die akzeptierte Produktifizierung der Anwender werden Sicherheitsstrategien mit herkömmlichen Methoden bei

Mitarbeitern ignoriert (z.B. Smart Devices im Unternehmen) bzw. als sinnlos erachtet.

Die Politik hat die Gestaltung im IT-Bereich aufgegeben und lässt sich führen. Durch den Einfluss von Konzernen werden die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Bürger in den Hintergrund gedrängt. Die Erlaubnis von Patentierbarkeit von Software/Verfahren in den USA bleibt ein Innovationshemmer, da auch Bagatelllösungen durch US-Firmen beansprucht werden. Der Trend zur Erlaubnis, diese Schutzrechte in Europa durchzusetzen, wird Auswirkungen auf lokale Produkthersteller haben. Zudem wird der Export von Technologie erschwert.

Die Anforderungen an die Politik sind durch die Versäumnisse der letzten Jahre sehr umfangreich geworden. Dazu zählen Themen wie Persönlichkeitsrechte, Copyright, Nutzungsrechte, Patentrechte, Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP), EU-Recht, Vorratsdatenspeicherung, Terrorabwehr, Verkehrsüberwachung, Finanzströme, Bankengeheimnis und Quellenüberwachung. Alle Themen wurden isoliert geregelt und eine Strategie ist nicht erkennbar. Zusätzlich folgen einige Gesetze den Vorgaben aus den USA, obwohl Europa ein anderes Rechtsempfinden hat. Da zusätzlich noch Einzelgerechtigkeit angestrebt wird, führt es zu dem aktuellen Regelungschaos auf den Ebenen International–Kontinental–Einzelstaaten. Die Bevölkerung und Firmen leiden als Anwender unter diesen Regelungen.

Der Staat wird durch vertiefte automatisierte Kontrolle Gefahr laufen, die Bürger und deren

Vertrauen in den Staat als Schutzinstanz zu verlieren. Dies führt zu angepasstem Verhalten und Vermeidungsstrategien. Die damit einhergehende Umkehr der Beweispflicht (z.B. Vorratsdatenspeicherung, Kontendurchgriff) betrifft die Grundrechte der Menschen. Es besteht die Gefahr einer Neuorientierung der Gesellschaft, da der Verlust der Werte durch andere Institutionen aufgefangen wird. Es zeigt sich durch die Ausbildung von „Polen“, die in der Radikalisierung münden können, wenn eigene oder projizierte Werte übereinstimmen.

## KERNPUNKTE

- **Sicherheitsaspekte werden wegen des hohen Aufwands durch die schnellen Entwicklungszyklen hinausgezögert.**
- **Europäische Zulieferer und der Mittelstand laufen Gefahr, den Anschluss und die Gestaltungsmöglichkeiten zu verlieren und dadurch zu einer Schwachstelle in der Sicherheitskette zu werden.**
- **Die Erlaubnis von Patentierbarkeit von Software/Verfahren in den USA bleibt ein Innovationshemmer.**
- **Der Vertrauensverlust in den Staat in Verbindung mit passiver Politik wird zu einer Gesellschaftsveränderung führen.**
- **Die Gefahr des Extremismus in allen Bereichen der Gesellschaft, so auch im Cyber-Bereich, wächst.**



# ÖSTERREICH UND DER TRANSNATIONALE TERRORISMUS

*Robert Wesley*

Die terroristischen Aktivitäten transnationaler dschihadistischer Ausprägung werden sich in Bezug auf Österreich im Jahr 2015 ähnlich gestalten wie 2014. Die Ereignisse in Syrien und dem Irak werden mit großer Wahrscheinlichkeit weiterhin Auswirkungen auf die österreichische Bevölkerung haben. Österreich wird auch 2015 weiterhin mit Transit-, Rekrutierungs-, und Unterstützungsnetzwerken terroristischer Organisationen wie dem „Islamischen Staat“ und Jabhat al-

Nusra konfrontiert sein. Darüber hinaus wird Österreich im Rahmen der Unterstützung von Anti-Terror-Maßnahmen auf bi- und multilateraler Ebene gefordert sein.

## **Szenarien, die 2015 mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten werden**

Im Jahr 2015 ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass es zu einer weiteren

Radikalisierung eines kleinen Prozentsatzes von Österreichern und von in Österreich lebenden Ausländern kommt. Dadurch werden, so wie in den vergangenen Jahren, die Ideologie und die Vorgehensweisen der transnational agierenden Dschihadisten unterstützt. Eine kleine Anzahl von in Österreich lebenden Personen im Alter zwischen 16 und 35 Jahren werden sich mit den Zielen einer transnationalen Terrororganisation, wie dem Islamischen Staat oder Jabhat al-Nusra, identifizieren oder sich dieser anschließen.

In Österreich lebende Personen werden auch 2015 nach ihrer Zeit bei den terroristischen Gruppierungen in Syrien bzw. im Irak wieder nach Österreich zurückkehren. Deren genaue Zahl ist nur schwer abzuschätzen. Sie wird aber auch davon abhängen, was die „Heimkehrer“ nach ihrer Rückkehr in Österreich erwartet, insbesondere hinsichtlich der juristischen Konsequenzen. Als wesentliche sicherheitspolitische Herausforderung wird sich die Reintegration der Betroffenen in die Gesellschaft ergeben.

Österreichische Staatsbürger oder Personen mit Beziehungen zu Österreich oder zu in Österreich tätigen internationalen Institutionen werden wahrscheinlich in die finanzielle, logistische oder anderweitige Unterstützung für transnationale terroristische Organisationen involviert werden.

Die österreichischen Behörden werden mit größter Wahrscheinlichkeit vielfältige Anfragen zu Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der Terrorismusbekämpfung erhalten. Diese Anfragen können von den verschiedensten Staaten kommen und sich auf österreichische Staatsbür-

ger, Reisende oder andere Personen, die im Land wohnen oder Beziehungen zu Österreich haben, beziehen.

### **Szenarien, die 2015 wahrscheinlich eintreten werden**

Die Verhaftung eines Österreicherers oder eines sonstigen Verdächtigen in Österreich wegen eines im Zusammenhang mit Terrorismus stehenden Tatverdachts ist wahrscheinlich.

Ebenso wahrscheinlich ist, dass ein Österreicher oder eine mit Österreich in Verbindung zu bringende Person an einem für weltweite Aufregung sorgenden Angriff außerhalb von Österreich oder der EU beteiligt ist. Solche Personen könnten auch in einem Video des Islamischen Staates oder anderer Terrororganisationen mit Aktivitäten, welche die Aufmerksamkeit der österreichischen Behörden erfordern, auftauchen.

### **Szenarien, die 2015 mit geringerer Wahrscheinlichkeit eintreten werden**

Ein groß angelegter (strategischer) Terroranschlag in Österreich ist im Jahr 2015, mit einer unter 3% liegenden Wahrscheinlichkeit, als unwahrscheinlich zu erachten. Sollte es dennoch zu einer derartigen Katastrophe kommen, könnte dies die österreichischen Sicherheitskräfte (Polizei) an die Grenzen ihrer Kapazitäten bringen. Der Schutz der öffentlichen Ordnung und der Lebensgrundlagen der Bevölkerung würde dann den Einsatz der Österreichischen Streitkräfte im Rahmen der militärischen Landesverteidigung erfordern.

Auch kleinere Terroranschläge in Österreich sind mit einer Wahrscheinlichkeit von unter 5 % unwahrscheinlich, aber nicht unmöglich.

Anschläge von „Einsamen Wölfen“ oder Einzelpersonen sind mit einer Wahrscheinlichkeit von unter 10% denkbar.

Es besteht auch eine relative Wahrscheinlichkeit von unter 50 %, dass Österreicher oder in Österreich lebende Ausländer in Gebieten, wo Terroristen aktiv sind, zwecks Lösegelderpressung gekidnappt werden.

## KERNPUNKTE

- Im Jahr 2015 ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass es zu einer weiteren Radikalisierung eines kleinen Prozentsatzes von Österreichern oder von in Österreich lebenden Ausländern kommt.
- Die Sicherheitspolitik wird in Bezug auf die Wiedereingliederung der dschihadistischen Rückkehrer in die österreichische Gesellschaft stark gefordert werden.
- Eine Verhaftung eines Österreichers oder eines sonstigen Verdächtigen in Österreich wegen eines im Zusammenhang mit Terrorismus stehenden Tatverdacht ist wahrscheinlich.
- Auch wenn die Wahrscheinlichkeit für einen groß angelegten strategischen Terroranschlag sehr gering ist, würde ein derartiges Ereignis die Kapazitäten der österreichischen Sicherheitskräfte (Polizei) vermutlich überfordern und einen Einsatz der Österreichischen Streitkräfte notwendig machen.
- Es besteht auch eine relative Wahrscheinlichkeit von unter 50 %, dass Österreicher oder in Österreich lebende Ausländer in Gebieten, wo Terroristen aktiv sind, zwecks Lösegelderpressung gekidnappt werden.



# X-EVENTS UND ÖSTERREICH

John Casti

Es gehört zum Wesen seltener und überraschender Ereignisse, dass sie nicht prognostizierbar sind. Dennoch ist die Beschäftigung mit möglichen X-Events sinnvoll und wichtig. In diesem Sinn soll hier gefragt werden, was etwa ein Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft, ein politisches Störfeld von rechts, ein Konkurs der Austrian Airlines oder die globale Erwärmung und Bedrohung der Landwirtschaft für Österreich bedeuten würde.

Ein X-Event ist ein seltenes und überraschendes Ereignis, das üblicherweise Schaden verursacht, obwohl es auch Gewinne zur Folge haben könnte. X-Events treten per definitionem selten und überraschend auf. Folglich sind die Szenarien, die hier dargestellt werden, keine Vorhersagen. Es sind aber Möglichkeiten, und solche können eben auch eintreten. Weil wir uns nicht gegen alles versichern können, brauchen wir eine Vorstellung davon, was möglich und was wahrscheinlich ist.

Im Folgenden betrachten wir denkbare X-Events, die im kommenden Jahr auftreten könnten, sowie die Auswirkungen dieser Ereignisse auf das Leben in Österreich. Die beschriebenen Szenarien liegen im Bereich des Möglichen, nicht aber in dem des Wahrscheinlichen.

## **Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft**

Auf welche Weise würde ein Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft Österreich treffen? Da beinahe 30 % des österreichischen Handels mit Deutschland erfolgt, besteht bereits bei einem kleinen Schnupfen Deutschlands die Gefahr einer ernsthaften österreichischen Lungenentzündung. In umgekehrter Richtung ist es noch schlimmer, denn über 40 % der österreichischen Exporte gehen nach Deutschland. Die Auswirkungen eines Niedergangs Deutschlands auf den Austrian way of life mag man sich daher nicht vorstellen. Es entstünden Bilder leerer Schigebiete, schlecht besuchter Lokale sowie verlassener Boutiquen und Juweliere. Und das wären nur die oberflächlichen Auswirkungen, falls der deutsche Wirtschaftsmotor sich jäh verlangsamen würde. Ein dramatischer Abfall des Wirtschaftswachstums in Deutschland könnte durch vielerlei Ursachen ausgelöst werden: durch einen Zusammenbruch der Euro-Zone, das Verschwinden weltweiter deutscher Exportmärkte infolge einer globalen Rezession oder, noch wahrscheinlicher, durch die derzeit gegen Russland in Kraft befindlichen Wirtschaftssanktionen. In eine andere Richtung gedacht ist es leicht vorstellbar, dass das Vertrauen in die deutsche Regierung schwindet, was soziale Unruhen und poli-

tische Spannungen auslösen würde. Dies könnte verheerende Auswirkungen auf die Wirtschaft haben. Am wahrscheinlichsten aber würde ein solcher Wachstumsniedergang durch eine Kombination all dieser Faktoren ausgelöst werden, begünstigt durch weitere X-Events wie den Klimawandel und/oder größere Verschiebungen in der globalen geopolitischen Landschaft. Sache ist, dass viele Wege zu solch einem Crash führen können.

## **Politisches Störfeuer von rechts**

Während der letzten ein oder zwei Jahrzehnte haben die Großparteien in Europa einen hohen Prozentsatz ihrer Wähler verloren. Diese Stimmen sind großteils zu rechtsradikalen Parteien gewandert. Es ist interessant festzustellen, dass die Gründe dafür nicht in erster Linie wirtschaftlicher oder explizit politischer Natur sind, sondern dass sie vielmehr in der unterschiedlichen Auffassung zu Themen wie Einwanderung, europäische Integration und Vertrauen in die Regierungen zu suchen sind. Jede einzelne dieser Fragen ist ein potenzielles Pulverfass. Zusammen sind diese drei Aspekte die Zutaten für einen Proteststurm auf den Straßen Europas – ein Proteststurm gegen die Weiterführung der Politik der „großen und mächtigen“ Parteien, wie sie zumindest seit den 1980ern betrieben wurde. Da polarisierende Kräfte in ganz Europa immer stärker werden, ist es nicht schwer, sich aufkeimende Krisen vorzustellen, die jenen der 1930er Jahre ähneln. Und wir sind alle mit dem Resultat einer solchen Dynamik vertraut: gewaltige und gewalttätige öffentliche Proteste, ultrarechte Parteien in Regierungsverantwortung, und schließlich ein Weltkrieg.

Wie könnte sich also dieser aufkeimende politische Sturm entwickeln, damit er tatsächlich zu einer Wiederholung der Ereignisse der 1930er führt? Die wahrscheinlichste Entwicklung läuft nach dem Motto „Follow the money“. Wenn die derzeitige schlechte Budgetsituation der EU anhält und dies vielleicht sogar zu einer echten Deflation führt, werden mit großer Wahrscheinlichkeit in vielen Volkswirtschaften – auch in der österreichischen – die Arbeitslosenzahlen explodieren, bis hin zu einer Verdoppelung oder sogar Verdreifachung des derzeitigen Standes.

Sollte dies passieren und sollten die derzeitigen Regierungen weiterhin Deutschland in seiner zweifelhaften Austeritätspolitik, die Sparen als Allheilmittel für Budgetprobleme vorgibt, folgen, dann wäre es nur mehr ein sehr kleiner Schritt hin zu großflächigen Unruhen vom Potsdamer Platz bis zur Place de la Concorde, ganz zu schweigen vom politischen Chaos von der Ringstraße bis zur Piazza del Popolo.

### **Konkurs der Austrian Airlines**

Bis auf den hochdünnen Gewinn von 25 Millionen Euro im letzten Jahr haben die Austrian Airlines (AUA) seit 2007 keine Gewinne mehr geschrieben. Dieses Ergebnis scheint ein einmaliges Ereignis gewesen zu sein, denn in den ersten neun Monaten des heurigen Jahres zeigte sich ein Verlust von 54 Millionen. Demnach stünde also ein Konkurs der AUA als fast dauernder Fixpunkt auf jeder Liste möglicher österreichischer X-Events. Dieser Konkurs hätte sicherlich schon lange stattgefunden, wäre nicht die Lufthansa eingesprungen und hätte die AUA im Jahre 2009 gekauft.

Die Folgen eines Konkurses sind schwer vorherzusagen. Jedenfalls aber würden viele Jobs verloren gehen, und der Flugroutenplan sowie die Dienstleistungen der Luftlinie würden eingeschränkt werden. Man könnte argumentieren, dass dies die Hoffnung des Wiener Flughafens zunichte machen würde, sich als zentraler Reiseknotenpunkt zu etablieren. Vielleicht. Vielleicht aber auch nicht. Man könnte auch, ganz im Gegenteil, im Vergleich mit der Entwicklung der Swiss Air nach deren Konkurs im Jahre 2001 argumentieren. Während die beiden Ausgangslagen weit davon entfernt sind, ident zu sein, lohnt es sich doch, die Gemeinsamkeiten zu beleuchten. Im Falle der Swiss Air verschwand die alte Airline und wurde rasch durch eine neue und verschlankte, wettbewerbsfähige Luftlinie, die Swiss, ersetzt. Der Züricher Flughafen als großer Reiseknotenpunkt litt kaum bis gar nicht darunter.

Es gibt unzählige Möglichkeiten, wie so ein Konkurs von statten gehen könnte. Manche davon sind hausgemacht wie etwa das Missmanagement vor einigen Jahren, als sich die AUA nicht gegen Preisschwankungen beim Treibstoff absicherte. Dies hatte ein Abtrudeln zur Folge, von dem sich die Luftlinie immer noch nicht erholen konnte. Andere negative Faktoren kommen von außen, etwa wenn die EU ähnlich der Situation Japans in eine deflationsbedingte wirtschaftliche Abwärtsspirale gerät. Weitere externe Faktoren wären ein weltweiter Rückgang der Reisetätigkeit, ausgelöst etwa durch eine Pandemie, die Entwicklung eines regionalen Konfliktes mit geopolitischer Bedeutung wie die Ukraine-Krise zu einem europaweiten Krieg oder sogar

ein größerer Vulkanausbruch, der den Flugverkehr nicht bloß für ein paar Tage wie im Jahr 2010, sondern für viele Wochen lahm legt.


## **Globale Erwärmung und Bedrohung der Landwirtschaft**

In welchem Ausmaß und wie nachhaltig betreffen der Klimawandel und seine Auswirkungen Österreich? Ein kürzlich erschienener Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) ist alarmierend. Die Aussichten für Österreich sind laut diesem Report alles andere als rosig: Ein vorhergesagter Temperaturanstieg von 2,5 Grad Celsius von 2030 bis 2060 wird zu Gletscherschmelze, Tauen von Permafrost, vermehrtem Steinschlag, Trockenperioden, Hochwasser, extremen Wetterereignissen sowie zur Verbreitung von Krankheitserregern und Ungeziefer führen.

Besonders für die heimische Landwirtschaft malten Vertreter des Umweltbundesamtes und der Hagelversicherung ein dunkles Szenario mit Überschwemmungen oder Dürreperioden. Der damalige Umweltminister Nikolaus Berlakovich forderte Frühwarnsysteme und Katastrophenschutzvorkehrungen. Man muss einerseits den Klimawandel ausbremsen, etwa durch die Förderung erneuerbarer Energie bei gleichzeitiger Einschränkung fossiler Treibstoffe, und andererseits Wege zur Anpassung an die Natur finden, was in erster Linie eine Herausforderung für den Katastrophen- und Zivilschutz ist.

### **KERNPUNKTE**

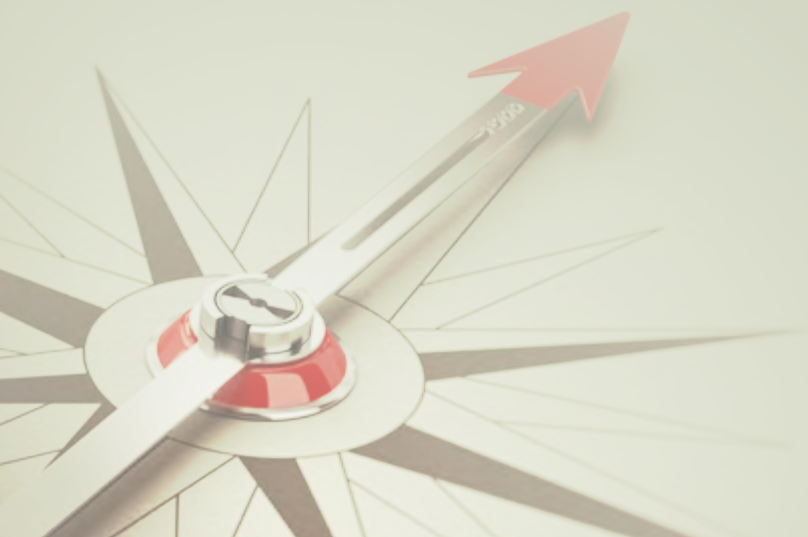
- Ein X-Event ist ein seltenes und überraschendes Ereignis. Weil wir uns nicht gegen alles versichern können, brauchen wir eine Vorstellung davon, was möglich und was wahrscheinlich ist.
- Ein Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft, ein politisches Störfeld von rechts, ein Konkurs der Austrian Airlines oder die globale Erwärmung und Bedrohung der Landwirtschaft für Österreich wären denkbare X-Events mit gravierenden Auswirkungen auf das Leben in Österreich.



# TRENDSZENARIO 2015 FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

*Der in der Teilstrategie Verteidigungspolitik festgelegte moderne verteidigungspolitische Managementprozess dient der Sicherstellung einer bestmöglichen, innovativen Zukunfts- und Anpassungsfähigkeit der Entwicklung des Österreichischen Bundesheeres. Dieser Prozess umfasst die grundsätzlich in einem Fünffjahresrhythmus erfolgende Erstellung von sicherheitspolitischen Umfeldszenarien. Wesentliche Aufgabenstellung dabei ist die Festlegung und permanente Überwachung einer Früherkennungsarchitektur von strategischen Schlüsselfaktoren mit jährlicher Berichtslegung.*

*(vgl. Teilstrategie Verteidigungspolitik, S. 18)*





# TRENDSZENARIO 2015 FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

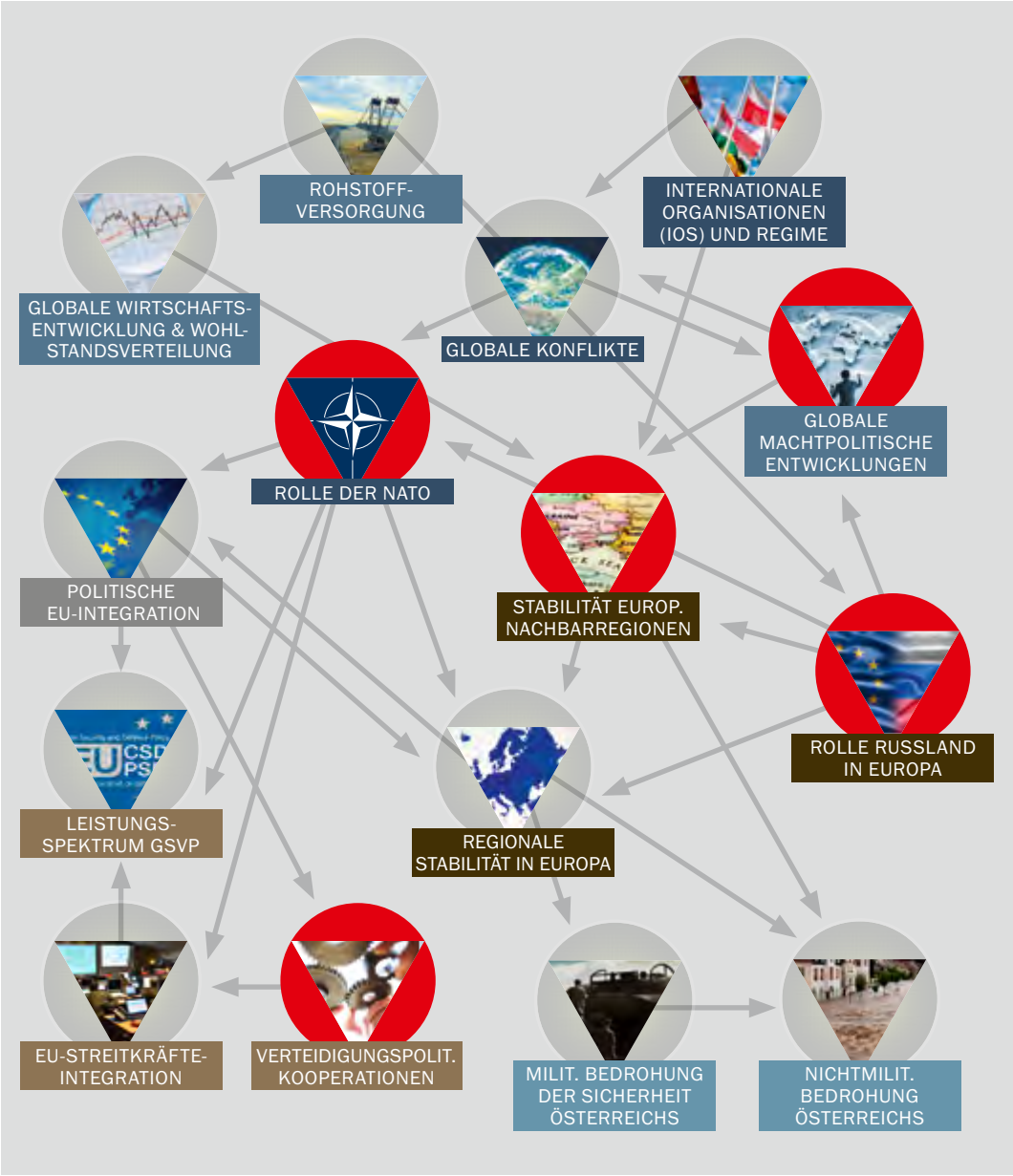
*Johann Frank und Gustav Gustenau*

Dieser Beitrag fasst die Analysen der Experten zusammen und verdichtet sie zu einem Trendszenario 2015 für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

## **1. Sicherheitspolitische Umfeldszenarien für Österreich 2025**

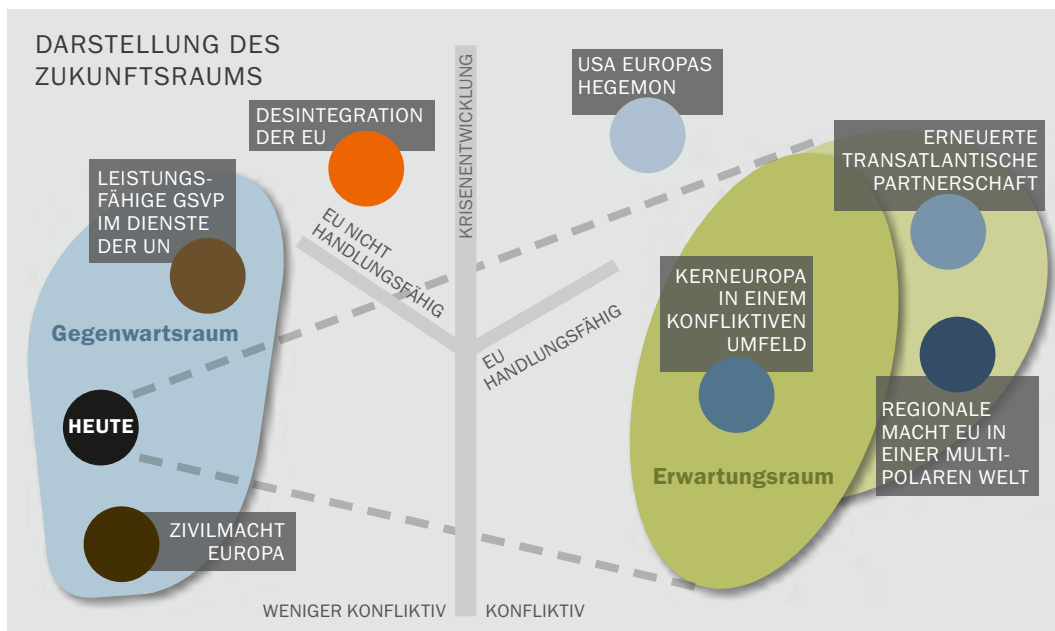
Im Jahr 2012 wurden begleitend zu den Arbeiten an der Österreichischen Sicherheitsstrategie (ÖSS) und zur Neuplanung des Österreichischen

Folgende fünfzehn Schlüsselfaktoren und deren Wechselbeziehungen bilden das System der sicherheitspolitischen Umfeldszenarien für die österreichische Verteidigungspolitik:



Bundesheeres (ÖBH) erstmalig sicherheitspolitische Umfeldszenarien 2025 erstellt. Dabei wurden die für die österreichische Sicherheitspolitik relevanten Schlüsselfaktoren im Rahmen einer Systemanalyse identifiziert und im

Hinblick auf ihre künftigen Entwicklungsmöglichkeiten analysiert. Aus zunächst über hundert Einflussfaktoren wurden die fünfzehn bedeutendsten Schlüsselfaktoren herausgearbeitet. (Siehe oben stehende Grafik.)



Die alternativen Ausprägungen der fünfzehn Schlüsselfaktoren wurden zu insgesamt sieben verschiedenen Umfeldszenarien kombiniert. Die Szenarien können entlang der Linien „sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EU“ und „Konfliktentwicklung im Umfeld der EU“ kategorisiert werden. (Siehe oben stehende Grafik.)

Ausgehend von einer damals noch grundsätzlich stabilen Umfeldsituation wurde 2012 in einer Perspektive von 10 bis 15 Jahren mit einer wesentlichen Veränderung der äußeren Rahmenbedingungen für Österreichs Sicherheit gerechnet. Im sogenannten „Erwartungsraum“ befanden sich schon damals – nach Einschätzung der Experten – jene Szenarien, deren Kern man wie folgt beschreiben kann: Das globale Umfeld ist geprägt von einer eher multipolaren, konfrontativen Sicherheitsarchitektur, das Verhältnis zu Russland ist konfliktär, die EU nimmt ihre sicherheitspolitische Verantwortung wesentlich umfassender wahr als gegenwärtig, wobei der innere Organisationsgrad der EU bei aller Differenzierung auch von einer deutlich engeren Kooperation im Bereich der Verteidigungspolitik gekennzeichnet ist.

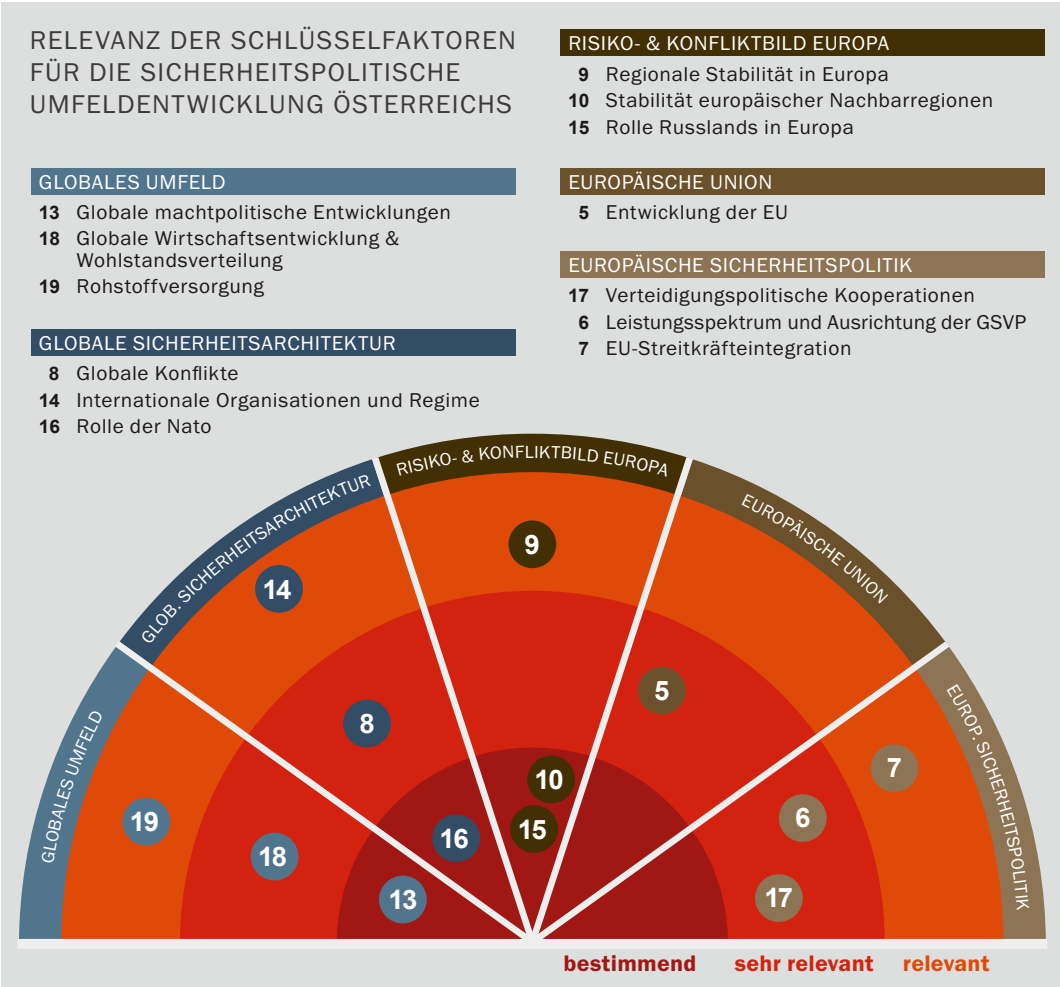
Aufbauend auf die Bewertung der sicherheitspolitischen Umfeldszenarien wurden die Grundannahmen für die Österreichische Sicherheitsstrategie getätigt und ein Leistungsprofil für das ÖBH entwickelt. Dieses sah im Kern ein auf nicht-konventionelle Bedrohungen ausgerichtetes Bundesheer vor, das national und international in einen Kooperationsverbund eingebettet ist und bestmögliche Beiträge im Rahmen einer umfassend angelegten Umfeldstabilisierung leistet.

Angesichts der hochgradigen Unsicherheiten im sicherheitspolitischen Umfeldsystem ist ein permanentes Monitoring aktueller Trends und eine Bewertung der Entwicklungsalternativen der Umfeldfaktoren erforderlich. Im Vordergrund des Monitoringprozesses stehen dabei die Fragen, ob die erkennbare Entwicklung in Richtung des ursprünglichen Erwartungsraumes aus dem Jahr 2012 weist, worin die größten Unsicherheiten bestehen, oder ob überhaupt Trendbrüche erkennbar sind, die zu einem gänzlich anderen Umfeld führen können.

## 2. Das verteidigungspolitische Trendszenario für Österreich 2015

Eine aktuelle Bewertung des Systems der Umfeldfaktoren unter Berücksichtigung der Einzelbeiträge der „Sicherheitspolitischen Jahresvorschau 2015“ ergibt, dass vor allem sieben Faktoren die größte Dynamik im System verursachen: *Verhältnis EU-Russland, globale machtpolitische Entwicklungen, Stabilität europäischer Nachbarregionen, Rolle der NATO, globale Konflikte, politische EU-Integration* und

*Weiterentwicklung der GSVP*. Sie bilden damit auch den Kern des Trendszenarios 2015 und haben – abgesehen von den innerösterreichischen Faktoren, wie z. B. die Außen- und sicherheitspolitische Gestaltungsambition oder die öffentliche Haushaltsentwicklung – auf Sicht die größte Relevanz für die Weiterentwicklung der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.



## 2.1 BESCHREIBUNG DER SCHLÜSSELFAKTOREN HINSICHTLICH IHRER ERWARTBAREN ENTWICKLUNG 2015

### DIE ROLLE RUSSLANDS IN EUROPA



Die Annahme, dass sich das Verhältnis zwischen der EU und Russland zunehmend konfliktär entwickeln wird, hat sich mehr als bestätigt. Die Entfremdung der letzten Jahre hat sich fortgesetzt und in der Ukrainekrise einen vorläufigen Höhepunkt gefunden. Die Ambitionen Russlands sind klar auf eine Absicherung der postsowjetischen Einflusszone und damit einhergehend auf eine Verhinderung der weiteren Ausbreitung von EU und NATO ausgerichtet. Damit verbunden ist die Ambition Russlands nach einer stärkeren eigenständigen Rolle in den internationalen Organisationen und in globalen Ordnungsfragen.

Eine grundsätzliche Lageänderung mit dramatisch nachteiligen Konsequenzen für die EU würde allerdings erst dann eintreten, wenn Russland seine militärstrategischen Ambitionen ändern und sich erneut auf eine militärische Konfrontation mit dem Westen bzw. der NATO vorbereiten würde. Dies ist aktuell nicht absehbar, wenn gleich punktuelle „hybride Aktionen“ an der EU-Außengrenze bzw. vereinzelte Eskalationen in den bestehenden „eingefrorenen Konfliktlagen“ nicht gänzlich ausgeschlossen werden können. Unsicherheiten bezüglich der weiteren Entwicklungen bestehen insbesondere darin, ob

es Russland gelingt, sein tendenziell autoritäres politisches System und seine überwiegend von den Rohstoffmärkten abhängige Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Die Fortführung der Sanktionspolitik der EU führt zu, aller Voraussicht nach gerade von der EU, nicht gewünschten Ergebnissen: Eine zunehmend gegen die EU gerichtete und autoritärere Politik Moskaus sowie jahrelange Rezession mit sich verschlechternden Lebensverhältnissen der Bürger in Russland. Angesichts der Konjunkturschwäche in Europa werden auch die Rückwirkungen der Rezession in Russland auf Europa erheblich sein.

Das EU-Ziel einer Verbesserung der Versorgungssicherheit der süd- und zentraleuropäischen Länder unabhängig von der Krisenregion Ukraine ist gescheitert. Eine deutliche Verbesserung der gesamtstaatlichen Situation in der Ukraine – selbst durch Hilfestellung aus der EU – ist angesichts der ökonomischen und finanziellen Schwäche der EU nicht zu erwarten. Die im Hintergrund stehende Schlüsselfrage, inwieweit es Europa gelingt, sich von US-amerikanischen geoökonomischen und strategischen Interessen zu emanzipieren, wird auch in absehbarer Zeit nicht in europäischem Sinne beantwortet werden, was eine Prolongierung innereuropäischer Widersprüche und Konflikte mit Russland zur Folge haben wird.

## GLOBALE MACHTPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN



Die Ambitionen Russlands wie auch anderer BRICS-Staaten sowie die außen- und sicherheitspolitische Fokussierung der USA auf den pazifischen Raum zur Ausbalancierung der chinesischen Machtansprüche weisen in Richtung eines globalen Systems, das von einer konfrontativen Multipolarität gekennzeichnet ist.

Trotzdem bestehen Unsicherheiten: globalstrategisch könnte es 2015 zu einer Trendumkehr zurück zu mehr Kooperation und wiederbelebter Globalisierung kommen. Es könnte sich aber auch bloß um eine strategische Pause auf dem Weg zu weiterer globaler Fragmentierung und Auflösung gemeinsamer globaler Ordnungsvorstellungen und Ordnungsfähigkeit mit einhergehender Steigerung der Konfliktintensität handeln. Wesentliche entwicklungsbestimmende Vorentscheidungen werden in diesem Zusammenhang der Ausgang der Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP), der Weltklimakonferenz und der Nuklearverhandlungen mit dem Iran, die globale Weltwirtschaftsentwicklung sowie die Entwicklungen der weltpolitisch bedeutsamen Spannungen zwischen dem Westen und Russland einerseits und zwischen China und Japan im ostchinesischen Meer andererseits sein. Die westliche sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit wird v. a. von der wachsenden Ermüdung der US-amerikanischen Bevölkerung im Willen zu globaler sicherheitspolitischer Ordnungs- und Verant-

wortungsübernahme und dem einsetzenden Wahlkampf um das Amt im Weißen Haus mitbestimmt sein.

## GLOBALE KONFLIKTE



Aufgrund der mangelnden Konfliktlösungskapazitäten der Internationalen Organisationen wie auch der divergierenden Interessen der großen Mächte ist mit einer Zunahme der Intensität der globalen Konfliktaustragung zu rechnen, wobei sowohl staatliche wie mit steigender Tendenz auch nichtstaatliche Akteure involviert sind. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Diffusion von Macht von Staaten zu nichtstaatlichen Akteuren bis hin zu Einzelpersonen. Heute verfügen nichtstaatliche Akteure und „superempowered individuals“ über Potenziale, die bislang Staaten vorbehalten waren, wobei gerade deren Verhalten sich der Vorhersehbarkeit weitgehend entziehen und jederzeit „strategische Schockereignisse“ auslösen können.

Auf geopolitischer Ebene ist festzustellen, dass angesichts fehlender gemeinsamer Ordnungsvorstellungen der großen Mächte USA, Russland, China und der EU sowie der fragilen globalen wirtschaftlichen Gesamtlage die Weltordnung zweihundert Jahre nach dem Wiener Kongress äußerst unsicher ist und regionale Konfliktlagen etwa in Osteuropa, Ostasien oder Nahen Osten zu weiteren massiven Verwerfungen führen können, denen die EU mangels verfügbarer kollektiver sicherheitspolitischer und militärischer Handlungsfähigkeit weitgehend passiv gegenüber stünde.

## INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND REGIME



Die Effektivität internationaler Organisationen und Regime bleibt eingeschränkt, da deren Akzeptanz aufgrund der zunehmenden Rivalität der Weltordnungsvorstellungen einzelner Mächte nur auf jene Bereiche beschränkt ist, wo gemeinsame Interessen identifiziert werden können. Auf Ebene der Vereinten Nationen setzt sich der Trend zu anspruchsvolleren, risikoreicheren Friedenseinsätzen und zur Implementierung robusterer Mandate fort. Truppenstellende Nationen sind daher zunehmend gefordert den Vereinten Nationen für diese neuen Szenarien militärische Einheiten mit verbessertem Schutz, höherer Mobilität und moderner technologischer Ausrüstung zur Verfügung zu stellen.

Es werden zwar Artikel-V-Aufgaben im Lichte der Ukraine Krise zumindest auf der politischen Agenda wieder stärker in den Vordergrund treten, eine nachhaltige Stärkung von Verteidigungsanstrengungen in den Bereichen Streitkräfteentwicklung, Dislokation und Übungen ist aber vorerst nicht abzusehen. Bislang war die NATO vor allem im südlichen Krisenbogen weitgehend absent. Dies könnte sich 2015 durch die Übernahme einer Unterstützungsmission für die irakische Regierung im Kampf gegen des IS ändern. So wird die NATO auch 2015 zwischen der Reduktion auf eine flexible Toolbox für Krisenmanagementeinsätze und einer Rückwendung zur Territorialverteidigung schwanken sowie versuchen dem Trend zur weiteren Reduzierung der nationalen Verteidigungsbudgets wohl ohne großen Erfolg entgegenzusteuern.

## DIE ROLLE DER NATO



Aktuell ist eine Veränderung der strategischen Rolle der NATO festzustellen. Lag in den letzten zwei Jahrzehnten der Fokus auf Out-of-Area-Krisenmanagementeinsätzen unter teilweise drastischer Reduzierung der Bedeutung des Artikels V, steht eben diese Bündnisverteidigung nun im Gefolge der Ukraine Krise wieder prominent auf der Agenda.

Auch nach dem Gipfel von Wales, im September 2014, und vor dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklungen der USA kann nicht als sicher angenommen werden, dass die NATO die militärische Sicherheit in der europäischen Nachbarschaft garantiert.

## EU-ENTWICKLUNG



Den dargestellten globalen und eurostrategischen Herausforderungen steht eine EU gegenüber, die auf Sicht keine weiteren substantiellen Integrationsschritte vornehmen wird. Sie wird sich insbesondere mit neuen Akteuren an ihrer Spitze v. a. um wirtschaftliche und institutionelle Konsolidierung bemühen und auch einzelne Fortschritte im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik anstreben.

Von zentraler Bedeutung für die EU wird die Überwindung der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise im Euroraum sein. Vor dem Hintergrund anhaltender Konjunkturschwä-

che und eines erwartbaren nur minimalen Wirtschaftswachstums in Europa werden die finanziellen Ressourcen für die dringend notwendigen Stabilisierungsmaßnahmen an der südlichen und östlichen Peripherie limitiert sein. Das wird sich doppelt negativ auswirken: Zum einen laufen die Krisenstaaten vor den Toren der EU Gefahr, in Folge voranschreitender sozioökonomischer Probleme, die sie alleine nicht lösen können, weiter destabilisiert zu werden. Zum anderen wird insbesondere der Migrationsdruck auf EU-Staaten steigen, was wiederum zur inneren Destabilisierung von einzelnen EU-Staaten führen kann.

Darüber hinaus hat die angespannte europäische Wirtschaftslage das Potenzial, sich spaltend auf die v. a. von ökonomischen Interessen der Mitgliedstaaten geleiteten Beziehungen zu Moskau auszuwirken und eine einheitliche Russland-Politik zu unterlaufen. Auch ein Trend zu wirtschaftspolitischem Protektionismus in den transatlantischen Beziehungen mit negativen Spill-Over-Wirkungen auf die Sicherheitspolitik kann nicht ausgeschlossen werden.

Die zentrale Frage wird aber sein, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung auf die soziale und politische Kohäsion und damit auf die Weiterentwicklung der politischen Integration der EU auswirken wird. Es ist erwartbar, dass sich der Trend zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen einzelnen EU-Mitgliedstaaten mit ähnlicher Interessens- und Wirtschaftslage in variabler Zusammensetzung fortsetzen wird. Offen ist weiterhin,

ob sich daraus eine Kerngruppen-Formation entwickeln kann, die auch eine Vertiefung im Bereich der Verteidigung anstrebt.

Ob die Ergebnisse, die vom Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs im Juni 2015 im Bereich der Verteidigung erwartbar sind, den objektiv gegebenen Herausforderungen angemessen sein werden, bleibt abzuwarten. Angesichts der Dimension der Sicherheitsrisiken, die kein EU-Staat im Alleingang bewältigen kann, wären mutige Schritte zu vermehrter verteidigungspolitischer Kompetenzübertragung auf Ebene der EU in Verbindung mit engeren militärischen Kooperationen notwendig.

Den Erfordernissen systematischer Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung sowie einer umfassender Nutzung von Synergien und damit letztlich eines effektiveren Einsatzes der rund 186 Milliarden Euro, die die EU-Staaten in Summe für Verteidigung ausgeben, stehen aber eine verbreitete Integrationskepsis der Bevölkerungen, EU-feindliche populistische Kräfte und ein Trend zur Renationalisierung auch in bisher europafreundlichen Parteien gegenüber. Ein Rückzug der EU und eine Abschottungsstrategie im Sinne eines „Gallischen Dorfes“, das in die Probleme seiner Nachbarschaft nicht hineingezogen werden möchte, sind schon auf Grund der enormen Importabhängigkeit der europäischen Wirtschaften undenkbar. So bezieht die EU pro Jahr Energierohstoffe um rund 500 Milliarden Euro sowie Materialrohstoffe in der Dimension von rund 200 Milliarden Euro von einer zunehmend instabiler werdenden Peri-

pherie bzw. im Wege des globalen Handels. 2015 sollte für die EU das Jahr zur Klärung seiner sicherheitspolitischen Prioritäten und Ambitionen sein und dabei gälte es auch die überholte Europäische Sicherheitsstrategie zu überarbeiten.

Eine grundsätzliche Lageänderung könnten die Wahlergebnisse im Vereinigten Königreich mit einer Ingangsetzung eines Ausstiegs aus der EU bzw. eine zweite globale Finanzkrise bringen, die auf eine ohnedies schon wirtschaftlich geschwächte und von inkonsistenten nationalen Wirtschaftspolitiken angespannte EU treffen würde.

## REGIONALE STABILITÄT IN EUROPA



Auf Sicht scheint die Stabilität der relevanten EU-Mitgliedstaaten gegeben, sodass vorerst mit keinen disruptiven Ereignissen in der EU selbst zu rechnen ist. Es gibt in einigen EU-Staaten zwar erhebliche Probleme in den Bereichen Wirtschaftsentwicklung, Arbeitslosigkeit, politischer Extremismus, Rechtsstaatlichkeit, Umgang mit Flüchtlingen, Migration und Integration sowie soziale Stabilität, aber insgesamt können Wille und Leistungsfähigkeit Europas derzeit noch so eingeschätzt werden, dass die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen sind.

Allerdings müssen auch hier erhebliche Unsicherheiten im Auge behalten werden, da das Potenzial einer Entwicklung zu einer zumindest regional beschränkten Beeinträchtigung der Stabilität Europas insgesamt vorhanden

ist. Extremereignisse wie ein zweiter Finanzkollaps, Terroranschläge, die Nichtbewältigung der Migrationsfrage in Kombination mit politischem Extremismus, verstärkte Spillover-Effekte der Krisen in der Ukraine sowie in der MENA-Region könnten rasch zu einer substantiellen Lageverschlechterung führen.

## STABILITÄT EUROPÄISCHER NACHBARREGIONEN



Das eurostrategische Umfeld der EU ist so konfliktthaft und instabil, wie es seit den Zerfallskriegen am Balkan in den 1990er Jahren nicht mehr der Fall war, und zwar mit negativen Tendenzen und Perspektiven in allen für die Sicherheit Europas und damit auch Österreichs relevanten Regionen.

In der Ukraine sieht sich die EU erstmals seit ihrem Bestehen einer geopolitischen Herausforderung mit konkurrierenden Ordnungsvorstellungen gegenüber. Die Beziehungen zu Russland werden auch im kommenden Jahr konfliktthaft bleiben, auch wenn ein offener militärischer Krieg unwahrscheinlich ist. Mit Bezug auf die Ukraine ist für 2015 das wahrscheinlichste Szenario eine Fortsetzung des Status Quo mit Prolongierung des Konflikts auf aktuellem Niveau.

Im Nahen Osten zerfällt die von europäischen Staaten vor hundert Jahren geschaffene Staatenordnung, ohne dass sich eine neue stabile Ordnung abzeichnet. So wird der Nahe Osten auch 2015 zwischen terroristischen Religions-

kriegen, von Extremismus getriebenen Konflikteskalationen und fortschreitendem Staatszerfall sowie nuklearen Armierungsversuchen taumelnd in Gefahr laufen, zu einer „Failed Region“ („gescheiterten Region“) zu werden. Jedenfalls nimmt in der Region die Zahl der akuten bzw. gefährdeten „Failed States“ mit Libyen, Syrien und dem Irak zu, während allerdings Jordanien, Ägypten, Marokko und Algerien einen Beitrag zur Stabilisierung der Region leisten könnten. Unsicherheit besteht aber gerade in Bezug auf die Stabilität der Schlüsselstaaten Ägypten und Algerien. Neben der Rolle Russlands ist die Entwicklung der Türkei als der anderen strategischen Flankenmacht Europas von zentraler Bedeutung, wobei der Trend klar in Richtung weiterer Ausprägung des Autoritarismus mit potenzieller Abkehr Ankaras vom Westen geht. Am Westbalkan droht ohne Reaktivierung der EU-Perspektive eine stabilitätsgefährdende Stagnation mit steigender lokaler Islamisierungsgefahr.

Die unmittelbaren Folgen der Konflikte in der Ukraine, im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika wie auch die Stagnation der Entwicklung auf dem Westbalkan erscheinen derzeit noch beherrschbar, zumal auch die Auswirkungen auf die zu den Krisenregionen unmittelbar angrenzenden EU-Staaten beschränkt sind. Allerdings bestehen für die EU erhebliche Risiken, insbesondere durch ein erwartbares Ausweichen des in Syrien und im Irak bekämpften islamistischen Terrorismus nach Nordafrika. Failed-State-Szenarien in Nordafrika würden das Terror- und Migrationsrisiko an der europäischen Gegenküste

und in der Sahelzone erheblich steigern, wobei insbesondere die Lage in Libyen prekär ist.

## LEISTUNGSSPEKTRUM UND AUSRICHTUNG DER GSVP



Das Schwergewicht der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wird im unteren bis mittleren Krisenmanagement liegen, wobei das Militär im Rahmen des breit angelegten Krisenmanagementansatzes der EU auch weiterhin nur eine eingeschränkte Rolle zu übernehmen hat. Obwohl die Ambition einer autonomen Verteidigung der EU auch weiterhin nicht auf der Agenda steht, sind einzelne Ansätze bei den strategischen Fähigkeiten, bei Hauptquartieren und in der Rüstung in Richtung autonomer militärischer Fähigkeiten erkennbar.

Nach rund fünf Jahren der Stagnation in der GSVP-Entwicklung rückt das Thema Verteidigung wieder stärker in den Fokus europäischer Politik. Dem Auftrag der Staats- und Regierungschefs vom Dezember 2013, die Koordination nationaler Verteidigungspläne weiter voranzutreiben, steht eine den beiden zentralen Herausforderungen, Krise in der Ukraine bzw. Kampf gegen den islamischen Staat, militärisch inaktive GSVP gegenüber. Der rechtliche Handlungsspielraum des Vertrags von Lissabon zur Vertiefung der GSVP und zur Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigungsdimension bleibt trotz der Krisenentwicklung im Umfeld ungenutzt. Der Trend bei Krisenmanagementein-

sätzen im Rahmen der GSVP geht in Richtung kleinere bis mittlere zivil-militärische Operationen maximal mittlerer Intensität bei zunehmender Bedeutung von Unterstützungsmissionen für die Bereiche Wiederaufbau und lokale Kapazitätenentwicklung. Geografisch bleiben Europa und Afrika die zentralen Einsatzräume der GSVP.

### **VERTEIDIGUNGS- POLITISCHE KOOPERATIONEN**

Der Trend zur Etablierung vielfältiger Kooperationsprojekte wird vor allem aufgrund national limitierter Ressourcen weitergehen. Allerdings wird es bei den relevanten EU Mitgliedsstaaten keinen Verzicht auf Kernfähigkeiten geben. Sie werden ihre eigenständige nationale Handlungsfähigkeit erhalten wollen, was insgesamt im europäischen Kontext den Fortbestand strategischer Inkohärenz prolongiert.

Tatsächlich sind die gemeinsamen europäischen Investitionsvorhaben aktuell jedoch rückläufig. Es werden nur etwa 15 Prozent der verfügbaren Investitionsgelder in Form gemeinsamer europäischer Projekte ausgegeben. In der Praxis dominieren Kooperationsvorhaben, die aufgrund nationaler limitierter Ressourcen und nationaler Interessenslagen angestoßen werden. Eine arbeitsteilige Vorgangsweise und ein Verzicht auf Kernfähigkeiten hat angesichts strategischer Inkohärenzen noch nicht Platz gegriffen. Kooperationsbereitschaft ist daher weiterhin eng an die Erhaltung möglichst umfassender nationaler Hand-



lungsfähigkeit gebunden. Damit bleiben gesamteuropäische Fähigkeitslücken bei strategischen Systemen wie Lufttransport, Aufklärung oder Drohnen. Die eingeschränkte eigenständige militärische Handlungsfähigkeit der EU prolongiert auch die Abhängigkeit von den USA. Am erfolgversprechendsten sind Kooperationen zwischen EU-Staaten mit ähnlicher sicherheitspolitischer Interessenslage und vergleichbaren Militärkulturen.

### **EU-STREITKRÄFTE- INTEGRATION**

Die gemeinsamen Einsätze finden weiterhin ohne integrierte Streitkräfte statt, selbst der Einsatz von EU-Battlegroups zeichnet sich nicht ab. Übungen und Ausbildung werden weiter in eingeschränktem Rahmen und unter Rückgriff auf NATO-Standards stattfinden.

Trotz einstimmiger politischer Einsatzentscheidungen ist die Aufbietung der erforderlichen Kräfte weiterhin nur mit großem Aufwand möglich. Staaten, die in den Einsatz gehen und die damit verbundenen Risiken übernehmen, tragen auch die finanziellen Kosten. Das ist mit ein Grund dafür, warum es bislang keinen Einsatz einer EU-Battlegroup gegeben hat. Trotz begrüßenswerter Ansätze in Richtung systematischer gemeinsamer Streitkräfteplanung sind auch weiterhin keine verbindlichen gesamteuropäischen Planungsvorgaben zu erwarten. Der Qualitätssprung von freiwilliger Kooperation zu gelenkter Integration bleibt daher im Bereich der Verteidigung aus. Im Vordergrund



werden auch weiterhin „Pooling und Sharing“-Kooperationen zwischen gleichgesinnten Staaten und der Ausbau regionaler zweckorientierter Kooperationsformate stehen.

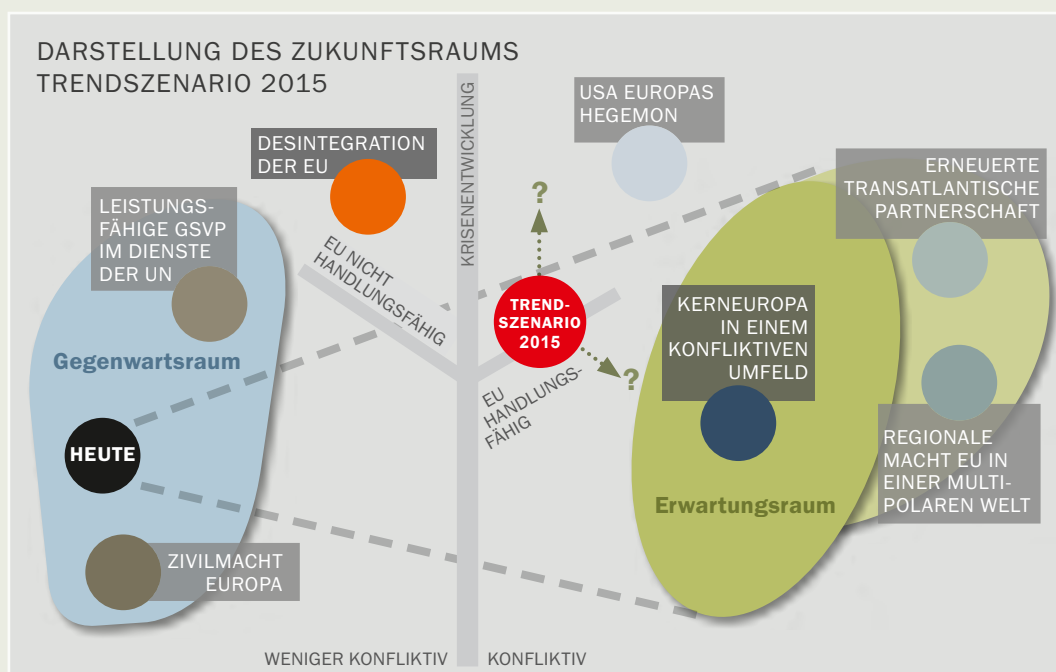


### 3. Konklusion für die aktuellen sicherheits- und verteidigungspolitischen Planungen

Das Trendszenario ist charakterisiert durch eine signifikante Zunahme der Konflikte im relevanten Umfeld bei gleichzeitiger sicherheitspolitischer Handlungsschwäche der EU und einem ungebremsten militärischen Fähigkeitsverlust der europäischen Streitkräfte.

Somit steht die EU vor einem Scheideweg, ob sie den aktuellen Trend in Richtung Renationalisierung überwinden kann und auch im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten hin zu einem leistungsfähigen Kern deutlich intensivieren kann. Das wird nicht zuletzt davon abhängen, wie weit die Risiken und Bedrohungen für die Mitgliedsstaaten auch angesichts extrem enger budgetä-

rer Gestaltungsräume wahrgenommen werden und wie weit dies zu einer verstärkten Kooperation führen wird. Das aus den dargestellten erwartbaren Entwicklungen der Schlüsselfaktoren abgeleitete Trendszenario „Sicherheitspolitisches Umfeld Österreichs 2015“ liegt somit in der generellen Richtung des Erwartungsraumes.



## **VERSCHLECHTERUNG DER SICHERHEITSPOLITISCHEN LAGE ÖSTERREICHS UND DER EU**

Die Bewertung der Risikofaktoren insbesondere betreffend Russland, Naher- und Mittlerer Osten und Nordafrika hat sich deutlich verschlechtert. Der Westbalkan verharrt in einem stabilitätsgefährdenden Stillstand. Die USA zeigen wenig Ambition, die Sicherheitsaufgaben für die Europäer zu lösen, sofern nicht massive eigene Interessen betroffen sind. Für die EU bedeutet dies, dass sie mit einem zunehmend konflikthärem Umfeld konfrontiert ist, selbst aber kaum militärische Handlungsoptionen zur Umfeldstabilisierung entwickelt hat und umgekehrt von den Spill-Over-Effekten aus den Krisenregionen zunehmend stärker betroffen ist.

Vor dem Hintergrund dieses Trendszenarios 2015 ergeben sich für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik neben dem Bedarf zur Neuregelung der Beziehungen zur Russland drei weitere wesentliche Handlungsstränge:

1. Neuausrichtung der militärischen Landesverteidigung insbesondere auf die Resilienz Österreichs und auf hybride Bedrohungsszenarien.
2. Aktive Beitragsleistung zur Weiterentwicklung der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit insbesondere der EU und anderer internationaler Organisationen.
3. Deutliche Intensivierung der militärischen Kooperationen insbesondere mit Deutschland und mit den Ländern des zentraleuropäischen Raumes.

## **STÄRKUNG DER RESILIENZ ÖSTERREICHS DURCH EINE NEUAUSRICHTUNG DER LANDESVERTEIDIGUNG**

Unmittelbar steht für Österreich zwar die Bewältigung von technischen und natürlichen Risiken im Vordergrund, allerdings ist angesichts der zunehmenden Bedrohung der EU – und damit Österreichs – tendenziell und mit kurzer Vorwarnung mit den Folgen hybrider Konflikte zu rechnen. Damit können in naher Zukunft aufgrund der hohen Unsicherheiten im System sehr rasch Einsätze des ÖBH zur Landesverteidigung im Sinne der Abwehr von nichtkonventionellen Angriffen notwendig werden.

Landesverteidigung als Kernaufgabe des ÖBH ist somit angesichts des Bedrohungswandels neu zu gestalten, wobei nunmehr die Bewältigung sogenannter hybrider Konflikte sowie generell der Schutz der Lebensgrundlagen Österreichs und der Funktionsfähigkeit des Staates im Vordergrund stehen. Es gilt im Falle des Auftretens von Extremereignissen oder in Folge von Angriffen von außen, die zu einer massiven Beeinträchtigung der Resilienz Österreichs führen würden, dem ÖBH jene Aufgaben zuzuordnen, die aufgrund spezifischer militärischer Alleinstellungsmerkmale und Fähigkeiten nur durch das ÖBH bewältigt werden können.

Dabei kommt aber auch die Abwehr von Gefahren im Staatsinneren in Betracht, sofern diese im Zusammenhang mit von außen drohenden Gefahren stehen und eine wirksame Abwehr nur mit militärischen Mitteln möglich ist. Im Resilienzfall, d.h. bei der Überschreitung einer kritischen Schwelle der gesamtstaatlichen Gefähr-

dung, sind der Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen, die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit sowie der Schutz der Lebensgrundlagen und der Funktionsfähigkeit von Staat und Gesellschaft Aufgabe der militärischen Landesverteidigung.

Der aktuell fast europaweite Trend der Umschichtung von Ressourcen von den militärischen Kapazitäten zu den zivilen Sicherheitsbehörden wird sich damit als Fehlentwicklung erweisen. Bei katastrophalen Ereignissen kann die Resilienz von Staaten nur durch jene Organisationen gestützt werden, die per se krisenrobust sind und unter schwierigsten Verhältnissen ihre Funktionalität aufrechterhalten können: Das sind und bleiben zu allererst die Streitkräfte eines Landes.

### **BEITRÄGE ZU WEITERENTWICKLUNG DER EU UND ZUR AUSGESTALTUNG DER GSVP SOWIE DEUTLICHE INTENSIVIERUNG DER MILITÄRISCHEN KOOPERATIONEN**

Den österreichischen Sicherheitsinteressen ist am besten gedient, wenn die EU an sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit gewinnt. Dieses langfristige Ziel kann angesichts der Überdehnung der EU realistisch betrachtet nur in Zwischenschritten erreicht werden. Daher wären zunächst verteidigungspolitische Kooperationen mit gleichgesinnten EU-Partnerstaaten zu forcieren. Da die Bundesrepublik Deutschland neben Frankreich und Großbritannien für die Weiterentwicklung der GSVP von zentraler Bedeutung ist und bereits heute weitreichende Zusammenarbeitsprogramme zwischen Wien und Berlin

bestehen, könnte die Kooperation mit Deutschland durch Erstellung eines strukturierten bilateralen Kooperationsprogramms auf ein neues Niveau gehoben werden. Dabei wäre einerseits der militärischen Fähigkeitenentwicklung Rechnung zu tragen und gleichzeitig das gemeinsame Eintreten für eine substantielle Ausgestaltung der GSVP auf politischer Ebene zu betreiben. Neben dieser bilateralen Kooperation wäre der Rahmen der Zentraleuropäischen Verteidigungszusammenarbeit für eine sicherheitspolitische Dynamisierung der GSVP bestmöglich zu nutzen. Ein wichtiger Schritt zur Klärung der europäischen Sicherheitsinteressen und einer realistischen Ambition- und Zielbestimmung wäre die Überarbeitung der Europäischen Sicherheitsstrategie.

### **BEITRÄGE DES ÖBH ZUR UMFELDSTABILISIERUNG GEFORDERT**

Angesichts der generellen Kapazitätenschwäche der EU-Mitgliedstaaten und des hohen politischen Risikos wird von einer Forderung nach einer Beteiligung von möglichst allen EU-Staaten im Rahmen von Stabilisierungsoperationen im Umfeld der EU auszugehen sein. Zusätzliche Operationen bzw. der Ausbau bestehender Operationen vor allem in der MENA-Region und in Subsahel-Afrika sind daher zu erwarten.

Österreich sollte sich daher frühzeitig über seine Rolle und Ambition und den spezifischen Beitrag des ÖBH Klarheit verschaffen. Eine Reduzierung des internationalen Engagements würde sich jedenfalls nachteilig auf die Sicherheitslage Österreichs auswirken. Vor dem Hintergrund voranschreitender internationaler Vernetzungen ist Krisen am zweckmäßigsten dort zu begegnen, wo sie

entstehen. Dem österreichischen Engagement am Balkan kommt eine besondere Bedeutung, auch für die gesamteuropäische Sicherheit und Stabilität, zu. Die Fähigkeiten des ÖBH zur Krisenprävention wären in Ergänzung zu den militärischen Operationen in enger Abstimmung mit dem Konzept „Sicherheit und Entwicklung“ weiter zu forcieren. Aber auch zivile Beiträge zum internationalen Krisenmanagement sollten – orientiert an den Beiträgen vergleichbarer europäischer Staaten – ausgebaut werden.

## **DIE PRIORITÄT EINER NEUREGELUNG DES VERHÄLTNISSSES MIT RUSSLAND**

Strategisch ist offenkundig, dass die EU erst dann zu einer aktiveren Rolle in der Stabilisierung der südlichen Peripherie finden kann, wenn sie ihre Beziehungen zu Russland neu geregelt hat. Dabei könnte und sollte Österreich im Sinne des Selbstanspruchs als neutraler Brückenbauer und im Zusammenhang mit dem OSZE-Vorsitz 2017 einen spezifischen Beitrag zur Entwicklung einer erneuerten europäischen Sicherheitsarchitektur leisten.



# ÖSTERREICHISCHES BUNDESHEER DER ZUKUNFT

*Der Teilstrategie Verteidigungspolitik folgend ist der Erhalt des militärischen Alleinstellungsmerkmals die Basis für ein zukunftsrobustes und einsatzorientiertes ÖBH. Dies erfordert die Sicherstellung der Kernbefähigung für ein einsatzbezogenes Zusammenwirken militärischer Wirkmittel mit entsprechender Durchsetzungsfähigkeit, die Sicherstellung der notwendigen Autarkie und Durchhaltefähigkeit und die Fähigkeit zur disziplinenübergreifenden zivil-militärischen Führung unter besonderer Beachtung eines spezifischen Profils des ÖBH.*

*(Vgl. Teilstrategie Verteidigungspolitik, S.10)*





## EIN ÖSTERREICHISCHES BUNDESHEER MIT ZUKUNFT?

Aus den Expertenanalysen und dem Trendmonitor der sicherheitspolitischen Jahresvorschau 2015 ergibt sich klar, dass Österreich ein zeitgemäßes und leistungsfähiges Bundesheer braucht.

Auf Grund der hybriden Bedrohungslage bleibt die militärische Landesverteidigung, wenn auch in einer angepassten Form, die Kernaufgabe des Österreichischen Bundesheers (ÖBH). Zur Bewältigung der vorhersehbaren strategischen Krisenszenarien muss das ÖBH über das militärische Alleinstellungsmerkmal verfügen. Dies erfordert ausreichende Führungsfähigkeit, Durchsetzungsfähigkeit, Schutz, Fähigkeit zum Truppentransport zu Land und in der Luft, Versorgung sowie Waffensysteme und neue Mittel zur Cyber-Verteidigung. Dabei muss das ÖBH in der Lage sein, seine Aufträge über einen längeren Zeitraum auch ohne Abstützung auf eine zivile Infrastruktur zu erfüllen. Erst auf der Grundlage dieser ureigenen militärischen Grundbefähigung ist auch die Bewältigung von Subsidiäraufgaben, etwa im Bereich der Katastrophenhilfe, möglich, denn eine auf eine paramilitärische Assistenzfähigkeit reduzierte Armee kann letztlich weder den Verteidigungsauftrag erfüllen noch einen Mehrwert im Verhältnis zu den Blaulichtorganisationen erbringen.

Wenn das prioritäre politische Ziel einer handlungsfähigen europäischen Verteidigungspolitik in der Praxis realisiert werden soll, dann muss die Europäische Union über alle hierzu erforderlichen Sicherheitsinstrumente verfügen, wozu selbstverständlich auch eine ihrer Bedeutung entsprechende militärische Handlungsfähigkeit gehört. Dabei sind auch kleinere EU-Staaten wie Österreich gefordert.

Die militärische Anforderung in diesem Zusammenhang ist klar: Es geht um spezialisierte Kräfte, die durchhaltefähig und robust, verlegbar und zusammenarbeitsfähig sowie technologisch auf einem zeitgemäßen Stand sind.

Wenn das in der Österreichischen Sicherheitsstrategie festgeschriebene Ziel der Fortsetzung des internationalen Engagements auf hohem Niveau in der Praxis realisiert wird und das ÖBH einen ange-

GENERAL MAG.  
OTHMAR COMMENDA  
Chef des Generalstabes des  
Österreichischen Bundesheeres



messenen militärischen Beitrag zur Umfeldstabilisierung leisten soll, um den Krisen bestmöglich dort zu begegnen, wo sie entstehen, erscheint zumindest die Bereitstellung einer infanteristischen Bataillonskampfgruppe erforderlich. Diese Kernambition für internationale Einsätze ist zu ergänzen durch international nachgefragte Fähigkeiten in den Bereichen Spezialeinsatzkräfte, Logistik, Such- und Rettungskräfte sowie Experten für den Bereich der militärischen Sicherheitskooperation.

2015 wird zu einem Schlüsseljahr für das Bundesheer, in dem sich zeigen wird, ob es eine budgetäre Grundlage erhält, um auch in Zukunft einen angemessenen Beitrag zur europäischen Solidarität zu leisten und im Inland seine Fähigkeit zur militärischen Landesverteidigung auf einem Mindestniveau zu erhalten.

Mit der Österreichischen Sicherheitsstrategie und der Teilstrategie Verteidigungspolitik wurden auf Basis breiter politischer Mehrheiten in Parlament und Regierung die konzeptionellen Grundlagen für eine zeitgemäße Neuausrichtung des Bundesheeres geschaffen. Jetzt braucht es eine verantwortungsvolle Politik, die auch die notwendigen Mittel zur Umsetzung dieser innovativen Konzepte bereitstellt.

Klar ist jedenfalls, dass das Verteidigungsbudget in einer Höhe von 0,5 Prozent des BIP – wie es im Jahr 2015 zur Verfügung stehen wird – den absehbaren Herausforderungen nicht gerecht werden kann. Der Verlust von Kernfähigkeiten und von bislang selbstverständlichen Leistungen wird die Folge sein. Will man dies vermeiden, ist für die dringendsten einsatznotwendigen Beschaffungsvorhaben eine Sonderinvestition von zumindest einem Zehntelprozent des BIP erforderlich.



## DIE AUTOREN

### **Philipp Agathonos** *(Beitrag Seite 153)*

Politologe und arbeitet seit 2003 im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres in Wien. Er leitet dort derzeit ein Referat in der Sicherheitspolitischen Abteilung.

### **Rastislav Báchora** *(Beitrag Seite 131)*

Geboren 1978 in Bratislava, Studium der Politikwissenschaft an den Universitäten Wien und Belgrad, Autor zahlreicher Studien darunter der Grundlagenstudie über Zukunftsperspektiven von Militärkooperationen für das BMLVS, lehrt am Institut für Europäische Studien und Internationale Beziehungen der Universität Bratislava.

### **Annegret Bendiek** *(Beitrag Seite 134)*

Seit Oktober 2005 Senior Associate in der SWP, Forschungsgruppe "EU/Europa". 2014 war sie im Planungstab des Auswärtigen Amts in Berlin und hat maßgeblich an dem Projekt „Review 2014-Außenpolitik Weiter Denken“ mitgearbeitet. Zuvor war sie Fellow am German Marshall Fund und an der Transatlantic Academy.

### **Franz Berndorfer** *(Beitrag Seite 49)*

Seit 2012 Militärberater an der Ständigen Vertretung Österreichs bei den VN in New York. Davor 2007 bis 2011 österr. Verteidigungsattaché in Frankreich unter Mitakkreditierung in Spanien, Marokko und Senegal.

### **Sven Biscop** *(Beitrag Seite 117)*

Geboren 10.02.1976, Direktor des "Europe in the World" Programms am Egmont Royal Institute for International Relations in Brüssel. Er lehrt an der Universität in Ghent und am College of Europe in Brügge, zudem ist er Mitglied des akademischen Exekutivrats am European Security and Defence College. Er forschte am Austrian Institute for European and Security Policy (AIES) in Baden-bei-Wien und im Fachbereich Europäische Studien an der Chinesischen Volksuniversität in Peking.

### **Joris van Bladel** *(Beitrag Seite 71)*

Geboren 1966, Russlandexperte und freier Wissenschaftler für strategische Analysen. Er ist ehemaliger Berater von Javier Solana.

**Katrin Brugger** (*Beitrag Seite 20*)

International Affairs Manager an der Montanuniversität Leoben und seit Mai 2013 für die Etablierung und Vernetzung der Montanuniversität Leoben im Rahmen einer Knowledge and Innovation Community – KIC Raw Materials – mitverantwortlich, sie arbeitet mit Vizerektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Peter Moser an der Internationalisierung der Montanuniversität.

**Botschafter Thomas M. Buchsbaum** (*Beitrag Seite 172*)

Österreichischer Botschafter in Polen, wurde in Wien geboren. Dort erwarb er sein juridisches Doktorat, in Cambridge (UK) den M.Phil. in international relations. Weitere Post-graduate-Studien führten ihn nach Paris (Pairs-I/Sorbonne-Panthéon), London (IALS), und Den Haag. Stages absolvierte er im Europarat und der Europäischen Kommission, seinen Grundwehrdienst in wissenschaftlicher Verwendung an der LVAK. Verwendungen im Außenministerium beinhalteten jene in den Abteilungen für Europa, Nahost und Afrika, dem Völkerrechtsbüro, und für die KSZE. Auslandverwendungen an den Botschaften in Damaskus, Budapest und Algier. Sonderberater der Generalsekretärin des Europarates in OSZE-Angelegenheiten. Stellvertreter des Botschafters in New Delhi und Tokio, stv. Leiter der öst. Delegation bei der OSZE. Zuletzt Abteilungsleiter für AuslandsösterreicherInnen, Staatsbürgerschafts- und Wahlrecht, Soziales und Gesundheit, und öst. Botschafter im Iran. Zahlreiche Publikationen zu K/OSZE, Europarat, Wahlrecht, e-democracy und e-voting.

**Avraham Burg** (*Beitrag Seite 101*)

Geboren 1955, ehemaliger Abgeordneter im israelischen Parlament. Er ist zudem Autor, internationaler Forscher und Koordinator am Bruno Kreisky Forum.

**Mathew Burrows** (*Beitrag Seite 7*)

Geboren 31 August 1953, Leiter der “Strategic Foresight Initiative” des Atlantic Council. Zuvor war er Berater am National Intelligence Council und Direktor des Analysis und Production Staff. Er studierte an der Wesleyan University und in Cambridge.

**John L. Casti** (*Beitrag Seite 204*)

Geboren 16.6.1943, Direktor des X-Center in Wien. Er studierte Mathematik an der University of Southern California. Danach arbeitete er an den Universitäten in Arizona und Princeton. Er war zudem Forscher am Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse in Laxenburg. Außerdem war er Mitglied des Santa-Fe-Instituts in Santa Fe (New Mexico) und Professor für Operations-Research und Systemtheorie an der TU Wien.



## DIE AUTOREN

### **Christina Christopoulou** *(Beitrag Seite 153)*

Diplomierte Völker- und Wirtschaftsrechtlerin. Sie arbeitet zur Zeit in Brüssel als European Affairs Communication Officer.

### **Othmar Commenda** *(Beitrag Seite 226)*

Geboren 1954, ist seit Juni 2013 Chef des Generalstabes des Österreichischen Bundesheeres. Zwischen 2008 und 2013 war General Commenda Stellvertretender Chef des Generalstabes. Davor war er als Leiter des Managements ÖBH 2010 tätig.

### **Christopher Daase** *(Beitrag Seite 42)*

Geboren 1962, ist Professor für Politikwissenschaft, Exzellenzprofessur für Internationale Organisationen im Rahmen des Exzellenzclusters „Herausbildung Normativer Ordnungen“ an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Zudem ist er Programmbereichsleiter „Internationale Organisationen und Völkerrecht“ am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt.

### **Michael Derman** *(Beitrag Seite 140)*

Geboren 6. Juli 1952 in Wien, Generalstabsoffizier im Österreichischen Bundesheer; VertAtt im Vereinigten Königreich (2006-2010) und in Deutschland (2010-2014); seit 1. Dez 2014 im Ruhestand.

### **Giselher Dombach** *(Beitrag Seite 92)*

Mitglied des Instituts für Strategie-, Politik-, Sicherheits- und Wirtschaftsberatung. Seit 2013 ist Dr. Dombach der Geschäftsführer von Groote und Dombach GmbH. Seine Forschungsschwerpunkte sind der MENA-Raum sowie Failing States.

### **Michael Drexler** *(Beitrag Seite 17)*

Geboren am 25.05.1970, Senior Director and Head of Investors Industries, World Economic Forum. Michael Drexler arbeitet seit 2011 als Senior Director and Head of Investors Industries beim Weltwirtschaftsforum. Zuvor war er als Managing Director bei Barclays tätig, wo er unter anderem die globale Geschäftsstrategie für investment, corporate und private banking leitete. Er wurde 2010 als Young Global Leader vom Weltwirtschaftsforum nominiert.

**Alexander Dubowy** (*Beitrag Seite 75*)

Geboren 1982, Mag.iur., fungiert seit September 2014 als wissenschaftlicher Projektmitarbeiter (Post-Doc) in der Abteilung „Polemologie|Rechtsethik“ des Instituts für Rechtsphilosophie, Religions- und Kulturrecht an der Universität Wien. Koordinator der Forschungsstelle für Eurasische Studien (EURAS). Mitglied der Forschungsplattform für Osteuropa der Universität Wien.

**Michael Edelstein** (*Beitrag Seite 30*)

Forscher im Bereich Epidemiologie bei der schwedischen Gesundheitsbehörde.

**Philipp Eder** (*Beitrag Seite 186*)

Geboren 1968, seit April 2014 Leiter der Abteilung Militärstrategie des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport (BMLVS). Davor war er Leiter des Instituts für Höhere Militärische Führung der Landesverteidigungsakademie WIEN und Projektleiter des Strategischen Führungslehrgangs der Bundesregierung. Von 2008 bis 2013 war er Stellvertretender Abteilungsleiter Abteilung Transformation / BMLVS.

**Aude Fleurant** (*Beitrag Seite 46*)

Geboren 1972, seit April 2014 Direktorin des New Arms and Military Expenditure-Programms am Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI). Ihre Forschungsschwerpunkte sind transformation of the military market und interaction of supply and demand dynamics. Ihre Publikationen beschäftigten sich hauptsächlich mit countries' or companies' adjustments to new market conditions and their consequences.

**Alexandra Förderl-Schmid** (*Beitrag Seite 177*)

Geboren 1971, ist Chefredakteurin und Co-Herausgeberin der Tageszeitung „DER STANDARD“. Zuvor war sie Leiterin des Wirtschaftsressorts und Korrespondentin für Deutschland und die EU. Sie studierte Publizistik, Politik und Geschichte.

**Johann Frank** (*Beitrag Seite 209*)

Geboren 1969, Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik und Sicherheitspolitischer Direktor im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport in Wien. Davor u.a. Verwendung im Kabinett des Bundesministers für Landesverteidigung. Seit 2014 beratendes Mitglied im Nationalen Sicherheitsrat der Republik Österreich. Mitglied der Wissenschaftskommission und Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen zur europäischen und österreichischen Sicherheitspolitik.



## DIE AUTOREN

### **Ellie Geranmayeh** *(Beitrag Seite 26)*

Geboren am 5. Juni 1987, Policy Fellow am European Council for Foreign Relations (ECFR). Sie ist im Middle East and North Africa Programme tätig. Ihre Expertise umfasst Iranische Außen- und Innenpolitik, die Beziehungen EU-Iran, Sanktionen und Völkerrecht.

### **Gustav E. Gustenau** *(Beitrag Seite 209)*

Geboren 1959, Seit 2008 Verbindungsperson des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport zum Sekretariat des Nationalen Sicherheitsrates. 1984 bis 1988 Studien der Politikwissenschaften, Geschichte und Philosophie an der Universität Wien, 1984 bis 1989 Kompaniekommandant und Lehroffizier an der Artillerieschule Baden, 1989 bis 1997 Forschungstätigkeit am Institut für Strategische Grundlagenforschung der Landesverteidigungsakademie Wien, 1997 bis 2001 Leiter des Instituts für Internationale Friedenssicherung an der Landesverteidigungsakademie, 2000 bis 2008 Stellvertretender Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik und sicherheitspolitischer Berater des Bundesministers für Landesverteidigung. Autor und Herausgeber zahlreicher wissenschaftlicher Schriften.

### **Istvan Gyarmati** *(Beitrag Seite 156)*

Derzeit unter anderem President of the International Centre for Democratic Transition, Chair of the UN Secretary General's Advisory Board on Disarmament etc. Er hat eine beeindruckende Karriere im ungarischen diplomatischen Dienst und im universitären Bereich durchlaufen. Er ist der Inhaber des Titels Botschafter und eines PhD in Politikwissenschaft und Strategischen Studien. Er ist Gastprofessor an unterschiedlichen Universitäten sowie Autor zahlreicher Publikationen.

### **Gerald Hainzl** *(Beitrag Seite 95)*

Geboren 1970, ist seit 2004 am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) an der Landesverteidigungsakademie Wien tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Konflikte in Afrika, Afrikanische Sicherheitspolitik und ihre Institutionen. 2013 war Dr. Hainzl Gastforscher am Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP).

### **Daniel S. Hamilton** *(Beitrag Seite 10)*

Geboren 1955, ist Direktor des Center for Transatlantic Relations an der Johns Hopkins University School of Advanced Internationale Studies (SAIS). Als ehemaliger US Diplomat liegt Prof. Hamiltons wissenschaftlicher Fokus auf der Europäischen Union und Südosteuropa.

**Andrew Hammond** *(Beitrag Seite 65)*

Senior policy fellow im Middle East & North Africa programme des European Council on Foreign Relations (ECFR). Seine Forschungsarbeit umfasst islamistische Bewegungen, Menschenrechte, arabische Medien und kulturelle Beziehungen in Ägypten und der Golfregion. Zuvor arbeitete er beim BBC Arabic radio und war Korrespondent für Reuters.

**Ahmet K. Han** *(Beitrag Seite 90)*

Geboren 1968, Außerordentlicher Professor für Internationale Beziehungen an der Kadir Has Universität in Istanbul. Er ist zudem Vorstandsmitglied des türkischen Think tanks „Centre for Economics and Foreign Policy Studies (EDAM)“. 2005 und 2011 war er Beobachter für die NATO bei der ISAF-Mission in Afghanistan.

**Gudrun Harrer** *(Beitrag Seite 98)*

Nahostspezialistin und leitende Redakteurin bei der Tageszeitung „Der Standard“ in Wien. Sie hat Islamwissenschaften, Arabistik, Turkologie und Politikwissenschaften studiert und unterrichtet Moderne Geschichte und Politik des Nahen Ostens an der Universität Wien und an der Diplomatischen Akademie Wien. 2006 war sie Sondergesandte des österreichischen EU-Vorsitzes im Irak und österreichische Geschäftsträgerin in Bagdad. 2014 erschienen zwei neue Bücher: „Dismantling the Iraqi Nuclear Programme – The Inspections of the IAEA in Iraq 1991-1998“ (Routledge) und „Nahöstlicher Irrgarten – Analysen abseits des Mainstream“ (Kremayr&Scheriau).

**David Heymann** *(Beitrag Seite 30)*

Vorsitzender der Health Protection Agency im Vereinigten Königreich. Zudem ist er Professor für infektiöse Krankheiten und Epidemiologie an der London School of Hygiene and Tropical Medicine.

**Bruno G. Hofbauer** *(Beitrag Seite 124)*

Geboren 1964, ist neuer Leiter der Generalstabsabteilung; absolvierte die Theresianische Militärakademie von 1989 bis 1992. Nach fünf Jahren in verschiedenen Kommandantenfunktionen bei der Garde beendete er erfolgreich den Generalstabslehrgang im Jahr 2000. Anschließend war unter anderem stellvertretenden Chef des Stabes im Wiener Militärkommando, Planungsoffizier bei der Militärvertretung in Brüssel und Leiter der Generalstabsabteilung im BMLVS. Seit Oktober 2014 ist er Kommandant der 3. Panzergrenadierbrigade in Mautern.



## DIE AUTOREN

### **Gerhard Jandl** *(Beitrag Seite 189)*

Geboren 1962, Sicherheitspolitischer Direktor des Außenamtes in Wien. Doktorat der Rechtswissenschaften (Uni Wien), Diplom der Volkswirtschaftslehre (Uni Graz), seit 1986 im Diplomatischen-Dienst, Verwendungen an den Botschaften Kairo, Tunis und der UNO-Vertretung New York, Leiter des Balkanreferats im Außenamt, Botschafter in Sarajewo und anschließend in Belgrad.

### **Herwig Jedlaucnik** *(Beitrag Seite 127)*

Geboren 1969, Mitarbeiter am Institut für Strategie und Sicherheit an der Landesverteidigungsakademie in Wien. Forschung und Beratung im Bereich Sicherheitspolitik. Absolvent der Theresianischen Militärakademie, der Universität Wien, der WU Wien und der University of Minnesota (USA).

### **Iulia Joja** *(Beitrag Seite 162)*

Geboren 23.01.1987, macht ihren PhD an der NSPAS in Bukarest. Ihre Abschlussarbeit befasst sich mit der strategischen Kultur Rumäniens. Sie hat auch noch an der FU Berlin und dem King's College London studiert. Sie hat bei der rumänischen Präsidentschaftskanzlei, dem NATO ACT, dem Europäischen Parlament, dem rumänischen Außenministerium und den VN gearbeitet.

### **Predrag Jureković** *(Beitrag Seite 84)*

Geboren 1969, ist seit 2003 Leiter des Referats Konfliktanalyse im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien. Österreichischer Co-chair in der Studiengruppe „Regional Stability in South East Europe“ des PfP-Consortium of Defence Academies and Security Studies Institutes, zahlreiche Vorträge und Veröffentlichungen zum Thema Konfliktverlauf und Friedensprozess in Südosteuropa.

### **Markus Kaim** *(Beitrag Seite 62)*

Geboren 1968 in Neuss. Seit Juli 2008 ist er Leiter der Forschungsgruppe „Sicherheitspolitik“ der Stiftung Wissenschaft und Politik - Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit in Berlin.

### **Wolfgang Liebert** *(Beitrag Seite 33)*

Leiter des Instituts für Sicherheits- und Risikowissenschaften (ISR) der Universität für Bodenkultur (BOKU) Wien. Bis 2012 wissenschaftlicher Leiter der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Naturwissenschaft, Technik und Sicherheit (IANUS) der Technischen Universität Darmstadt.

**Alexander Löw** *(Beitrag Seite 198)*

Geboren 1966, Gründer und Geschäftsführer der Data-Warehouse GmbH, die unter anderem in den Bereichen sichere Softwareentwicklung, Informationsmanagement, Langzeitarchivierung, Zertifikatsmanagement und Cyber-Sicherheit eigene Produkte entwickelt. Dr. Löw hat mehrere Funktionen u.a. als Beiratsmitglied des Arbeitskreises Mittelstand der Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. und als Konzerndatenschutz-Beauftragter. Als Experte für IT-Unterstützung der militärischen Luftfahrt hat er an der IT-Konzeption zu Eurofighter in Deutschland (1999–heute) und Österreich (2006–2011) mitgewirkt, und hat er mit seiner Expertise maßgeblich die Entwicklung der ÖNorm 2450 mitbestimmt.

**Reinhard Marak** *(Beitrag Seite 183)*

Geboren 1971, ist seit 2014 Geschäftsführer der ARGE Sicherheit & Wirtschaft Austrian Defence & Security Industry - ASW der Wirtschaftskammer Österreich. Des Weiteren ist er seit 2005 stellvertretender Repräsentant des Nationalen Rüstungsdirektors in EU-Angelegenheiten in der Rüstungsabteilung der Militärvertretung Brüssel.

**Helmut Meerkatz** *(Beitrag Seite 147)*

Geboren 28.08.56, Brigadier, Ausmusterung 1979, Panzergrenadieroffizier, Absolvent 11. Generalstabskurs (1985-1988), Chef des Stabes 9. PzGrenBrig, div. Stabsverwendungen, Abteilungs- und Gruppenleiter im BMLVS (Bereich Ausbildung), Absolvent NATO Defense College/ROM (1999/2000), dzt. Militärattaché in PARIS.

**Meinhard Miegel** *(Beitrag Seite 39)*

Geboren 1939, Sozialwissenschaftler und Publizist. Seit 2007 ist Miegel Vorstandsvorsitzender vom Denkwerk Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung.

**Nicolai von Ondarza** *(Beitrag Seite 111)*

Stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe EU/Europa an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Seine Arbeitsschwerpunkte sind das Regieren in der Europäischen Union, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die britische Europapolitik. Er ist Lehrbeauftragter an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).



## DIE AUTOREN

### **Martin Pabst** (*Beitrag Seite 58*)

selbständiger Politikwissenschaftler (Büro Forschung & Politikberatung München); ständiger Mitarbeiter der ÖMZ und der Europäischen Sicherheit & Technik; stellv. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen – Landesverband Bayern; Oberstleutnant d.R. (Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr Hamburg).

### **Frank Pfetsch** (*Beitrag Seite 23*)

Tätigkeit in Forschungsinstitutionen und im früheren Bundesministerium für Wissenschaftliche Forschung. Als Berater der UNESCO in verschiedenen Ländern auf dem Gebiet Wissenschaftspolitik und Forschungsplanung tätig. Seit 1976 lehrt er an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Konflikt- und Verhandlungsforschung sind seine gegenwärtigen Forschungsschwerpunkte. Neueste Publikationen: „Theoretiker der Politik. Von Platon bis Habermas“. Baden-Baden: NOMOS 2012., „Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Adenauer zu Merkel.“ Schwalbach: Wochenschauverlag 2012. „Das neue Europa“. Wiesbaden: VS Verlag 2007., „Verhandlung in Konflikten. Grundlagen-Theorie-Praxis“. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006.

### **Kirsti Pohjankukka** (*Beitrag Seite 165*)

Geboren 1972, Botschaftsrätin an der finnischen Botschaft in Wien. Sie ist Mag.a der Rechtswissenschaften.

### **Nico Prucha** (*Beitrag Seite 68*)

Nico Prucha hat zu dem Thema „Islamsicher Staat“ und jihadistische Medienstrategien im Internet an der Universität Wien promoviert. Hierfür wurden vor allem arabischsprachige Propagandamaterialien analysiert. Er wird ab Jänner 2015 am International Centre for the Study of Radicalisation (ICSR) am King's College London Forschung in diesem Bereich fortführen.

### **Sarah Reinke** (*Beitrag Seite 36*)

Geboren am 19.7.1972 arbeitet seit 12 Jahren als Referentin der internationalen Menschenrechtsorganisation Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) im Bereich GUS und Osteuropa und leitet seit 5 Jahren die Niederlassung der GfbV in Berlin.

**August Reiter** (*Beitrag Seite 169*)

Geboren 1963, derzeit Österreichischer Verteidigungsattaché in Schweden Infanterieoffizier, verschiedene Funktionen in Stäben, aber auch in Führungsposition u. a. Stabsoffizier bei SHAPE/NATO in MONS, Belgien, Kommandant des 17. Generastabslehrganges an der LVAK, Kommandant der Heerestruppenschule, Chef des Stabes und mit der Führung des Militärkommandos TIROL betraut. Absolvent des Seminars Internationale Höhere Führung an der Führungsakademie der Bundeswehr in HAMBURG; Verfasser des Konzeptes für Einsätze im urbanen Umfeld und des Gebirgskampfkongzeptes; Mehrere Beiträge in militärischen Fachzeitschriften und Buchbeiträge; Heeresbergführerhilfe und Flugretter.

**Henning Riecke** (*Beitrag Seite 137*)

Geboren am 24.02.1966, seit Januar 2009 Leiter des Programms USA/Transatlantische Beziehungen. Seine Fachgebiete sind Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands und der USA, Europäische und Transatlantische Sicherheitspolitik, Sicherheitsorganisationen und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Waffenkontrolle. Bevor er zum Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) kam, führte er als Thyssen Post-Doc-Stipendiat ein einjähriges Projekt zur Kleinwaffenpolitik der USA am Weatherhead Center for International Affairs der Harvard University durch.

**Wolfgang Röhrig** (*Beitrag Seite 195*)

Seit März 2012 der Projektoffizier Cyber Defence in der Europäischen Verteidigungsagentur. Bekleidet seit Anfang 2014 zusätzlich die Funktion des Programm-managers Cyber Defence. Er diente seit seinem Eintritt in die Bundeswehr 1985 und dem erfolgreichen Abschluss seines Hochschulstudiums als Diplom-Kaufmann in 1990 in diversen Verwendungen in der Deutschen Marine, dem streitkräftegemeinsamen Bereich der Bundeswehr und der NATO. Er bekleidet den Dienstgrad eines Fregattenkapitäns.

**Marcus Scheiblecker** (*Beitrag Seite 180*)

Geboren 1967, Wissenschaftler und stellvertretender Leiter am Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). Er lehrt zudem International Economics an der Fachhochschule für Europäische Wirtschaft und Unternehmensführung. Seine Forschungsgebiete sind Makroökonomie und europäische Wirtschaftspolitik.



## DIE AUTOREN

### **Paul Schmidt** *(Beitrag Seite 105)*

Geboren am 1. Oktober 1975 in Wien, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (seit 1. Oktober 2009) | 2006–2009: Stellvertretender Leiter der Repräsentanz der Österreichischen Nationalbank (OeNB) bei der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU, Brüssel | 2001–2006 Referent für europapolitische Fragen (OeNB) | 2001–2002 Master of International Relations (Diplomatische Akademie).

### **Ulrich Schuh** *(Beitrag Seite 13)*

Geboren am 12. März 1969, Forschungsvorstand von EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung; Mitglied des Fiskalrates, des Finanzmarktstabilitätsgremiums, der Wettbewerbskommission, der Pensionskommission und des Aufsichtsrates der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur.

### **Stefano Silvestri** *(Beitrag Seite 150)*

Geboren 1942, ist Politikwissenschaftler und Forschungsleiter am Italian Institute of International Affairs, bei dem er bis 2013 Vorsitzender war. Er war ehemaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium und Berater mehrerer italienischer Regierungen vor allem in den Bereichen Verteidigung und Internationale und Sicherheitsbeziehungen. Er befasst sich intensiv mit strategischen und militärischen Belangen.

### **Daniel Smilov** *(Beitrag Seite 159)*

Jurist mit Spezialgebiet Vergleichende Rechtswissenschaft. Zudem ist er Politikwissenschaftler. Er ist Programmdirektor am Centre for Liberal Strategies in Sofia und derzeit Gastprofessor für vergleichende Rechtswissenschaft an der Central European University in Budapest.

### **Christian Stadler** *(Beitrag Seite 75)*

Geboren 1966, ao. Univ.-Prof. Dr.iur., Dr.phil.sap., ist seit September 2013 Leiter der Abteilung „Polemologie|Rechtsethik“ des Instituts für Rechtsphilosophie, Religions- und Kulturrecht an der Universität Wien. Stv. Leiter der Forschungsstelle für Eurasische Studien (EURAS).

### **Nicolas Stockhammer** *(Beitrag Seite 75)*

Geboren 1975, Dr.phil., Politikwissenschaftler und freier Publizist, fungiert seit Juli 2014 als wissenschaftlicher Projektmitarbeiter (Senior-Post-Doc) in der Abteilung „Polemologie|Rechtsethik“ des Instituts für Rechtsphilosophie, Religions- und Kulturrecht an der Universität Wien.

**Botschafter Fred Tanner** (*Beitrag Seite 55*)

Derzeit Senior Adviser des Generalsekretärs der OSZE und stellte in 2014 auch die Liaison mit dem Schweizer Vorsitz der OSZE sicher. Er dient zur Zeit auch als Mitglied des Beirats des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen. Vor seiner Berufung an die OSZE war Fred Tanner 7 Jahre der Direktor des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik (GCSP), eine internationale Stiftung mit 45 Mitgliedstaaten.

**Vessela Tcherneva** (*Beitrag Seite 81*)

Leiterin des Wider Europe Programms des ECFR (European Council of Foreign Relations). Von 2010 bis 2013 war sie Sprecherin des bulgarischen Außenministeriums und Teil des Kabinetts von Außenminister Nickolay Mladenov.

**Olaf Theiler** (*Beitrag Seite 52*)

Seit 2014 leitender wissenschaftlicher Direktor des Dezernats für Zukunftsanalyse des Planungsamtes der deutschen Bundeswehr. Zwischen 2007 und 2012 war Dr. Theiler nationaler Experte in der NATO Operation Division im NATO Hauptquartier.

**Dmitri Trenin** (*Beitrag Seite 78*)

Geboren 1955, Direktor des Carnegie Centers Moskau und ist dort seit der Gründung des Instituts tätig. Er leitet zudem den Forschungsrat und das Forschungsspektrum Außen- und Sicherheitspolitik.

**Sinan Ülgen** (*Beitrag Seite 87*)

Gastwissenschaftler bei Carnegie Europe in Brüssel. Er forscht im Bereich der türkischen Außenpolitik und der Beziehungen zu EU und USA. Weiters ist er Experte für Nuklearpolitik und die wirtschaftlichen und sicherheitsrelevanten Aspekte transnationaler Beziehungen.

**Walter J. Unger** (*Beitrag Seite 192*)

Geb. 1959; Oberst des Generalstabsdienstes; Militärakademie Wr. Neustadt; Generalstabsausbildung; 1998-1999 Führungskräftelehrgang des Bundes; 1999–2000 Kommandant des Panzerabwehrbataillons 1; 2001 Leiter Abteilung Elektronische Abwehr; 2009 Leiter der Abteilung IKT-Sicherheit; seit 2013 Leiter der Abteilung Cyber Defence & IKT-Sicherheit im Abwehramt.

**Ronald Vartok** (*Beitrag Seite 143*)

Geboren 22. Mai 1966 in Wien, verheiratet, AUT Verteidigungsattaché für Großbritannien und Irland, Absolvent des 14. GSStK.



## DIE AUTOREN

### **Werner Weidenfeld** *(Beitrag Seite 114)*

Geboren 2.7.1947, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München. Rektor der Alma Mater Europaea der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Salzburg).

### **Alexander Weis** *(Beitrag Seite 121)*

Geboren am 4. Oktober 1959 in Elschbach (Rheinland-Pfalz); verheiratet, zwei Kinder. 2004–05/06 Geschäftsführender Beamter der Hauptabteilung Rüstung, anschließend Abteilungsleiter Rüstung bis September 2007. 10/07–09/10 Hauptgeschäftsführer der Europäischen Verteidigungsagentur in Brüssel. 11/10–03/12 Leiter der Unterabteilung für Zentralaufgaben in der Personal-, Zentral- und Sozialabteilung im BMVg. Seit April 2012 nimmt er die Aufgaben des stellvertretenden Politischen Direktors für Verteidigungs- und Rüstungspolitik wahr.

### **Richard Weitz** *(Beitrag Seite 108)*

Senior Fellow und Direktor des Zentrums für politische, militärische Analyse am Hudson Institute, und ein Experte bei Wikistrat. Seine aktuellen Forschungsschwerpunkte sind die Verteidigungsreform, Nichtverbreitung von Atomwaffen, die europäische Sicherheit und die US-Politik gegenüber Europa und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Zuvor war er als Senior Staff Member am Institute for Foreign Policy Analysis. Er ist ein Absolvent der Harvard University, der London School of Economics und der Universität Oxford, und schreibt regelmäßig für die täglichen Analysen von Oxford Analytica.

### **Robert Wesley** *(Beitrag Seite 201)*

Präsident der Terrorism Research Initiative. Diese setzt sich aus 16 beteiligten Forschungsinstituten und 120 Einzelforschern aus mehr als 30 Ländern zusammen. Diese Terrorism Research Initiative stellt das größte Forschungskonsortium auf dem Gebiet der Terrorismusstudien dar. ([www.terrorism-research.org](http://www.terrorism-research.org)).

### **Siemon T. Wezeman** *(Beitrag Seite 46)*

Geboren 1963; ist Senior Researcher im SIPRI Arms and Military Expenditure Programme. Seine Forschungsgebiete sind das Monitoring von Waffenlieferungen mit dem Fokus auf die Asien-Pazifikregion und Nordamerika sowie die Waffenverwendung in Konflikten. Zudem forscht er zu Waffentechnologien und der Transparenz bei Waffenlieferungen.



## HEUTE IST ÖSTERREICH SICHER. UND MORGEN?

Die Direktion für Sicherheitspolitik im BMLVS hat internationale, österreichische und ressorteigene Experten eingeladen, die in den nächsten 12 bis 18 Monaten erwartbaren Entwicklungen relevanter Einflussfaktoren, internationaler Institutionen, wichtiger Regionen und Staaten sowie konkreter Konflikte zu analysieren. Die Einzelbeiträge werden in einem Trendszenario 2015 für die österreichische Verteidigungspolitik verdichtet.

Die wichtigste Erkenntnis aus diesem Expertiseprozess ist eine mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartbare Verschlechterung der europäischen Sicherheitslage, weil einerseits die Sicherheitsrisiken und Bedrohungen für die EU – und damit auch für Österreich – zunehmen werden und andererseits die geforderten Akteure, die Europäische Union und wichtige Staaten, in ihren Reaktionsmöglichkeiten erheblich eingeschränkt sind.

Letztlich wird sich der ungebremste militärische Fähigkeitsverlust negativ auf die Sicherheit der europäischen Bürger auswirken. Insofern ist es unerlässlich, auch in die militärische Landesverteidigung wieder verstärkt zu investieren. Denn ohne äußere Sicherheit gibt es keine innere und letztlich auch keine soziale Sicherheit.

ISBN: 978-3-902275-41-7